Montag, 5. September 1983 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 206 - 36.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Gespräche trotz Abschuß: Die USA werden die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen trotz der Belastung der Ost-West-Beziehungen nach dem Abschuß des Jumbo-Jets durch die Sowjets fortsetzen, erklärt Präsident Reagan. Südkorea kündigt Sanktionen gegen Sowjetunion an. Weltweit dauern die Proteste fort. In Frankreich vor Gromykobesuch (heute) Meinungsstreit.

DGB zur Arbeitszeit: Gegen die angebliche „Blockade-Politik" der Arbeitgeber in der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung protestiert DGB-Vorstandsmitglied Bleicher. (S. 2 und 12)

Gegen Albrecht-Plan: Stoltenberg und Graf Lambsdorff gegen Albrechts Absicht, Unternehmenssteuern vorrangig zu senken. Zuerst Reform der Lohn- und Einkommensteuer, erklärt auch Sozialminister Blüm für die CDA. Biedenkopf: Albrecht-Thesen „ergänzungsbedürftig".

Glotz mahnt Moskau: Der SPD-Bundesgeschäftsführer fordert Aufklärung des Jumbo-Zwischenfalls durch die Sowjets, damit die sicherheitspolitische Diskussion nicht weiter belastet werde. (WELT-Interview S. 4)

Tschad vor neuen Kämpfen? Der wochenlang verschwundene Rebellenführer Gukuni Weddei kündigt weiteren Vormarsch an. Er will auch französische Truppen angreifen, wenn sie sich ihm in den Weg stellen. (S. 6)

Kämpfe in Libanon: Israels Luftwaffe hindert Panzerverbände aus dem syrisch besetzten Teil des Landes daran, in die geräumten Stellungen der israelischen Armee im Schuf einzurücken. Seit dem Abzug schwere Gefechte. (S. 1 und 6)

U-Boot-Jagd: Schweden verstärkt die Jagd auf fremde Unterseeboote vor dem Marinestützpunkt Karlskrona. Am Wochenende 13 Wasserbomben auf vermuteten Eindringling geworfen.

Kundgebung in Warschau: In der Altstadt demonstrierten etwa 300 Personen ihre Sympathie für die unterdrückte Gewerkschaft „Solidarität".

Anschläge in Spanien: Bei drei Bombenattentaten in Pamplona und einem in Madrid entstand nur Sachschaden.

China – Japan: In Peking berät eine chinesisch-japanische Ministerkonferenz über Fortsetzung japanischer Wirtschaftshilfe und über die politischen Beziehungen beider Länder.

Heute: Bundespräsident Carstens zu viertägigem Staatsbesuch nach Jugoslawien. – Bundeskanzler Kohl empfängt US-Chefunterhändler bei Genfer INF-Verhandlungen, Nitze. – Innerdeutscher Bundestagsausschuß tagt in Berlin. – Alt-Kanzler Schmidt soll von SED-Chef Honecker empfangen werden. – Schuldenkonferenz lateinamerikanischer Staaten in Caracas.

ZITAT DES TAGES



» Das erste und wichtigste Ziel, das ich mir gesetzt habe, ist die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit einem weiteren arabischen Staat. «

Israels künftiger Regierungschef Ytzhak Shamir in einem „Bild am Sonntag"-Interview.

FOTO: STEINER/DPA

WIRTSCHAFT

Innerdeutscher Handel: Als „außergewöhnliche Boom-Entwicklung" bezeichnet Wirtschafts-Staatssekretär von Würzen die 33prozentige Zunahme von Lieferungen in die „DDR". (S. 13)

Leipziger Messe: Mit dem traditionellen Rundgang von SED-Chef Honecker eröffnet. Rund 6000 Aussteller laut ADN.

Sorge um Brasilien: US-Banker bezeichnen Rücktritt des brasilianischen Notenbankpräsidenten Langoni auf dem Höhepunkt der Verschuldungskrise seines Landes als „schlechtes Omen". (S. 14)

US-Aktien: Nach Schock aufgrund des Jumbo-Abschusses durch die Sowjets zum Wochenende wieder erholt; Dow-jones-Index: stärkstes Plus seit Juli. (S. 13)

Jacobs-Suchard: Nettoumsatz im ersten Halbjahr gegen 1982 um neun Prozent erhöht. Um 20 Prozent verbesserter Gewinn für das Jahr erwartet.

MAN-Nutzfahrzeuge: Zuwachsrate von 20 Prozent erwartet. Umsatz 82/83 fiel auf 2,8 (Vorjahr 3,8) Milliarden Mark. Für 83/84 werden 3,3 Milliarden erwartet. (S. 15)

KULTUR

Israel Philharmonic: Das Eröffnungskonzert des Israel Philharmonic Orchestra bei den Berliner Festwochen unter Leitung von Zubin Mehta wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Eduard-Rhein-Stiftung: Für hervorragende Leistungen im Bereich der audiovisuellen Techniken wurden der Jugoslawe Lubo Micic und sein Team ausgezeichnet.

SPORT

Fußball: Das erste Länderspiel der Saison (Mittwoch in Budapest gegen Ungarn) findet ohne Karl-Heinz Rummenigge statt. Auch Dremmler fehlt. Beide sind verletzt.

Radsport: Der Dopingskandal um die deutschen Bahn-Amateure weitet sich aus. Die betroffenen Fahrer behaupten, keine Aufputschmittel eingenommen zu haben. (S. 7)

Galopp: Auf der Auktion in Iffezheim wurde ein deutscher Rekord erzielt. Ein Amerikaner bezahlte 170 000 Mark für die einjährige Stute Terracotta (Schlenderhan).

Rudern: Peter-Michael Kolbe gewann bei der Weltmeisterschaft in Duisburg zum vierten Mal Gold im Einer. Der deutsche Doppelzweier Schmelz/Agrikola holte Bronze.

AUS ALLER WELT

Computer-Sorgen: Die US-Fernsehgesellschaft CBS setzt eine Serie über jugendliche Computer-Bastler ab, die in Datenbanken eindringen. Da erst kürzlich Jugendliche die Computer des Nuklearlabors Los Alamos anzapften, befürchtet man Nachahmeeffekte von der Sendung. (S. 20)

Sturm über England: Mehrere Menschen kamen bei den schweren Stürmen und Unwettern über England und Irland ums Leben.

Wetter: Wechselnd wolkig, zeitweise Regen, im Süden später Wetterbesserung; bis 23 Grad. Am *Dienstag freundlicher.*

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

USA: Spionage-Vorwurf absurd, Moskau verdreht Realitäten

Boykott gegen Aeroflot? Verwechselte Pilot Längen- und Breitengrade?

DW. **Washington/Tokio**

Die Vereinigten Staaten werden als Reaktion auf den Abschuß der koreanischen Linienmaschine durch sowjetische Kampfflugzeuge nicht den Dialog mit Moskau unterbrechen. Vielmehr suchen sie, wie in Washington verlautete, gerade den Kontakt auf höchstmöglicher Ebene, um Moskau ihren Protest und Abscheu angesichts „dieses Mordes an unschuldigen Zivilisten" (Präsident Reagan in einer Radio-Ansprache) vorzutragen.

Das bedeutet, daß morgen die Genfer Verhandlungen über eine Reduzierung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa planmäßig wiederaufgenommen werden. US-Chefunterhändler Paul Nitze kommt heute aus Washington nach Bonn, um mit der Bundesregierung zu konferieren, ehe er seine Reise nach Genf fortsetzt.

Auch Außenminister George Shultz wird am *Donnerstag* in Madrid, wie geplant, am Treffen der 35 Außenminister der Helsinki-Signatar-Staaten teilnehmen. Sein beabsichtigtes Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko will Shultz jetzt dazu benutzen, „unsere Ansicht zu der Flugzeug-Tragödie aus erster Hand vorzutragen", wie es dazu im State Department hieß. Er will „eine Erklärung des Vorfalls verlangen und darauf bestehen, daß die Sowjetunion die Fakten auf den Tisch legt". In Washington wurde betont, das Madrider Treffen zwischen Shultz und Gromyko könnte mit einem Fiasko enden, wenn die Sowjets sich weiterhin weigern, ihre Verantwortung für den Abschuß des Flugzeuges einzugestehen.

Präsident Reagan beriet mit Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger, Stabschef General Vessey und anderen Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrates über eine angemessene Reaktion der USA. Als denkbar galt die Einschränkung der Überflug- oder Landerechte für Maschinen der sowjetischen Luftlinie Aeroflot. Auch könnte der Präsident den Flugverkehr amerikanischer Maschinen nach Moskau für zwei oder drei Monate einschränken.

SEITE 12:
Rote Fahnen verbrannt

Die US-Regierung ist der Ansicht, daß dieser Vorfall eine gemeinsame Antwort der westlichen Verbündeten erfordert. In Washington gewinnt der Gedanke die Oberhand, einen totalen *Boykott für den gesamten* Reiseverkehr mit der Sowjetunion zu verhängen. Angeregt wird auch, daß die westlichen Verbündeten – und so viele neutrale Länder wie möglich – der Aeroflot für 60 bis 90 Tage alle Lande- und Überflugrechte aberkennen. Die Bundesregierung in Bonn und die Regierungen der anderen Verbündeten der USA müssen damit rechnen, daß sie schon in den nächsten Tagen von der Reagan-Administration gebeten werden, sich den geplanten Boykott-Maßnahmen gegen die Sowjetunion anzuschließen.

Außenminister Shultz hat die von der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass verbreitete Behauptung entschieden zurückgewiesen, die Verkehrsmaschine habe einen Spionage-Auftrag gehabt. Shultz betonte: „Keine Verschleierung, sei sie auch noch so unverschämt und ausgetüftelt, kann die Realität verdrehen oder die Sowjetunion aus ihrer Verantwortung für eine Erklärung ihres Verhaltens entlassen." Moskau wolle immer noch nicht die Wahrheit zugeben, daß sowjetische Kampfflugzeuge ein unbewaffnetes Zivilflugzeug abgeschossen haben.

Die japanische Regierung beabsichtigt, Moskau mit unwiderleglichem Beweismaterial über die Umstände zu konfrontieren, die zum Abschuß des südkoreanischen Flugzeugs führten. Die Radaraufzeichnungen und Tonbänder über die letzten Minuten des Flugs der Maschine geben nach Angaben amtlicher Sprecher ein lückenloses Bild von dem Vorfall.

Moskaus Botschafter in Tokio, Pawlow, teilte dem japanischen Außenminister Abe mit, bei der Insel Moneron nahe der Südspitze von Sachalin seien Wrackteile eines Flugzeuges gefunden worden. US-Regierungsbeamte gaben in Washington bekannt, die USA hätten in Erfahrung gebracht, daß sowjetische Suchmannschaften auch einige der Opfer des Abschusses geborgen hätten. Westliche Diplomaten deuteten einen Hinweis in der Tass-Erklärung auf Tote als indirektes Eingeständnis der UdSSR. In der Erklärung hieß es: „Tass hat den Auftrag, das Bedauern der sowjetischen Führung über den

● **Fortsetzung Seite 12**

Kampf um Vorherrschaft im Schuf

Gefechte nach dem Abzug der israelischen Armee / Koalitionsbildung in Jerusalem

DW. **Jerusalem**

Unmittelbar nach Beginn des Abzugs der israelischen Truppen aus den Schuf-Bergen südlich von Beirut brachen gestern in diesem Gebiet Kämpfe zwischen drusischen und christlichen Milizen aus. Dabei gelang es der libanesischen Armee nach eigenen Angaben, nach schweren Gefechten mit drusischen Milizen einen wichtigen Straßenknotenpunkt bei Khalde zu besetzen.

Vor der Entscheidung Jerusalems zur zuvor mehrmals aufgeschobenen Truppenverlegung *hatte* Verteidigungsminister Moshe Arens am Samstag bei einem Besuch des Nachbarlandes versucht, einen Waffenstillstand zwischen Drusen und Christen herbeizuführen. Nachdem dies mißlang, entschied sich die israelische Regierung, den Befehl zum Teilrückzug auf die neue Linie südlich des Awali-Flusses zu geben. Regierungssprecher Dan Meridor sagte gestern in Jerusalem in Anspielung auf den Druck der israelischen Öffentlichkeit: „Wir konnten einfach nicht länger warten."

Der Armeesprecher in Tel Aviv teilte gestern mit, israelische Kampfflugzeuge, die zur Deckung des Rückzugs eingesetzt worden waren, hätten mehrere Angriffe geflogen. Dabei sei-

SEITE 2:
Auf des Messers Schneide
SEITE 6:
In Libanon droht „großer Krieg"

en wiederholt Panzer angegriffen worden, die aus dem von der syrischen Armee kontrollierten Gebiet bei Bamdun an der Fernstraße Beirut–Damaskus vorgestoßen seien.

Scheinbar losgelöst vom Geschehen in Libanon gingen am Wochenende in Israel die Vorbereitungen zur Bildung einer neuen Regierung weiter. Außenminister Yitzhak Shamir, der von seiner Herut-Partei zum Nachfolger von Ministerpräsident Begin nominiert worden war, hat der oppositionellen Arbeiterpartei die Bildung einer „Regierung der Nationalen Einheit" vorgeschlagen. Die bisherigen Koalitionspartner der Herut hatten sich bereits am Freitag auf die Erneuerung des Regierungsbündnisses geeinigt. Dabei hatten jedoch mehrere Abgeordnete die Bildung einer „Regierung der Nationalen Einheit" gefordert. Nach Angaben des liberalen Abgeordneten Berman hat Shamir der Arbeiterpartei Schlüsselposten in der künftigen Regierung *angeboten, die ihrem politischen* Gewicht Rechnung tragen. Gegenüber der WELT erklärte der Sprecher der Arbeiterpartei, vom Inhalt dieser Offerte werde die Partei ihre Entscheidung über eine Regierungsbeteiligung abhängig machen.

In einem Gespräch mit der Zeitung „Bild am Sonntag" sagte Shamir, er werde alles tun, damit der Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl „so früh wie möglich stattfinden kann".

Biedenkopf widerspricht Albrecht

„Neue Aufgabe ökologische Marktwirtschaft" / Stoltenberg: Lohnsteuersenkung vorrangig

DW. **Bonn**

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hat mit seinen Thesen zur Wirtschaftspolitik, in denen er sich unter anderem für eine spürbare Senkung der Unternehmenssteuern ausspricht, auch Widerspruch durch den westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf herausgefordert. Biedenkopf meldete erhebliche Zweifel an, daß die Arbeitslosigkeit vor allem mit neuen Wachstumsimpulsen überwunden werden könne.

Biedenkopf, der als einer der programmatischen Vordenker der Union gilt, sagte: „Neben die große Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft tritt die neue Aufgabe der ökologischen Marktwirtschaft." Auf die Herausforderung, soziale Gerechtigkeit zu sichern, folge jetzt die Herausforderung, der Umwelt gerecht zu werden und sie für die Zukunft zu erhalten.

Seine Zweifel an Albrechts zentraler These begründete der westfälische CDU-Vorsitzende und Wirtschaftsexperte damit, daß gar nicht sicher sei, ob die Unternehmen zusätzlich Erträge aus Entlastungen in neue Arbeitsplätze investierten oder ob sie das Geld zinsgünstig anlegten. Biedenkopf plädierte allerdings dafür, einen Teil der Kosten des Sozialsystems über indirekte Steuern, vor allem über die Mehrwertsteuer – ebenfalls eine Anregung Albrechts – zu finanzieren.

Der Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Vorsitzende blieb ungeachtet der Kritik bei seinen Vorstellungen. Eine viel zu hohe Unternehmensbesteuerung hindere die Unternehmen daran, Eigenkapital zu bilden, sagte Albrecht in einem „Spiegel"-Interview. „Und wenn man kein Eigenkapital bilden kann, kann man auch nicht investieren."

Widerstand kam weiter von Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister und Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse: Die Arbeitnehmer hätten die Hauptlast der derzeitigen Sparpolitik des Bundes zu tragen; dann müßten sie auch als erste von Entlastungen profitieren. Zudem gelte es, den „gefräßigen Lohnsteuerstaat zu stoppen". Ginge auch in Zukunft ein so beachtlicher Teil für die Lohnsteuer drauf, hätten die Gewerkschaften keinen Spielraum mehr für vernünftige Tarifabschlüsse.

Bundesfinanzminister Stoltenberg machte im ZDF klar, daß die Koalition der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer Vorrang vor weiteren Entlastungen der Wirtschaft gebe.

Seite 2: Mit Volldampf
Seite 12: Arbeitgeber kritisieren

Bonn: 20 000 treten ihre Lehre nicht an

Kohl ist zuversichtlich, daß er Zusage einhalten kann / Neue Überlegungen

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl liegen Informationen vor, wonach rund 20 000 Auszubildende trotz eines unterschriebenen Lehrvertrages ihre Ausbildung nicht angetreten haben. Diese Entwicklung läßt nach Auffassung der Bundesregierung die Schlußfolgerung zu, daß viele Jugendliche gleichzeitig mehrere Ausbildungsplätze belegten oder sich doch noch kurzfristig für die Aufnahme eines Studiums entschieden haben.

Der Bundeskanzler zeigt sich dabei zuversichtlich, daß er seine vor der letzten Bundestagswahl gegebene Zusage, 30 000 bis 35 000 Lehrstellen zu beschaffen, einhalten kann. „Diese Lehrstellen sind da", hieß es im Bundeskanzleramt. Allerdings hätte es sich in der Zwischenzeit ergeben, daß *der Bedarf an Ausbildungsplätzen* erheblich größer geworden ist. Unter anderem sei dies darauf zurückzuführen, daß viele Studenten – zum Beispiel im Pädagogikbereich – ihr Studium abbrechen, weil sie keine beruflichen Erfolgschancen mehr sehen. Diese Studenten drängten jetzt ebenfalls auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Bundeskanzler Kohl will nun, um weitere Ausbildungsplätze bereitzustellen, nochmals einen Anlauf unternehmen. Im Kreis der Bundesregierung werden Überlegungen erwogen, mit Hilfe öffentlicher Mittel vor allem in strukturschwachen Gebieten zusätzliche Ausbildungsplätze zu beschaffen. Im Gespräch ist dabei, daß aus den *Mitteln* der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zum Beispiel für die betriebliche Ausbildung bei kleineren oder mittelgroßen Betrieben die Kosten – also Lohn- und Nebenkosten, übernommen werden. Mit öffentlichen Erklärungen dazu hält sich die Bundesregierung allerdings zurück, weil sie die Wirtschaft nicht aus der Verpflichtung entlassen möchte, möglichst viele Lehrstellen zu garantieren.

Aus der Sicht des Kanzlers müßten sich alle Beteiligten angesichts der bestehenden Notsituation im Ausbildungsbereich auch Gedanken über die Höhe der Lehrlingsvergütungen machen. Der Kanzler stellte die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, hier Abstriche vorzunehmen und mit den dadurch eingesparten Geldern zusätzliche Ausbildungsplätze zu finanzieren.

Seite 12: Vertraulicher Brief

DER KOMMENTAR

Machtkampf?

HERBERT KREMP

Die Sowjets leugnen und lügen. Sie geben den Abschuß der koreanischen Passagiermaschine nicht zu, obwohl der Befehl, seine Bestätigung und Ausführung auf Tonband festgehalten worden sind. Das ist der russische *Weltmachtstil. Aber es ist nicht* das Wichtigste an der Affäre. Das Wichtigste ist die Provokation und ihre Hintergründe: In Moskau tobt ein Machtkampf.

Dafür gibt es Indizien und Parallelen. 1960 platzte die Pariser Gipfelkonferenz, als Chruschtschow in Moskau schon auf dem gepackten Koffer saß. Eine U-2, *ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug*, war über der Sowjetunion abgeschossen worden. Es war vielleicht der hundertste Flug dieser schwarz angestrichenen Maschinen. Ausgerechnet diesmal trat die Luftabwehr in Aktion. Chruschtschow mußte den Koffer wieder auspacken.

Vier Jahre später kam Licht in die Hintergründe. Der für die eigenen Genossen unberechenbare rote Zar hatte Schwiegersohn Adschubej als Botschafter seiner schlauen Entspannungspolitik nach Deutschland geschickt. Adschubej kündigte den Besuch des Hausherrn an und redete viel über ein denkbares „Arrangement". In vino veritas. Aber Chruschtschow kam nie. Denn drei Monate nach dem Adschubej-Besuch wurde der Elektronik-Experte der deutschen Botschaft in Moskau durch ein Senfgas-Attentat im Kloster Sagorsk schwer verletzt. Den Befehl zur störenden Tat hatte ein bekanntes Politbüro-Mitglied abgezeichnet. Der bekannte Mann hieß, wie die Nachrichtendienste wissen, Breschnew.

Am 14. Oktober, einen Monat nach dem Attentat, wurde Chruschtschow gestürzt, die Breschnew-Ära begann. Aber was hat das alles mit dem Raketen-Attentat auf die koreanische Linienmaschine zu tun?

Die Frage soll den Freiflug der Spekulation begrenzen. Doch gilt es seit dem Besuch Hans-Jochen Vogels im Januar in Moskau kaum mehr als zweifelhaft, daß es dort in der Genfer Raketenfrage einen *„Linienkampf"* gibt. Während Andropow damals (wohl zum erstenmal) die Liquidierung eines Teils der gegen Europa gerichteten Raketen (auch SS 20) andeutete, sprach Verteidigungsminister Ustinow anderntags ausdrücklich von „Verlegung". Am 27. August, zehn Tage vor Wiederbeginn der Genfer Verhandlungen, wiederholte Andropow gegenüber der „Prawda" den Plan der Teil-Liquidierung.

Sowenig interessant dem Westen dieser Plan erscheint – er soll ja nur die Nachrüstung verhindern –, so sehr mag er für einen Teil des Politbüros und der Marschälle eine verdammenswerte Konzession bedeuten. Die Raketen sind die Paradewaffe – wer wagt daran zu rühren? Am 31. August holten die Sowjets die Boeing vom Himmel. Wessen Name steht diesmal unter Moskaus Befehl?

Primas Glemp stellt sich hinter die Arbeiter

DW. **Danzig**

Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Jozef Kardinal Glemp, hat sich hinter die Kräfte gestellt, die unmißverständlich eine Rückkehr zu den Vereinbarungen von Danzig aus dem Jahre 1980 verlangen.

In seiner ersten Rede seit seiner Erkrankung vor mehreren Wochen sagte Glemp gestern im Wallfahrtsort Tschenstochau: „Oberstes Prinzip der Vereinbarungen war, daß es keine Sieger und keine Besiegten gibt. *Nach drei Jahren aber hört* man nur die Stimme der Sieger." Unter Anspielung auf das Treffen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski mit Arbeitern der Lenin-Werft in Danzig fügte der Kardinal hinzu: „Wenn sie (die Arbeiter) etwas sagen, so werden sie lächerlich gemacht. Wie kann ein Arbeiter gegen einen Berufspolemiker antreten."

Der Primas drängte die Behörden, schneller auf die kirchlichen Pläne einer Hilfe für die private polnische Landwirtschaft mit Spenden aus dem Westen einzugehen. „Bevor wirtschaftliches Denken durch den Haufen ideologischer Geister dringt, können die Spender entmutigt sein", warnte Glemp. Diese Formulierung wurde als Hinweis darauf verstanden, daß Warschau nach wie vor zögert, den Plan eines Hilfsprogramms mit Unterstützung westlicher Bischofskonferenzen gutzuheißen.

Einen indirekten Angriff auf die Kirche hat das staatliche Fernsehen unternommen. Es zeigte das „Geständnis" einer „Solidarität"-Anhängerin, die Frau sagte, sie habe in ihrer Wohnung Material der verbotenen Gewerkschaft aufbewahrt, das aus einem Warschauer Kloster stamme.

Vogel: Zwei Vorschläge für Genf

DW. **Bonn**

Unmittelbar vor Wiederaufnahme der Genfer Raketenabbau-Verhandlungen hat Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (SPD) zwei Kompromißvorschläge erläutert. Vogels Modelle für eine Vereinbarung von USA und Sowjetunion laufen darauf hinaus, daß der Westen bei Verschrottung sowjetischer SS-20-Raketen in großem Umfang auf die im NATO-Doppelbeschluß vorgesehene Stationierung von 108 Pershing-2-Raketen *und 464 Marschflugkörpern ganz* verzichtet oder diese Waffen nur in stark reduzierter Zahl aufstellt.

In seinem weitestgehenden Vorschlag regt Vogel eine Zusammenlegung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) mit den ebenfalls in Genf geführten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die strategische Atomrüstung (START) an. Dabei sollten sich beide Seiten verpflichten, auch eine Begrenzung aller ihrer land-, luft- und seegestützten nuklearen Mittelstreckensysteme anzustreben.

Gegen den Vorschlag, die Verhandlungen zusammenzulegen, wandte sich Staatssekretär Lothar Rühl vom Bundesverteidigungsministerium. Dadurch würden die Verhandlungen so in die Länge gezogen, daß in den nächsten zwei Jahren überhaupt kein Abkommen geschlossen werden könne. In der sowjetischen Androhung von Gegenmaßnahmen für den Fall einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen sieht Rühl eine Täuschung. Die Sowjetunion vollziehe ohnehin seit zehn Jahren ein umfassendes Umrüstungs- und Modernisierungsprogramm bei ihren Streitkräften.

Managua: Bischöfe gegen „parteiischen Militärdienst"

Kommt es zur Kraftprobe mit den Sandinisten?

AFP/DW. **Managua**

Die von der Regierung Nicaraguas geplante Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hat zu einem neuen Konflikt zwischen den Sandinisten und der Spitze der katholischen Kirche geführt. Während man am Wochenende in Managua noch die Antwort der Regierung auf ein besonders kritisches Kommuniqué der Bischofskonferenz erwartete, wurde bereits über eine harte Kraftprobe zwischen den „Comandantes" der Revolution und dem Erzbischof von Managua, Miguel Obando y Bravo, spekuliert.

Der Militärdienst, zu dem schon im Frühjahr 1984 mehrere tausend Männer und Frauen eingezogen werden sollen, war von den Oppositionsparteien scharf kritisiert worden. Einige drohten sogar damit, daß viele Rekruten ihre Waffen gegen die Regierung in Managua richten könnten. Die sandinistische Revolutionspartei FSLN und ihre neun „Comandantes", in deren Händen die eigentliche Exekutivgewalt liegt, scheinen solche Befürchtungen nicht zu teilen. Auch die katholischen Bischöfe um Obando y Bravo halten diese Möglichkeit wohl nicht für wahrscheinlich. Für sie liegt statt dessen die Gefahr darin, daß ein sandinistischer Militärdienst „stark politisiert" sei und einen „parteiischen Charakter" aufweise, der in all seinen Ausrichtungen „totalitär" sei.

So harte Angriffe hatte es von seiten der Kirche seit Monaten nicht gegeben, und selbst die im Staatsrat (Parlament) vertretenen konservativen Parteien nahmen solche Worte noch nicht in den Mund. Die Bischöfe betonten, niemand dürfe „gezwungen werden, mit Waffen eine bestimmte Ideologie zu verteidigen, zu der er sich nicht bekennt".

Der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, Langhorne Motley, hat einen geplanten Besuch in Nicaragua abgesagt, weil er, so die Darstellung des State Department, nicht von hochrangigen Mitgliedern der Sandinisten-Junta empfangen werden sollte. Der Besuch habe keinem nützlichen Zweck dienen können, nachdem Motley nur mit einem hochrangigen Beamten des Außenministeriums von Nicaragua Gespräche habe führen sollen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hemmschwellen

Von Herbert Schütte

Die Buhmann-Rolle für Friedrich Zimmermann blieb auf die Mummenschanz-Masken eines grün-alternativen Umzuges beschränkt – die Innenminister der Länder ließen sich bei ihrer Konferenz in Hamburg nicht zu einer emotionalen Behandlung des Asylantenproblems verleiten. „Selbstmorde entstehen immer in privaten Ausnahmesituationen, durch Gesetze kann man keine Einzelschicksale gestalten" – dieser Einsicht des Bundesinnenministers zum Fall des türkischen Asylbewerbers Kemal Altun konnten sich die Länder-Innenminister offenbar nicht verschließen.

Vor allem jedoch machten die Asylantenzahlen deutlich, daß dieses Problem nicht mit Emotionen, sondern nur mit Nüchternheit, Realitätsbewußtsein und auf verläßlichem juristischen Boden gelöst werden kann: In diesem Jahr wird die Zahl der Asylbewerber voraussichtlich unter 20 000 liegen, während vor drei Jahren noch 108 000 Bewerber in der Bundesrepublik um Asyl nachgesucht hatten.

Die Erkenntnis daraus lautete – länder- und parteienübergreifend: „Die Auswirkungen des neuen Asylverfahrens-Gesetzes sind insgesamt positiv."

Sowohl die Innenminister der CDU-regierten Länder wie jene von der SPD kamen zu dem Schluß, daß gewisse Hemmschwellen – die Einführung der Sichtvermerke, die Unterbringung in Sammel-Unterkünften, die Unterstützung in Form von Naturalien, damit verbunden der Verzicht auf Bargeld und die „Austrocknung" der Schlepper-Organisationen – den erhofften Nutzen gebracht hätten.

Die Innenminister gaben auch ihre Absicht zu Protokoll, Ausländer nicht abzuschieben, wenn ihnen in ihrem Heimatland eine menschenrechtswidrige Behandlung drohe. Hier sollen die deutschen Botschaften stärker als bisher zu Rat gezogen werden. Damit freilich werden Entscheidungsschwierigkeiten wie im Fall Altun nur von innen nach außen verlagert.

Auf Messers Schneide

Von Peter M. Ranke

In Libanon droht ein Krieg der Syrer und der mit ihnen verbündeten Drusen und Schiiten gegen Armee und die Christenmiliz des Präsidenten Amin Gemayel. Schon rücken syrische Panzer den Israelis nach, wurden bei Bamdoun aber von den christlichen Milizen und der israelischen Luftwaffe aufgehalten. Die Syrer wollen offenbar die Damaskus-Straße und damit den Weg nach Beirut und ins Schuf-Gebirge zurückgewinnen. Kann die Allianz von Armee und Christenmilizen sie aufhalten?

Obwohl die libanesische Armee vom Rückzugsdatum unterrichtet war, verhält sie sich zunächst abwartend. Dafür sind die Drusen-Krieger, unterstützt von syrischer Artillerie, sofort in die Offensive gegangen und haben den Küstenort Khalde am südlichen Ende des Beiruter Flugplatzes besetzt. Damit ist ein Keil zwischen die US-Marines, die abrückenden Israelis und die christliche Stadt Damour getrieben worden, und die alliierte Friedenstruppe in Beirut hat eine neue Front.

Drusen-Chef Dschumblatt sprach schon vorige Woche von einem Kriegszustand der Drusen mit Gemayel und bezeichnete die alliierte Friedenstruppe in Beirut als Feinde. Das Massaker an der christlichen Bevölkerung in Mariam, im syrisch kontrollierten Gebiet, durch Drusen-Krieger hat diese Kampfansage grausam unterstrichen und es den christlichen Milizen unmöglich gemacht abzuziehen, wie dies Dschumblatt fordert. Die Christen im Schuf, wo schwere Kämpfe im Gange sind und wo es nach den Worten eines Rundfunksprechers „syrische Granaten regnet", haben das Schlimmste zu erwarten.

Die Massaker der Drusen 1977, im vorigen Herbst und jetzt die Morde in Mariam sollen die Christen aus ihrer alten Heimat im Schuf vertreiben und Libanon „arabisch" machen. Jahrzehntelang hatten beide Religions-Volksgruppen im Schuf friedlich miteinander gelebt. Aber Syrien und der Drusen-Chef Dschumblatt haben sich jetzt verschworen, das „Regime der Christen" und deren Bündnis mit dem Westen ein für allemal zu beenden. Daher ist zu befürchten, daß die Syrer den Drusen mit Truppen im Schuf zu Hilfe kommen.

Die Israelis, vom Westen seit einem Jahr zum Verlassen Libanons aufgefordert, lassen „libanesische Verhältnisse" hinter sich, die sie gegen den Widerstand Syriens nicht regeln konnten und wollten. Ob es Amin Gemayel, notfalls mit Hilfe der starken christlichen Miliz und der Friedenstruppen, in Beirut gelingt, den neuen „Bürgerkrieg" noch zu begrenzen, das entscheiden die nächsten Tage.

Kapitale Streuung

Von Peter Gillies

Die „breite Streuung von Produktivkapital" erfreut sich seit Jahren in Festreden größter Beliebtheit. Aber in der Wirklichkeit ist sie denn doch ein abstrakter Begriff geblieben, weil vielerlei Hürden einer breiten Eigentumsstreuung hinderlich waren.

Ein Wandel scheint in Sicht. Die Bundesregierung will Möglichkeiten eröffnen, daß Unternehmen die Scheu davor verlieren, Miteigentumsanteile zu plazieren. Aber auch in vielen Unternehmen wächst die Neigung, ihre Eigenkapitalbasis durch Aktienausgabe zu erweitern. So wird der Kurszettel an deutschen Wertpapierbörsen nach Jahren der Ausdünnung durch neue Namen bereichert.

Überwiegend handelt es sich um wohlbekannte, traditionsreiche Unternehmen, meist in Familienbesitz, die den Sprung an die Börse wagen (wie in diesen Tagen der Haarkosmetikkonzern Wella). Aber es gibt auch mutige Newcomer mit modernen Technologien, die um Sparkapital werben. Freilich sind die Innovatoren hierzulande seltener als in den USA, wo gegenüber der Aktie und dem Risiko keine Berührungsängste bestehen.

An Spargeld herrscht kein Mangel. Freilich stellt es eine Fehlentwicklung dar, wenn Anleger sich in windigen Abschreibungsmodellen oder hochriskanten fernen Bohrlöchern engagieren, statt in Wachstumswerten, die sie eigentlich zu Hause haben könnten.

Der Sprung an die Börse ist für ein Familienunternehmen ein Wagnis, für die Volkswirtschaft aber eine Chance. Es wird Sparkapital in dringend benötigtes Risikokapital verwandelt. Die Streuung erhöht die Information, macht das wirtschaftliche Risiko (von dem schließlich auch der Arbeitsplatz abhängt) bewußt, wirkt letztlich machtverteilend.

Das gute Börsenklima sollte noch mehr Firmen ermuntern, das Publikum und die eigenen Mitarbeiter zu beteiligen. Auch in den Portefeuilles der Banken schlummert noch manches Aktienpaket. Und schließlich ist der Staat aufgerufen, seine Beteiligungen zu privatisieren. Die breite Eigentumsstreuung verringert die Krisenanfälligkeit einer Industrienation und stärkt ihre Wachstumskräfte.



„Nichts hören, nichts sagen, nichts sehen!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Blitze aus Deutschland

Von Carl Gustaf Ströhm

Heute wird Bundespräsident Karl Carstens zu einem viertägigen Staatsbesuch in Belgrad eintreffen. Damit schließt sich eine Lücke, ja in gewissem Sinne ein „weißer Fleck" in der politischen Geographie deutscher Staatsoberhäupter seit der Gründung der Bundesrepublik, mehr noch: seit Bestehen des Deutschen Reiches. Vor Carstens, der allerdings bereits 1980 am Begräbnis Titos teilnahm, war noch nie ein oberster Repräsentant des deutschen Staates in dieser Stadt.

Das hat seine historischen Gründe: In zwei Weltkriegen standen einander Deutsche und große Teile der Nationen des heutigen Jugoslawien als Feinde gegenüber. Es gibt auf beiden Seiten manche böse Erinnerung. Es soll auch nicht verhehlt werden, daß es im deutschen politischen Denken bereits der Vor-Hitler-Zeit durchaus eine Richtung gab, die unter dem Begriff „Belgrad" die Verkörperung negativer Tendenzen und balkanischen Durcheinanders verstand. Diese deutschen Vorurteile haben, abgesehen vom Eroberungswillen Hitlers, sicher auch im Zweiten Weltkrieg eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Sie haben zu tragischen, furchtbaren Irrtümern, etwa der deutschen Besatzungszeit, beigetragen.

Das alles soll gerade am heutigen Tag weder verschwiegen noch beschönigt werden. Wenn der Bundespräsident sowohl am jugoslawischen Ehrenmal auf dem Berge Avala wie auf einem der wenigen noch erhaltenen deutschen Soldatenfriedhöfe Kränze niederlegen wird, ist auf beiden Seiten die Erinnerung an das Geschehene und an die Opfer gegenwärtig. Es wäre zu billig, wollte man über die Erschossenen und Geschundenen jener Jahre – auf welcher Seite sie auch ihr Schicksal erlitten – mit ein paar nichtssagenden Worten hinweggehen.

Und dennoch – gerade das Beispiel Jugoslawiens zeigt, daß selbst furchtbare Irrtümer und Verbrechen die jahrhundertealten Bindungen zwischen europäischen Nationen nicht zu zerstören vermögen. Die Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen seit 1945 lehrt auf verblüffende Weise, daß unterschiedliche gesellschaftliche Systeme und sogar schwere Hypotheken der Vergangenheit ebenso wie gegensätzliche politische Interessen vor dem lebendigen Willen der Menschen letztlich zurückweichen müssen. Obwohl in Jugoslawien 1945 ein kommunistisches System installiert wurde, obwohl Belgrad und Bonn in der Ära Adenauer wegen der Anerkennung der „DDR" durch Tito ihre diplomatischen Beziehungen für viele Jahre abbrachen, entwickelten sich beide Länder wirtschaftlich und in den menschlichen Kontakten immer näher aufeinander zu. Heute sind die Bundesrepublik und Jugoslawien nicht nur als Handelspartner eng miteinander verbunden. Hunderttausende von Jugoslawen arbeiten (trotz der weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten) immer noch in der Bundesrepublik, weitere Hunderttausende haben in der Bundesrepublik gearbeitet und oft neben guter DM und solider beruflicher Kenntnis auch ein neues Bild Deutschlands und der Deutschen in ihre Heimat zurückgebracht. Millionen von Deutschen haben zumindest einige Teile Jugoslawiens als Touristen besucht.

Heute besinnt man sich auf beiden Seiten, daß es zwischen den Deutschen und jenen Nationen, die den heutigen Vielvölkerstaat Jugoslawien bilden – vor allem Serben, Kroaten, Slowenen, Mazedonier – über viele Jahrhunderte hin geistige, kulturelle, aber auch politische und wirtschaftliche Kontakte, ja sogar enge Verbindungen gegeben hat. „Die Blitze des deutschen Geistes haben auch unseren Himmel erhellt", formulierte es einst der verstorbene slowenische Philosoph und Dichter Edvard Kocbek – selbst aktiver Teilnehmer am Partisanenkampf des Zweiten Weltkrieges. Nicht nur die Kroaten, deren ältere Generation immer noch Deutsch als erste Fremdsprache beherrscht, sondern auch die Serben erinnern sich an die Verbindungen etwa ihres nationalen Aufklärers Vuk Karadzic zu Goethe – oder an den deutschen Historiker Leopold von Ranke, der als erster im Westen die Geschichte und das Schicksal der serbischen Nation erzählte.



Kein weißer Fleck mehr in der politischen Geographie: Jugoslawien-Reisender Carstens FOTO: WEREK

Politisch ist die Bundesrepublik dringend daran interessiert, daß Jugoslawien stabil und unabhängig bleibt. Die Befreiung von der sowjetischen Hegemonie, die Tito nach 1948 gelang, ist eine große Errungenschaft für ganz Europa. Daher hat der Westen die jugoslawischen Kommunisten unterstützt – auch dann, wenn er sich mit dem im Lande herrschenden System keineswegs identifizieren konnte. Zur deutsch-jugoslawischen Partnerschaft, wie sie sich erfreulicherweise nicht erst in den letzten Jahren entwickelte, gehört wohl auch, daß man nicht bei höflichen Floskeln bleibt, sondern zur Sache spricht. Für die deutsche Öffentlichkeit ist alles, was in Jugoslawien auf Offenheit, Toleranz und Mäßigung hinweist, begrüßenswert: nicht nur, weil das unseren eigenen Vorstellungen nahekommt, sondern weil dies eine bessere Garantie für Stabilität darstellt, als etwaige Polizeimaßnahmen oder bloße Repressionen. Es wäre durchaus nicht fehl am Platze, wenn der Bundespräsident in dieser Richtung gegenüber seinen Gastgebern argumentierte. Dabei sollte allerdings ein Thema nicht außer acht gelassen werden, das die deutsche Öffentlichkeit und auch politische Kreise der Bundesrepublik gerade nach einigen Vorfällen der jüngsten Zeit sehr beunruhigt. Es stellt auf die Dauer eine schwere Belastung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen dar, wenn jugoslawische Geheimdienste auf dem Boden der Bundesrepublik gewaltsam gegen jugoslawische Regimegegner vorgehen.

IM GESPRÄCH César Sepúlveda

Ein Mexikaner aus Texas

Von Manfred Neuber

Mexiko ist in der Bundesrepublik Deutschland durch einen hervorragenden Diplomaten vertreten, der unlängst – zusätzlich zur Wahrnehmung seiner Aufgaben in Bonn – zum Vorsitzenden der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte gewählt worden ist: César Sepúlveda. Für den 67jährigen ist es nichts Ungewöhnliches, in verschiedenen Wirkungskreisen aktiv zu sein. Der Völkerrechtler lehrte an mexikanischen und ausländischen Universitäten, schrieb Leitartikel und Bücher und diente der mexikanischen Regierungspartei sowie bedeutenden Institutionen seines Landes als Berater.

Vor zehn Jahren hat Sepúlveda die mexikanische Diplomaten-Schule „Matias Romero" gegründet, die er bis zum Jahre 1979 leitete. Der derzeitige Außenminister Sepúlveda Amor ist ein Neffe des Botschafters. Der Diplomat, der voraussichtlich noch in diesem Jahr Bundeskanzler Helmut Kohl in Mexiko begrüßen kann, hat auch als Privatmann enge Beziehungen zu Deutschland: Der frühere Leiter der Patent-Abteilung im mexikanischen Wirtschaftsministerium vertrat namhafte deutsche Firmen als Anwalt in seiner Heimat. Eine Zeitlang stand er der mexikanischen Rechtsanwaltskammer als Vorsitzender vor.

Gebürtig aus Laredo in Texas, das bis vor 150 Jahren zu Mexiko gehörte, zählt Sepúlveda zu der intellektuellen Schicht seines Landes, die enge geistige Bindungen zu den Vereinigten Staaten hat. So nahm er auch eine Gastprofessur an der Universität Michigan in Ann Arbor wahr.

An der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko, wo er mit Prädikat sein Studium abgeschlossen hatte, amtierte er zwischen 1962 und 1966 als Dekan der Juristischen Fakultät. Weitere Gastprofessuren führten ihn nach Europa.

Die diplomatische Laufbahn begann 1976. Drei Jahre später wurde er in die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte berufen, deren Vorsitzender Sepúlveda seit kurzem ist. Voriges Jahr erhielt er Sitz und – gewichtige – Stimme im Außenpolitischen Ausschuß der Regierungspartei Mexikos.



Vielfältige Beziehungen zur Bundesrepublik: Botschafter Sepúlveda FOTO: STUDIO STUCKMANN

Sepúlveda ist ein passionierter Jäger. Als Hobby-Koch bereitet er keineswegs nur Tortillas zu. Die literarische Neigung erschöpft sich nicht in Fachliteratur, sondern er veröffentlichte auch Essays und historische Beiträge zur nördlichen Landesgrenze Mexikos.

Mit mehr als 500 Leitartikeln in der einflußreichen Zeitung „Exelcior" äußerte sich Sepúlveda in den vergangenen Jahren zur internationalen Politik. In einem Beitrag für das Israelische Jahrbuch 1982 über die Menschenrechte, publiziert von der Universität Tel Aviv, schrieb Sepúlveda:

„Die Situation (in Lateinamerika) verschlechtert sich, weil die Reagan-Administration, anstatt die Menschenrechte zu fördern, autoritären und despotischen Regierungen, die Repressionen anwenden, beisteht. Solche Regierungen werden in ihrer Haltung offensichtlich bestärkt, so daß die Aufgabe der Menschenrechtskommission schwerer wird."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hauptthema der internationalen Presse ist nach wie vor der Abschuß des südkoreanischen Jumbo durch die Sowjets:

THE NEW YORK TIMES

Die empörte Weltöffentlichkeit sollte jetzt zeigen, daß die sowjetische Luft- und Schiffahrt nicht arglos ihre Routen nehmen kann, während jene der anderen Nationen sich dem Risiko der mörderischen, übertriebenen Sicherheitsmaßnahmen der Sowjetunion aussetzen. Präsident Reagan scheint entschlossen, eine solche Kampagne anzuführen, selbst wenn er die anderen Abkommen mit dem Kreml mühselig verfolgt.

LA STAMPA

Fragen gibt es viele – und alle bleiben ohne plausible Antwort. Am Ende scheint es fast logisch, was viele Kommentatoren meinen: Nämlich, daß Andropow nicht nur nicht der Verantwortliche sei, sondern, im Gegenteil, das Hauptziel der in Ostasien abgefeuerten Raketen. Die üblichen ordensgeschmückten Marschälle wären demnach Gegner von Andropows Entspannungskampagne. Um seine Politik zu kompromittieren oder zum Stillstand zu bringen, hätten sie den Abschuß der koreanischen Boeing befohlen. **(Turin)**

THE SUNDAY TIMES

Wir schlagen vor, daß Großbritannien, die USA, Frankreich, Westdeutschland, Japan, Südkorea und alle anderen Länder, die unser Entsetzen über die sowjetische Aktion teilen, sofort und einseitig die Benutzung ihres Luftraumes für jede Maschine der Aeroflot, der sowjetischen Fluggesellschaft, verweigern. Man muß ja nicht damit drohen, daß Übeltäter abgeschossen werden: Es genügt schon, ihnen die Radar- und Flugüberwachung sowie die Landerechte zu entziehen, um ihnen das Fliegen unmöglich zu machen ... Die Botschaft, daß nämlich das Massaker von Sachalin jede führende sowjetische Persönlichkeit zu einem Paria des internationalen Luftverkehrs gemacht hat, sollte eindeutig klarwerden. **(London)**

ABC

Hinter dem Abschuß des Jumbos aus Südkorea steckt weder nur ein weiterer Zwischenfall zwischen den Großmächten noch eine einfache Episode der Unmenschlichkeit. Man kann vielmehr zumindest drei nützliche Lehren daraus ziehen, die man festhalten und an die man sich erinnern sollte: Die erste ist die Fähigkeit des sowjetischen Systems zur Lüge ... *Die zweite Lehre*, die der Leser daraus ziehen kann, ist der Geist der Antwort auf Herausforderungen, der dem sowjetischen Militärsystem eigen ist: „Im Zweifelsfalle alle töten" ... Die dritte Folgerung aus der Krise ist in der amerikanischen technischen Überlegenheit zu finden: Die Funkgespräche zwischen den sowjetischen Abfangjägern und dem Kontrollzentrum wurden von der amerikanischen Luftwaffe abgehört und aufgezeichnet ... Es wird immer deutlicher, daß der wachsende und unüberbrückbare Abstand zwischen der militärischen und wissenschaftlichen Fähigkeit der einen und der anderen Nation die Russen gezwungen hat, Jahr für Jahr auf einen großen Eroberungskrieg zu verzichten. **(Madrid)**

IG Metall: Mit Volldampf auf die 35-Stunden-Woche

Die Gewerkschaft muß achtgeben, daß der Kampf um Arbeitszeitverkürzung nicht zum Selbstzweck wird / Von Günther Bading

Die Führung der IG Metall scheint auf einen Streik um die 35-Stunden-Woche im kommenden Frühjahr zuzusteuern. Unnachgiebig zeigen sich die Gewerkschafter – zuletzt auf einer wissenschaftlichen Arbeitstagung zur Untermauerung der Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung in Sprockhövel. Und ebenso unnachgiebig zeigen sich die Arbeitgeber, obwohl sie im selben Atemzug, also zugleich mit der Ablehnung von 35 Wochenstunden, flexible Arbeitszeit anbieten.

Die Forderung nach kürzerer Wochenarbeitszeit ist nicht neu. Sie wurde von der IG Metall, die damit im DGB wieder die Vorreiterrolle zu spielen gedenkt, sogar schon auf ihrem letzten Gewerkschaftstag vor drei Jahren im September 1980 in Berlin aufgestellt.

Allerdings – und das zeigt, welchen Weg die innergewerkschaftliche Diskussion seither nahm – wurde dieses Verlangen vor drei Jahren keineswegs an die erste Stelle gerückt. In der Entschließung Nummer 12 des Gewerkschaftstages zur Tarifpolitik forderte die mit rund 2,6 Millionen Mitgliedern bundes- und weltweit größte Einzelgewerkschaft unter „erstens" die „Sicherung und Erhöhung der Realeinkommen". Erst nach den Forderungen nach Angleichung der Tarifbestimmungen für Arbeiter und Angestellte, nach Einbeziehung der Auszubildenden in gemeinsame Tarifverträge und nach Besitzstandssicherung taucht das Verlangen auf, künftig nicht mehr durchschnittlich 40, sondern nur noch 35 Stunden pro Woche zu arbeiten. Punkt fünf der Tarifpolitischen Entschließung – und damit „Beschlußlage" der IG Metall – ist überschrieben: Die IG Metall fordert die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit dem Ziel der Humanisierung der Arbeit. Und hier wiederum erst im dritten und letzten Spiegelstrich taucht die Verkürzung der Arbeitszeit auf. Begründet wird diese Forderung mit der Notwendigkeit des „Ausgleichs für wachsende Arbeitsbelastung", erst dann folgt „Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung".

Inzwischen hat sich die Argumentationslinie der IG Metall völlig gewandelt. Heute tut man in der Abteilung Tarifpolitik des Vorstands so, als könne man mit der schlagartigen Einführung der 35-Stunden-Woche den Arbeitsmarkt von heute auf morgen wesentlich entlasten. Von dem alten Ansatz, Arbeitszeitverkürzung im Zuge der Humanisierung der Arbeitsbedingungen zu fordern, ist nichts mehr spürbar.

Die IG-Metall-Tarifpolitiker um das für diesen Bereich zuständige Vorstandsmitglied Hans Janßen schert es offenbar auch wenig, daß die Gewerkschaftsbasis offenbar ganz anders denkt, daß Umfragen (auch gewerkschaftseigene) Prioritäten der Arbeitnehmer bei der Frühverrentung durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit sehen. Trotz der Kritik am eigenmächtigen tarifpolitischen Handeln der Gewerkschaftsführung auf dem letzten Gewerkschaftstag hat der IG-Metall-Vorstand schon im vergangenen Herbst die Überlegungen zur sogenannten Tarifrente verworfen und angekündigt, daß in der Lohnrunde Anfang 1984 die 35-Stunden-Woche gefordert werde. Besonnene Gewerkschafter werden auf dem Kongreß vom 9. bis 15. Oktober in München sicherlich gegen diesen „Zentralismus" Widerspruch einlegen. Schließlich tagen die Großen Tarifkommissionen, die die regionalen Forderungen festlegen, erst im Spätherbst.

Dennoch wird die Forderung nach der 35-Stunden-Woche kommen. Denn die Gewerkschaftsführung braucht eine Emotionen weckende Zielvorgabe, um den Zusammenhalt der Organisation nach vier Jahren tarifpolitischer Erfolglosigkeit zu bewahren. In den Lohnrunden der vergangenen Jahre konnte sich die IG Metall nicht durchsetzen, mußte Abschlüsse akzeptieren, die zwar volkswirtschaftlich vernünftig waren, jedoch den Anspruch nach „Umverteilung" nicht erfüllten, den die IG Metall auf ihre Fahnen geschrieben hat. Was also läge nun näher, als an jenes Erfolgserlebnis anzuknüpfen, das bei der Durchsetzung der 40-Stunden-Woche (übrigens nicht mit „vollem Lohnausgleich", sondern unter Anrechnung der Arbeitszeitverkürzung auf die Lohnanhebung) erzielt wurde. „Samstags gehört Vati mir" – die Plakate mit dem strahlenden Schulkind sind noch unvergessen.

Kürzere Arbeitszeit für besonders schwere Tätigkeit, etwa am Hochofen oder unter Tage – darüber ließe sich reden. Eine generelle Beschneidung aber bringt dem einzelnen Arbeitnehmer kaum etwas an zusätzlicher Freizeit – es sei denn, man wollte auf die Vier-Tage-Woche hinaus. Und die Positivwirkung auf den Arbeitsmarkt ist reichlich umstritten. Viele Experten meinen, auch hier bringe die Verkürzung der Lebensarbeitzeit mehr neue Stellen als die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Das von den Arbeitgebern vorgetragene Argument, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit koste 14,3 Prozent (mit Lohnnebenkosten sogar 18 Prozent) und sei deshalb nicht finanzierbar, müßte untersucht werden. Fünf Stunden weniger Arbeit in fünf Jahren – dann wäre die Kostensteigerung jährlich knapp drei Prozent. Mit solchen Lohnabschlüssen muß ohnehin gerechnet werden.

Ob vernünftig oder nicht – die IG Metall wird um die 35-Stunden-Woche kämpfen. Ihre neue Führung – vom Oktober an – wird darauf zu achten haben, daß der Kampf nicht zum Selbstzweck wird.

Berlin signalisiert die Zukunft

Vom Funkturm in Berlin gehen positive Konjunktursignale – zumindest für die Unterhaltungselektronik – ins Land. Bildschirmtext und leichtere Videokameras sind nur zwei Beispiele.

Von WERNER NEITZEL

Ungewohnte Funkstille herrschte für Augenblicke, als der TV-Schnellsprecher und Showmaster Dieter Thomas Heck auf der Berliner Funkausstellung bei einer nachmittäglichen Schlagerhit-Präsentation im ICC in die Runde fragte, was den Zuhörern beim Besuch der Funkausstellung bisher am meisten gefallen habe. Auch bei Zuspitzung seiner Frage auf technische Attraktionen kamen lediglich Antworten wie „die Berliner Kneipen" oder „Ihre Sendung". Ansonsten herrschte betretenes Schweigen.

Ohne dieses kleine Intermezzo überbewerten zu wollen, ist es aber doch ein Symptom für das Messegeschehen dieser Tage unter dem Berliner Funkturm, wo sich in den Messehallen bis zum kommenden Sonntag das „Mekka" der weltweiten Unterhaltungselektronik und angrenzender Bereiche befindet. Einerseits ist es zu einem erheblichen Teil das in diese gigantische Messe eingeflochtene Show-Element, das der Funkausstellung ihre Zugkraft auf das breite Sehpublikum verleiht. Zum anderen ist es die kaum überschaubare Fülle des Dargebotenen. Es gibt eine ganze Reihe weiterer technischer Verfeinerungen und auch einige Marksteine stechen hervor, wie zum Beispiel der Start des Bildschirmtextes oder die Fortschritte in der Digitalisierung und der damit möglichen preiswerten Funktionserweiterung bei den Fernsehgeräten. Sie reflektieren allerdings vorerst eher bei den Fachbesuchern und Technik-Freaks. Einer gesteigerten Aufmerksamkeit erfreuen sich die relativ leichten Kamera-Recorder (für das übliche Halbzoll-Band) und die bereits im Markt befindliche CD-Schallplattentechnik.

Überraschende und umwälzende Produktneuheiten sind ohnedies auf Messerepräsentationen seltener geworden. Darüber hinaus entpuppen sie sich als solche oft erst im Laufe der Zeit. Messen diktieren längst nicht mehr allein den Ablauf der Produkteinführung im Stile früherer Jahre. Die Marketingstrategen geben vielfach einer eigenen, an anderen Maßstäben ausgerichteten Rhythmik den Vorzug.

Zweifellos signalisieren der allgemeine Besucherstrom zur Berliner Funkausstellung und eine schon erkennbare rege Ordertätigkeit des Fachhandels, daß es in dem Sektor der Unterhaltungselektronik – auf Grund der Ausweitung in die Bereiche der Informationsverarbeitung und allgemeinen Kommunikationstechnik spricht man von „Konsumelektronik" – weiter aufwärts gehen wird. Die Branche geht davon aus, daß hier das Marktvolumen in der Bundesrepublik in diesem Jahr um gut 5 Prozent auf über 14 Milliarden Mark ansteigen wird. Dabei handelt es sich um ein reales Wachstum. Und welcher andere Zweig in den Konsumgütersparten kann schon so brillieren?

Bemerkenswert ist diese Wachstumskraft nicht zuletzt deshalb, weil in einigen wichtigen Gebieten wie zum Beispiel dem der Farbfernsehgeräte eine relativ hohe Marktsättigung vorhanden ist. Gleichwohl geht man in dieser Sparte, die den nach wie vor stärksten Block unter den Produktgruppen der Unterhaltungselektronik darstellt, von einer Absatzsteigerung um etwa 100 000 auf 2,4 Millionen Farbgeräte in diesem Jahr aus. Davon wird jedes zweite Gerät mit Stereoton ausgerüstet sein.

Die Ankündigung der ARD, nunmehr (nach dem ZDF) ebenfalls mit Stereosendungen aufzuwarten, dürfte dieser Gerätekategorie weiteren Auftrieb geben. Daß der Konsument sich zunehmend auch mit dem über die sogenannte Austastlücke ausgestrahlten Videotext anfreundet, beweist die für dieses Jahr erwartete Verdoppelung auf etwa 200 000 Stück dieser Fernsehgeräte mit eingebautem Videotext-Decoder.

Auf ein verhältnismäßig großes Besucherinteresse stößt der Bildschirmtext, den unter anderem konzentriert in Halle 14 B an die 30 Geräteanbieter und -anwender präsentieren. Bundespostminister Schwarz-Schilling hatte für dieses Medium in einer zunächst eingeschränkten Verbreitungsform auf der Berliner Funkausstellung das Startzeichen gegeben. Eine bundesweit flächendeckende Verbreitung soll ab Mai kommenden Jahres anlaufen. Den teilweise euphorischen Erwartungen auf politischer Ebene und von der Anbieterseite stehen aber auch eher skeptische Stimmen gegenüber. Letztere verweisen in erster Linie auf die von der Post aufgebaute relativ hohe Gebührenhürde, die insbesondere den privaten Nutzer abschrecken könnte. Andererseits wird aber eingeräumt, daß sich für eine breite Nutzung in Industrie, Handel und Dienstleistungsbereichen gute Chancen bieten.

Die Ursachen für den sich von anderen Branchen abhebenden Höhenflug der Unterhaltungselektronik liegen auf der Hand: Teilweise ist es Neugier, die die Bürger zum Erwerb neuer Rundfunk-, Phono- oder Fernsehprodukte veranlaßt, teils ist auch der Snobappeal der Auslöser, hinzu kommen gewisse Besitznotwendigkeiten und Komfortbedürfnisse. Jedenfalls sorgt eine dynamische Innovationskraft auf der Industrieseite dafür, daß Kauf-Anreize ständig aufs neue gegeben sind.

Am deutlichsten springen die Markterfolge auf dem Gebiet der Videorecorder ins Auge. Die Videofans in der Bundesrepublik, unter denen sich überproportional viele Ausländer befinden, kauften im vergangenen Jahr mit 1,2 Millionen Videorecordern rund 40 Prozent mehr als im Jahr davor. Für das laufende Jahr erwarten Branchenkenner eine Marktausweitung auf 1,4 bis 1,5 Millionen Stück, das würde eine weitere Steigerung um 25 Prozent bedeuten.

Das vom europäischen Firmengespann Philips/Grundig stammende Videosystem 2000, das insbesondere an das japanische VHS-System Marktanteile verlor, sieht sich wieder im Aufschwung. Man peilt hier einen Marktanteil von 30 Prozent an nach einem Quotenrückgang auf 22 Prozent. Gestärkt wird die Zuversicht durch Auswirkungen des zwischen der EG und Japan zustande gekommenen Selbstbeschränkungsabkommens. So schlußfolgert Hanns-Dieter Horn, Leiter des Unternehmensbereichs Unterhaltungselektronik der deutschen Tochter des holländischen Multis Philips: „Die Industrie hat mit diesem Abkommen eine große Chance, eigene Produktionen in Deutschland und in Europa aufzubauen."

Wesentlich gedämpftere Töne sind freilich von Handelsseite zu vernehmen. Interfunk-Chef Hermann Seringer sieht bereits einen Bumerangeffekt für den Zeitpunkt des Auslaufens dieses Abkommens voraus.

Ein zweites Reizthema auf der Funkausstellung ist die bereits vor zwei Jahren von Grundig eingeführte Vertriebsbindung, ein Schritt, den unlängst auch die heutige Thomson-Brandt-Tochter Telefunken nachvollzog. Von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher wird hierin ein Verstoß gegen wettbewerbsrechtliche Prinzipien gesehen. Auch Wolfang Kartte, Präsident des Bundeskartellamtes, stellte in Berlin unmißverständlich fest: „Einen Weg zurück zur Preisbindung gibt es nicht." Die von den zwei Herstellern vorgegebenen Preise paßten nicht in die marktwirtschaftliche Landschaft.

An einem Gang durch den Instanzenweg, mag er auch noch so zeitraubend sein, wird von den Beteiligten kein Zweifel gelassen. Währenddessen stehen die anderen Unternehmen Gewehr bei Fuß und warten zunächst die weitere Entwicklung in diesem Punkte ab.

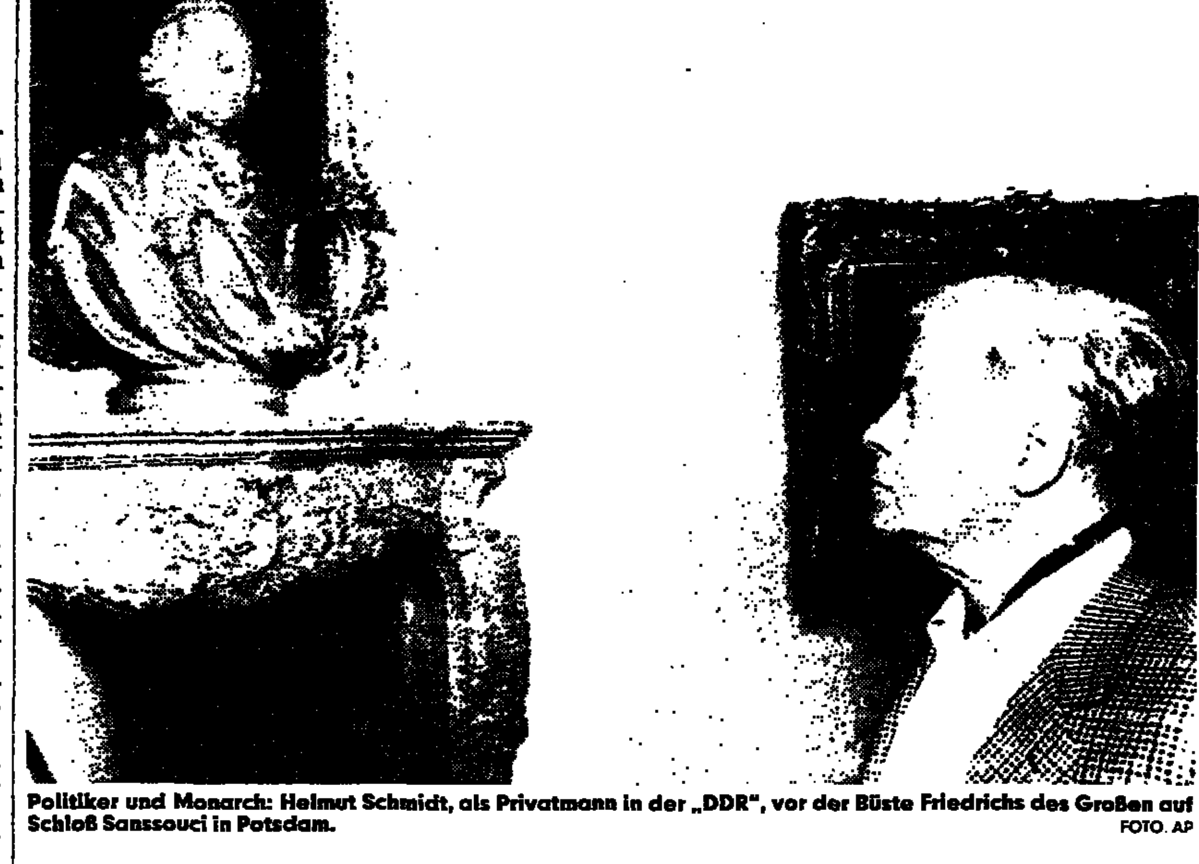
Weiterhin explosionsartig entwickelt sich der Markt der Videospiele in der Bundesrpublik. Nach einem Absatzvolumen von 70 000 Geräten im vergangenen Jahr wird für 1983 für den Inlandsmarkt mit einer Steigerung auf etwa 400 000 Videospiele gerechnet. Der Ansturm vor allem jugendlicher Interessenten auf die Halle 6 unter dem Berliner Funkturm, in der die Stände der Anbieter dicht umlagert sind, gibt eine Vorstellung vom Potential des Videospiel-Marktes. Die Verkettung dieser Spiele mit dem ebenfalls sehr wachstumsträchtigen Gebiet der Homecomputer ist in vollem Gange, zumal sich hier mehr Spielraum für noch attraktivere intelligente Videospiele eröffnet.

Deutlich gebremste Erwartungen begleiten inzwischen von Herstellerseite das auf Laserabtastung beruhende Bildschirmplattenspieler-System, ein Markt, dem man jetzt allenfalls eine „schrittweise Öffnung" (Philips) zutraut. Das bisher unzureichende Angebot an Bildplatten-Titeln soll etwas zügiger ausgebaut werden.

Wesentlich optimistischer ist man dagegen auf dem Felde der ebenfalls mit Laserabtastung arbeitenden Schallplatte Compactdisc (CD). Hier wird mit dem Absatz von rund 50 000 Einheiten in der Bundesrepublik in diesem Jahr gerechnet. Überhaupt hat sich das gesamte Audio-Geschäft, das eine Zeitlang stark im Schatten der Videomarkt-Entwicklung stand, stabilisiert. Die große Resonanz der Internationalen Funkausstellung Berlin 1983 spricht für sich. Vom Funkturm gehen eindeutig positive Konjunktursignale zumindest für diesen wichtigen Wirtschaftszweig hinaus.

Seite 15: Funkausstellung

Symbol der Funkausstellung: Ein Parabolspiegel, über den die Berliner via Satellit Hörfunk- und Fernsehprogramme empfangen können. FOTO: AP



Politiker und Monarch: Helmut Schmidt, als Privatmann in der „DDR", vor der Büste Friedrichs des Großen auf Schloß Sanssouci in Potsdam. FOTO: AP

Zu Gast beim Alten Fritz

Diesmal war es Potsdam und nicht Güstrow; diesmal war es der Privatmann und nicht der Bundeskanzler: Helmut Schmidt besuchte am Wochenende die „DDR".

Von HANS-R. KARUTZ

Im Allerheiligsten von Preußens „Traum aus dem Sand" lehnte der Exkanzler am Bücherschrank des Alten Fritz. Ein milder und ausgeruhter Helmut Schmidt, von einem Urlaub aus Amerikas „Indian summer" in den märkischen Altweibersommer katapultiert. 21 Monate nach dem so gar nicht vorweihnachtlichen und politisch eisigen Advent zu Güstrow fuhr Schmidt an diesem Wochenende hinüber nach Potsdam, Wittenberg und Ost-Berlin. Privat und als kirchlicher Gast mit Frau Loki, Klaus Bölling und Referent Jens Fischer. 1942 hatte Schmidt das unversehrte Potsdam, „Hort des Preußentums", zum letztenmal gesehen: „Als Soldat auf Fronturlaub, und wir bekamen vom Potsdamer Fremdenverkehrsverein sogar ein Zimmer, obwohl wir noch nicht verheiratet waren."

Anders als die nicht vorgewarnten Sachsen und Thüringer bei der Reise von Franz Josef Strauß Ende Juli, hielten sich die Märker beim Hanseaten vorsichtig zurück. Denn wo immer der Ex-Kanzler einherschritt, überall lugte die „Staatssicherheit" aus dem Busch. „Wir haben Angst, daß einer glaubt, wir hätten einen Zettel in der Hand", sagte eine Frau selbst auf kirchlichem Gelände. Strauß hatte während seiner dreitägigen „DDR"-Reise Dutzende von Bittbriefen zugesteckt bekommen...

In der runden Arbeitsklause des Alten Fritz am rechten Flügel seiner Rokoko-Laube, von den Tönen der Querflöte durchweht, geriet Schmidt ins Sinnen: Nein, ein solcher Arbeitsraum gefalle ihm auf Dauer nicht. Viel zu wenig Bücher. Aber er wußte in der friderizianischen Historie glänzend Bescheid: Den „Anti-Macchiavell" habe Friedrich schon als Kronprinz in Rheinsberg geschrieben. Hier im Schloß die „L'Histoire du Brandenbourg"...

Draußen auf der Terrasse spielten nicht die höfischen Windhunde, sondern die Stasie-Leute spielten das übliche Versteckspiel: Zwischen die Potsdamer, von denen mancher verstohlen zum Schmidt-Clan hinüberwinkte, geisterten die Sicherheitsorgane. Mit kompletten Familien und Halbwüchsigen dabei, die – wie immer in derartigen Fällen – durch die falsche Reaktion auffielen: Ohne sichtbares Interesse starrten sie den Gast nur an. Die „echten" Potsdamer hingegen applaudierten bei Schmidts Ankunft am Fuße des Weinbergs, den Friedrich einst gegen „bare Zahlung nach einem billigen Kaufanschlage" erwarb.

Das Rätsel um den Alten von Sanssouci bewegte Schmidt: „Auf der einen Seite soviel Heiterkeit, Flötenspiel – auf der anderen Seite der Feldherr, der seine Soldaten anschrie: „Kerls, wollt ihr ewig leben?" Wie, wie passe dies zusammen? fragte Schmidt mehr für sich.

Früh an diesem Morgen war die Kolonne mit dem silbergrauen Mercedes daheim in Langenhorn aufgebrochen. Nicht am Kontrollpunkt, sondern erst später tauschte Referent Fischer auftragsgemäß für das Quartett viermal 25 Mark als Mindestsatz ein: „Wir wollen keine Sonderbehandlung", sagte Fischer.

„Er hat vor allem die Kraniche beobachtet, die man in Mecklenburg noch sieht", schilderte ein Mitreisender Schmidts Reisebeobachtungen. Da die „DDR"-Begleitwagen selbst bis zu Tempo 140 anschlugen, war die Pünktlichkeit keine Frage. Staatsinteresse schlägt in der „DDR" noch allemal die Straßenverkehrsordnung.

In diesen drei Tagen zwischen Hamburg und Wittenberg bildete Potsdams „Oberlin-Haus" den ruhenden Pol. 400 kirchliche Mitarbeiter kümmern sich dort um 500 Patienten – Behinderte, Taube, Blinde; Randgruppen auch der sozialistischen Gesellschaft.

„Erst am Freitag ging das Gemunkel los, Schmidt käme, vorher behandelte auch die Kirche das Unternehmen wie ein Staatsgeheimnis", berichtete eine Mitarbeiterin. In einem schmucken Klinker-Neubau für Rollstuhlfahrer, mit vielen Kirchen-Millionen auch aus der Bundesrepublik errichtet, räumten die Gastgeber für das Ehepaar Schmidt und die Begleitung die komplette Etage unter dem Dach.

Die einzige wirkliche Begegnung Schmidts mit den Potsdamern ergab sich, als der Journalistentroß längst abgezogen war: Nach dem Frühstück mit Gastgeber Altbischof Albrecht Schönherr trat Schmidt aus dem weinlaubumrankten Mutterhaus auf dem Kirchengelände und ging auf etwa 20 wartende „Oberliner" zu – Schwestern, Ärzte, junge Patienten. „Wir danken Ihnen für alles, was Sie für uns getan haben", sagte eine Stimme und bezog sich dabei auf Schmidts politisches Gesamtwerk.



Schloßdirektor Schönemann erläutert seinen Gästen Helmut und Loki Schmidt Schloß Sanssouci FOTO DIE WELT

300 Festnahmen bei Blockade in Bitburg

rtr, **Bitburg**

Bei der 24stündigen Protestaktion vor dem US-Luftwaffenstützpunkt in Bitburg sind am vergangenen Freitag und Samstag rund 300 Demonstranten festgenommen worden. Nach Angaben der Polizei waren darunter mehrere Bundestagsabgeordnete der Grünen, unter anderem Petra Kelly und Gert Bastian. Während der Aktion, die sich gegen die Aufstellung neuer US-Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland richtete, war mehrfach die wichtigste Verbindungsstraße zwischen der Bitburger US-Wohnsiedlung und dem Stützpunkt blokkiert worden.

Nach Angaben von Polizei-Oberrat Heinz Perne wurden bis Samstag 16.00 Uhr alle Festgenommenen mit einer Ausnahme wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen einen Demonstranten sei Haftbefehl wegen Nötigung und aktiven Widerstandes gegen die Staatsgewalt erlassen worden.

Die Abgeordneten der Grünen waren in der Nacht zusammen mit anderen Teilnehmern einer Prominentenblockade im schwäbischen Mutlangen nach Bitburg gekommen, um die Blockierer in der Eifelstadt zu unterstützen. In Mutlangen war die Polizei im Gegensatz zu Bitburg gegen die Blockade eines US-Depots nicht eingeschritten.

Landrat Gasper begründete das unterschiedliche Verhalten der Sicherheitskräfte in Mutlangen und Bitburg damit, daß die Blockade eines Depots wie in Mutlangen nicht mit der eines Luftwaffenstützpunktes verglichen werden könne.

Die Blockierer von Mutlangen und der Abschuß des Jumbos

Streit über Reaktionen auf das sowjetische Verhalten / Kontakte nach Bitburg

XING-HU KUO, **Schwäbisch Gmünd**

Die dreitägigen Aktionen von „Friedensgruppen" in Mutlangen und Schwäbisch Gmünd gegen amerikanische Militäreinrichtungen sind am Samstag ohne Zwischenfälle beendet worden. Die Blockade vor dem US-Waffendepot in dem Städtchen *am Rande der Schwäbischen Alb* wurde jedoch durch den Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges überschattet. In der Abschlußkundgebung am Samstag in Schwäbisch Gmünd, an der rund 10 000 Menschen teilnahmen, kamen denn auch die Auseinandersetzungen in der unterschiedlichen Beurteilung der Redner zu diesem Vorfall zum Ausdruck.

Während einer der Initiatoren und Sprecher der Blockierer, Klaus Vack, noch die „Trauer und Betroffenheit" über den Tod von 269 Passagieren der Boeing 747 der „Korean Airlines", die „von sowjetischen Militärmaschinen abgeschossen wurde", zum Ausdruck brachte und eine „Schweigeminute" für die Toten erbat, versuchten andere Redner, das unfaßbare Verbrechen zu bagatellisieren und zu relativieren.

Oskar Lafontaine, saarländischer SPD-Vorsitzender und entschiedener Nachrüstungsgegner, erklärte, man dürfe sich nicht durch den „Flugzeugabsturz", dann verbesserte er sich, „Flugzeugabschuß" nicht „irre machen": „In dieser Minute sterben 100 Menschen vor Hunger, niemand *denkt daran, deshalb irgend etwas* abzubrechen." Er sei dagegen, so der prominente SPD-Politiker weiter, wenn „Tote herhalten müssen für polemische Propaganda".

Der Theologe Professor Helmut Gollwitzer sprach immerhin von einer „tiefen Erschütterung" über den Vorfall. Mehrmals erklärte er jedoch auch, „*falls* es ein Abschuß war", so sollten die Angehörigen der Friedensbewegung sich dadurch nicht von der Tatsache „ablenken lassen, daß das Phänomen weltweit da ist, daß Menschen zu willenlosen Werkzeugen von mörderischen Befehlen" würden. Gollwitzer relativierte den Abschuß mit dem Hinweis, daß in Vietnam „Hunderttausende von Kindern" getötet worden seien. Er verwies auf „Morde" in Guatemala und El Salvador, erwähnte auch Befehlsgehorsam in Afghanistan und Polen.

Der Tübinger Professor Walter Jens erklärte unter großem Beifall der Kundgebungsteilnehmer, daß es gelte, „Widerstand" gegen die „Militarisierung und das Kommißdenken in allen Bereichen" unseres Lebens zu leisten, nicht nur im rein militärischen. *In diesem Zusammenhang* dankte Jens auch der Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg 20 Millionen Tote zu beklagen hatte, denn „auch diesem Land haben wir es zu verdanken, daß wir *heute hier* zusammengekommen sind und nicht unter dem Hakenkreuz leben müssen".

Übereinstimmend brachten die Redner auf der Schlußkundgebung *ihre Auffassung zum Ausdruck, daß* ihr Vorgehen in Mutlangen und in Schwäbisch Gmünd ein „voller Erfolg" war, weil die Polizei nicht eingeschritten sei. Daraus wollen die Veranstalter offenbar einen bundesweiten Präzedenzfall machen.

Alle Redner verglichen dabei das unterschiedliche Vorgehen der *baden-württembergischen und rheinland-pfälzischen* Polizei in Bitburg, wo eine Blockade vor einer US-Militäreinrichtung geräumt worden ist. So erklärte Gollwitzer, die unterschiedliche Behandlung der Blockierer in Mutlangen und Bitburg zeige die „schreckliche Entwicklung unseres Rechtsstaates". Die Differenzierung zwischen dem „Nobelpreisträger Böll oder Professor Gollwitzer" und dem einfachen, namenlosen Blockierer bei der Beurteilung der gleichen Tat sei ein „Anschlag auf den Rechtsstaat, ja das Ende des Rechtsstaates".

Zwischen der Blockade in Mutlangen und in Bitburg bestanden offenbar enge Kontakte: In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verließen sieben „prominente" und rund 70 „*normale" Blockierer das Lager in* der schwäbischen Provinz, um ihre „bedrängten" Mitstreiter in Bitburg zu unterstützen. Darunter Petra Kelly, der Amerikaner Daniel Ellsberg.

Alle paar Stunden wurden telefonisch überbrachte Mitteilungen aus Bitburg in Mutlangen schriftlich bekanntgegeben: Dabei wurde der angeblich „brutale" Einsatz der Polizei *in der Eifelstadt groß herausgestellt.*

Glotz hält Abrutschen der Grünen für möglich

SPD-Geschäftsführer skeptisch über Aussichten für Genf

DW. **Bonn**

Die Möglichkeit, daß die Grünen als Partei von der politischen Bildfläche verschwinden, ist nach Auffassung von SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz im letzten halben Jahr größer geworden. Mit Peter Glotz sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Glotz, nach dem Jumbo-Abschuß stellt sich mehr denn je die Frage: Muß die Friedensbewegung – und die SPD zählt sich zu ihr – jetzt nicht umdenken?

Glotz: Als Sozialdemokrat brauche *ich diesen scheußlichen* Gewaltakt nicht, um über den Militärapparat einer Diktatur aufgeklärt zu werden. Deshalb muß ich nicht umdenken. Vielleicht sollten aber diejenigen umdenken, die so tun, als seien die extrem kurzen Vorwarnzeiten neuer Raketen kein Problem. Wenn irgendein sowjetischer General in Sachalin schon bei solch einer Angelegenheit durchdreht und dem moralischen Ansehen seines Landes durch das Umbringen von fast 300 Menschen schwersten Schaden zufügt – wie wird das erst im ernsten Konflikt?

WELT: Die SPD-Führung hat das Verbrechen verurteilt. Aber ist es nicht bedrückend, zu sehen, daß Demonstranten amerikanische Militäranlagen blockieren, aber kein Wort des Protestes gegenüber Moskau finden?

Glotz: In der Friedensbewegung gibt es nur eine kleine DKP-Truppe, die einäugig gegenüber der Sowjetunion ist. Alle anderen beurteilen den *SS-20-Sozialismus* wie *die große* Mehrheit der Deutschen.

WELT: Über die Hintergründe des Verbrechens in Fernost gibt es vielfache Spekulationen bis hin zu der Mutmaßung, „Falken" im Kreml wollten damit Andropows Kurs durchkreuzen. Wie ist Ihre Einschätzung?

Glotz: Ich bin kein Kreml-Astrologe. Es kann eine militärische Kopflosigkeit sein oder eine Intrige auf unterer Ebene. In jedem Fall muß die Sowjetunion jetzt die Sache aufklären und die Verantwortlichkeiten klarstellen – *auch damit die* sicherheitspolitische Diskussion durch diesen schlimmen Vorfall nicht noch weiter belastet wird.

WELT: Herr Glotz, das Bild der SPD in der Sicherheitspolitik, konkret gesagt in der Diskussion über die Nachrüstung, ist schillernd. Halten Sie es für richtig, daß Politiker wie Lafontaine und Bahr den Kurs der SPD bestimmen?

Glotz: Lafontaine bestimmt den Kurs nicht. Er formuliert seine persönliche Meinung oder die Meinung einer Minderheit. Daß Egon Bahr als Mitglied des SPD-Präsidiums gemeinsam mit Willy Brandt, Helmut Schmidt, Johannes Rau und Jochen Vogel am Kurs mitformuliert, halte ich für sinnvoll und für notwendig. Bahr ist ein deutscher Patriot mit großen Verdiensten in der Entspannungspolitik.

WELT: Welche Lösungen sind für Sie in Genf denkbar?

Glotz: Ich kann Ihnen da keine Neuigkeiten bieten. Die SPD ist der Auffassung, daß sich in Genf noch beide Seiten bewegen müssen. Dies gilt ausdrücklich auch für die USA. Wenn sich in Genf nichts mehr tut, wird die SPD mit großer Mehrheit die Stationierung von neuen Raketen in der Bundesrepublik ablehnen.

WELT: Der SPD-Landesvorstand in Hamburg lehnt in der Frage der Nachrüstung ein Zwischenergebnis ab und greift zugleich die Forderung auf, schrittweise eine nuklearfreie Zone in Europa zu schaffen. Ist das ein „Modell" für die Haltung der Gesamtpartei im Herbst?

Glotz: Die Idee einer nuklearfreien Zone in Europa, wie sie Olof Palme vorgeschlagen hat – nicht wie sie Honecker dann aufgegriffen hat –, halte ich für sinnvoll. Ich glaube, daß sie in der SPD mehrheitsfähig ist. Ein Zwischenergebnis in Genf würde ich nicht ablehnen, bevor es nicht konkret auf dem Tisch liegt. Insofern unterscheide ich mich von den Vorschlägen, die in Hamburg gemacht worden sind.

WELT: Haben Sie die Hoffnung, daß es in Genf noch zu einer Übereinstimmung kommen wird?

Glotz: Ich bin eher skeptisch. Im Instrumentekasten der Herren Nitze und Kwisinsky ist alles drin. Die politische Entscheidung aber fällt im Weißen Haus und im Kreml.

WELT: Herr Glotz, *zurück zur* Innenpolitik. Wie steht es mit den

INTERVIEW

Wahlaussichten der SPD in Hessen?

Glotz: Seit Ihrer Hetzjagd auf den Abgeordneten Hecker und seit dieser abgeschmackten Aktion von Schwalba-Hoth bröckeln die Grünen. Ich hoffe, sie gehen unter fünf Prozent. Die FDP liegt deutlich unter fünf Prozent. Das ist eine harte Auseinandersetzung *zwischen* Börner und Wallmann.

WELT: Es fehlt die übliche Aussage: Wir werden es alleine schaffen!

Glotz: Aber sicher: Wir werden alles tun, daß wir es schaffen. Wir haben vor allem dann eine große Chance, wenn es nur noch zwei Parteien im Landtag geben sollte. Unser Ziel ist es, dann die Nase vor der CDU zu haben.

WELT: Kritiker halten der SPD vor, ihr Verhältnis zu den Grünen sei ungeklärt. Sind für Sie Koalitionen mit den Grünen, sei es im Land oder im Bund, denkbar?

Glotz: Ich will keine Koalition. Meine Politik war stets, die Wähler zurückzugewinnen. Das bedeutet, wir müssen die Probleme, die manche bewogen haben, grün zu wählen, aufgreifen. Und zwar solide, ohne die Verrücktheiten, wie sie von den Grünen begangen werden. Mein Ziel ist es, die Spaltung der deutschen Linken wieder *aufzuheben* und deutlich über die 40 Prozent zu stoßen. Ich habe den Eindruck, in dem letzten halben Jahr ist die Möglichkeit, daß die Grünen als Partei von der politischen Bildfläche *abtreten,* größer geworden. Aber entschieden ist noch nichts.

WELT: Für alle Fälle hat Franz Josef Strauß für Hessen und für Nordrhein-Westfalen eine große Koalition vorgeschlagen. Sind das Gedanken, für die Sie sich erwärmen könnten?

Glotz: Große Koalitionen sind immer Notkoalitionen, die man vermeiden sollte, wenn es geht. In Hessen fummeln wir nicht an Koalitionen, sondern wir kämpfen um die Mehrheit.

U-Boot-Jagd vor Marinestützpunkt Karlskrona

dpa, **Karlskrona**

Schwedisches Militär hat die Jagd auf fremde U-Boote vor dem Marine-Stützpunkt Karlskrona an der Südküste verschärft. Patrouillenboote warfen 13 Wasserbomben auf vermutete Eindringlinge. Bis gestern mittag detonierten weitere drei Bomben außerhalb des abgesperrten Suchgebietes.

Aus der Einsatzleitung verlautete, daß zwei Mini-U-Boote innerhalb des *Suchgebietes in den Schären* vermutet werden, das durch Netze von der offenen See abgesperrt wurde. Möglicherweise liegt ein größeres U-Boot außerhalb der Territorialgewässer, das den Einsatz lenkt. Der Verteidigungsstab in Stockholm teilte mit, in Einklang mit den seit dem 1. Juli geltenden Bestimmungen würden die Wasserbomben gezielt abgeworfen. Die fremden U-Boote sollten an die Oberfläche gezwungen und identifiziert werden.

Auf den Inseln vor Karlskrona wurden Soldaten stationiert. Die Bevölkerung wurde gewarnt, daß auch von Land aus scharf geschossen werden könne. Private Motor- und Segelboote wurden aus dem Suchgebiet gewiesen. Die Polizei kontrollierte den Autoverkehr zu den Inseln, die über Brücken vom Festland aus zu erreichen sind. Sämtliche Minenstationen im Gebiet von Karlskrona wurden bemannt.

An der Jagd sind Patrouillenboote, Minensucher, Hubschrauber und auch eigene U-Boote beteiligt. Ein mit Wärmekameras ausgerüstetes Flugzeug überfliegt das Seegebiet bei Karlskrona, wo im Oktober 1981 das mit Atomwaffen ausgerüstete sowjetische U-Boot 137 auf Grund lief.

Die ersten Anzeichen für eine neuerliche Verletzung der schwedischen Küstengewässer *gab es vor etwa zwei* Wochen, als die schwedische Marine vor der Südküste Manöver abhielt. Im Juli wurde im nördlichen Teil des Bottnischen Meerbusens fast drei Wochen *lang vergeblich nach U-Booten* gesucht. Im Mai waren fremde Boote vermutlich in die Bucht von Sundsvall, etwa 400 Kilometer nördlich von Stockholm, eingedrungen. Seit September 1980, *so gab der Oberbefehlshaber* General Lennart Ljung im August an, seien die schwedischen Hoheitsgewässer rund 100mal auf diese Weise verletzt worden.

In Stockholm ging es um die Frage: Kann die gemeinsame Sicherheit Abschreckung ersetzen?

Konferenz des Internationalen Instituts für Friedensforschung Sipri tagte in Schweden / Mertes und Bahr als Teilnehmer

RÜDIGER MONIAC, **Stockholm**

Voller Spannung wurde sein Auftritt erwartet. Der Mann vom Moskauer Zentralkomitee trat vor ein internationales Auditorium renommierter Fachleute für Frieden und Sicherheit und brachte es fertig, über den Abschuß des koreanischen Jumbo-Jets kein Wort zu verlieren. So geschehen auf der Konferenz des Stockholmer *internationalen Instituts* für Friedensforschung Sipri am vergangenen Samstag.

Wadim Sagladin, bekannt dafür, daß er sich auf westlichem Parkett gewandt bewegen kann, ließ die Gelegenheit verstreichen, in der Hauptstadt der neutralen Schweden, das die Verletzung seiner Hoheitsgewässer durch sowjetische U-Boote mit kaum mehr gezügelter Verbitterung erträgt, zu erklären, warum sein Land den Abschuß geschehen ließ. Und keiner im Auditorium dieser Konferenz wagte es, dem Mitglied des Zentralkomitees dazu unbequeme Fragen zu stellen.

Für manchen war dieser Vorfall charakteristisch für das Thema, über das zu reden und zu diskutieren mehr als hundert Politiker und Wissenschaftler, unter ihnen auch die Deutschen Egon Bahr und Alois Mertes, aus aller Welt angereist waren. Es hieß „Gemeinsame Sicherheit – wie geht es weiter?" Der Staatsminister aus dem Bonner Auswärtigen Amt knüpfte, nachdem er „tiefe Betroffenheit und Abscheu" über den Abschuß bekundet hatte, an das Ereignis an und sagte, es zeige „bei aller Sympathie für gemeinsame Sicherheit in tragischer Weise, daß abwehrende Sicherheit lebensnotwendig ist für jeden sich selbst respektierenden Staat". *Und Mertes setzte gleich* den Rahmen, in dem sich später die meisten Beiträge bewegen sollten: „Wer heute sagt, es gäbe nur abwehrende Sicherheit, der ist blind für die *Gefahren, die uns alle bedrohen. Wer* sagt, es gäbe nur gemeinsame Sicherheit, der verkennt die politische Realität."

Das Institut Sipri, bekannt dafür, daß es in der Tradition der schwedischen Sozialdemokratie sich bemüht, nach möglicherweise noch verläßlicheren politischen Bedingungen für die Friedenssicherung zu forschen, als es sie heute gibt, setzte das Thema vor allem, um der Strategie der Abschreckung Modifizierungen folgen zu lassen. Der Sozialdemokrat Egon Bahr tat im Sinne dieser Absicht die wohl weitesten Schritte. Er sagte: „Abwehrende Sicherheit ist in Wirklichkeit Abschreckung. Sie muß durch gemeinsame Sicherheit ersetzt werden. Gemeinsame Sicherheit meint nichts anderes als Sicherheit. Und gemeinsame Sicherheit kann die Gegensätzlichkeit der Systeme nicht auflösen."

Richard Perle, dem Staatssekretär aus dem US-Verteidigungsministerium, erschienen Definitionen wie diese als zu „vage". Auf ihnen lasse sich Frieden und Sicherheit nicht bauen, meinte er. „Solange die Sowjetunion für den Westen so verschlossen bleibt, wie sie es heute ist, ist es schwierig, das nötige Klima des Vertrauens zu schaffen." Nach seinem Urteil gibt es deshalb „für die *vorhersehbare Zukunft*" keinen anderen Weg, als Sicherheit auf dem Boden einer „noch glaubwürdiger gemachten Abschreckung" zu bauen. Diesem Urteil folgte auch der amerikanische Professor Thomas Schelling, einer der Berater Präsident Kennedys während der Kuba-Krise. Schelling wandte sich vehement gegen die immer häufiger zu hörenden Behauptungen, Abschreckung bedrohe den Frieden. Als die Sowjetunion Berlin blockierte, Budapest besetzte, Prag und Kabul ebenso, habe er niemand Verantwortlichen in Washington rufen hören „machen wir Krieg". Denn Abschreckung zwinge sehr zur genauen Risikoschätzung. „Die Sowjetunion wie die USA hat im nuklearen Zeitalter gelernt, daß im Krieg kein Nutzen zu haben ist", fügte er hinzu.

Ein anderer Amerikaner, der Theologe Standhal von der Harvard-Universität, redete auf der anderen Seite auch der „gemeinsamen Sicherheit" das Wort. Er formulierte in philosophisch-religiösen Begriffen und sagte, der andere Mensch, das Gegenüber vom Ich, sei unersetzlich für „meine Ganzheit.". Im Atomzeitalter, in dem Sieg für die Menschheit keine Bedeutung mehr habe, müsse „die Wirklichkeit ganz neu konstruiert werden".

Solcher Vielfalt von Meinungen setzte die Sowjetunion auf der Sipri-Tagung lediglich die des ZK-Mitglieds Sagladin entgegen. Sie wirkte auf die Zuhörer gestanzt, was kaum verwunderte, denn so wie Sagladin in Stockholm sprach, tut es der Kreml unisono über viele in den Westen getriebene Kanäle. Sagladin forderte die totale Beseitigung aller Atomwaffen. Das Wettrüsten unterhöhle die Sicherheit und sei „in sich" eine Quelle von Spannungen. Die Sicherheit eines Landes könne nicht erreicht werden, indem die Sicherheit eines anderen geschwächt werde. Sicherheit sei nur „gemeinsam" zu erreichen, auch nur, indem „Regierungen und Völker" gemeinsam handelten. Für Sicherheit müsse ein „moralisches Klima" geschaffen werden.

Mertes fragte Sagladin, wie zu verstehen sei, daß in Moskau keine Bewegung die Regierung öffentlich zur Abrüstung dränge. Und der ZK-Mann antwortete, wie das viele Male sowjetische Kommentatoren auch schon von sich gegeben haben: Es sei in der Sowjetunion nicht erforderlich, daß die Bevölkerung die Regierung kritisiere. Sie sei wie die Regierung eine „Friedensbewegung" und sei sich deshalb mit ihr einig. „Sie versteht uns", sagte Sagladin. Und Egon Bahr kommentierte das Hin und Her zwischen Mertes und Sagladin, bei „gemeinsamer Sicherheit" komme es nicht darauf an, „die andere Seite aufzufordern, ihr politisches System zu ändern".

Schweden stimmt Verhandlungen zu

gtm. **Stockholm**

Die Regierungen Schwedens und Dänemarks sind nun übereingekommen, in konkrete Verhandlungen über die *Aufteilung* des Kontinentalsockels zwischen den beiden Ländern einzutreten. Damit dürfte der Konflikt, der entstand, als die Dänen nordöstlich ihrer Insel Hesselö mit Hilfe einer *Plattform* mit der Ölsuche begannen, obwohl dieses Gebiet auch von Schweden beansprucht wird, einer Lösung näher gekommen sein. In Stockholm und Kopenhagen hält man es für wahrscheinlich, daß *bis* zum 31. Oktober Einigkeit über die Grenzziehung im Skagerrak, Kattegat und in der Ostsee bei Bornholm erzielt werden könnte.

Schweden hat dabei seine Forderung aufgegeben, sich erst an den Verhandlungstisch zu setzen, wenn die Versuchsbohrung bei Hesselö gestoppt wird. Laut Außenminister Lennart Budström war dafür ausschlaggebend, daß Dänemark der Vereinbarung zustimmte, bei künftigen Entscheidungen die Interessen des Partners zu berücksichtigen und nichts zu unternehmen, ohne ihn zuvor konsultiert zu haben. Diesem Passus wird von schwedischer Seite auch im Hinblick auf ihre Grenzverhandlungen mit der Sowjetunion erhebliche *prinzipielle* Bedeutung beigemessen.

Im gemeinsamen Kommuniqué heißt es, bis zum 31. Oktober würden keine weiteren Versuchsbohrungen eingeleitet. Sollte man sich bis dahin nicht auf eine Grenzziehung einigen, würde ein provisorisches Abkommen vereinbart.

Honecker vermeidet Hinweis auf Raketen

Aber durchdringendes politisches Signal bleibt aus

HANS-R. KARUTZ, **Leipzig**

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende *Erich Honecker sprach* gestern zur Eröffnung der Leipziger Herbstmesse von einer „insgesamt aufsteigenden Linie" in den Beziehungen zwischen Bonn und der „DDR". Er deutete zugleich Bewegungsmöglichkeiten bei Kultur-, Wissenschaft- und Umweltschutzverhandlungen an. Ein durchdringendes politisches Signal blieb jedoch aus. Andererseits vermied der SED-Chef jede Schärfe und wiederholte auch frühere Bemerkungen nicht, „im Schatten der Raketen" drohten die deutsch-deutschen Beziehungen zu vereisen.

Honecker: „Wir sind daran interessiert, *daß sich die Beziehungen zwi*schen der Bundesrepublik und der DDR normal entsprechend dem abgeschlossenen Vertragswerk entwikkeln." Unter Hinweis auf den beiderseitig florierenden Handel sagte Honecker, diese Tatsache „sollte mit dazu beitragen, daß die Normalität mehr an Bedeutung gewinnt".

Der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, führte in seinem Statement bei Honeckers Besuch auf dem Stand des bundeseigenen Unternehmens Veba einen ausführlichen Katalog wichtiger Themen an, die Bonn in erster Linie betreiben möchte. Ausdrücklich drängte Bräutigam dabei auch auf eine Verbesserung des gegenwärtigen Reise- und Besucherverkehrs und hob bereits erreichte „spürbare Verbesserungen" auf diesem Gebiet hervor. Der Frieden sei auf Dauer „nicht militärisch zu sichern", sondern nur durch ein Geflecht gegenseitiger Beziehungen.

Der SED-Chef ging darauf mit der Bemerkung ein, auch er sei der Auffassung, „daß zuviel Militärisches vorhanden ist, vor allem auf atomarem Gebiet". Abrüstung in Ost und West sei jedoch nur auf der Grundlage von Ausgewogenheit und gleicher Sicherheit möglich. Zugleich griff er Bräutigams Darlegungen auf und sprach von einem „ganzen Programm, das ich gern zur Kenntnis nehme".

Der Bonner Vertreter sagte später vor der Presse, Honecker habe im weiteren internen Gespräch erklärt, daß auch er „Bewegungsmöglichkeiten" *im deutsch-deutschen Verhält*nis sehe. Dabei habe er auf die am 20. September beginnende Wiederaufnahme der jahrelang unterbrochenen Verhandlungen über ein Kulturabkommen verwiesen. „Man kann dort, wie sich gezeigt hat, auch ohne Abkommen zusammenarbeiten", sagte Honecker laut Bräutigam.

Der Staatssekretär faßte seine Einschätzung über das Gespräch in der Bemerkung zusammen: „Es gibt eine Reihe von positiven Anzeichen gerade in den letzten Wochen. Damit meine ich nicht den Milliardenkredit, sondern Signale über wieder aufzunehmende Verhandlungen. Die Bundesregierung will, daß diese Bewegung, die wir verzeichnen, eine gewisse Stetigkeit gewinnt. Dazu gehört auch eine innere Ausgewogenheit, und wir wünschen deshalb, daß es zu Verbesserungen im Reise- und Besucherverkehr kommt."

Seite 13: Außenhandelspolitik

Was die Christen von den Medien erwarten

Stärkere Beachtung der positiven Arbeit gefordert

AXEL SCHÜTZSACK, **Berlin**

Als „skandalös" hat der Intendant des *Norddeutschen Rundfunks,* Friedrich-Wilhelm Räuker, die überdimensionierte Herausstellung der Ansichten und Auffassungen von Minderheitengruppen in der evangelischen Publizistik auf einer Zusammenkunft evangelischer Publizisten in Berlin aus Anlaß der Internationalen Funkausstellung bezeichnet. Demgegenüber gäbe es andere starke Gruppen in der evangelischen Kirche, deren tägliche Arbeit im Sinne des Evangeliums in den Medien und der Publizistik kaum oder doch viel zuwenig zur Geltung gelange. Räuker wies dabei auf das missionarische *Jahr der evangelischen Kirche hin,* das in den Massenmedien „so gut wie überhaupt nicht" angesprochen worden sei.

Der Intendant schnitt in diesem Zusammenhang das Problem des Meinungspluralismus der evangelischen Kirche an, unter derem Dach alles in kritischer Solidarität bis hin zu Angeboten von Frau Sölle mitgetragen werde. Wenn die evangelische Kirche jedoch „mit Absicht" nicht nur missionarisch sondern auch soziologisch tätig werden wolle, dann müsse sie sich darüber im klaren sein, daß die Aufspaltung in Ideologien unerläßlich sei, erklärte Räuker.

Die evangelische Kirche kann seiner Ansicht nach zwar noch unter ihrem Gesamtdach existieren, weil unter diesem Dach politische Positionen respektiert würden, die schwer miteinander in Einklang zu bringen sei. Räuker sprach in diesem Zusammenhang von einer „bloßen Folie", die sich die Kirche übergestülpt habe. Das „geräuschlose und gewievte" Verhalten der Kirche sei jedoch ein Ausweis dafür, daß „etwas nicht stimmt".

Räuker äußerte sich deshalb auch „überrascht" über die Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Horst Waffenschmidt im Innenministerium zum Thema „Was erwarten die Christen von den Medien?" Die von Waffenschmidt erhobene Forderung nach ethischer und objektiver Darstellung kirchlicher Probleme in den Medien seien Dinge, die man auch „von anderer Seite" hören könne.

Nach Ansicht von Waffenschmidt können die Medien *in ihrer kirchli*chen Berichterstattung keine heile Welt vermitteln, weil es die nicht gibt. Doch dürften die Medien nicht dazu mißbraucht werden, als „großer Verstärker" für die Ansichten und Taten kleiner kirchlicher Gruppen zu wirken.

Waffenschmidt forderte mehr Raum für das „Positive" in der kirchlichen Berichterstattung. Vor allem müsse die Achtung vor der Wertordnung des Grundgesetzes in der evangelischen Publizistik zum Ausdruck kommen. Deshalb könne auch nicht gebilligt werden, daß in kirchlichen Sendungen über Probleme der Abtreibung und der Ehe so berichtet werde, als ob es die Wertordnung des Grundgesetzes, die den Schutz des ungeborenen Lebens und der Ehe garantiere, gar nicht gäbe. Auch die Verherrlichung von Gewalt in kirchlichen Sendungen könne nicht hingenommen werden.

War V-Mann aktiver Gewalttäter in Krefeld?

Festnahme wegen Verdachts des Landfriedensbruchs

rtr/dpa, **Bonn**

Einer der mutmaßlichen aktiven Gewalttäter *bei den* Krefelder Krawallen um den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush war offenbar Verbindungsmann des Landesamtes für Verfassungsschutz in Berlin.

Ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums erklärte am Samstag in Düsseldorf, der mit Haftbefehl gesuchte Mann sei an der Grenze in Aachen festgenommen worden. Der Westberliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) sagte dazu am Abend im ARD-Fernsehen, der Mann habe den offiziellen Auftrag gehabt, den Ablauf der Krawalle *zu beobachten.* Es sei nach seinen Informationen aber strittig, ob die Vorwürfe gegen den Mann zutreffen.

Der Festgenommene, dessen Alter mit „Mitte 20" angegeben wurde, sei wegen schweren Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt gesucht worden, sagte der Sprecher. Er habe zugegeben, mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet zu haben. Wegen der Schwere des Verdachts bestätigte ein Krefelder Amtsrichter den Haftbefehl. Nach Angaben des Sprechers war seit einigen Tagen aufgrund der Anzeige eines in einem Sondereinsatzkommando tätigen Polizisten bekannt, daß es sich wahrscheinlich um einen V-Mann handelte.

Lummer sagte, es sei der Auftrag des Mannes gewesen, „zu beobachten, wie sich die Szene verhält, denn wir hatten ja hinreichende Informationen darüber, daß sich ein Teil der militanten Szene Berlins dort beteiligen wollte". „Unsere Informationen gehen dahin, daß der Sachverhalt *strittig, ist und – das sage* ich auch in Offenheit – natürlich hat ein Mitarbeiter unseres Verfassungsschutzes keinen Auftrag, Gesetze zu verletzen, sondern ganz im Gegenteil, er soll nur beobachten, und deshalb sind wir natürlich, genau wie jeder andere, sehr daran interessiert, daß der Sachverhalt exakt aufgeklärt wird, denn wir haben hier nichts zu verdecken und nichts zu vertuschen."

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor sagte in derselben Sendung, es sei nicht zu beanstanden, daß der Verfassungsschutz versuche, Informationen aus dem Bereich der Gewalttäter zu bekommen. „Aber es ist ganz unmöglich, und es macht mich tief betroffen", daß einem V-Mann Widerstand und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen werde. „Das ist für mich eine Ungeheuerlichkeit."

Hinweise auf einen „agent provocateur" schienen ihm völlig verfehlt zu sein, sagte Schnoor weiter. „Wir leben in der Bundesrepublik, nicht in einer Bananenrepublik."

Wegen der Krawalle in Krefeld, die am 25. Juni aus Anlaß eines Besuches von US-Vizepräsident George Bush entstanden, war Schnoor von der CDU-Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag scharf kritisiert und später zum Rücktritt aufgefordert worden. Der gegen den Minister erhobene Vorwurf lautete, Schnoor habe nur unzureichend Vorsorge gegen die zu erwartenden Krawalle getroffen.

Rogers: SS 21 in der „DDR"

AFP, **Rom**

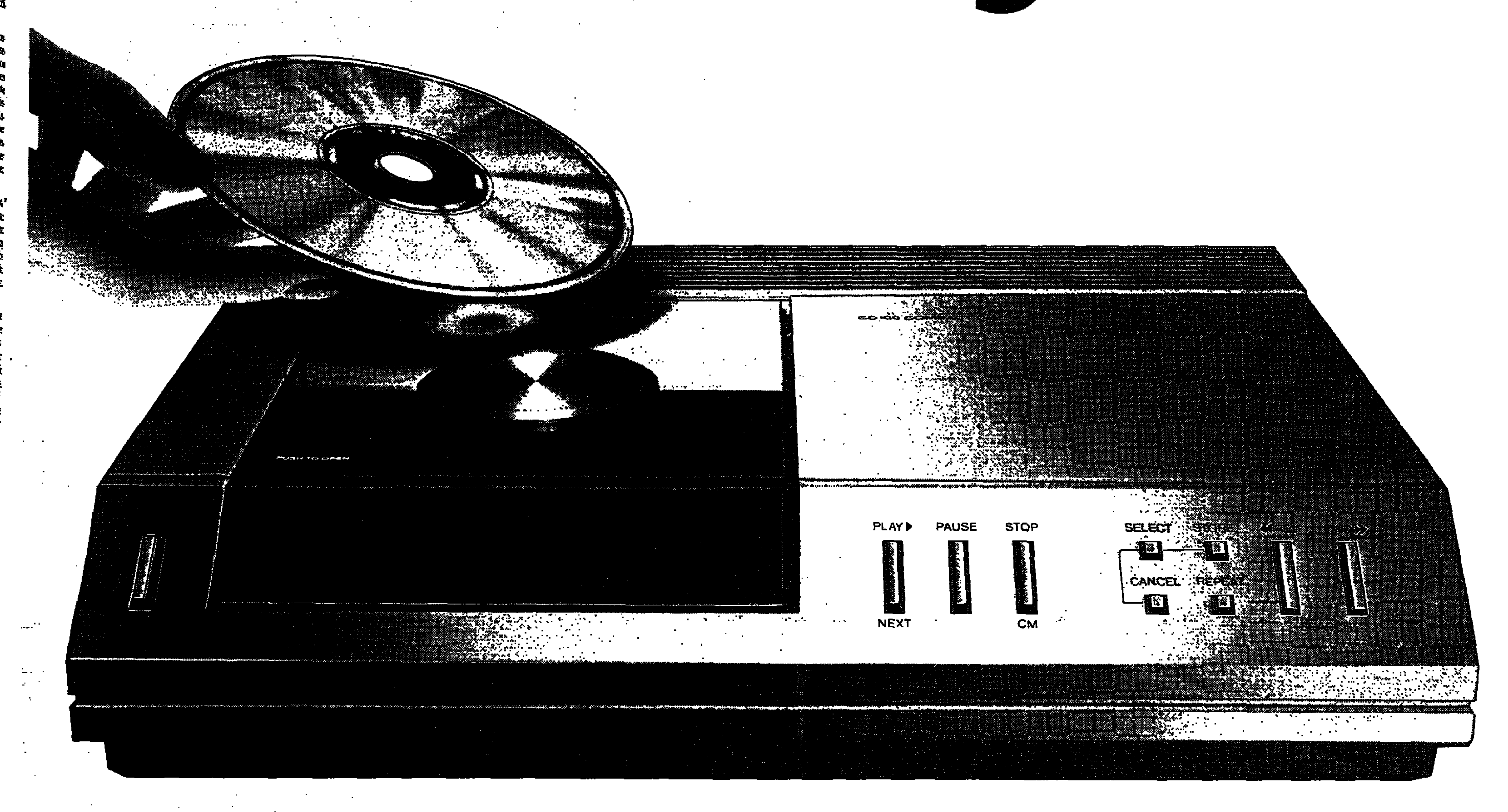
NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers hat darauf hingewiesen, daß in der „DDR" mit Atomsprengköpfen ausgerüstete Raketen des Typs SS 21 mit einer Reichweite von 120 Kilometern installiert seien. Wie Rogers in einem Interview mit der italienischen Wochenzeitschrift „Il Mondo" erklärte, bereite die Sowjetunion außerdem die Aufstellung von SS 23 mit einer Reichweite von 500 Kilometern vor. Darüber hinaus sei die UdSSR auch in der Lage, SS 22 mit einer Reichweite von 1000 Kilometern zu dislozieren. Dies sei jedoch nur eine Möglichkeit.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



PHILIPS

Philips schafft den absoluten Klang.



Compact Disc auf der Funkausstellung in Berlin.

Kaum ein halbes Jahr auf dem Markt und schon ist es auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin der große Erfolg: Compact Disc von Philips.
Zwei zukunftsweisende Technologien – die Digitalisierung der Tonaufzeichnung und die Verwendung von Laserlicht im Abtastsystem – sorgen für reine, unverfälschte Tonqualität bei der Musikwiedergabe.
Kein Knistern, kein Rauschen. Bis zu 60 Minuten Musik in absoluter Klangreinheit auf einer Compact Disc von nur 12 cm Durchmesser, wobei die Aufzeichnung gegen Staub und Fingerabdrücke geschützt ist.

Kein Wunder, daß HiFi-Fans und Musikliebhaber diese Audio-Revolution so begeistert aufgenommen haben.

Philips Compact Disc-Spieler CD 100 (Abbildung), CD 202 und CD 303. Super-kompakt. Raffinierte Steuerfunktionen: 15-Titel-Programmierung. Suchlauf. Wiederhol-Funktion. Direktanwahl. Titelwechsel. Pausentaste.

In Berlin können Sie sie hören. Gönnen Sie Ihren Ohren ein Fest im Philips-Pavillon, Halle 21 A.

COMPACT
disc
DIGITAL AUDIO

Compact Disc von Philips.

Auch Riad will Arafat fallenlassen

DW. **Damaskus**

Syrien und Saudi-Arabien haben sich im Prinzip darauf geeinigt, Yassir Arafat als PLO-Chef zu entmachten. Aus gut unterrichteten Kreisen in der syrischen Hauptstadt wurde bekannt, daß trotz dieser prinzipiellen Übereinstimmung zwischen Riad und Damaskus keine Einigkeit über den Zeitpunkt und die Modalitäten der Entfernung Arafats aus seiner Machtposition erzielt werden könnte. Syrien dringt dabei dem Vernehmen nach auf eine möglichst schnelle und vollständige Entmachtung Arafats. Die Zustimmung Riads ist für Damaskus, das die PLO militärisch weitgehend beherrscht, deshalb so wichtig, weil Saudi-Arabien der größte Geldgeber für die PLO und für Syrien ist.

Gleichzeitig versucht PLO-Chef Arafat durch eine Zusammenarbeit mit den Moslembrüdern, die Regierung in Damaskus in Bedrängnis zu bringen. Arafat hat, wie in Beirut bekannt wurde, seit seinem Besuch in Jemen am 18. Juli mehrere Treffen mit Vertretern der Moslembrüder in Syrien, Jordanien und Europa gehabt und Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens gegen das Regime von Präsident Assad besprochen.

Ministerkonferenz China – Japan

AFP, **Peking**

In Peking ist gestern eine dreitägige chinesisch-japanische Ministerkonferenz eröffnet worden, bei der die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten sowie die Fortsetzung der japanischen Wirtschaftshilfe für China im Mittelpunkt stehen werden. Zum Abschluß der Beratungen im Pekinger Parlamentsgebäude wird für Dienstag die Unterzeichnung eines Abkommens über die Aufhebung der Doppelbesteuerung erwartet. Es ist das erste Abkommen dieser Art, das China mit einem anderen Land abschließt.

Japan ist der wichtigste Handelspartner der Volksrepublik und soll einen entscheidenden Beitrag zu dem chinesischen Entwicklungsprogramm liefern, das eine Vervierfachung des Außenhandels bis zum Jahre 2000 vorsieht.

Gegen Marcos nach Vorbild Gandhis

AP, **Manila**

Mit einer Kampagne des zivilen Ungehorsams nach dem Vorbild des indischen Freiheitskämpfers Mahatma Gandhis will die oppositionelle Volksmacht-Bewegung des ermordeten Senators Benigno Aquino künftig das Regime des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos bekämpfen. Die Kampagne solle der erste Schritt zum Sturz der Regierung Marcos sein, erklärten die Oppositionspolitiker gestern in Manila.

Bei ihrem Wochenendtreffen einigten sich die Parteiführer auf die Forderung nach Rücktritt Marcos, seiner Regierung und dem Chef der Streitkräfte. Als Aktionen zur Durchsetzung dieser Ziele seien Sitzdemonstrationen, Wahlboykott, Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Behörden und Mißachtung solcher Gesetze möglich, die die menschliche Würde verletzten. Auf jeden Fall sollten die Aktionen gewaltlos sein und nicht das Eingreifen von Polizei und Militär provozieren.

In einer Erklärung bezeichneten es die Oppositionspolitiker als ihr Ziel, die Demokratie mit einer freien Regierung wieder herzustellen.

Nach Teil-Rückzug der Israelis droht in Libanon „der große Krieg"

Drusen und Syrer versuchen, die geräumten Stellungen zu besetzen / Israels neue Linie

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

Die israelische Armee hat den angekündigten Teil-Rückzug ihrer Einheiten in Libanon beendet. Die neue Linie des von Israel noch besetzten Gebietes (etwa 2800 Quadratkilometer des 10 452 Quadratkilometer messenden libanesischen Staatsgebietes) verläuft seit gestern entlang des Awali-Flusses bis zum Berg Baruk, auf dessen Gipfel israelische Beobachtungsposten stehen. Die Verbände in der Bekaa-Ebene blieben unverändert.

Der Fluß Awali liegt rund 35 Kilometer südlich von Beirut. Etwa 600 Quadratkilometer wurden geräumt. Die Frontlinie verkürzte sich jedoch nur unwesentlich von 118 auf 113 Kilometer. Aber die neue Linie ist leichter zu verteidigen, weil ihr die natürlichen geographischen Gegebenheiten des steilen Flußbetts und des übersichtlicheren vorgelagerten Vorfeldes zugute kommen.

Nach Angaben des israelischen Generalstabschefs Moshe Levy behält die israelische Armee die Möglichkeit einer Kontrolle über die stategisch wichtige Straße zwischen Beirut und Damaskus. Auch nach dem Rückzug bleiben einige israelische Einheiten „nicht allzu weit" von dieser Straße entfernt, so daß jederzeit der Verkehr gestoppt oder die Straße durch Artilleriefeuer blockiert werden kann. Das ist für den Fall bedeutsam, daß die syrische Besatzungsarmee versuchen sollte, wieder nach Beirut vorzustoßen. Ein erster Versuch scheiterte gestern, als syrische Panzer auf den Ort Bamdun vorrückten, der von den „Lebanese Forces" (Vereinigte Christenmilizen) gegen die Syrer und deren drusische Verbündete verteidigt wird. Mit Unterstützung der israelischen Luftwaffe gelang es, die Syrer vorerst zurückzuschlagen.

Heftige Kämpfe entbrannten unmittelbar nach dem Abzug der Israelis in der Bergregion Schuf. Dabei sollen die von den Syrern unterstützten Drusenmilizen des Walid Dschumblatt mehrere Dörfer eingenommen und zeitweise auch in der Kleinstadt Khalde die Oberhand gewonnen haben. Nach Meldungen aus Beirut und Tel Aviv griffen auch syrische Artilleriebatterien in die Kämpfe ein. Die prosyrischen und politisch links einzuordnenden Drusenmilizen Dschumblatts gehen massiv vor, um noch vor der libanesischen Armee wichtige Stellungen zu besetzen, da diese das von den Israelis geräumte Gebiet unter die Kontrolle der legalen Staatsgewalt bringen soll.

Dschumblatt verlangt den Abzug der Christenmilizen, sprich die Entwaffnung der Bürgerwehr der in diesem Gebiet lebenden Christen. In der von Israel geräumten Region leben etwa 75 000 Christen, 100 000 Drusen und 30 000 Sunniten. Die Drusen verfügen in den mittellibanesischen Bergen über rund 3000 gut ausgerüstete Krieger, die Zahl der Christenmilizen schwankt zwischen 1000 und 2000. Die Schwankung erklärt sich aus dem Faktum, daß die Milizionäre keine Berufssoldaten sind und nur im Notfall zu den Waffen eilen. Das dürfte nun der Fall sein, denn Dschumblatt kündigte gestern eine „Großoffensive" an, der die christliche Bürgerwehr kaum wird standhalten können.

Nach dem Scheitern der Schlichtungsbemühungen zwischen Drusen und Christen hat die libanesische Armee erklärt, sie würde vorerst nicht in den Schuf einrücken. Da sie sich jedoch nicht passiv verhalten kann, ohne die Regierungsautorität entscheidend zu schwächen und schließlich völlig handlungsunfähig zu machen, entschloß sie sich, den Verkehrsknotenpunkt Khalde zurückzuerobern.

Die Befürchtung wächst, daß auch die Friedenstruppe, insbesondere die Amerikaner, die in Schußweite von Khalde ihr Hauptquartier haben, in die Kämpfe hineingezogen wird. Falls auch die Syrer stärker eingreifen sollten, um mit Panzern freigewordene Stellungen zu besetzen, ist eine rasche Eskalation nicht auszuschließen. Der Oberbefehlshaber der „Libanesischen Streitkräfte", Fady Frem, sagte gestern: „Wir stehen vor einem Krieg."

Die politischen Vorteile Israels nach dem Rückzug liegen in der Einsparung beträchtlicher Stationierungskosten, insbesondere dadurch, daß sich Zahl und Einsatzdauer der Reservisten erheblich verringern. Vor allem aber wird der innenpolitische Druck nachlassen, da die neuen Stellungen sicherer sind und die Verlustzahlen sinken werden. Israels Blutzoll für den Libanon-Feldzug war mit rund 500 Soldaten, gemessen an früheren Kriegen, unverhältnismäßig hoch.

Tschad: Wollten Khadhafi und Moskau westliche Abwehrbereitschaft testen?

Rätselraten in Paris nach dem plötzlichen Vorstoß der von Libyen unterstützten Rebellen

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

In Tschad bleibt die Lage gespannt. Nach fast dreiwöchigem Waffenstillstand zwischen den Truppen der beiden Antagonisten Hissen Habré und Goukouni Weddaie hatten am Freitag 3000 Mann des Rebellen Goukouni die Garnison Oum Chalouba im Nordosten des Landes angegriffen, waren aber vor allem dank der von Frankreich gelieferten Artillerie und Panzerabwehrraketen erfolgreich abgeschlagen worden. Französische Jaguar-Jagdbomber haben, entgegen Behauptungen der Angreifer, nicht in die Kämpfe eingegriffen, flogen aber, wie Paris zugab, „Abschreckungsflüge" über dem Kampfgebiet.

Offenbar geht also die „Beobachtungsrunde" zwischen den beiden Gegnern, von Paris, Washington und Tripolis aufgezwungen, einstweilen weiter. Für den plötzlichen Angriff auf Oum Chalouba gibt es in Paris keine rechte Erklärung. Das Wahrscheinlichste ist, daß Goukouni und sein Kommanditist Khadhafi die Abwehrbereitschaft der Regierungstruppen Hissen Habrés nach deren Verstärkung durch Frankreich testen wollten. Andere neigen dazu, die Feiern in Tripolis zum 14. Jahrestag des Putsches des Obersten Khadhafi im September 1969 zum Anlaß des Vorstoßes zu nehmen. Wie dem auch sei: Es ist unwahrscheinlich, daß der libysche Staatschef unprovoziert einen direkten Zusammenstoß mit Frankreich nach dem riskiert, es sei denn, die verschärfte Ost-West-Situation nach dem Flugzeug-Abschuß durch die Sowjets könnte ihn, in Absprache mit Moskau, zu einem solchen Abenteuer verführen. Das aber ginge weit über den Rahmen des Tschad-Konflikts hinaus und würde geeignet sein, die Abwehrbereitschaft nicht nur der tschadischen Regierungsarmee, sondern des gesamten Westens zu testen.

Präsident Mitterrand ist allem Anschein nach entschlossen, den Tschad-Konflikt so schnell wie möglich diplomatisch zu lösen. Er kann sich dabei auf die einhellige Unterstützung seines Regierungslagers (einschließlich der Kommunisten) und der Opposition verlassen. Letztere hat wiederholt ihrer Genugtuung über die Art Ausdruck gegeben, in welcher der Staatschef die Krise gemeistert hat. Gaullisten-Chef Chirac kritisierte lediglich das lange Zögern Mitterrands und vertrat, wie schon Ende Juli der frühere gaullistische Premierminister Messmer, die Ansicht, man hätte die Offensive Goukounis aus dem Norden von Anfang an aus der Luft mit Jaguar-Einsätzen zerschlagen sollen. Daß auch die Öffentlichkeit Mitterrands Vorgehen positiv bewertet, zeigen aufwärtsstrebende Popularitätskurven des Präsidenten.

Die Frage ist nur, wie lange Mitterrand die augenblickliche Einfrierung der Fronten in Tschad hinnehmen kann, ohne eine dauerhafte Teilung des Landes hinzunehmen. Eine solche würde nicht nur von seinem Protegé Habré, sondern von keinem der übrigen afrikanischen Staatschefs, ganz zu schweigen von den beiden östlichen Nachbarn Sudan und Ägypten, und gewiß auch nicht von Washington hingenommen werden. Mitterrand hat Emissäre in nahezu alle unmittelbar am Konflikt beteiligten Länder einschließlich Libyens geschickt. Über das Ergebnis ihrer Sondierungen wird die Regierung vor den beiden Kammern des Parlaments berichten.

Mitterrand scheint die Überzeugung gewonnen zu haben, daß Khadhafi seine Offensive nach Süden nicht weiter fortsetzen will. Der Libyer hat dies in letzter Zeit auch wiederholt anderen als französischen Gesprächspartnern gegenüber bekräftigt. Tripolis wie Paris drängen auf eine Aussöhnung zwischen den beiden Bürgerkriegsparteien Tschads unter der Ägide der Organisation für die Einheit Afrikas. Paris will vor allem vermeiden, daß aus dem afrikanischen Nord-Süd-Problem ein offenes Ost-West-Problem wird, mit anderen Worten, daß sich die beiden Supermächte direkt einschalten. Dies ist eine alte französische Zwangsvorstellung bei allem, was den afrikanischen Kontinent angeht. Sie wird, so versichert man in Paris, unter anderen Vorzeichen auch von dem Libyer geteilt. Rebellenführer Weddaie hingegen versicherte bei einer Pressekonferenz in Gardai, nahe der libyschen Grenze, er werde den Kampf gegen Habré und die Franzosen auf alle Fälle fortsetzen.

Der Sommer und Reagans Marine brachten Mittelamerika die Wende zum Besseren

WERNER THOMAS, **Miami**

Es ist ruhiger geworden in der Region Mittelamerika. Sie liefert weniger Schlagzeilen als zu Beginn der Ferienzeit. Größeres Aufsehen erregten lediglich die heftiger gewordenen Kämpfe im Norden Nicaraguas und die salvadorianischen Friedensinitiativen. Die ruhige Phase wird bald enden. Die marxistischen Rebellen El Salvadors planen eine neue Offensive, wie sie überall ankündigen. Mit dem Herbst kommen auch die Monate der Trockenheit, die militärische Operationen erleichtern. Und wenn Präsident Reagan und die Kongreßvertreter diese Woche nach Washington zurückkehren, werden die Schlachten an der politischen Front weitergehen.

Sicher werden manche Demokraten auch nach dem Abschuß des Jumbo-Jets durch die Sowets wieder die Manöver der amerikanischen und honduranischen Streitkräfte, an denen sich auch starke Flottenverbände beteiligen, als ein provokatives und riskantes Unternehmen verurteilen, das lediglich die Kriegsgefahr erhöhe.

Seltsamerweise aber sieht die Situation in Mittelamerika vor Ort ganz anders aus. Eine fünfwöchige Reise durch Mittelamerika vermittelte dem Berichterstatter den Eindruck, daß die bislang so heftig kritisierte Politik der Reagan-Regierung recht erfolgreich war – für die Reagan-Regierung.

● **El Salvador** hat, wie ein diplomatischer Beobachter formulierte, „die Kurve genommen". Die von den USA ausgerüsteten und beratenen Truppen der Regierung diktieren seit Mai das Geschehen. Eine weitere Offensive der Guerrilla kann lediglich der Verbesserung der Verhandlungsposition dienen. Die Regierung fühlt sich jedoch stark genug, den Rebellen nur ein Angebot zu machen, das sie ablehnen müssen: die Teilnahme an den Wahlen Anfang nächsten Jahres.

● Nach dem Putsch in **Guatemala** am 8. August rückte die neue Regierung des Generals Oscar Mejia Victores näher an die Vereinigten Staaten. Gerüchte über eine engere militärische Zusammenarbeit zwischen Guatemala, El Salvador und Honduras kursieren. Ein antisandinistischer Block. Mejia nannte die Comandantes in Managua „nicht nur eine Gefahr für Guatemala, sondern für ganz Lateinamerika". Die Amerikaner scheinen die Putschisten zum Sturz des exzentrischen Generals ermutigt zu haben.

● Die Entscheidung der Reagan-Regierung, **Honduras** zur Festung auszubauen, stärkte die Position des Armee-Chefs Gustavo Alvarez. Der General ist der zuverlässigste Verbündete der USA in Mittelamerika. Die antisandinistischen Brigaden könnten ohne seine Kooperationsbereitschaft nicht existieren. Der gewählte Präsident Roberto Suazo Cordova stützt Alvarez, obgleich er unter wachsende Kritik des linken Flügels seiner liberalen Partei gerät.

● **Costa Rica**, das einzige Land Lateinamerikas ohne Armee, versucht sich so neutral wie möglich zu verhalten. Der sozialdemokratische Präsident Luis Alberto Monge unterhält jedoch ein gutes Verhältnis zu Ronald Reagan und akzeptiert dankbar die amerikanische Wirtschaftshilfe. Die Presse und die öffentliche Meinung sind fast schon militant antisandinistisch eingestellt. Trotz der erklärten Neutralität darf der politische Arm der Guerrilla-Bewegung Eden Pastoras (Comandante Cero) von der Hauptstadt San José aus operieren.

● In **Panama** hat sich eine wichtige außenpolitische Kurskorrektur vollzogen: Mit der Entmachtung des Präsidenten Aristides Royo im vergangenen Jahr endete die linke Dritte-Welt-Politik. Der konservative General Ruben Daco Paredes, der frühere Kommandeur der Nationalgarde, der sich im nächsten Jahr zum Präsidenten wählen lassen will, drohte Kuba und Nicaragua mit dem Bruch der diplomatischen Beziehungen, wenn sie ihre „Wühlarbeit in diesem Raum" nicht einstellen würden.

Der Kreis hat sich geschlossen. Die Mittelamerika-Krise ist zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt: Nicaragua. Ohne den expansiven Charakter der sandinistischen Revolution wäre die Region kein Konfliktherd geworden, trotz der sozialen Probleme, die fast überall in Lateinamerika existieren. Die Sandinisten, nach eigener Einschätzung Marxisten, fühlen sich auch als „Internationalisten". Der Guerrilla-Krieg in El Salvador wird von Managua aus gesteuert: In der nicaraguanischen Hauptstadt befindet sich die Kommandozentrale der salvadorianischen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN).

Tomas Borge, der mächtige nicaraguanische Innenminister, hat Ronald Reagan in einem bemerkenswerten „Playboy"-Interview bestätigt, daß er nicht unter einem Alptraum leidet, wenn er die Domino-Theorie auf Mittelamerika projiziert. Frage: „Nachdem die Revolution in Nicaragua gesiegt hat, wird sie dann auch nach El Salvador, dann nach Guatemala, dann nach Honduras, dann nach Mexiko exportiert werden?" Die Antwort des Comandante: „Das ist eine historische Prognose von Ronald Reagan, die absolut richtig liegt."

Seit Ende Juli, seit amerikanische Kriegsschiffe vor den Küsten Nicaraguas treiben, herrschen neue Machtverhältnisse in Mittelamerika. Die Reagan-Regierung hat den Comandantes klargemacht, daß sie diesen revolutionären Prozeß militärisch stoppen kann. Und zwar ohne vietnamesische Dimensionen. Selbst sandinistische Kreise konzedieren, einer massiven Intervention von Marineinfanteristen könnte nur ein Widerstand von wenigen Tagen geleistet werden. Wer Managua kennt, stimmt überein. Managua ist eine flächenmäßig weit verzweigte Stadt, in der seit dem Erdbeben 1972 kein Zentrum mehr existiert, lediglich Ruinen und Wildnis. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Universität und Ideologie

„DDR"-Wirtschaft nach kriegswichtigen Kriterien orientiert"; WELT vom 8. August

Der Bericht der WELT über die militärische Aufsicht der gesamten DDR-Wirtschaft hat verdienstvoll eine breitere Schicht aufmerksam gemacht, daß in der DDR – wohl ähnlich in allen sozialistischen Ländern – alles unter dem Motto eines potentiellen Krieges orientiert ist; während ihre Propaganda nach dem Motto „Was ich denk' und tu', das trau' ich andern zu" sich als friedensliebend darstellt und den demokratischen Ländern des Westens ihr Gebaren unterstellt.

Als weiteren Hinweis für die Dominanz der militärischen Macht in der DDR füge ich Zitate an aus dem „Grundstudienplan Chemie" der DDR-Hochschulen vom August 1970: Mit dem Beschluß des DDR-Staatsrates vom 3. 4. 1969 wurde „eine völlig neue Qualität in der Erziehung und Ausbildung der Studenten" ausgerufen mit dem Ziel, „daß sich der Student ... mit der schöpferischen Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Praxis, mit dem Kampf um die allseitige Stärkung der DDR und gegen den westdeutschen Imperialismus verbindet".

Anschließend wurde diese neue Linie mit neuen Rahmenstudienplänen einzelner Fächer festgelegt. So findet man z. B. selbst im Grundstudienplan für Chemie vom August 1970 neben Fachzielen folgende Studienaufgaben: „wobei die Chemie ... vom Marxismus-Leninismus durchdrungen ist ... das Wesen und den Systemcharakter unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung ... zu erkennen ...

Studium des Marxismus-Leninismus und der klassenmäßigen Erziehung der Studenten sozialistische Persönlichkeiten auszubilden, die als junge Revolutionäre die sozialistische Wissenschaft als eine wirksame Waffe in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus zu handhaben verstehen; ... zu entwikkeln ... die Überzeugung vom reaktionären und aggressiven Charakter des Imperialismus, insbesondere des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland und von der Überlebtheit der imperialistischen Gesellschaftsordnung ... Die bewußte Nutzung der militärischen Ausbildung und der ZV-(Zivilverteidigung-) Ausbildung ... die Zusammenhänge des jeweiligen Fachgebietes zur politischen Ökonomie des Sozialismus, zum dialektischen und historischen Materialismus, zur Politik, zur Außenwirtschaft und zur Militärwissenschaft demonstrieren ... die Lehre ... des Faches Chemie so zu gestalten, daß ... die militärwissenschaftlichen Potenzen des Faches Chemie voll genutzt werden ... tägliche politische Arbeit innerhalb und außerhalb der Seminargruppen ..."

Unter studentischer Mitbestimmung wird in dem neuen DDR-Lehrplan für Chemie von 1970 folgendes verstanden: „... daß in das Beurteilungssystem die kollektive Meinung der Freien Deutschen Jugendgruppe über das Niveau der gesellschaftlichen, fachlichen und charakterlichen Entwicklung des einzelnen findet ...

Erziehung und Selbsterziehung der Studenten in den FDJ-Gruppen ... persönliche Gespräche zwischen Studenten und Angehörigen des Lehrkörpers ... über aktuelle politische Probleme, über weltanschauliche, ideologische, politisch ökonomische und militärpolitische Fragen ..."

Voraussetzung für diesen neuen Geist an den DDR-Hochschulen war die Entmachtung der dortigen Professoren in der „3. Hochschulreform". Die Presse unseres Landes forderte anschließend in einer großen erfolgreichen Kampagne die Entmachtung unserer Professoren. Kaum jemand ahnte damals, woher diese Idee gekommen war und welche politischen Ziele sie hatte.

Es ist natürlich, daß selbst die CDU-Regierung in Bonn – nunmehr bald ein Jahr im Amt – es nicht für wichtig hält, auch nur eine der schlimmen Folgen der damaligen Hochschulreform auszubügeln. Die DDR kann sich freuen: wissenschaftlich-technische Erfolge kann man erreichen durch eigene Anstrengungen oder durch einseitige Behinderungen der Arbeitsbedingungen der Konkurrenz.

Prof. Dr. Werner Luck, Marburg

Auslegung des Urteils

„Leserbrief: Grenzen von 1937"; WELT vom 23. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

der frühere SPD-Berichterstatter für die Ostverträge, Dr. C. Arndt, beruft sich bei seinen Korrektur-Versuchen in der WELT vom 23. August zu Unrecht auf das Bundesverfassungsgericht.

Das Bundesverfassungsgericht hat in dem in allen Teilen verbindlichen Grundvertragsurteil vom 31. 7. 1973 alle Verfassungsorgane im Sinne des Wahrungsgebots des Grundgesetzes (erster Präambelsatz) für die Wahrung aller Rechtspositionen des ganzen fortbestehenden Deutschen Reiches in seinen rechtmäßigen Grenzen – bei allem politischen Ermessensspielraum – in Pflicht genommen (BVerfGe 36, 15 ff) und schon hier im Grenzkapitel (BVerfGe 36, 26 f) die „rechtliche Qualität" der „Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. 12. 1937" bestätigt.

Um die Grenzen des „Norddeutschen Bundes" allerdings ging es Blumenwitz nicht. Im Beschluß vom 7. 7. 1975 hat der andere Senat in einem der für die Fortgeltung der Staatsangehörigkeitsansprüche Deutscher in den Oder-Neiße-Gebieten tragenden, daher innerstaatlich verbindlichen Gründe festgestellt, den Ostverträgen könne nicht die Wirkung beigemessen werden, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße aus der Zugehörigkeit zum ganzen Deutschland entlassen und fremder Souveränität unterstellt sind (BVerfGe 40/171). Am 30. 5. 1983 hat der Dreierausschuß des 2. Senats bekräftigt, daß durch die Ostverträge keine Gebietsabtretung erfolgte.

Einen rechtmäßigen Gebietsübergang von Teilen Deutschlands vermag Arndt wohl nicht nachzuweisen, weder im Zeitpunkt noch in der Sache. Er darf auch vor der freien Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen und vor friedensvertraglichen Regelungen nicht das Wahrungsgebot des Grundgesetzes für ganz Deutschland und das Annexionsverbot des allgemeinen Völkerrechts leugnen.

Artikel 116 GG wurde von den Militärgouverneuren gebilligt, die Staatsangehörigkeit kann man nicht ohne gebietliches Substrat regeln. Artikel 116 GG entspricht auch dem Deutschland-Begriff der Siegermächte – Deutschland in den Grenzen von 1937 – im fortgeltenden Artikel 1 des Londoner Abkommens von 1944, in der Berliner Erklärung vom 5. 6. 1945, ihrer Bekräftigung bei den Ostvertragswerken, dem Deutschlandvertrag und der Verantwortlichkeit der Siegermächte für ganz Deutschland.

Die Leserzuschrift vom 23. August 1983 gestattet keinen guten Rückschluß auf die Qualität der Mehrheitsberichterstattung zu den Ostverträgen, denen nicht einmal die Hälfte des Parlaments 1972 zustimmte.

Mit freundlichem Gruß
Herbert Czaja, MdB, CDU, Bonn 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Eine Hauptquelle

„Leserbrief: Die alte Slawen-Fabel"; WELT vom 25. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

mir ist nicht bekannt, daß in der wissenschaftlichen Literatur zur Geschichte des germanisch-slawischen und deutsch-slawischen Verhältnisses je erwogen worden sei, daß es „Slawen" nirgendwo und niemals gegeben hätte.

Zu nur einer Behauptung Vogels sei kurz Stellung genommen: Natürlich wußte Thietmar von Merseburg, daß es eine „Sclavanica lingua" gab; denn er übersetzt Wörter daraus in das Lateinische. Dazu kommt, daß eine Hauptquelle Thietmars, nämlich Widukinds Sachsengeschichte, ausdrücklich sagt, daß Otto I. u. a. die „slawische Spreche" beherrscht habe.

Aus zahlreichen weiteren Quellen läßt sich zeigen, daß neben dem religiösen Gegensatz sprachliche, kulturelle, aus unterschiedlicher Herkunft gewachsene und weitere Unterschiede wahrgenommen und mitgeteilt wurden. Damit stimmen auch Nachrichten z. B. aus der byzantinischen Literatur überein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Fr.-J. Schröder, Cloppenburg

*

Hiermit beenden wir die Diskussion zu diesem Thema.

Die Redaktion

Überproduktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den Erzeuger und Verbraucher ist es nicht mehr zu verantworten, daß soviel überschüssige Butter für teures Kapital in Kühlhäusern gelagert wird. Bis zum Jahresende 1983 erwartet man auf EG-Ebene einen Butterbestand von 800 000 Tonnen und Magermilchpulver von über 1 Million Tonnen. Wer bezahlt dies?

Wer Frischmilch liefert und keine Magermilch zurücknimmt, steigert die Trocknungskosten. Der Magermilchverbrauch müßte weit mehr genutzt werden. Es wurde festgestellt, daß Dickmilch zur Kälber- und Bullenmast weit besser geeignet ist als Magermilchpulver. Die Aussage des Herrn Minister Kiechle lautet: „Letzthin produzieren die Bauern gegen ihre eigenen Interessen. Die Produktion hat Ausmaße angenommen, die einen Preis-Kollaps befürchten lassen."

Mir wurde vom Landwirtschaftsministerium Bonn mitgeteilt, daß von der EG möglicherweise eine Kontingentierungsregelung erfolgen wird. Danach sollten nach meiner Meinung alle Kontrollen der Höfe, die die Kälberzahl und den Magermilchverbrauch betreffen, fortfallen. Die EG-Kommission hat zum Ausdruck gebracht, den Milchpreis um 12 Prozent zu senken. Das wäre eine Existenzbedrohung aller Betriebe.

Wenn man die Butterproduktion in den Griff bekommen will, hilft nur eine Kontingentierung. Alle anderen Wege (außer Stallbauten) haben wenig Erfolg gebracht. Wie früher sollte man die Kleinstbetriebe an dieser Aktion nicht beteiligen.

Walter Holling, Schenefeld

Wort des Tages

„Es ist sehr leicht, in der Welt zu leben, wenn man der Meinung der Welt folgt. Es ist sehr leicht, in sich selbst zu ruhen, wenn man allein ist. Doch der vollkommene Mensch ist der, welcher inmitten der Menge mit aller Freundlichkeit seine einsame Unabhängigkeit bewahrt."

Ralph Waldo Emerson, amerik. Philosoph (1803–1882)

Personalien

GEBURTSTAGE

Josef Moll, Generalleutnant a. D., von 1966 bis 1968 vierter Inspekteur des Heeres, begeht heute seinen 75. Geburtstag. Der Sohn einer schwäbischen Bauernfamilie war ursprünglich Polizeioffizier. 1935 trat er als Oberleutnant in die Wehrmacht ein und war bei Kriegsende Oberst im Generalstab. Nach dem Eintritt in die Bundeswehr 1957 war Moll unter anderem Kommandeur der 10. Panzergrenadier-Division, ehe er zuerst stellvertretender, dann Inspekteur des Heeres wurde. Moll hat sich um den „Staatsbürger in Uniform", aber auch um die Schlagkräftigkeit des Heeres verdient gemacht.

*

Nicht ohne Wehmut hatte man erst kürzlich den aus Gesundheitsgründen notwendigen Rücktritt von Dipl. sc. pol. **Hans L. Ewaldsen** von der Spitze des Konzerns Deutsche Babcock AG, Oberhausen, für Ende September dieses Jahres an der Ruhr zur Kenntnis genommen. Jetzt, als sich nach einigen schwierigen Jahren wieder ein positives Babcock-Ergebnis ankündigt, wechselt er in den Aufsichtsratsvorsitz. Sicher hätte Ewaldsen, der am 6. September seinen 60. Geburtstag begeht, die Früchte noch gern selbst gepflückt. Der gebürtige Holsteiner kam 1951 zu Babcock, wurde 1960 als 37jähriger eines der jüngsten Vorstandsmitglieder in einem Weltkonzern. 1967, mit 44 wurde er Vorstandsvorsitzender.

VERÄNDERUNGEN

John G. Bagshaw (58), zuletzt Direktor des Pkw-Bereichs der britischen GM-Tochter Vauxhall, ist zum neuen Vorstandsmitglied für Verkauf mit europaweiter Verantwortung der Adam Opel AG, Rüsselsheim, berufen worden.

*

Jürgen Stöhr, Geschäftsführer der Werbeagentur Troost Campbell-Ewald Kommunikations-GmbH, Düsseldorf, ist in das Management-Committee von Marschalk Campbell-Ewald Wordwide innerhalb der Interpublic Group of Companies, Inc., New York, berufen worden.

TOURNEE

Zu einer großen Tournee fliegt am 22. September das 120 Mann starke Stabsmusikkorps der Bundeswehr unter Leitung von Oberstleutnant **Andreas Lukzesy** in die Vereinigten Staaten. Höhepunkt der Reise bei größtenteils schon ausverkauften Sälen – unter anderem spielt das Orchester in Houston, Louisville und Washington DC – ist am 6. Oktober die Feier zum 300. Jahrestag der Ankunft der ersten deutschen Auswanderer, an der Bundespräsident **Karl Carstens** und Präsident **Ronald Reagan** teilnehmen werden. Ebenfalls in Philadelphia wird die sonst in New York stattfindende Steuben-Parade, die große Parade der Deutsch-Amerikaner, sein, an der außer dem Stabsmusikkorps auch die Besatzung des Segelschulschiffes „Gorch Fock" teilnehmen wird. Das aus studierten Musikern, alles Berufssoldaten, bestehende Orchester wird außer Militärmusik auch Werke von Wagner, Brahms und Tschaikowsky sowie mit einer 100 Mann umfassenden Kapelle Big-Band-Jazz spielen.

WELTMEISTERSCHAFTEN / Vierter Ruder-Titel für Kolbe – Erstmals gewann ein Amerikaner das Straßenrennen der Rad-Profis

Sunnyboy und Ausnahmeathlet eines ganzen Jahrzehnts – Kapitän Michael

CLAUS WOLFF, Duisburg

Peter-Michael Kolbe bleibt im Rudersport der Ausnahmeathlet eines ganzen Jahrzehnts. Fast auf den Tag genau zehn Jahre nach seinem ersten internationalen Titel bei den Europameisterschaften 1973 in Moskau gewann der 30 Jahre alte Hamburger Industriekaufmann mit Wohnsitz in Oslo seine vierte Weltmeisterschaft im Einer. Das hat noch niemand geschafft.

„In dieser Saison will ich nur wieder der beste Skuller in der Bundesrepublik werden", hatte Kolbe nach 18monatiger Wettkampfpause sein Saisonziel im Frühjahr eher niedrig gesteckt. Seine Endstation Sehnsucht heißt Olympia-Gold, das ihm bislang zweimal versagt blieb. 1976 in Montreal fiel er nach einem höllischen Temporennen dem Schlußspurt des finnischen Feuerwehrmannes Pertti Karppinen zum Opfer, 1980 verhinderte der Boykott eine Rehabilitierung in Moskau. So bleibt der seit einigen Jahren mit einer norwegischen Sportjournalistin verheiratete, 1,94 Meter große und 87 Kilo schwere Modellathlet trotz aller Erfolge für Olympia hoch motiviert.

Daß er schon in dieser Saison wieder ganz vorn mitrudern konnte, merkte der gebürtige Hamburger spätestens bei der WM-Generalprobe vor sieben Wochen in Luzern. In einem Rennen, das die Zuschauer faszinierte und die internationale Fachwelt mit der Zunge schnalzen ließ, degradierte er seinen Vorgänger Rüdiger Reiche und dessen Teamkameraden Uwe Mund (beide „DDR") sowie den zweimaligen finnischen Olympiasieger Pertti Karppinen zu Statisten. Nach dieser Lektion sattelte Karppinen in den Doppelzweier, Reiche in den Doppelvierer um.

So blieben als ernsthafte Konkurrenz für Kolbe in Duisburg nur Uwe Mund – Junioren-Weltmeister von 1970 und im Vorjahr Goldmedaillengewinner im Doppelvierer der „DDR" – sowie der WM- und Olympia-Zweite Wassili Jakuscha aus der UdSSR. Gegen sie wurde die Favoritenbürde vor vollen Tribünen für Kolbe nicht zur Last, sondern steigerte nur noch seine Motivation. „Mein eigener Erwartungshorizont war hoch. Ich wollte weder die Zuschauer noch mich enttäuschen", berichtete der Weltmeister hinter dem Ziel.

Auf dem Arm von Mutter Aina bestaunte Kolbes zweijähriger Sohn Knut-Mikkel die Siegesfahrt des Vaters und war natürlich für die Fotografen ein begehrtes Motiv. Kolbe ließ sich ebenfalls geduldig ablichten und absolvierte im Anschluß an seinen vierten Triumph nach 1975, 1978 und 1981 ein wahres Frage- und Antwort-Marathon. Dabei wurde erneut deutlich, wieso der einstmals von falschen Freunden beratene, als eigenwillig und verschlossen geltende Hanseat jetzt auch außerhalb des Bootes zur Persönlichkeit gereift ist



Lockerer Spaziergang vor dem Finale: Kolbe und Sohn Knut Mikkel. FOTO: MÜLLER

und von seiner großen Erfahrung zehrt.

Für die Mannschaft ist er längst der „Michel", der als Kapitän den Kurs der gesamten Flotte bestimmt. Am Bootsplatz spielt er mit seinem Söhnchen oder schwingt sich locker aufs Rad, sagt den erstaunten Finalpartnern fröhlich guten Tag und hält wenig später pünktlich seine Interview-Termine ein – ein wahrer Sonnyboy im Wettkampfstreß der Rennruderei.

Doch dieser Mann macht sich auch Gedanken über den Sinn einer solchen Quälerei in der Einsamkeit des Bootes. Er bekam lange Zeit zu spüren, daß in der Bundesrepublik Erfolge in trainingsintensiven Sportarten oft genug mit beruflichen und sozialen Nachteilen teuer bezahlt werden müssen. Seit einem Jahr nun hat eine Schweinfurter Weltfirma für die berufliche Absicherung gesorgt. In seiner Wahlheimat Oslo sind die starken norwegischen Ruderer mit ihren starken Zweiern wertvolle Trainingspartner. Und nach der abgewendeten Gefahr des Rollausleger-Verbots noch im Olympiajahr kann Peter-Michael Kolbe jetzt in Ruhe und Gelassenheit alle erforderlichen Vorbereitungen treffen, um seine bislang einmalige Laufbahn in Los Angeles mit dem ersehnten Olympia-Gold zu krönen und dann siegreich zu beenden.

Während sich die „DDR" und die UdSSR auf der Wedau über die Verteilung von Gold einig wurden, scheiterte der Versuch der Frauen aus der Bundesrepublik, wenigstens wieder einmal Land zu sehen. „Wir haben bei dieser WM das gesteckte Ziel nicht erreicht. Ein Boot im Finale ist zu wenig", lautete das erste Fazit von Klaus Harder, Vorsitzender im Ausschuß Leistungssport des Deutschen Ruderverbandes (DRV).

Land unter heißt es auch ein Jahr vor den Olympischen Spielen in Los Angeles, obwohl Ellen Becker und Iris Völkner (Münster/Hamburg) im Zweier ohne Steuerfrau mit nur 36 Hundertstelsekunden Rückstand auf Tricia Smith/Betty Craig (Kanada) Vierte wurden. Die Tatsache, daß die Sportstudentinnen damit um einen Ruderschlag die erste Frauen-Medaille seit 1978 nur äußerst knapp verfehlten, konnte die Enttäuschung über den Doppelvierer nicht verdekken.

Unmittelbar nachdem das Boot im kleinen Finale Platz zwei und damit in der WM-Abrechnung Rang acht erreicht hatte, gab Bundestrainer Horst Joppien seinen Rücktritt bekannt. Dem 37 Jahre alten Oberstudienrat war es nicht gelungen, die zu einer menschlich wenig harmonischen Zweckgemeinschaft zusammengezogenen vier stärksten Skullerinnen um die dreimalige Einer-Meisterin Thea Gröll (Hannover) zu einer Einheit auf dem Wasser zu führen. Gerade in die Doppelvierer-Besatzung, die nun auseinandergehen wird, hatte der DRV die größten Hoffnungen und das meiste Geld investiert.

STANDPUNKT

Nur andere schuldig?

Die deutschen Amateurradrennfahrer Claudia Lommatzsch, Fredy Schmidtke und Dieter Giebken waren bei den Weltmeisterschaften gedopt. Das ist erwiesen. Weil aber Sportler aus der Bundesrepublik stets als reine Unschuldslämmer durch die böse Sportwelt stolpern, kann der Schuldige nur im anderen Lager sitzen. Vom Sportler bis zum Generalsekretär des Verbandes heißt es: Irgend jemand muß den deutschen Fahrern heimlich das in vielen Hustensäften enthaltene Ephedrin verabreicht haben. Zum Beispiel im Tee oder in der Sahnesauce zum Geschnetzelten.

Was soll dieses Theater? Kürzlich schrieb ein englischer Zehnkämpfer der WELT einen Brief. Inhalt: Gerade in den angelsächsischen Ländern seien Sportler aus der Bundesrepublik Deutschland als besonders dopingsüchtig bekannt. Der Mann schreibt nur, was ohnehin die Spatzen von den Dächern pfeifen – er kennt seine Pappenheimer.

Als bei den Ruder-Weltmeisterschaften in Duisburg in den Frauenklassen die Osteuropäerinnen dominierten, hieß es sogleich, nun müsse sich der internationale Verband die Sache mal genauer ansehen. Mit anderen Worten: Da muß einfach etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen sein.

Wir haben uns längst angewöhnt, bei Erfolgen osteuropäischer Sportler mißtrauisch zu sein. Wir alle, Publikum, Sportler, Trainer, Funktionäre, Journalisten. Man stelle sich doch nur 'mal vor, die einst des Dopings überführte „DDR"-Kugelstoßerin Ilona Slupianek hätte gesagt, das Zeugs müsse ihr irgendein abgefeimter Klassenfeind heimlich ins Essen geschüttet haben. Wie hätten wir reagiert?

Mit dem ausgestreckten Finger jene verdächtigen, die Außergewöhnliches vollbringen – das ist an der Tagesordnung. Es ist ein Teil der Heuchelei, die jetzt von den deutschen Radrennfahrern betrieben wird.

K. Bl.

Greg Lemond eine Minute vor Holländer van der Poel – Braun hörte früh auf

U. F./dpa, Altenrhein

Neuer Weltmeister der Radprofis in Altenrhein in der Schweiz wurde der Amerikaner Greg Lemond nach einer 10 Kilometer langen Alleinfahrt. Den zweiten Platz hinter dem 22jährigen Amerikaner, dem ersten Profi-Weltmeister aus den USA, belegte der Holländer Adri van der Poel im Spurt vor dem Iren Stephen Roche. Lemond, im vorigen Jahr Vize-Weltmeister, gehörte zum Favoritenkreis. Über ihn hatte der frühere französische Weltmeister Bernard Hinault schon 1982 gesagt: „Er kann mein Nachfolger werden." Von den acht deutschen Fahrern erreichte niemand das Ziel. Braun stieg bereits nach 30 km aus.

Der deutsche Bahnradsport ist durch einen Doping-Skandal schwer angeschlagen worden. Die Aberkennung der Silbermedaille von Claudia Lommatzsch im Sprint der Frauen sowie der Bronzemedaille von Freddy Schmidtke (Köln) und Dieter Giepken (Berlin) im Tandem bei den Weltmeisterschaften in Zürich hat den Bund Deutscher Radfahrer (BDR) in Mißkredit gebracht. Der Skandal zieht weitere Kreise und läßt vorerst viele Fragen offen.

Denn der deutsche Mannschaftsarzt Georg Huber von der Universitätsklinik Freiburg, seit zwei Jahren als Betreuer der deutschen Radfahrer bewährt, versichert: „Alle drei haben von mir kein Aufputschmittel, wie es das bei der Untersuchung im Institut von Magglingen nachgewiesene Ephedrin ist, bekommen. Ich führe ein derartiges Präparat überhaupt nicht in meinem Sortiment mit." Claudia Lommatzsch, telefonisch von der Disqualifikation unterrichtet, brach in Tränen aus, Freddy Schmidtke war „entrüstet über den Vorwurf" des Doping-Vergehens.

Verbandspräsident Werner Göhner ist verzweifelt. Er sagte: „Uns ist es unerklärlich, wie das Ephedrin in den Körper, in den Urin und damit auch in die Flaschen kam." Frauen-Bundestrainer Klaus Jördens ist von der Unschuld von Claudia Lommatzsch überzeugt: „Meine Mädchen haben in ihrem Gepäck nie eine einzige Tablette, nicht einmal ein Mittel, um Schnupfen zu bekämpfen." Die Einsprüche des deutschen Verbandes gegen die Doping-Disqualifikationen von Claudia Lommatzsch sowie Freddy Schmidtke und Dieter Giepken (Köln/Berlin) wurden vom Exekutiv-Komitee des Internationalen Radsportverbandes (UCI) erwartungsgemäß abgelehnt. Zusätzlich zum Verlust der Medaillen wurden Claudia Lommatzsch sowie Freddy Schmidtke und Dieter Giepken von der UCI für einen Monat gesperrt. Der deutsche Verband hatte wegen „Verfahrensfehlern" bei der Analyse Protest eingelegt. Die Jury erkannte zwar jetzt an, daß tatsächlich einige Fehler bei der Dopingprobe gemacht wurden, aber sie begründete ihre Entscheidung damit, daß das nachgewiesene Ephedrin für eine Bestrafung ausreiche und die Menge nicht ausschlaggebend sei.



Freude auf dem Zielstrich: Weltmeister Uwe Raab. FOTO: AP

Da man davon ausgehen kann, daß der deutsche Mannschaftsarzt seine Hände nicht im Spiel hatte, erhebt sich die Frage, ob die drei das Präparat heimlich oder durch Fremdeinwirkung zu sich genommen haben. Der Verband wird nach Abschluß der Weltmeisterschaften noch einmal alle Beteiligten befragen.

Dem Arzt hat der Verband bereits im voraus Integrität bescheinigt. Die betroffenen Aktiven, die Trainer und Mechaniker, sollen dagegen noch einmal gehört werden. Eine Entscheidung darüber, ob Fredy Schmidtke bei den Olympischen Spielen in Los Angeles starten oder intern gesperrt wird, ist noch nicht gefallen.

Im deutschen Verband ist man davon überzeugt, daß weder Claudia Lommatzsch noch dem Tandem Schmidtke/Giebken durch das Präparat ein Vorteil entstanden ist. Experten neigen sogar dazu, das Gegenteil zu behaupten.

Um allen weiteren Vermutungen vorzubeugen und die Erfolge in den übrigen Bahnwettbewerben von Zürich nicht im Licht des Zweifels zu sehen, stellt Göhner fest: „Die Doping-Kontrollen des Verfolgungs-Vierers und auch von Fredy Schmidtke im Kilometer-Zeitfahren ergaben: Negativ!" Zum gleichen Resultat kam man auch bei Reiner Podlesch, der am selben Tag wie Claudia Lommatzsch Weltmeister der Amateur-Steher geworden war.

„Das ist ganz offensichtlich kein Pflaster für uns, obwohl ich hier geboren bin", sagte Verbandspräsident Werner Göhner. Der blamable 15. Rang am Mittwoch mit dem Vierer, am Freitag die Bekanntgabe der Doping-Disqualifikationen für drei deutsche Bahnfahrer, am Samstag schließlich ein neunter Rang der Kölnerin Beate Habetz und nur der 19. Rang für Thomas Freienstein (Nürnberg) als beste Placierungen der deutschen Teilnehmer bei den Einer-Straßenrennen der Frauen und Amateure waren wenig erfreulich.

Erste Skandinavierin im Regenbogentrikot einer Straßenfahrerin wurde die blonde, 20jährige schwedische Studentin Marianne Berglund. Bei den Amateuren gewann Uwe Raab aus der „DDR" im Spurt vor dem Schweizer Niklaus Rüttimann. Bundestrainer Thaler zog die Bilanz: „Heute hatten meine Jungen Besseres verdient. Wer nur das Ergebnis sieht, tut ihnen unrecht. Taktische Fehler kann man nur bei internationalen Einsätzen ausmerzen. Also müssen wir ins Ausland, darauf werde ich auch die Olympiavorbereitungen abstellen." Und weiter: „Der Rang von Freienstein spiegelt nicht die im Rennen gezeigte Leistung und die Zustandsveränderung bei unseren Amateuren wider." Freienstein und auch Hilse hatten über weite Strecken des Rennens attackiert und viel Arbeit geleistet, ehe sie zurückfielen.

FUSSBALL / Tag der Torjäger aus Schweden – Zuschauer-Misere hält an – Die Trainer reden, streiten und verspotten Spieler

Lerby und Pezzey – eine Aufrechnung

EDGAR FUCHS, **München**

Klar, der Mann hat im Augenblick keine Sorgen. Seine Mannschaft behauptet den zweiten Tabellenplatz, der Zuschauerschnitt liegt um 3000 über der Kalkulation von 28 000. Was also macht ein Mann ohne Probleme? Er schafft sich welche.

Willi O. Hoffmann, dem Präsidenten des FC Bayern München, geht es wie denen, die nichts schwerer ertragen als eine Reihe von guten Tagen. Sie schließen verträumt die Augen und malen die Zukunft noch intensiver in Rosarot. Für den Präsidenten wäre der augenblickliche Zustand des Wohl- und Hochgefühls noch steigerungsfähig. Mit einer Reduzierung der Bundesliga auf 16, lieber noch auf 14 Vereine – als ob es im Augenblick nicht die Kleinen wären, jene, die er gerne draußen hätte, von denen man spricht und deretwegen man kommt.

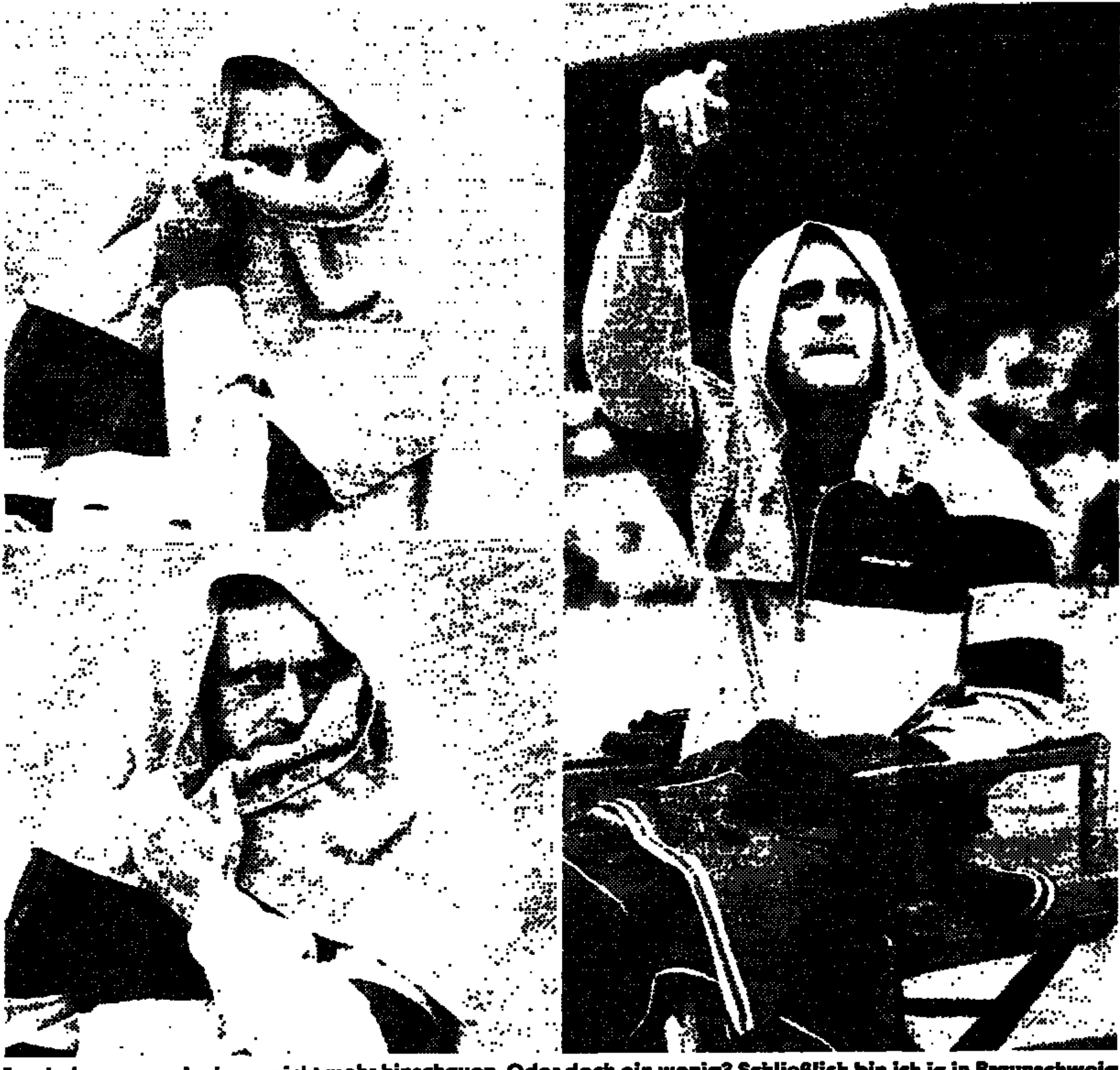
Er verspricht sich durch die Gesundschrumpfung auch eine Stärkung der Nationalelf („weil Bundestrainer Jupp Derwall seinen Kader öfter und länger zur Verfügung hätte") – als ob der Sommer des letzten Jahres nicht schon gereicht hätte.

Möglich wäre dann auch „ein attraktiver Ausbau der europäischen Fußballwettbewerbe" und „eine Weltmeisterschaft für Klubmannschaften" – als ob die Münchner Zuschauer nicht schon dankbar wären, würde der FC Bayern im Olympiastadion gegen die einheimische Konkurrenz so spielen, daß sie auf dem Heimweg nicht den Dingen nachtrauern müßten, mit denen man einen Samstagnachmittag sinnvoll verbringen könnte.

Ein weiß-blaues Naturell scheint den Präsidenten davor zu bewahren, die Sorgen zu erkennen, die er bereits hat. Und die ihm der Wechsel von Pal Csernai zu Udo Lattek, von Paul Breitner zu Sören Lerby nicht nehmen wird. Mit Breitner hätten sie das Spiel machen können, sie haben es, da war Csernai vor, nicht gedurft. Mit Lerby sollen sie das Spiel machen. Da ist Lattek für, aber sie können es nicht. Es hat sich nichts geändert: Bayern, eine Mannschaft, die nicht agiert, sondern reagiert. Und das nicht sehr kunstvoll und nicht sehr unterhaltend.

Bei der Ursachenforschung stößt man natürlich immer wieder auf Lerby, von dem vom Präsidenten bis zum Manager immer wieder alle behaupten, niemand würde ihm die Rolle Paul Breitners aufdrängen. Welche denn dann? Nachdem selbst die gewiß nicht kleinlichen Münchner keine zwei Millionen Mark für einen Mitläufer auswerfen, darf man das als Versuch werten, den Erwartungshorizont etwas abzuflachen und dem Dänen die Belastung der Ablösesumme zu nehmen.

Aber messen muß man. Seine zwei Millionen an den 1,5, die Bruno Pezzey Werder Bremen kostete. Die Kosten sind nahezu identisch, die Differenz von 500 000, das ist die Altersabschreibung. Pezzey ist 28, Lerby 25. Der Österreicher hat es leichter bei Werder. „Er braucht sich, anders als in Frankfurt, nicht mehr um Einwürfe, Eckbälle, Freistöße, um den Vorstand, den Trainer, die Geschäftsstelle und die Journalisten zu kümmern. Das machen wir schon", sagt Otto Rehhagel. „Er braucht nur die Abwehr zusammenhalten." Er bringe ihn schon dazu, sagt Rehhagel. Das 0:0 in München bewies, daß er da gar nicht mehr viel zu tun hat. Und es bewies außerdem: Pezzey ist eine Verstärkung, Lerby ein Rätsel. Werder hätte sogar gewinnen können, meint Rehhagel, was Lattek so nicht stehen lassen mochte. „Da muß ich sagen, auch wir hätten gewinnen können." Aber in der Bundesliga darf man nicht nur können, man muß müssen. Sei es nur darum, daß der Präsident auch in ein paar Monaten noch, wenn andere die Deutsche Meisterschaft unter sich ausmachen, noch träumen können. Von der Klub-Weltmeisterschaft...



Ja, da kann man doch gar nicht mehr hinschauen. Oder doch ein wenig? Schließlich bin ich ja in Braunschweig Trainer, um Anweisungen zu geben... Aleksander Ristic bei der 1:2-Niederlage in Köln. FOTOS: TOP (2), RZ

Freundin Lena ist mit schwedischen Möbeln da – nun trifft Corneliusson

MARTIN HÄGELE, **Stuttgart**

Mit dem Schlußpfiff war der schwedische Fotograf auf den Platz gestürmt. Und weil manches zuvor im Spiel so rasend schnell vor sich gegangen war, stellte er die wichtigsten Szenen noch einmal nach. Dan Corneliusson (21), Stürmer beim VfB Stuttgart, stieg also noch einmal hoch zum Kopfball, riß noch einmal die Hände hoch zum Torjubel. Und am Schluß ließ er sich in der Pose des Triumphators vor der Anzeigentafel des Neckarstadions ablichten. Dort leutete noch immer das Ergebnis des Bundesligaspiels auf: VfB Stuttgart – VfL Bochum 4:2. Darunter dreimal der Name des schwedischen Torschützen.

Der Fotograf aus Göteborg hat mit seiner späten Arbeit den Abgang eines Helden inszeniert. Während dessen Mannschaftskollegen schon längst unter der Dusche standen, warteten noch Tausende auf der Haupttribüne, um Dan Corneliusson mit stehenden Ovationen zu verabschieden. Als der Schwede durch dieses Jubelspalier lief, wirkte er ausgesprochen glücklich. Sonst trägt er seine Empfindungen nicht gerade zur Schau. Der junge Mann von der Fischerinsel Hönö vor den Toren Göteborgs gehört zum Schlag jener Menschen, die schon früh gelernt haben, sich kräftig durchs Leben zu boxen.

Ein harter Hund also? Vor drei Monaten hatte dieser Bursche auf die Frage, ob ihm der Abschied aus seiner Heimat nicht irgendwie doch leid getan habe, nur gelächelt („sentimental, was ist das") und jeden Einwand mit der Bemerkung abgetan: „Die Seeleute von Hönö waren immer viel unterwegs."

Inzwischen hat Dan Corneliusson an sich selbst erfahren, daß auch ein Athlet mit der Psyche eines Naturburschen im harten Showgeschäft Bundesliga nicht alles mir nichts dir nichts wegsteckt. Auf einmal hat ihm das Meer gefehlt, der Geschmack von Salz in der Luft, die gewohnte Umgebung, die Freundin. Vor allem aber fehlten ihm Tore – also der Nachweis, die 1,2 Millionen Mark, die der VfB Stuttgart an IFK Göteborg überwiesen hatte, ebenso wie die großen Hoffnungen und den Vorschußlorbeer der schwäbischen Fans wert zu sein.

Noch am Mittwoch, kurz vor dem Spiel des VfB Stuttgart in Dortmund, hatte Trainer Helmut Benthaus sich deshalb nichts sehnsüchtiger als gerade ein Tor von Dan Corneliusson gewünscht.

Der Wunsch des Trainer ist in Dortmund in Erfüllung gegangen, erst recht mit den drei Toren gegen den VfL Bochum. „Die Tore waren nicht nur für den VfB Stuttgart, sondern auch für mich sehr wichtig", sagte der Schwede zu Recht. Schließlich spielt der Draufgänger Corneliusson auch immer gegen den Schatten seines Vorgängers Didier Six. Der Publikumsliebling aus Frankreich, war, um für „Conny" Platz zu machen, von Benthaus ausgemustert worden. Six schießt deshalb immer wieder zurück. Seine letzten Grüße aus Mülhausen, wo der wort- und dribbelgewandte Didier jetzt seine Brötchen verdient: „Sollen sie mit meinem Nachfolger glücklich werden, aber erst muß er mal 11 Tore und 14 Vorlagen zu Toren in einer Saison liefern."

Six und dessen Anhängern hat der Schwede nun mit einem Schlag das Maul gestopft. Zu seinem Durchbruch hat man ihn praktisch zwingen müssen. Im Abschlußtraining war er am Knie verletzt worden. Doch da auch Karl Allgöwer nicht konnte, mußte Corneliusson unbedingt spielen.

In einer Mischsprache aus Deutsch und Englisch hat sich der Mittelstürmer der schwedischen Nationalmannschaft nun das vom Herzen geredet, was ihn in den vergangenen Wochen als Fußball-Legionär so bewegt hat. „Da ich die ganze Zeit allein im Hotel lebte, hatte ich viel Zeit zum Grübeln." Als Torjäger aber dürfe man nicht denken, hat Corneliusson noch gesagt, als er in Schweden war. Diese Tatsache hat er als persönliches Erfolgsgeheimnis verkauft.

Jene Ruhe und Ausgeglichenheit, glaubt er, habe er jetzt wiedergefunden: „Mein Leben in Stuttgart kann jetzt beginnen." Mit fünf Toren auf dem Konto, von Platz eins der Torschützenliste herab, lassen sich solche Versprechen leichter formulieren. Bei Corneliusson scheint das nicht nur so dahergeschwätzt. Am Freitag ist seine Freundin Lena mit den schwedischen Möbeln vorgefahren, die Wohnung in Stuttgart-Ruit erinnert an die Heimat. Und in dieser Umgebung verschwand dann auch das Heimweh, das Corneliusson nie in seine Zukunftspläne einkalkuliert hatte.

Doch außer diesen persönlichen Veränderungen im Umfeld des Spielers gibt es auch sportliche Begründungen für die Erwartung, daß den Schwaben mit Corneliusson womöglich der gefährlichste Torjäger der Bundesliga ins Netz gegangen ist. Die Umstellung – heraus aus der schwedischen Fußballsaison mitten hinein in die Vorbereitungsphase der Bundesliga – hat Corneliusson geschlaucht.

Das ist nun alles vergessen. Beim VfB Stuttgart wärmen sie wieder jene Taten des Schweden auf, an denen manche schon gezweifelt hatten: daß dieser Bursche in seinen letzten Länderspielen die Holländer allein besiegt, das italienische Rauhbein Gentile ausgespielt hatte, und daß er nach seinen zwei Toren gegen Brasilien von dem großen Sokrates als Spieler des Tages ausgezeichnet worden war. So muß es doch wohl gewesen sein. Jeder glaubt es jetzt wieder. „Wenn einer aus drei Chancen drei Tore macht, kann er besser nicht spielen", sagte der verletzte Allgöwer und strahlte. Denn ohne ihren neuen Supermann wären die Stuttgarter gegen Bochum garantiert ausgerutscht.

Bis sechs Minuten vor Spielende verteidigte Bochum noch ein 2:2, dann hielt Corneliusson, der zuvor schon das 1:1 geschafft hatte, noch zweimal den Kopf hin. In der 84. und der 87. Minute. Das ist die Zeit, in der Fotografen schon ihre Sachen pakken. Deshalb mußte der Kollege aus Schweden noch einmal arbeiten...

Weise als Erzieher der jungen Profis: Zwei mußten zum Friseur . . .

Von ULRICH DOST

Der Trend hält weiter an – die Fußball-Stadien werden immer leerer. Die meisten Mannschaften sind noch nicht auf den Trichter gekommen, durch gute Leistungen, durch attraktiven Fußball die Zuschauer wieder neugierig zu machen. Diejenigen, die am ehesten gemerkt haben, wie gefährlich diese Entwicklung ist, scheinen die Trainer zu sein. Sie begreifen die Pressekonferenzen nach den Spielen immer mehr als Forum der Selbstdarstellung. Sie wollen reden. Die Öffentlichkeit soll aufmerksam gemacht werden, daß hier etwas passiert.

Für gewöhnlich war dieser Plausch mit den Journalisten für den Österreicher **Ernst Happel** (57) lediglich eine lästige Pflichterfüllung. Kurz und bündig, sehr wortkarg, und meistens Uninteressantes gab er von sich. Seit Wochen aber ist der Trainer des Hamburger SV sauer, und deshalb redet er und kritisiert ungewöhnlich scharf. Die Leute in der Stadt, das Umfeld der Mannschaft, der Vorstand des Vereins, so hat Happel festgestellt, seien nach den vielen Erfolgen (zweimal Meister, Europapokalsieger) „ziemlich satt". Noch nicht einmal so sehr die Mannschaft, die wolle noch Erfolge. Happel legt sich mit den Spielern an, um für Aufsehen zu sorgen. Das hat er früher intern diplomatischer geregelt, wenn ein Spieler nicht so wollte, wie Happel es sich vorstellte.

*

Wann hat man es schon einmal gehört, daß ein Trainer seine Spieler anschreit: „Ihr seid alle Hosenscheißer, und Angsthasen will ich nicht sehen." **Timo Konietzka** (45) hat das getan. Zur Pause in Dortmund, als Bayer 05 Uerdingen mit 0:2 zurücklag, hielt Konietzka mit seiner Ansicht nicht mehr hinter den Berg. Konietzka hat mit seiner Mannschaft die langweilige Bundesliga erfrischend belebt. Doch der Trainer gibt sich nicht, wie er wirklich ist. Er hat vielmehr die Marktlücke erkannt, also spielt er seine Rolle vom harten Malocher, der Angriffs-Fußball sehen will. Die Spieler haben ihn längst durchschaut. **Friedhelm Funkel** (29), erst vor wenigen Wochen nach Uerdingen zurückgekehrt, sagt: „Er ist sein bester PR-Mann." Darin steckt kein Vorwurf, eher Respekt. Denn hier hat einer erkannt, wie der Bundesliga zu helfen ist. „Uerdingen ist nicht so stark wie Hamburg und Stuttgart", sagt Dortmunds Torwart **Eike Immel** (22), der in dieser Saison schon gegen die drei Klubs gespielt hat, „aber mit dem Offensiv-Fußball, den Timo Konietzka spielen läßt, haben sie vielleicht eine Chance auf den UEFA-Pokalplatz."

*

Auch Rede-Duelle, in denen die Trainer kein Blatt vor den Mund nehmen, gab es bislang selten auf Pressekonferenzen. Am Samstag in Mönchengladbach aber fauchten sich **Jupp Heynckes** (38) und **Klaus Schlappner** (43) wie Katze und Hund an. Ausgangspunkt des Streits war ein Foulspiel in der 2. Minute. Der Mannheimer **Roland Dickgiesser** (22) brachte **Frank Mill** (25) zu Fall. Der Gladbacher revanchierte sich mit einem Ellenbogenstoß ins Gesicht. Mill erhielt von Schiedsrichter **Peter Gabor** (43) aus Berlin aber nur die gelbe Karte. Schimpfte Schlappner später: „Unser Libero Günter Sebert fliegt in Stuttgart wegen einer Kleinigkeit raus. Mill aber bleibt trotz Tätlichkeit im Spiel. Wenn das die Bundesliga ist, pfeife ich drauf." Heynckes dagegen meinte, „der Kollege spielt das zu hoch". Außerdem habe Dickgiesser schon in der zweiten Liga die meisten gelben Karten erhalten. Da konnte Schlappner nicht mehr zurückhalten: „Absolut unfair. Wer einmal stiehlt, ist immer ein Dieb?" Darauf Heynckes: „Sie sollten sich auf die sportlichen Dinge beschränken und nicht lamentieren." Nun war der Trainer von Mannheim gar nicht mehr zu halten: „Wir duzen uns seit sieben Jahren, und jetzt das. Der muß doch einen an der Flatter haben."

In Köln hatte **Aleksandar Ristic** (39) seinen großen Auftritt. Zwei Jahre Assistenz-Tätigkeit bei **Ernst Happel** und **Branko Zebec** (54) scheinen bei ihm abgefärbt zu haben. Die Niederlage seiner Braunschweiger Mannschaft (1:2) nahm er ziemlich gelassen. Was er denn zu dem Spieler **Ilija Zavisic** (31) gesagt habe, wurde Ristic gefragt, nachdem der Jugoslawe eine große Möglichkeit ungenutzt ließ. Ristic: „Er soll sich einen Ball nehmen und zu Hause üben." Aber der Trainer muß mit denjenigen arbeiten, die er zur Verfügung hat. Deshalb sagte er auch ironisch: „Franz Beckenbauer wäre mir als Libero schon lieber. Aber was soll es. Am Montag kommen ja zwei neue Spieler. Ich weiß noch nicht woher, aber sie kommen bestimmt. Dann lasse ich den Zavisic raus und den Ronnie Worm auch gleich, ist doch egal." Das klang lustig, doch dahinter verbarg sich die harte Wirklichkeit.

*

Fünf Jahre war **Dietrich Weise** (48) Jugendtrainer beim Deutschen Fußball-Bund (DFB). Nun trainiert Weise die Profi-Mannschaft des 1. FC Kaiserslautern. Doch er trainiert sie nicht nur, er erzieht die Spieler auch gleich. Spieler mit langen Haaren mag der Trainer überhaupt nicht. Im Trainingslager schickte er **Dieter Kitzmann** (19) zum Friseur: „Wenn du verletzt bist und nicht spielen kannst, dann gehst du heute vormittag zum Haareschneiden." Später mußte **Andreas Brehme** (23) dran glauben. Auch Bartträger kann Weise nicht leiden. Deshalb sagt **Michael Dusek** (24): „Solange ich einen Bart trage, werde ich wohl nicht spielen." Was der Trainer nun überhaupt nicht vertragen kann, ist, wenn die Spieler die „Bild"-Zeitung lesen. Man solle doch lieber mal den „Spiegel" lesen und nicht immer über Fußball reden, sagt der Trainer dann.

Als der 1. FC Kaiserslautern am Dienstag von Krefeld nach Hause fuhr, ging das pädagogische Temperament mit Weise wieder mal durch. Eine Stunde lang dürfe im Bus nicht Karten gespielt werden, und der Fernsehapparat habe auch ausgeschaltet zu bleiben. Die Spieler sollten über das Spiel diskutieren. Es passierte aber nichts. Als die Stunde vorbei war, sagte Weise: „Das Spielverbot bleibt bestehen." Beim 1. FC Köln hatten sie mit **Karl-Heinz Heddergott** (48) auch mal einen mit der DFB-Mentalität, der Hipp-Hipp-Hurra-Masche und der Oberlehrer-Art. Heute ist er Trainer in Amerika...

*

Es sei gut, so meinte Bundestrainer Jupp Derwall gestern, daß das Heimspiel der Europameisterschaft gegen Österreich noch nicht anstehe. Bis zum 5. Oktober sei noch genügend Zeit, die vielen Verletzungen seiner Spieler auszuheilen. Derwalls Stoßseufzer vor dem ersten Länderspiel der Saison am Mittwoch in Budapest gegen Ungarn (ab 20.15 Uhr live in der ARD) ist verständlich. Uli Stielike (Muskelriß), Jonny Otten (Knöchelbruch), Stefan Engels (Knieoperation) und Jürgen Milewski (Bänderdehnung) hatten Derwall schon vorher eine Absage erteilt, seit gestern ist es auch endgültig, daß Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge (Muskelfaserriß) und Wolfgang Dremmler (Leistenzerrung) die Reise nach Ungarn nicht mitmachen werden.

Alle 15 Spieler, die zum Kader gehören, sollen auch eingesetzt werden. Derwall: „Dann weiß ich, wen ich bringen kann, wenn in den Qualifikationsspielen jemand ausfällt."

In seinem 50. Länderspiel wird der Stuttgarter Karl-Heinz Förster zum erstenmal Mannschaftsführer sein. Mit dieser Aufstellung ist in Budapest zu rechnen: Schumacher (Köln) – Strack (Köln) – Bernd Förster, Karl-Heinz Förster (beide Stuttgart), Briegel (Kaiserslautern) – Rolff (Hamburg), Schuster (Barcelona), Müller (Inter Mailand) – Littbarski (Köln), Völler, Meier (beide Bremen). Ersatz: Burdenski (Bremen), Matthäus (Gladbach), Groh (Hamburg), Waas (Leverkusen).

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

ERGEBNISSE

München – Bremen	0:0
Frankfurt – Düsseldorf	3:0 (1:0)
Dortmund – Uerdingen	2:1 (2:0)
Hamburg – Bielefeld	2:0 (1:0)
Köln – Braunschweig	2:1 (1:0)
M'gladbach – Mannheim	3:0 (1:0)
Nürnberg – Offenbach	4:0 (2:0)
Stuttgart – Bochum	4:2 (0:1)
K'lautern – Leverkusen	3:0 (3:0)

DIE SPIELE

K'lautern – Leverkusen 3:0 (3:0)

K'lautern: Grüner – Briegel – Wolf, Melzer – Geye, Bongartz, Kitzmann (84. Hoos), Brehme – Brummer, Nilsson, Allofs. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Posner, Wojtovic – Gelsdorf, Hörster, Röber, Winklhofer (56. Saborowski) – Patzke (69. Vöge), Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Nilsson (34.), 2:0 Bongartz (36.), 3:0 Allofs (45.). – **Zuschauer:** 15 903. – **Gelbe Karten:** Briegel (2), Patzke.

München – Bremen 0:0

München: Pfaff – Augenthaler – Maurer (46. Mathy), Dremmler, Dürnberger – Grobe, Lerby, Nachtweih (80. Kraus) – Del'Haye, M. Rummenigge, Pflügler. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Gruber, Okudera – Möhlmann, Sidka, Meier (70. Siegmann) – Reinders, Neubarth (70. Bracht), Völler. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karte:** Lerby.

Frankfurt – Düsseldorf 3:0 (1:0)

Frankfurt: Jüriens – Berthold – Schreml, Körbel, Falkenmayer – Sziedat, Sievers, Koch, Trieb – Borchers (46. Rieth), Svensson. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Kuczinski, Löhr – Bokkenfeld, Bommer, Fach (55. Dusend), Ormslev (46. von Diericke), Weikl – Edvaldsson, Wenzel. – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Körbel (5., Foulelfmeter), 2:0 Svensson (68.), 3:0 Svensson (90.). **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Berthold, Wenzel.

Dortmund – Uerdingen 2:1 (2:0)

Dortmund: Immel – Loose – Storck, Rüßmann, Hein – Tenhagen, Zorc, Keser, Koch – Klotz, Dreßel. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Brinkmann, van de Loo – Buttgereit (46. Raschid), Hofmann (46. Sackewitz), Jusufi, Feilzer, Funkel – Loontiens, Gulich. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 1:0 Keser (24.), 2:0 Dreßel (31.), 2:1 Sackewitz (85.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karte:** van de Loo (2).

Hamburg – Bielefeld 2:0 (1:0)

Hamburg: Stein – Jakobs – Kaltz, Schröder – Hartwig, Groh, Rolff, Wehmeyer, Magath – Schatzschneider, Wuttke. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers (55. Meier) – Schnier, Geils – Kompodietas (46. Rautiainen), Büscher, Pagelsdorf, Dronia, Schröder – Grillemeier, Ozaki. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 1:0 Schatzschneider (45.), 2:0 Schatzschneider (68.). – **Zuschauer:** 15 300. – **Gelbe Karten:** Hartwig, Wohlers (2).

Köln – Braunschweig 2:1 (1:0)

Köln: Schumacher – Strack – Prestin, Steiner, Willmer (90. Sljivo) – Gielchen, Haas, Zimmermannn (82. Hönerbach) – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Braunschweig:** Franke – Pahl – Kindermann (25. Studzizba), Bruns, Merkhoffer – Hollmann, Lux, Tripbacher – Zavisic (86. Fischer), Keute, Worm. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Littbarski (6.), 2:0 Willmer (58.), 2:1 Keute (63.). – **Zuschauer:** 5000. – **Gelbe Karte:** Merkhoffer.

M'gladbach – Mannheim 3:0 (1:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Hannes, Frontzeck – Krauss, Hochstätter (73. Herlovsen), Matthäus, Schäfer, Rahn – Mill (77. Pinkall), Lienen. – **Mannheim:** Zimmermann – Schön – Knapp, Dickgießer – Hein, Linz, Quaisser, Schlindwein, Böhne (60. Bauer) – Makan (54. Olaidotter), Walter. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 1:0 Rahn (45.), 2:0 Lienen (50.), 3:0 Krauss (78.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Mill, Krauss, Olaidotter, Schlindwein, Makan (2), Knapp (2).

Nürnberg – Offenbach 4:0 (2:0)

Nürnberg: Kargus – Weyerich – Grahammer, Reinhardt, Habiger – Eder, Burgsmüller (85. Brunner), Heck (77. Lottermann), Heidenreich – Abramczik, Trunk. – **Offenbach:** Herr – Peukert – Paulus, Rothe, Grünewald – Trapp, Franusch (46. Krause), Thomas, Bein – Sandner, Michelberger. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 1:0 Burgsmüller (19.), 2:0 Trunk (38.), 3:0 Burgsmüller (51.), 4:0 Burgsmüller (81.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Heidenreich, Peukert.

Stuttgart – Bochum 4:2 (0:1)

Stuttgart: Roleder – B. Förster – Schäfer (72. Müller), K.-H. Förster – Niedermayer, Kelsch, Buchwald, Ohlicher, Sigurvinsson – Reichert (72. Kempe), Corneliusson. – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Gothe, Knüwe, Bönighausen – Woelk, Oswald, Schulz, Kuntz – Benatelli (60. Grünberger), Schreier (77. Gerber). – **Schiedsrichter:** Retzmann (Hamburg). – **Tore:** 0:1 Benatelli (18.), 1:1 Corneliusson (50.), 1:2 Oswald (60.), 2:2 Müller (77.), 3:2 Corneliusson (84.), 4:2 Corneliusson (85.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karte:** Woelk (3).

VORSCHAU

Freitag, 9. 9., 20.00 Uhr:

Leverkusen – Dortmund	(1:2)

Samstag, 10. 9., 15.30 Uhr

Braunschweig – München	(1:1)
Offenbach – Frankfurt	(–:–)
Düsseldorf – Hamburg	(0:6)
Bielefeld – K'lautern	(2:2)
Uerdingen – Stuttgart	(–:–)
Bochum – M'gladbach	(3:1)
Mannheim – Köln	(–:–)
Bremen – Nürnberg	(3:2)

In Klammern die Ergebnisse des Vorjahres.

5. Spieltag: Bayer Uerdingen zum ersten Mal gestoppt

							Heim		Auswärts	
1. Stuttgart	5	3	2	0	12:4	8:2	7:2	5:1	5:2	3:1
2. München	5	3	2	0	9:5	8:2	3:2	4:2	6:3	4:0
3. Hamburg	4	3	1	0	9:5	7:1	7:4	5:1	2:1	2:0
4. Uerdingen	5	3	1	1	15:9	7:3	8:3	4:0	7:6	3:3
5. Düsseldorf	5	2	2	1	6:6	6:4	4:1	4:0	2:5	2:4
6. Gladbach	5	2	1	2	11:9	5:5	7:2	5:1	4:7	0:4
7. Bremen	5	2	1	2	7:7	5:5	6:2	4:0	1:5	1:5
8. Bochum	5	2	1	2	11:13	5:5	4:1	4:0	7:12	1:5
9. Kaiserslaut.	4	1	2	2	10:10	4:6	7:4	4:2	3:6	0:4
10. Nürnberg	5	2	0	3	9:9	4:6	8:4	4:2	1:5	0:4
11. Frankfurt	5	1	2	2	10:11	4:6	7:4	4:2	3:7	0:4
12. Mannheim	5	1	2	2	7:9	4:6	5:3	3:1	2:6	1:5
13. Köln	5	2	0	3	5:7	4:6	5:4	4:2	0:3	0:4
14. Braunschw.	5	2	0	3	8:11	4:6	6:3	4:0	2:8	0:6
15. Dortmund	5	1	2	2	7:10	4:6	3:6	2:4	4:4	2:2
16. Bielefeld	5	2	0	3	6:10	4:6	3:4	2:2	3:6	2:4
17. Leverkusen	4	1	1	2	6:7	3:5	3:0	2:0	3:7	1:5
18. Offenbach	5	1	0	4	6:12	2:8	6:6	2:2	0:6	0:6

● **Zuschauer:** Nur 138 203 Zuschauer wollten am Samstag die neun Bundesliga-Spiele sehen. Das bedeutet einen Durchschnitt von 15 356 Besuchern – so wenig wie noch nie in dieser Saison. Zur gleichen Zeit im Vorjahr wurde bereits die Millionengrenze überschritten (1 036 075), diesmal kamen bisher 961 775 Zuschauer insgesamt. Ganz schlimm steht es um die Bilanz des 1. FC Köln. Zu drei Heimspielen kamen nur 26 000 Zuschauer – so viel, wie der Klub in einem Spiel braucht, um finanziell gut über die Runden zu kommen. Die meisten Besucher am Samstag hatte Bayern München mit 32 000, allerdings gegen Bremen...

● **Torschützen:** Es war der Tag der Schweden: Corneliusson (3), Svensson (2) und Nilsson (1) erzielten sechs der 27 Treffer des fünften Spieltages. Manfred Burgsmüller machte sich zum ersten Mal für Nürnberg bezahlt. Er traf dreimal gegen Offenbach. Corneliusson und Burgsmüller führen damit in der Torschützenliste mit jeweils fünf Treffern. Es folgen mit einem Tor weniger die bisherigen Spitzenreiter Walter (Mannheim) und Kuntz (Bochum). Burgsmüller liegt übrigens in der ewigen Torschützenliste mit 127 Toren hinter Gerd Müller (365), Fischer (230), Heynckes (220) und Dieter Müller auf Platz fünf.

2. Liga

Schläge in Karlsruhe

sid, Köln

Beim 4:3 (0:1)-Erfolg des Karlsruher SC über Fortuna Köln kam es vor 9000 Zuschauern zu Tumulten und Handgreiflichkeiten, die ein Nachspiel haben werden. Kölns Trainer Horst Heese wurde nach dem Platzverweis seines Spielers Bernd Grabosch im Bemühen, die aufgebrachten Gemüter zu beruhigen, von Ordnern der Karlsruher angegriffen. Weit schlimmer aber wertete Kölns Präsident Löring eine Szene, die sich vor der Halbzeit hinter dem Rücken des Schiedsrichters Siegfried Brehm (Kemmern) zugetragen haben soll. Karlsruhes Mittelstürmer Emanuel Günther soll den Kölner Günter Hutwelker mit einem Schlag in die Nieren zu Boden gestreckt haben. Hutwelker mußte vom Platz getragen werden.

„Ich bin auf Günther zu und habe ihm gesagt, ‚hör doch mit dem Mist auf, du hast doch schon einem das Bein gebrochen'. Daraufhin drohte er mir, ich sei der nächste, dem er das Bein breche", sagte der Kölner Hannes Linßen nach dem Spiel. Günther dementierte diese Äußerungen.

DIE ERGEBNISSE

Ulm – Kassel	2:2 (1:2)
Wattenscheid – Aachen	0:2 (0:2)
Hannover – Stuttgart	2:2 (0:0)
Karlsruhe – Köln	4:3 (1:3)
Freiburg – Essen	1:0 (0:0)
Hertha – Lüttringhausen	1:1 (1:0)
Osnabrück – Oberhausen	2:1 (2:0)
Solingen – Saarbrücken	2:0 (0:0)
Darmstadt – Schalke	0:2 (0:2)
Duisburg – SCC Berlin	am 6. 9.

DIE TABELLE

1. Karlsruhe	7	4	3	0	18:8	11:3
2. Schalke	6	3	3	0	11:4	9:3
3. Hess. Kassel	7	4	1	2	16:9	9:5
4. Aachen	7	3	3	1	7:4	9:5
5. Freiburg	7	3	3	1	9:7	9:5
6. SSV Ulm	7	3	2	2	13:10	8:6
7. Duisburg	6	2	3	1	7:4	7:5
8. Hertha BSC	6	2	2	2	13:10	6:6
9. Solingen	6	1	4	1	7:7	6:6
10. Saarbrücken	6	2	2	2	7:9	6:6
11. Darmstadt	6	2	2	2	7:10	6:6
12. Osnabrück	6	2	2	2	4:8	6:6
13. Essen	7	2	2	3	8:9	6:8
14. Köln	7	2	2	3	17:19	6:8
15. Oberhausen	6	2	1	3	11:11	5:7
16. SCC Berlin	6	2	1	3	5:7	5:7
17. Lüttringh.	6	1	2	3	5:9	4:8
18. Wattenscheid	7	0	4	3	5:11	4:10
19. Stuttgart	7	0	4	3	6:13	4:10
20. Hannover	7	0	4	3	6:13	4:10

DIE NÄCHSTEN SPIELE

Dienstag, 6. 9., 20.00 Uhr: Duisburg – Charlottenburg; **Freitag, 9. 9.**, 19.30 Uhr: Saarbrücken – Osnabrück; 20.00 Uhr: Aachen – Darmstadt, Schalke – Ulm; **Samstag, 10. 9.**, 15.30 Uhr: Lüttringhausen – Hannover, Essen – Karlsruhe, Köln – Wattenscheid, Kassel – Solingen; **Sonntag, 11. 9.**, 15.00 Uhr: Stuttgart – Duisburg, Oberhausen – Hertha, Charlottenburg – Freiburg.

GALOPP / Rekord-Auktion in Iffezheim

170 000 Mark für eine Tochter von Nebos

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Am Samstagnachmittag um 15.26 Uhr wurde bei der Auktion einjähriger Pferde der Rasse Vollblut auf der Galopprennbahn in Iffezheim bei Baden-Baden für deutsche Verhältnisse ein neues Zeitalter begonnen: Sämtliche bestehenden Auktionsrekorde wurden gebrochen. Gegen die schwindelerregenden Summen der Auktion in Keenland/USA (Rekordpreis: 25 Millionen Mark) muten die 170 000 Mark für die Stute Terracotta zwar immer noch wie ein Trinkgeld an. Doch wenn man die Anfänge der Auktion in Iffezheim verfolgt, ist dieser Betrag schon beachtlich. 1963 betrug der Höchstpreis noch 35 000 Mark, die für die Schlenderhaner Stute Sherpa gezahlt wurden. Die Schallgrenze von 100 000 Mark wurde erstmals 1977 überschritten, als Hanne Herbig aus Hilden für den späteren Derby-Dritten Gare du Nord 106 000 Mark (eingewickelt in Zeitungspapier) zahlte. Die alte Höchstmarke hielt der Hengst Top Present, für den das Gestüt Keltenhof im Vorjahr vom Ingelheimer Pharma-Unternehmer Hubertus Liebrecht (Gestüt Erlengrund) 120 000 Mark bekam. Diesmal kassierte Liebrecht, denn er hat die Stute Terracotta auf seinem Gestüt in Bad Homburg vor der Höhe aufziehen lassen.

Terracotta stammt aus dem ersten Jahrgang des Millionengaloppers Nebos, der im Liebrecht-Gestüt deckt. Die Nebos-Nachkommen waren auf beiden Auktionen in Iffezheim die Schlager, denn auch der zweithöchste Preis von 150 000 Mark wurde am Samstag für eine Nebos-Stute gezahlt. Der Wittener Immobilienkaufmann Jan Lißmann erwarb die Stute Alemania vom Gestüt Nehmten, das dem Bochumer Unternehmer Herbert Schnapka gehört. Gestütsleiter Hans-Dieter Krystek unterrichtete seinen Chef sofort von der erfolgreichen Aktion. Krystek dementierte gleichzeitig Gerüchte, daß im Zuge der finanziellen Schwierigkeiten Schnapkas auch das Gestüt in Plön in Ostholstein davon betroffen sei: „Herr Schnapka hat mir in seiner blumenreichen Sprache wörtlich mitgeteilt: ‚Ich besitze 32 Töchter. Davon haben sich vier schlecht benommen, eine war sogar auf St. Pauli.' Damit meinte Herr Schnapka die Firma Bomin."

Käufer des 170 000-Mark-Rekord-Jährlings ist der Texaner Chester Goldman. Die Stute soll später bei Andreas Loewe in Köln trainiert werden. Züchten wird Goldman später mit ihr wohl kaum in Deutschland. Großeinkäufer war am Samstag Jan Lißmann. Für sechs Pferde zahlte er insgesamt 274 000 Mark.

Die besten Geschäfte machten die Züchter, die Nachkommen von Nebos anbieten konnten. Die Pferde erbrachten einen Durchschnittspreis von über 70 000 Mark.

Insgesamt erzielte Auktionator Ferdinand Leisten einen Umsatz von fast 1,6 Millionen Mark.

MOTORSPORT / ADAC-Deutschland-Rallye

Röhrl konnte sogar mit seiner Frau plaudern

dpa, Mainz

Nur Ehefrau Monika konnte Rallye-Weltmeister Walter Röhrl (Regensburg) bei der ADAC-Deutschland-Rallye stoppen. Als sie am Samstag kurz vor Ende der Rallye vor einer Sonderprüfung das Lancia-Team besuchte, ließ Röhrl Start Start sein, plauderte mit ihr und kassierte für sein verspätetes Erscheinen 50 Strafsekunden. Das konnte er sich allerdings auch leisten, denn bei der Ziel-Ankunft am Samstag in Mainz hatten der zweimalige Weltmeister und sein Kopilot Christian Geistdörfer (München) auf dem 320 PS starken Lancia Rallye 14:26 Minuten Vorsprung vor den Österreichern Josef Haider/Jörg Pattermann auf ihrem Daimler-Benz 500 SL.

Die schärfsten Konkurrenten des Weltmeisters, der zum zweiten Mal in diesem Jahr in Deutschland gestartet war, schieden bei diesem neunten Lauf zur Deutschen Rallye-Meisterschaft bereits vorzeitig aus: Harald Demuth (München) überschritt in der Nacht zum Freitag bei einer Reparatur der Einspritzanlage des Audi Quattro die erlaubte Zeit, und zwölf Stunden später mußte Erwin Weber (Neufahrn) seinen Opel Manta 400 mit einem Hinterachsschaden abstellen.

Der bis dahin führende Weber fiel vor dem letzten DM-Lauf Mitte Oktober zunächst auf Rang drei der Meisterschaftstabelle zurück (197 Punkte), da seine beiden Mitkonkurrenten Walter Smolej (Weissach) auf Ford Escort BTA und Kalle Grundel (Schweden) auf dem Werks-VW Golf GTI den dritten und fünften Rang bei der Deutschland-Rallye erzielten. 207 Punkte für Grundel und 203 Punkte für Smolej bedeuten aber noch keine Vorentscheidung, denn von zehn DM-Läufen werden nur neun gewertet, und der führende Schwede hat im Gegensatz zur Konkurrenz noch kein „Streichresultat" genommen. Da er noch bei keinem Lauf ausgefallen ist, werden ihm deshalb möglicherweise nach der Drei-Städte-Rallye 18 Punkte (seine schlechteste Saisonplazierung) als Streichresultat abgezogen.

Nach der 1700 Kilometer langen Rallye mit nur 34 Sonderprüfungen, die am Donnerstag in Mainz gestartet worden war, zog ADAC-Sportchef Wilhelm Lyding zum Projekt „Weltmeisterschaftslauf Deutschland-Rallye" Bilanz. Man habe eine WM-würdige Organisation auf die Beine gestellt; allerdings müßte es an drei Rallye-Tagen noch mehr und schwerere Sonderprüfungen geben.

In welchem Wagen Walter Röhrl im nächsten Jahr an den Start gehen wird, will er Mitte Oktober nach der San-Remo-Rallye bekanntgeben. Gestern verhandelte er mit seinem italienischen Arbeitgeber Lancia, am 12. September ist ein Gespräch mit Audi verabredet. Dann werde er entscheiden, sagt der Weltmeister. Die Rallye San Remo ist möglicherweise der letzte WM-Auftritt des Regensburgers.

MOTORRAD / Ende der Weltmeisterschafts-Saison – Titel für Biland/Waltisberg

Finanzlage führt künftig zu Einschränkungen

sid/dpa, Imola

Die Schweizer Rolf Biland und Kurt Waltisperg, die bereits seit dem letzten Rennen als neue Seitenwagen-Weltmeister feststehen, gewannen beim Großen Preis von San Marino in Imola das letzte Rennen der Saison. Die mittlerweile viermaligen Titelträger lagen im Ziel knapp vor den Franzosen Michel/Monachaud. Die Meissenheimer Titelverteidiger Werner Schwärzel/Andreas Huber wurden Dritte.

In der Klasse bis 50 ccm gewann der Schweizer Stefan Dörflinger – in Nagold im Schwarzwald geboren – kampflos den Titel. Ex-Weltmeister Eugenio Lazzarini hatte sich zuvor bei einem Sturz im Training einen Bruch des Schlüsselbeins zugezogen. Damit war der Weg für den Schweizer zum Titel frei, als er im letzten Saisonrennen hinter dem Spanier Ricardo Tormo Zweiter wurde.

Wie geht es im nächsten Jahr weiter? Die weltweite Rezession trifft auch die Motorrad-Hersteller und zwingt sie zu Einschränkungen im Sportbereich. Roberts und Spencer, dazu zehn weitere ihrer werkunterstützten Konkurrenten, haben ihre Basis in Hunderten von Mitarbeitern zählenden Sport- und Entwicklungsabteilungen von Honda, Suzuki und Yamaha. Ein Personalstamm, der der Motorrad-WM zu Kostendimensionen ähnlich der Formel 1 verhilft. Doch die sind bei stagnierendem und wahrscheinlich bald sinkendem Absatz des Freizeitgerätes Motorrad kaum noch tragbar.

15 Millionen Mark etwa gibt Marktführer Honda jährlich für den Sport aus, etwa drei Millionen zuzüglich Sponsorgelder sind es jeweils bei den Konkurrenten. Damit wurde in den letzten Jahren die Entwicklung der Rennmaschinen in einen Teufelskreis von immer stärkeren Motoren, immer leistungsfähigeren Fahrwerken und vor allen Dingen immer breiteren Reifen getrieben, der nur durch drastische Einschränkungen zu stoppen ist. Tatsächlich sind die Motorrad-renner der 500-ccm-Klasse in der gleichen Situation wie die Formel 1: Vor jedem Grand Prix werden auf den betreffenden Rennstrecken Tests für eine spezielle Abstimmung gefahren.

Erste Einschnitte wurden in der letzten Woche im Motocross-Programm von Suzuki bekannt. Die neuen Weltmeister dieser Marke, Eric Geboers und George Jobe (beide Belgien), wechselten zu Honda beziehungsweise KTM. Der Straßenrennsport soll jedoch weitergeführt werden. „Es wird mit Sicherheit ein Suzuki-Werksteam 1984 geben", erklärte Teamchef Gary Tailor in Imola. Über die Fahrerbesetzung wurde noch nicht gesprochen, doch dürfte auch der viermalige Weltmeister Anton Mang aus Inning wieder eine Chance bekommen. Wegen seiner Knieverletzung fuhr er zwar nur wenige Rennen in diesem Jahr, doch Deutschland ist ein wichtiger Absatzmarkt für Motorräder.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 4. Spieltag: Erfurt – Union Berlin 3:1, Halle – Jena 3:3, Lok Leipzig – Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) 3:1, Aue – Chemie Leipzig 3:1, Rostock – Frankfurt 1:0, Dynamo Berlin – Riesa 4:2, Dresden – Magdeburg 2:0.

Englische Meisterschaft: Birmingham – Watford 2:0, Coventry – Everton 1:1, Liverpool – Nottingham 1:0, Luton – Sunderland 4:1, Norwich – Wolverhampton 3:0, Notts – Ipswich 0:2, Queen's Park – Aston 2:1, Southampton – Arsenal 1:0, Stoke – Manchester United 0:1, Tottenham – West Ham 0:2, Bromwich – Leicester 1:0.

RADSPORT

Straßen-Weltmeisterschaften der Amateure in Altenrhein/Schweiz (12 Runden, 179,9 km): 1. Raab („DDR") 4:31:53 Min. (39,707 km/h), 2. Rüttimann (Schweiz), 3. Serediuk (Polen), ... 19. Freienstein alle 0:04 Min. zurück, ... 51. Stadtler 4:40, ... 54. Hilse (beide Deutschland) 4:51 Min. zur. – Frauen (vier Runden, 59,976 km): 1. Berglund (Schweden) 1:38:17 Std. (36.1 km/h), 2. Twigg (USA), 3. Canins (Italien) gleiche Zeit, ... 9. Habetz 4:12, ... 12. Stegherr, ... 14. Schumacher, ... 20. Varenkamp, ... 25. Enzenauer alle 4:13 Min., ... 57. Altweck (alle Deutschland) 8:30.

RUDERN

XI. Weltmeisterschaften in Duisburg, Frauen (1000 m), Finale: Einer: 1. Hampe („DDR") 3:36,51, 2. Fetissowa (UdSSR) 3:37,79, 3. Gilder (USA) 3:39,05. – Zweier o. Stf.: 1. Fröhlich/Gasch („DDR") 3:26,68, 2. Arbat/Horvat (Rumänien) 3:32,13, 3. Smith/Craig (Kanada) 3:33,52. – Doppelzweier: 1. Schenk/Schröter („DDR") 3:13,44, 2. Bratischko/Machina (UdSSR) 3:14,28, 3. Ciobanu/Oleniuc (Rumänien) 3:15,45. – Vierer m. Stf.: 1. „DDR" 3:11,18, 2. Rumänien 3:14,11, 3. UdSSR 3:14,36. – Doppelvierer m. Stf.: 1. UdSSR 3:02,48, 2. „DDR" 3:04,51, 3. Bulgarien 3:10,69. Achter: 1. UdSSR 2:56,22, 2. USA 2:58,14, 3. „DDR" 2:59,06.

Herren, Leichtgewichte (2000 m), Finale: Einer: 1. Eltang (Dänemark) 7:07,35, 2. Melvin (England) 7:09,84, 3. Naujoks (Deutschland) 7:10,08. – Doppelzweier: 1. Esposito/Verroca (Italien) 6:25,42, 2. Crispon/Renault (Frankreich) 6:30,73, 3. Rosset/z'Rotz (Schweiz) 6:31,92, 4. Jaekel/Birkner (Deutschland) 6:34,28. – Vierer o. Stm.: 1. Spanien 6:16,47, 2. England 6:19,13, 3. Dänemark 6:19,48. – Achter: 1. Spanien 5:45,05 2. Australien 5:45,75, 3. Dänemark 5:46,86, ... Deutschland 5:52,23.

TENNIS

102. Offene US-Meisterschaften in Flushing Meadow, Herren-Einzel, dritte Runde: Lloyd (England) – Moor (USA) 6:3, 5:7, 2:6, 6:0, 6:1, Scanlon (USA) – Cash (Australien) 7:5, 6:3, 6:2, Connors – Manson (beide USA) 6:0, 6:4, 6:0, Günthardt (Schweiz) – G. Mayer (USA) 6:1, 6:0, 6:0, Teltscher (USA) – Jarryd (Schweden) 6:7, 6:3, 6:2, 6:4, Holmes (USA) – Vilas (Argentinien) 6:2, 6:2, 6:3. – Damen-Einzel, dritte Runde: Navratilova – Gompert (beide USA) 6:2, 6:2, Vasquez (Peru) – Hy (Hongkong) 6:4, 6:2, Paradis (Frankreich) – Temesvari (Ungarn) 6:4, 6:0, Hanika (Deutschland) – Kim (USA) 6:2, 6:0, Jaeger (USA) – Jausovec (Jugoslawien) 6:2, 6:7, 7:6, Gadusek (USA) – Sukova (CSSR) 6:2, 7:6, Bonder (USA) – Suire (Frankreich) 6:2, 7:5, Shriver – Shaefer (beide USA) 6:0, 7:6.

Bundesliga, 7. Spieltag, Gruppe 1: Stuttgart – Neuss 2:7, Karlsruhe – Essen 5:4, Leverkusen – Hamburg 3:6. – Gruppe 2: Mannheim – Berlin 4:5, Weiden – Amberg 2:7, München – Großhesselohe 6:3.

EISHOCKEY

Bundesliga, 1. Spieltag: Iserlohn – Kaufbeuren 4:4, Rosenheim – Landshut 6:3, Freiburg – Mannheim 3:1, Düsseldorf – Rießersee 4:3, Schwenningen – Köln 3:3.

HOCKEY

Bundesliga, Damen, 11. Spieltag, Gruppe Nord: Großflottbek – Braunschweig 1:3, Raffelberg – Hamburg 1:2, Leverkusen – Düsseldorf 3:0, RW Köln – BW Köln 1:2. – Gruppe Süd: Frankfurt – Brandenburg 0:1, Hanau – Berliner HC 2:0. – Herren, Bundesliga, Gruppe Süd/Berlin: Limburg – Berlin 3:1, Frankenthal – Heidelberg 2:0. – Gruppe Nord/West: RW Köln – Kahlenberg 5:1.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 1. Spieltag: Saarbrücken – Kronshagen 7:9, Kleve – Kiel 9:5, Ahlem – Kaiserberg 6:9, Düsseldorf – Kiel 3:9, Frankfurt – Kronshagen 4:9.

RINGEN

Bundesliga, 3. Wettkampftag, Gruppe West: Bonn-Duisdorf – Aldenhoven 13,5:24, Goldbach – Aschaffenburg 19,5:17, Königshofen – Köllerbach 13,5:25, Schifferstadt – Witten 24:14. – Gruppe Süd: Freiburg-Haslach – Hallbergmoos 30,5:8, Aalen – Reilingen 26:12, Triberg – Urloffen 18:19, Wiesental – Freiburg-St.-Georgen 22:15,5.

REITEN

CHI in Donaueschingen, Mächtigkeitsspringen: 1. Winkler (Warendorf) Pinkerton, Pessoa (Brasilien) Miss Moet, Mehlkopf (Aachen) Wabbs, Macken (Irland) Royal Lion je vier Fehlerpunkte, 5. Fazakerley (England) Shalako und Wönecker (Lohmar) Geoffrey jeweils aufgegeben, alle im dritten Stechen. – Nationenpreis für junge Reiter: 1. England acht Fehlerpunkte, 2. Deutschland 11,50, 3. Holland 32,00.

MOTORSPORT

Rallye Deutschland, neunter von zehn Läufen zur Deutschen Meisterschaft 1707 km in drei Etappen und 34 Sonderprüfungen, Endstand: 1. Röhrl/Geistdörfer (Regensburg/München) Lancia Rally 3:33:47 Std., 2. Haider/Pattermann (Österreich) Mercedes 500 SL 14:26 Min. zur., 3. Smolej/Hohenadel (Ditzingen/Quierschied) Ford Escort 14:35 zur., 4. Hero/Müller (Schmelz/Beckingen) Porsche 911 17:07, 5. Grundel/Hopfe (Schweden/Ludwigshafen) VW Golf 21:48, 6. Brusch/Schaller (Gifhorn/Hamburg), Opel Ascona 31:07. – DM-Stand nach neun von zehn Läufen unter Berücksichtigung eines Streichresultates: 1. Smolej/Hohenadel 203 Punkte, 2. Weber/Wanger (Neufahrn/Ludwigshafen) Opel Manta 197, 3. Grundel/Hopfe 190, 4. Hero/Müller 174, 5. Brusch/Schaller 143.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 13, 17, 24, 35, 37, Zusatzzahl: 32. – Spiel 77: 2 6 0 3 2 5 7. – **Toto:** Elferwette: 1, 1, 1, 0, 1, 1, 1, 1, 0, 1, 1. – **Rennquintett:** Rennen A: 10, 4, 7. – Rennen B: 33, 28, 29. – **Glücksspirale**, Endziffern: 08, 159, 8208, 75 987, 961 951, 6 846 397. – Prämienziehung: 011 526, 491 525, 807 698. (Ohne Gewähr)

SCHIESSEN

Silber für Weltrekord

dpa/sid. **Bukarest**

Eine Silbermedaille und eine große Enttäuschung gab es für die deutschen Schützen zum Auftakt der Europameisterschaften in Bukarest. Mit der Freien Pistole erzielte die Mannschaft des Deutschen Schützenbundes (DSB) mit 1673 Ringen zwar Weltrekord, mußte sich allerdings hinter der ringgleichen UdSSR wegen der schlechteren fünften Serie mit dem zweiten Platz zufriedengeben. Die Silbermedaille schossen Wolfgang Müller (Wiesbaden), Gerhard Beyer (Fuldatal) und Arndt Kaspar (Gersheim) heraus.

In der Disziplin English Match (Kleinkaliber 60 Schuß liegend) gab es nur den 17. Platz unter 19 Mannschaften. Es gewann die UdSSR. In der Einzelwertung siegte der Sowjetrusse Alexander Mintrofanow mit 598 Ringen. In der Disziplin Freie Pistole gewann der Franzose Philippe Cola.

SPORT-NACHRICHTEN

Liberty segelt für USA

Newport/Rhode Island (dpa) – Die amerikanische Hochsee-Yacht Liberty segelt für Pokalverteidiger USA bei der diesjährigen Regatta um den America's Cup. Das Nominierungskomitee des New Yorker Yacht Clubs gab damit der „Courageous" das Nachsehen. Im Duell der Herausforderer führt die „Australia II" mit 2:1 Siegen gegen die englische „Victory '83".

Ungar Platko gestorben

Santiago de Chile (dpa) – Der legendäre ungarische Fußballtorwart Ferenc Platko ist im Alter von 84 Jahren in Santiago de Chile gestorben. Platko stand von 1917 bis 1923 im Tor der ungarischen Nationalmannschaft, spielte danach zehn Jahre beim CF Barcelona und beendete seine Laufbahn bei Arsenal London.

Scott gewann Meilenlauf

New York (sid) – Steve Scott (USA), Zweiter der Leichtathletik-Weltmeisterschaft über 1500 Meter, gewann die zum dritten Mal ausgetragene „Fivth Avenue Mile" in New York. Scott benötigte für die 1609 Meter lange Strecke 3:49,77 Minuten und verwies Ross Donogue (3:50,10) auf Platz zwei. 1500-m-Weltrekordler und Vorjahressieger Sydney Maree (USA) wurde in 3:51,58 Minuten Dritter.

Weller boxt um Titel

Frankfurt (sid) – Boxprofi René Weller (Pforzheim) kämpft am 8. Oktober in Frankfurt gegen den Amerikaner Rafael Otega im Super-Federgewicht um den Weltmeistertitel der World Athletic Association (WAA). Dieser Verband, der nach den beiden Weltverbänden WBA und WBC gegründet wurde, wird erst von 37 Ländern anerkannt.

Sieg mit 57 Jahren

Donaueschingen (sid) – Der bereits 57 Jahre alte Hans Günter Winkler kam beim internationalen Reitturnier in Donaueschingen beim Mächtigkeitsspringen gemeinsam mit drei weiteren Reitern auf den ersten Platz. Wie der fünfmalige Olympiasieger scheiterten auch Nelson Pessoa (Brasilien), Eddi Macken (Irland) und Willibert Mehlkopf (Aachen) im dritten Stechen an der 2,28 Meter hohen Mauer.

Rad: Sieg für Marx

Böblingen (dpa) – Die beiden Weltmeister in der Mannschaftsverfolgung aus dem deutschen Bahnvierer, Michael Marx (Berlin) und Gerhard Strittmatter (Böblingen), dominierten beim Rad-Kriterium in Böblingen. Nach einer Alleinfahrt auf den letzten 25 der insgesamt 60 Kilometer kam Marx als Erster ins Ziel. Strittmatter wurde Zweiter.

Titel für „DDR"-Segler

Puck (sid) – Den beiden „DDR"-Seglern Jörn Borowski und Egbert Svensson reichte in der sechsten und letzten Wettfahrt bei der Europameisterschaft in der 470er-Klasse ein zweiter Platz zur Titelverteidigung. Beste Teilnehmer des Deutschen Segler-Verbandes (DSV) waren die Gebrüder Wolfgang und Jochen Hunger (Berlin) auf Platz fünf.

Punkt für Junioren

Pula (sid) – Die Junioren-Auswahl (unter 18 Jahren) des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) erreichte beim internationalen Turnier in Pula (Jugoslawien) gegen die Schweiz im zweiten Gruppenspiel ein 2:2. Das erste Spiel hatte die Mannschaft von DFB-Trainer Holger Osieck gegen Ungarn mit 3:0 gewonnen.

Podlesch gewann Revanche

Bielefeld (sid) – Rad-Weltmeister Rainer Podlesch (Berlin) behauptete sich auch in der ersten WM-Revanche der Amateursteher in Bielefeld. Wie bei den Titelkämpfen in Zürich setzte sich Podlesch vor dem Holländer Mathe Pronk durch.

Handball: Japan besiegt

Elsenfeld (dpa) – Im letzten Testspiel vor dem Saisonauftakt am kommenden Wochenende kam der Handballbundesligaklub TV Großwallstadt gegen die Nationalmannschaft Japans in Elsenfeld zu einem 27:20-Erfolg.

TENNIS / Meisterschaften der USA

Vilas verlor gegen die Nummer 454 der Rangliste

sid/dpa, **New York**

Der von einer einjährigen Sperre bedrohte Argentinier Guillermo Vilas ist bei den Offenen US-Tennismeisterschaften bereits in der dritten Runde ausgeschieden. Gegen den bisher kaum in Erscheinung getretenen Amerikaner Greg Holmes (Nummer 454 der Weltrangliste) unterlag Vilas deutlich mit 2:6, 2:6, 3:6. Nach dem Spiel machte der Argentinier erneut das Verfahren vor dem Pro-Council für seine indiskutable Leistung verantwortlich.

Ein ähnliches Schicksal wie Guillermo Vilas droht inzwischen zehn weiteren Spielern. Nach Aussage von Phillipe Chatrier (Frankreich), dem Präsidenten des Tennis-Weltverbandes (ITF), laufen gegen sie Untersuchungen. Namen wollte der Franzose allerdings nicht nennen. Als sicher gilt nur, daß auch Ivan Lendl (CSSR) unerlaubte Startgelder kassiert hat.

Nach dem Ausscheiden von Vilas läuft im Herren-Einzel alles auf einen Dreikampf zwischen Lendl und den beiden Amerikanern Jimmy Connors und John McEnroe hinaus. Alle drei erreichten mühelos die dritte Runde. Vorjahressieger Connors ließ sich bei seinem 6:0-6:4-6:0-Erfolg über seinen Landsmann Bruce Manson auch nicht von einer anonymen Morddrohung beeindrucken, die zuvor beim Organisationskomitee eingegangen war.

Im Damen-Einzel überstand die letzte deutsche Spielerin, Sylvia Hanika, ohne große Anstrengung die dritte Runde. Bei ihrem 6:2-6:0-Erfolg über die in Korea geborene Amerikanerin Grace Kim verlor die für Berlin spielende Hanika zwar die ersten beiden Spiele, gewann dann aber zwölf Spiele hintereinander. Ihre nächste Gegnerin ist die 17 Jahre alte Französin Pascale Paradis.

Du darfst nicht fragen, ob du
es vermagst oder nicht,
das Wichtigste ist zu kämpfen.
Gott rechnet nur dies an, die Bemühung.
Ob wir siegen oder nicht, ist seine,
nicht unsere Sache.

In den Nachmittagsstunden des 1. September verstarb nach kurzer schwerer Erkrankung

WALTER FELIX THIMM

geb. am 11. November 1909
in Kleinhermsdorf/Sachsen

Er war der Mittelpunkt unserer Familie

In Liebe und Dankbarkeit
Herta Thimm geb. Müller
Klaus Thimm und
Katrin Thimm-Benary
mit Karola, Klaudia und Kornelius
Hartmut Thimm
mit Barbara, Michael und Felix

Northeim, den 2. September 1983
Finkenstraße 12

Die Trauerfeier findet im Werk Northeim am 8. September um 11.30 Uhr statt.

Die Beisetzung erfolgt im allerengsten Familienkreis.

Statt etwa zugedachter Blumen- und Kranzspenden stellen wir anheim, im Sinne des Verstorbenen eine Spende an das Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V. Uslar, Kto.-Nr. 70 000 492, Kreissparkasse Northeim, BLZ 262 500 01, oder an eine andere karitative Einrichtung zu überweisen.

Von Kondolenzbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Eine große Unternehmerpersönlichkeit ist von uns gegangen.

Nach kurzer, schwerer Erkrankung verstarb in den Nachmittagsstunden des 1. September der Gründer unseres Unternehmens

WALTER FELIX THIMM

geb. am 11. November 1909
in Kleinhermsdorf/Sachsen

Der Verstorbene, der sein Leben lang der Wellpappen- und Verpackungsindustrie eng verbunden war, gründete 1949 unser Unternehmen, das er unter persönlichem Einsatz zu seiner heutigen Bedeutung geführt hat.

Bei der Fortführung seines Lebenswerkes bleibt Walter Felix Thimm uns Vorbild und Verpflichtung.

Northeim, den 2. September 1983

Geschäftsführung und Mitarbeiter
der
THIMM VERPACKUNGSWERKE
ROSENBERG + CO.

Die Trauerfeier findet im Werk Northeim am 8. September um 11.30 Uhr statt.

Die Beisetzung erfolgt im allerengsten Familienkreis.

Statt etwa zugedachter Blumen- und Kranzspenden stellen wir anheim, im Sinne des Verstorbenen eine Spende an das Albert-Schweitzer-Familienwerk e. V. Uslar, Konto-Nr. 70 000 492, Kreissparkasse Northeim, BLZ 262 500 01, oder an eine andere karitative Einrichtung zu überweisen.

Von Kondolenzbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Am 1. September 1983 verstarb im Alter von 67 Jahren Herr

Dr.-Ing. Gerhard Nehlsen

ehemaliges Mitglied des Vorstandes unserer Gesellschaft.

Herr Dr. Nehlsen gehörte bis zu seiner Pensionierung im Frühjahr 1982 insgesamt mehr als drei Jahrzehnte unserem Unternehmen an, davon rund sechzehn Jahre der Geschäftsführung unserer Vorgängergesellschaft, der Siemag Siegener Maschinenbau GmbH, und mehr als acht Jahre dem Vorstand der SMS Schloemann-Siemag AG.

Seine hervorragenden Fachkenntnisse und umfangreichen Erfahrungen verschafften seinem Wort in allen technischen Fragen innerhalb des Unternehmens sowie bei unseren Geschäftsfreunden im In- und Ausland besonderes Gewicht.

Seinen Kollegen im Vorstand war er stets ein aufrechter Partner für zukunftsweisende unternehmerische Entscheidungen; seinen Mitarbeitern war er Vorbild im Hinblick auf schöpferische Dynamik, Gespür für das Wesentliche, Hingabe an die Aufgabe und absolute Loyalität.

Bereitschaft und Kraft, Entscheidungen zu treffen, Mut zum offenen Bekenntnis, ausgeprägte Kooperationsbereitschaft sowie eine vornehme Gesinnung kennzeichneten sein Wesen.

In tiefer Anteilnahme nehmen wir Abschied von einem Freund, einer Persönlichkeit, die die Entwicklung unseres Unternehmens maßgeblich mit geprägt hat.

Düsseldorf und Hilchenbach, den 2. September 1983

SMS Schloemann-Siemag Aktiengesellschaft

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

„Unita" meldet Abschuß dreier Flugzeuge

dpa, Lissabon

Die pro-westlichen angolanischen „Unita"-Guerrillas haben durch einen Sprecher in Lissabon den Abschuß dreier angolanischer Militärflugzeuge sowjetischer Bauart gemeldet. In der vergangenen Woche seien ein Transportflugzeug vom Typ Antonow-22 und zwei MiG-21-Jäger über der Provinz Lunda abgeschossen worden. In Kürze würden die Kämpfe auf den „gesamten Norden" Angolas ausgedehnt.

Die „Unita" entwickelte sich immer schneller zu einer „regulären Armee, die Städte und Ortschaften besetzen kann", erklärte der Sprecher. Die Organisation verfüge jetzt über 16 000 „reguläre" Soldaten und Tausende von Guerrillas. Bewaffnung und Kommunikationsmöglichkeiten seien wesentlich verbessert worden und hätten die jüngsten Erfolge gegen die marxistischen Regierungstruppen möglich gemacht. Die für den Sturz der vom Ostblock und von Kuba unterstützten Regierung in Luanda kämpfende Guerrilla-Bewegung habe kürzlich die Ortschaften Kuete, Chicala und Tempue besetzt. In ihrer Hand befänden sich zur Zeit 20 tschechoslowakische Staatsbürger und zehn Portugiesen.

„DDR" kritisiert Vaterlandsbegriff

AFP, Berlin

Den „Vaterlandsbegriff" der Bundeswehr hat das Ostberliner Soldatenblatt „Volksarmee" aufs Korn genommen. Er sei, so das Blatt, mit der im Gelöbnis und im Eid der Bundeswehr enthaltenen Verpflichtung, „Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen", „revanchistisch festgeschrieben". Der Vaterlandsbegriff des Bundeswehrsoldaten sei „nichts anderes als juristisch vorweggenommene Aggression", sei „politischer Expansionsauftrag". Er entlarve das „Gerede vom ‚Verteidigungscharakter' der Bundeswehr". Der Auftrag der Bundeswehr sowie der gesamten NATO laute auf „Eroberung", und sein Charakter werde durch den NATO-Raketenbeschluß noch verschärft.

Jörgensen: Flexibel bei Nachrüstung

dpa, Kopenhagen

Die dänischen Sozialdemokraten, die größte Partei des Landes, haben sich in der Debatte um die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa für eine flexible Haltung ausgesprochen. Unter Führung des Parteichefs und ehemaligen Ministerpräsidenten Anker Jörgensen bestätigten sie in Kopenhagen die frühere Entscheidung der Parlamentsfraktion, die keine weiteren Mittel für einen Ausbau der zur Raketenaufstellung notwendigen Infrastruktur mehr zur Verfügung stellen will. Nach geläufiger Auffassung der Sozialdemokraten muß auch nach einem vorläufigen Scheitern der Genfer Raketen-Gespräche im nächsten Jahr weiter verhandelt werden.

In Seoul verbrennt die Menge rote Fahnen

Proteste und Trauer in der südkoreanischen Hauptstadt

MANFRED NEUBER, Seoul

Gelbe und weiße Chrysanthemen schmücken den schlichten Altar, der zum Gedenken an die 269 Opfer des von den Sowjets abgeschossenen koreanischen Jumbos auf dem Flughafen Kimpo der Hauptstadt Seoul errichtet wurde. Seit Samstag *pilgern* Angehörige der toten Koreaner zu dem Schrein. Sie entzünden Räucherstäbchen und verharren im Gebet. Die Mutter der Stewardeß Cho Kyong-niye, die vom Flug KAL 007 nicht *heimkehrte, ist vor Gram zusammengebrochen.* Wie einige alte Frauen vor ihr wird sie mit einer Ambulanz in ein Krankenhaus gebracht. Die Hinterbliebenen haben die stumme Frage auf den Lippen: *Warum?*

Am Sonntag umgaben mehr als 30 Kränze die im Flughafen-Restaurant improvisierte Stätte der Andacht. Präsident Chun Doo-Hwan, Ministerpräsident Kim Sang-Hyup sowie andere Kabinettsmitglieder erwiesen den ausländischen und koreanischen Toten ihre Reverenz. Nach Ablauf der dreitägigen Staatstrauer wird am Mittwoch eine Trauerfeier im Stadion von Seoul abgehalten. Unterdessen gehen im ganzen Lande die Demonstrationen der Bevölkerung gegen das sowjetische „Massaker über den Wolken" weiter.

Vor dem Rathaus der Hauptstadt *und in anderen Großstädten* verbrannte die Menge am Wochenende rote Flaggen mit Hammer und Sichel. Studenten ziehen protestierend über den Campus ihrer Hochschulen, Hausfrauen legen beim Einkauf in *Warenhäusern eine Minute stillen* Gedenkens ein, auch in Kirchen und Schulen wird der Opfer gedacht. Stephen Kardinal Kim, Oberhaupt der koreanischen Katholiken, sprach von „unbeschreiblichem Schmerz" über die „*unmenschliche Tat*".

Vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung kündigte Außenminister Lee Wunsuk als Konsequenz aus dem tragischen Luftzwischenfall eine *Überprüfung der koreanischen Politik* an. Seoul hatte in jüngster Zeit einen Kurs der offenen Tür gegenüber kommunistischen Regimen eingeschlagen. Auch nach dem Abschuß möchte Südkorea, daß am Jahres*kongreß der Interparlamentarischen* Union im Oktober in Seoul die Delegierten aus dem Ostblock teilnehmen. Eine koreanische Expertengruppe, die zu einer Tagung nach Moskau unterwegs war, hat jedoch die Reise abgebrochen.

Als die erste Boeing 747 der koreanischen Fluggesellschaft, die nach dem Abschuß vor Sachalin von New York über Anchorage am Samstag in Kimpo landete, klatschten Passagiere und Stewardessen erleichtert in die Hände. Flugkapitän Lee Chin-Fop flog die Route R-80, etwa 80 Kilometer südlich der R-20, von der der Unglücks-Jumbo anscheinend in den sowjetischen Luftraum abgewichen war. Seine Crew hatte strikte Anweisung, alle Kontrollsysteme ständig im Auge zu behalten.

Für den Flug KAL 902 am Wochenende von Paris über Anchorage in Seoul gab es vor dem Start auf dem Flughafen Charles de Gaulle etwas Ungewöhnliches: Beim Aufruf eines Aeroflot-Fluges über Moskau nach Tokio machte eine Gruppe asiatischer Reisender mit scharfem Zischen ihren Unmut laut. Wie in Korea trägt in Paris das KAL-Personal schwarze Bänder zum Zeichen der Trauer. In Anchorage stellten Koreaner brennende Kerzen im Stadtpark auf.

Kontroverse um Gromykos Besuch in Frankreich

SAD, Paris

Die französische Links-Regierung von Staatspräsident Mitterrand ist offensichtlich bemüht, auf Abstand zu den deutlichen Erklärungen von US-Präsident Ronald Reagan wegen des Abschusses eines koreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Düsenjäger zu gehen. Auf diese Weise soll offenbar der heute beginnende Besuch von Moskaus Außenminister Andrej Gromyko nicht vorbelastet werden.

Gromyko will mit der französischen Regierung über die Abrüstungsverhandlungen *in Genf* und die am Mittwoch in Madrid beginnende Außenministerkonferenz der KSZE-Staaten sprechen. Es ist das erste Mal seit der Wahl Mitterrands zum französischen Staatsoberhaupt, daß der sowjetische Außenminister nach Paris kommt. Gromyko wird dabei mit Außenminister Cheysson und voraussichtlich auch mit Ministerpräsident Mauroy zusammentreffen.

Die Bereitschaft Gromykos, Frankreich nur fünf Monate nach der Ausweisung von 47 sowjetischen Diplomaten zu besuchen, zeigt, daß Moskau sichtlich bemüht ist, seine Beziehungen zu Paris zu verbessern.

Der gaullistische Politiker und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, dagegen hat die Regierung aufgefordert, Gromyko nicht zu empfangen. Chirac sagte: „Die Zerstörung des Flugzeugs war ein Akt der Barbarei, der perfekt die Auffassung Moskaus von den Menschenrechten, der Freiheit und dem Recht der Völker, über ihr eigenes Geschick zu entscheiden, entspricht. Prag, Kabul, Polen, das südkoreanische Flugzeug, all dies ist das Ergebnis der gleichen Philosophie einer völligen Verachtung des Menschen und des Glaubens, daß nur das Recht des Stärkeren gilt."

„Um Arbeitszeit droht politischer Konflikt"

Arbeitgeber kritisieren Führung der IG Metall

gil. Bonn

Die Arbeitgeber-Organisation Gesamtmetall sieht angesichts der Mobilisierungskampagne der IG Metall zur 35-Stunden-Woche eine „politische Auseinandersetzung von ungewöhnlicher Dimension" heraufziehen. Die Spitze der Gewerkschaft begebe sich mit der Kampagne immer stärker ins Fahrwasser linker und radikaler Wissenschaftler, Marxisten und Systemüberwinder, heißt es in einem internen Papier des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände.

Andererseits gebe es auch Spitzenfunktionäre, die vor einer Radikalisierung des Themas warnten. Dazu zählen die Arbeitgeber Eugen Loderer. Aber insgesamt fehle der IG Metall entweder Kraft oder die Überzeugung, ihre Funktionäre und Mitglieder „von einer linksideologischen Politisierung freizuhalten".

Die Arbeitszeitverkürzung werde zunehmend von der Beschäftigungspolitik abgekoppelt und politisch in Dienst genommen. Gelinge es, mit verkürzter Arbeitszeit den Faktor Arbeit wieder zu verknappen, wachse die Macht der Gewerkschaften wieder. Zweitens werde der „bewußt angestrebte Streik" als Machtdemonstration der Organisation für nötig erachtet.

Für die Linke, die nach Ansicht der Arbeitgeber tonangebend ist, sei ein Streik in jedem Fall ein Erfolg: Setze man sich durch, bestätigten sich militante Radikalität und erwachtes Klassenbewußtsein, bei einem Mißerfolg stehe die soziale Marktwirtschaft als Sündenbock da.

Die Arbeitgeber werden von Gesamtmetall gemahnt, die grundsätzliche gesellschaftspolitische Dimension zu erkennen. Dabei müsse man berücksichtigen, daß die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten und beachtliche Teile des Funktionsapparates sich nicht radikalisieren lassen wollten.

Nach dem Eindruck von Gesamtmetall stütze sich die Gewerkschaft bei ihrer mit ungewöhnlichem Einsatz vorbereiteten Kampagne für die 35-Stunden-Woche auf das Bündnis mit linkssozialistischen Wirtschaftswissenschaftlern. Eine rationale Diskussion beispielsweise über die Kostenwirkung des vollen Lohnausgleichs werde abgelehnt, man debattiere „im Stil eines Glaubenskrieges".

Die Argumente der IG Metall hätten sich gewandelt. Während bisher der Abbau der Arbeitslosigkeit im Vordergrund stand, gehe es nunmehr verstärkt um die Sicherung bestehender Arbeitsplätze gegen die Rationalisierung der Unternehmen und neue Techniken.

Kritische Fragen zum vollen Lohnausgleich oder die Arbeitgeber-Überlegungen zur flexiblen Arbeitszeit würden beiseite geschoben oder übergangen. Immer stärker wolle die Gewerkschaftsspitze den Vorstoß als „Nagelprobe auf die politische Machtverteilung" verstehen.

Die Machtfrage liege für die IG Metall auch darin, eine Arbeitsintensivierung bei verkürzter Arbeitszeit, Rationalisierungsmaßnahmen, aber auch Überstunden zu verhindern. Viele Beschäftigte rechnen insgeheim schon mit Überstundenchancen bei verkürzter Arbeitszeit. Dies sei ein Problem für die IG Metall.

Die Arbeitgeber zitieren Loderer, der auf der jüngsten Tagung der IG Metall in Sprockhövel sagte: „Unsere Ideologen wollen erst gar nicht verhandeln. Die wollen gleich streiken." Dort tauchte sogar die Anregung auf, schon jetzt die 30-Stunden-Woche anzupeilen.

Potsdam: Friedensgruppe behindert

hrk. Berlin

Auch in Potsdam ist einer christlich-pazifistischen Friedensgruppe am 1. September von den Staatssicherheitsbehörden der „*DDR*" eine öffentliche Willensbekundung verweigert worden. Der Gruppe wurde es verwehrt, zum Gedenken an die Kriegsopfer am „Mahnmal für den Faschismus" auf dem zentralen „Platz der Einheit" einen Kranz niederzulegen. „Ihr seid hier heute unerwünscht, geht nach Hause!" sagten Sicherheitskräfte den zumeist jugendlichen Teilnehmern. Der 1. September, der Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs 1939, wird in der „DDR" seit Jahren mit großem propagandistischem Aufwand als „Weltfriedenstag" begangen.

In Ost-Berlin hatte am 1. September ein Aufgebot der „Volkspolizei" Demonstranten auseinandergetrieben, die vor den Botschaften der Sowjetunion und der USA Mahnwachen aufstellen wollten. Unter den Teilnehmern dieser Friedensdemonstration waren zwei evangelische Pfarrer. Einer Abordnung gelang es, einen schriftlichen Appell, mit der Abrüstung ernst zu machen, abzugeben, sowohl in der amerikanischen als auch in der sowjetischen Botschaft.

Weizsäckers Empfehlungen

AP, Berlin

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), hat davor gewarnt, sich in der Friedensdebatte ausschließlich auf die Sicherheitspolitik zu fixieren. Auf einer Veranstaltung der Berliner evangelischen Kirche zum Thema „Frieden und Abrüstung" am Wochenende, zu dem der Berliner Bischof Martin Kruse eingeladen hatte, kritisierte der Regierungschef die „sicherheitspolitische Besessenheit in Ost und West". Statt dessen solle die Suche nach Zusammenarbeit in den Vordergrund treten. Als „illusorisch" bezeichnete Weizsäcker die Schaffung kleinerer atomwaffenfreier Zonen. Dagegen wäre es ein gewaltiger Fortschritt, wenn es gelinge, große atomwaffenfreie Zonen zu erreichen.

Chirac rät zur Geduld

v. K. Paris

Gaullistenführer Jacques Chirac will die politische Entwicklung in Frankreich nicht „überstürzen". In einer überraschend gemäßigten Rede vor Jung-Gaullisten in Avignon sagte Chirac am Wochenende: „Wir werden uns von Realismus leiten lassen. Unsere Rolle kann es nicht sein, die desperate Lage des Landes noch zu verschlechtern oder die Einheit der Nation aufs Spiel zu setzen."

Vor genau einem Jahr hatte Chirac „das Ende des Sozialismus noch vor zwei Jahren (im Mai 1983)" vorausgesagt. Heute befindet er, daß die „Legislaturperiode bis zu ihrem normalen Ende (im Herbst 1986) gehen und nicht gewaltsam vorher abgebrochen" werden soll.

USA: Spionage-Vorwurf ist absurd

● Fortsetzung von Seite 1

Verlust menschlichen Lebens zum *Ausdruck zu bringen.*"

Nach Angaben der Tokioter Tageszeitung „Asahi Shimbun" hat die japanische Regierung die Nachricht über den Abschuß zehn Stunden lang zurückgehalten, um Moskau nicht zu früh über die Wirksamkeit der japanischen Abwehr zu unterrichten. Der Abschuß sei bereits Donnerstag um 10 Uhr Ortszeit (3 Uhr MEZ) bekannt gewesen, Außenminister Abe habe den Zwischenfall jedoch erst um 20.20 Uhr Ortszeit (13.20 MEZ) bekanntgegeben.

Einige US-Experten halten es für möglich, daß die Sowjets den Jumbo-Jet mit einem US-Aufklärungsflug*zeug vom Typ RC 135 verwechselt* haben könnten.

Die Londoner „Sunday Times" meldete unter Berufung auf den Geheimdienst der US-Streitkräfte (DIA), der Kommandeur der fernöstlichen Militärregion der Sowjetunion, General Wladimir Goworow, habe den Befehl zum Abschuß des Flugzeugs gegeben. Der DIA besitze Aufzeichnungen von Funksprüchen zwischen Sachalin und Tschita östlich des Baikal-Sees, wo sich Goworows Hauptquartier befindet, sowie zwischen Tschita und Moskau. Aus diesen Aufzeichnungen leite sich die *starke Vermutung ab,* Marschall Kutachow als Oberkommandierender der Luftwaffe habe die Genehmigung zum Abschuß der Verkehrsmaschine gegeben.

Das japanische Verteidigungsmini*sterium vermutet, der Pilot der abge*schossenen Boeing 747 könnte die Bordcomputer mit falschen Daten gespeist haben. Möglicherweise habe er die Breiten- und Längengrade miteinander verwechselt: Die Stelle, an der japanisches *Radar das Flugzeug* kurz vor dem Abschuß geortet habe, weise die umgekehrten Längen- und Breitengrade des Ortes auf, an dem sich das Flugzeug normalerweise hätte befinden müssen.

In Brüssel gab ein NATO-Sprecher bekannt, Vertreter aller Mitgliedsstaaten der Allianz hätten das Entsetzen ihrer Regierungen über das Vorgehen der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht. Doch seien alle einmütig zu der Überzeugung gelangt, daß in Genf weiterverhandelt werden solle.

In New York wurde der Weltsicherheitsrat zum Anklageforum gegen die Sowjetunion. Der US-Delegierte Lichenstein nannte den Abschuß einen „willkürlichen, vorsätzlichen, kalkulierten Mord". Südkoreas UNO-Beobachter forderte Schadenersatz und Bestrafung der Schuldigen. Frankreich und Kanada verlangten eine unparteiische Untersuchung. Italiens Staatspräsident Pertini bezeichnete den Abschuß in einem Telegramm an Staats- und Parteichef Andropow als „*Aggressionsakt*" *und als* „*Verbre*chen gegen die ganze Menschheit".

Zwei US-Anwälte haben im Namen der Opfer die Sowjetunion und die südkoreanische Fluggesellschaft KAL auf Zahlung von 99 Milliarden Dollar Geldstrafe verklagt und Schadenersatz gefordert.

Vertraulicher Brief Stingls

Sollen Ausbildungskosten erstattet werden?

GISELA REINERS, Bonn

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Nürnberg, Josef Stingl, hat in einem Schreiben an die Präsidenten der neun Landesarbeitsämter vom vergangenen Donnerstag darum gebeten, ihm bis zum Dienstag, also morgen, eine Bestandsaufnahme aller noch verfügbaren Ausbildungsplätze vorzulegen. In dem Brief, der per Fernkopierer übermittelt wurde, wird „um größtmögliche Diskretion und tunlichste Wahrung der Vertraulichkeit" gebeten.

Der BA-Präsident nennt auch den Grund für seine Bitte: Es sei damit zu rechnen, daß zum 30. September „eine größere Zahl von Bewerbern um Ausbildungsplätze nicht vermittelt sein wird". Er sei jedoch gehalten, so Stingl weiter, „für aussagefähige Informationen" darüber zu sorgen, „wieviele zusätzliche Ausbildungsplätze in welchen Berufsfeldern noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen würden, wenn bei betrieblicher Ausbildung die Vergütung einschließlich Lohn- und -Nebenkosten übernommen werden könnte", und wenn „erforderlichenfalls darüber hinaus eine Erstattung der Ausbildungskosten" zugesagt werden könnte.

In den vergangenen Wochen hat sich abgezeichnet, daß möglicherweise zum Ende des Berufsbildungsjahres am 30. September nicht alle jugendlichen Bewerber mit einer Lehrstelle versorgt sein werden. In der Regierung geht man davon aus, daß die von Bundeskanzler Kohl zugesagten 30 000 zusätzlichen Plätze über den Bedarf von rund 655 000 hinaus von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es wird jedoch immer klarer, *daß die Zahl der Bewerber um* einen Ausbildungsplatz höher sein wird als vorher errechnet worden war.

Eine aussagekräftige Bilanz über die Lehrstellensituation ist erst im Oktober bzw. Anfang November zu erwarten.

Balzacs literarisches Kolossalgemälde als Serie

Spiegel einer korrupten Welt

Einer der größten Romanzyklen klassischer Literatur, Honoré de Balzacs „Comedie humaine", umfaßt mehr als 90 Einzeltitel. Zu ihnen gehört der 1847 in der großen französischen Zeitung „La Presse" in Fortsetzungen veröffentlichte Roman „Glanz und Elend der Kurtisanen", den Balzac bewußt auf den Geschmack eines millionenstarken Massenpublikums abstellte. In seiner akribischen Beschreibung der nachnapoleonischen Gesellschaft ein meisterhafter Spiegel der korrupten Welt von Adel und Bürgertum im Frankreich der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wurde „Glanz und Elend der Kurtisanen" zu einem äußerst aufwendigen Film verarbeitet. In einer internationalen 540-Minuten-Koproduktion (Antenne 2 Paris, Société *Nouvelle* Pathé *Cinema*, Bavaria Atelier, Belgisches und Schweizer Fernsehen) goß der französische Regisseur Maurice Cazeneuve (60) das literarische Kolossalgemälde – 273 Namen im Personenregister – in die handlichere Form von acht Fernsehfolgen.

Glanz und Elend der Kurtisanen – ARD, 20.15 Uhr

Balzac ging es darum, mit „Glanz und Elend der Kurtisanen" Millionen Leser vom damals äußerst populären Trivialroman in literarisch tiefere Gewässer zu lotsen. Er wandte deshalb alle Hilfsmittel des Kolportagegenres an, freilich in meisterhafter Form: Spektakuläre Handlungseinfälle, hart eingeschnittene Theatercoups, Verkleidungen, Angriffe aus dem *Hinterhalt, Mord und Totschlag.* Der WDR zieht Bilanz: „Trotzdem wird der Gang der Handlung nie unübersichtlich. Die Dramaturgie des Romanciers bleibt klassisch und streng!"

An diesem „Leitseil" brauchte sich 140 Jahre später Cazeneuve nur entlangzutasten, nebensächliche Figuren wegzulassen, für den roten Faden der Handlung wichtige Charaktere hervorzuheben. So schälten sich drei Personen als Handlungsträger von selbst heraus: Vautrin, später Leiter der französischen Geheimpolizei; die Kurtisane Esther und Lucien, ein schöner junger Mann. Er ist mit großen Hoffnungen als Poet und Journalist nach Paris gekommen, beruflich gescheitert und zum Selbstmord entschlossen. Da trifft er auf Vautrin, der sich Carlos Herrera nennt und angeblich ein spanischer Abbé und Politiker ist. Herrera redet Lucien den Selbstmord aus. Er, Herrera, wolle den jungen Mann unter seine Fittiche nehmen, ihm seinen Einfluß zur Verfügung stellen, zum sozialen Aufstieg verhelfen. Einzige Bedingung: absoluter Gehorsam.

Was Lucien *nicht* ahnt, wird zum Schlüssel der späteren tragischen Ereignisse, die viele Menschen in den Tod oder ins Elend ziehen: Herrera ist der ehemalige Bagnosträfling Vautrin. Er hat mit zwei Komplizen einst eine Kutsche überfallen und den einzigen Reisenden getötet – Carlos Herrera, als einflußreicher Abbé im Auftrag des spanischen Königs auf dem Weg nach Paris. Vautrin war in Herreras Rolle geschlüpft. Die arg*losen Pariser Kirchenfürsten hatten* den Mörder als sein Opfer akzeptiert.

Als Lucien eines Tages das Geheimnis seines Gönners erfährt, steckt er selbst bereits tief in Schwierigkeiten. Er hat das Mädchen Esther *kennengelernt, beide haben sich in*einander verliebt. Lucien ahnt nichts von Esthers wahrem Gewerbe, er hält sie für eine Stickerin. Die Romanze zwischen dem jungen Aufsteiger und dem Strichmädchen kommt Vautrin ungelegen. Lucien soll eine gute Partie machen, die Grundvoraussetzung für eine Salonkarriere. Esther muß aus dem Weg. Vautrin läßt sie entführen und steckt sie in ein Kloster. Dort soll sie zu einer salonfähigen Dame erzogen werden, um eines Tages ebenfalls Vautrins ehrgeizigen Plänen dienen zu können.

HANS-HEINZ KANNENBERG

KRITIK

Für Elstner keine Konkurrenz

Das muß ein geschickter Mann gewesen sein, der Adolf Stoltze, der das Lustspiel „Der Rentier" (ARD) erfand. Vielleicht gilt das aber auch für Wolfgang Kaus, der es bearbeitete und inszenierte. Es kam ihnen nämlich bloß auf die Franfurter Mundart an. Die könne man nicht erlernen, teilt der Text mit, so wenig wie die Frankfurter Wörter: „Man muß auch frankfurterisch denken."

Da hat man's. Das *schließt* jedweden Einspruch Außenstehender aus. Vor allem dann, wenn dem Frankfurter Volkstheater der Liesel Christ – und das ist eine Institution in der Stadt und deshalb tabu – die Ehre widerfährt, sich auf dem Bildschirm zu präsentieren, gleichsam zum Vergleich mit Hamburgs Ohnsorg-Theater und dem urigen bayerischen Komödienstadel.

Gerade diesen Vergleich aber darf man nicht anstellen. Die Geschichte vom Spießbürger Krimmler, der eine attraktive Artistin vom Zirkus heiratet, ist – vom geschenkten Lebkuchen, der später nie wieder erwähnt wird, bis zur als „Happy-End" begrif*fenen Trennung von Tisch und Bett* – dermaßen schlicht gewirkt, daß das „frankfurterische Denken" dabei nicht besonders gut wegkommt.

Darin liegt auch der Grund dafür, daß sich die Inszenierung vom ersten gequälten Gag der Fünfton-Klaviersonate immer zum nächsten, nicht minder gequälten weiterhangeln muß. Dazu gehören auch die an den Haaren herbeigezogenen Auftritte der katzenliebenden Schwägerin oder der Zirkusverwandtschaft am Ende. Aber das gilt halt am Main so sehr als Unterhaltung, daß selbst der Hessische Rundfunk der Meinung gewesen sein muß, damit sei es ihm gelungen, der Show von Frank Elstner auf dem anderen Kanal Konkurrenz zu machen. Wetten, daß nicht?

KATHRIN BERGMANN

Fernseh-Fest für Rock-Fans

Jubiläen haben oft etwas Wehmütiges an sich. Meist enden sie in Selbstbeweihräucherung. Nicht so bei Udo Lindenberg. In der „**3. Berliner Rocknacht**" (Drittes Gemeinschaftsprogramm) feierte der 37jährige aus Gronau das Zehnjährige seines „Panikorchesters" mit einem monströsen Live-Festival vor 20 000 Zuhörern in der Waldbühne mit viel Witz. Es wurde ein Fernsehfest nicht nur der Freunde, sondern auch der Freude. Selten haben Rockfans hierzulande bislang eine derartig spontane, dennoch hervorragend organisierte Live-Show am Bildschirm miterleben können. Trotz kompliziertester Bühnentechnik dauerten die Umbaupausen *jeweils kaum länger als 15 Minuten.* Diese Zeit überbrückte der SFB geschickt mit einer Reihe von künstlerisch teilweise hochklassigen Videos von Berliner Bands wie „Cosa Rosa" oder „Tempo", die demonstrierten, was für ein stilvolles künstlerisches Profil die geteilte Stadt auch in ihrer Subkultur aufweist.

Die Live-Auftritte der Italienerin Gianna Nannini und der Amerikanerin Helen Schneider versprühten frei*lich rein musikalisch wenig Aufregen*des: Handwerklich ordentlich, aber die Phantasie lag in Ketten. Ganz anders bei Nina Hagen: Sie hat sich die Unberechenbarkeit, die eine Show zum Erlebnis gedeihen läßt, bewahrt. *Mit ihrer Stimme zwischen Oper und* Blues, ihren Lippen wie Stoßstangen, ihrem Irokesen-Haarschnitt, mit Witz und frechem Charme erstickte sie den Vorwurf der Einfallslosigkeit im Keim. Der hohlwangige Lindenberg knüpfte da an: Mit seinen Liedern von „Rudi Ratlos" bis hin zu „Sonderzug nach Pankow", mit „Elli Pirelli", seinem Liliputaner und dem Vampir, gelang ihm eine feine Retrospektive seines Wirkens. Die Session zum Schluß mit allen Stars freilich geriet zur Peinlichkeit: kein Teamwork, nur Selbstdarstellung.

THOMAS OLIVIER

ARD

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 Was so läuft . . .
10.30 Die Stunde der Dritten
11.30 Heute auf der Ausstellung
12.00 Live dabei
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
13.15 Wir stellen uns
15.00 Meister Eder und sein Pumuckl
Pumuckl im Zoo
15.30 Der Trotzkopf (6)
15.50 Kleine Geschichten aus dem Zoo
Besuch bei einer alten Freundin
Der Zürcher Zoodirektor Weilemann besucht in diesem Kurzfilm eine Leopardin im Augsburger Tiergarten, die er als Leoparden-Baby in seiner Wohnung aufgezogen hat. Das Wiedersehen zeigt, wie zärtlich und ausgelassen ein ausgewachsenes Leopardenweibchen sein kann.
16.00 Tagesschau
16.05 Funkausstellung Berlin 1983
Chris Howland präsentiert Höchstleistungen
Aus dem Guinness-Buch der Rekorde
16.45 Funkausstellung Berlin 1983
Gefühle sind frei
Roland Kaiser in Halle 5
17.15 Sport-Treff
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Glanz und Elend der Kurtisanen
Nach dem Roman von Honoré de Balzac
21.15 Im Brennpunkt
Neue Medien, alte Sorgen
22.00 Der Nächste, bitte!
2.: Eine seltsame Erkrankung
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Rad des Glücks
Indischer Spielfilm (1980)
Regie: Rabindra Dharmaraj
(Deutsche Erstaufführung)
01.15 Tagesschau

ZDF

10.00 Tagesschau
10.03 Unsere schönsten Jahre
2.: So pressiert's doch nicht
10.45 Schaukasten
Bilder und Berichte vom Kino
11.35 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
14.55 ZDF – Ihr Programm
15.00 Gefragt – gewußt – gewonnen
Länderquiz mit Hans Rosenthal
Heute: Bremen
16.00 Artistenarena
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Live von der Berliner Funkausstellung – mit *Überraschungsgästen*
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.00 Die Straßen von San Francisco
Die auffälligen Schuhe
(Wiederholung von 30 Folgen)
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Unsere schönsten Jahre
4.: Schau *den Mond an*
Mit Uschi Glas, Elmar Wepper, Helmut Fischer u. a.
Regie: Alfred Weidenmann
20.15 Funkausstellung Berlin 1983
Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Opferentschädigung
In dieser Sendung wirkt zum ersten Mal mit einem Senat des Bundessozialgerichts Kassel ein Oberstes Bundesgericht mit.
21.00 heute-journal
21.00 Tödliche Ehen (2)
Zweiteiliger Psycho-Krimi
Regie: Jack Gold
(Zweikanalton deutsch/englisch)
22.35 Das Musik-Portrait
Lorin Maazel – ein Jahr Wiener Staatsoperndirektor
Dokumentation: Karl Löbl
Mit Montserrat Caballé, Eva Marton, Christa Ludwig u. a.
22.25 heute



Szene mit Uschi Glas und Elmar Wepper aus der Serie „Unsere schönsten Jahre", ZDF, 19.30 Uhr
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Berufsorientierung
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Im Krefelder Seidenweberhaus
21.45 Der Herbst, der im Sommer begann
Nordrhein-Westfalen vor der Nachrüstung
22.15 Trauer muß Elektra tragen (1)
Schauspiel von Eugene O'Neill
00.05 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

18.00 Deutsche Puppenbühnen
18.30 Die Leute vom Domplatz (8)
19.00 Briefmarken nicht nur für Sammler
19.15 Keine Zeit verschludern
Gewerkschaftsarbeit in der „DDR"
20.15 Berliner Fenster
Ausgabe September
21.00 Für Leser und Liebhaber
Buchtips zum Thema „Kabarett"
21.15 Leute
Eine Talkshow aus dem Café Kranzler
22.45 Dallas
Verhärtete Fronten
23.30 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Fernsehkolleg
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Lothario Larkin
20.20 Bilder deutscher Städte
Leipzig – gestern und heute
21.05 Flash Gordons Flug zum Mars
US-Filmserial (1939)
21.25 Jazz am Montagabend
22.05 Sonderangebot
Frauennot – Frauenglück
Regie: M. S. Eisenstein und G. Alexandrov

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Die Dritte von rechts
Deutscher Spielfilm (1950)
20.30 Buchbinder Wanninger
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
Die wunderbare Welt des Bombus
22.05 Patient an der Strippe
Chancen und Risiken der Medizintechnik
22.50 Rundschau

Segen im Einkauf?

hg – „Der Ausleseprozeß hat sich verlangsamt, aber die Zahl der Lebensmittelgeschäfte wird weiter zurückgehen." Es ist keine große Neuigkeit, die der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, dieser Tage in seiner Antwort auf die Anfrage eines Bundestagsabgeordneten verkündet. Dennoch enthält sie eine neue Dimension. Der Schauplatz dieses Ausleseprozesses hat sich auf den Einkauf verlagert.

Im Einkauf liegt der Segen, heißt ein altes Sprichwort; für den selbständigen Lebensmittelhändler liegen hier eher Gefahren. Seit Mitte 1982 sind Großunternehmen wie Kaufhof, Hertie, Stüssgen, Asko, AVA, Massa und Wertkauf den Zentralen der Rewe, Edeka oder co op sowie den Kontoren Selex, Tania oder HKG entweder beigetreten oder sie arbeiten mit ihnen eng zusammen. Zweck war in allen Fällen eine Verbesserung der Einkaufskonditionen; wer sie erreicht, kann billiger anbieten und stellt sich seinen Kunden als besonders „leistungsfähig" dar.

Der Einzelhändler an der Verkaufsfront hat jedoch nicht viel davon. Er profitiert bei den Artikeln, die er selbst bei seiner Zentrale einkauft. Die Einkaufskonzentration an der Spitze führt aber dazu, daß die Sortimente nahezu identisch, die Läden aus der Sicht der Kunden also austauschbar werden; zudem werden die Spielräume für Preissenkungen kleiner. Ein Händler, der aus dieser Uniformität ausbrechen will, müßte sich auf einem Gebiet – beispielsweise Frischwaren – profilieren. Das erfordert Investitionen, die viele sich nicht leisten können. Und darum besteht die Gefahr, daß die Zentralen mit ihrer „Leistungsfähigkeit", die in Wahrheit eine Konzentration von Macht ist, ihre eigene Basis erschlagen.

Optimisten

Hdt. – Handwerker sind offensichtlich Optimisten. Anders ist es nicht zu erklären, daß sich in ihren Kreisen die Stimmung gebessert hat. Von der Auftrags- und Beschäftigungslage läßt sich das nämlich nicht sagen; dafür fehlen bisher noch alle sichtbaren Beweise. Aber noch hofft man weiter, daß sich die Wirtschaftslage zumindest konsolidiert, denn der Glaube an die große Wende hat inzwischen einer mehr realistischen Einstellung Platz gemacht. So wird denn auch bereits erhebliche Kritik an der Bundesregierung geübt, die nach Meinung des Handwerks die Weichen für eine durchgreifende Steuervereinfachung stellen müßte. Erfüllt haben sich bisher auch nicht die Hoffnungen auf Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Eigenkapitalbildung kleinerer und mittlerer Betriebe. Vom berühmten goldenen Boden vergangener Zeiten ist das Handwerk also noch weit entfernt, auch wenn sich vereinzelt Betriebe im Export das holen, was der binnenwirtschaftliche Markt derzeit nicht hergibt.

HERBSTMESSE LEIPZIG / Mikroelektronik wieder besonderer Schwerpunkt

Restriktive Außenhandelspolitik ist nach wie vor deutlich spürbar

PETER WEERTZ, **Leipzig**

Die Herbstmesse in Leipzig, für Chemie und Konsumgüter, die am Sonntag eröffnet wurde, hatte einen ruhigen Start. Wie von den westlichen Ausstellern zu erfahren war, erwarten sie vom Verlauf der Messe Aufschlüsse darüber, wie sich der Handel mit der „DDR" in der zweiten Jahreshälfte entwickeln wird. Auf dem Stand des Veba-Konzerns äußerte Staats- und Parteichef Erich Honecker: „Der Handel mit der Bundesrepublik hat einen guten Stand erreicht, der gefestigt und ausgeweitet werden sollte."

Auf das Ungleichgewicht zwischen Lieferungen und Bezügen im innerdeutschen Handel angesprochen, meinte Honecker, das liege auch an Restriktionen. Es gebe noch viele Möglichkeiten, die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen. Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder unterstrich die Bedeutung der Geschäftsbeziehungen des Konzerns mit der „DDR". Das mit rund 50 Milliarden Mark umsatzstärkste Unternehmen der Bundesrepublik hat mit etwa 2,6 Milliarden Mark Lieferungen und Bezügen einen erheblichen Anteil am innerdeutschen Handel, vor allem im Energie-, Mineralöl- und Chemiebereich. Die Veba geht davon aus, daß die gewachsenen Handelsbeziehungen mit den Comecon-Ländern insgesamt in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden können.

Die deutschen Aussteller im Chemiebereich sind zwar mit dem ersten Halbjahr zufrieden, denn ihre Lieferungen sind in der ersten Jahreshälfte um 19 Prozent auf 644,6 Millionen Mark gewachsen, deutlich abgeschwächt hat sich aber der Auftragseingang in den vergangenen Monaten. Über eine ähnliche Entwicklung berichten auch die Chemiekonzerne Bayer, BASF und Hoechst.

In diesem Jahr steht die Herbstmesse stärker noch als in den Vorjahren unter dem Einfluß der restriktiven Außenhandelspolitik und Investitionspolitik der „DDR". Hinzu kommt das Übergewicht von Rohstoffen und Halbwaren als Vormaterial für die Produktion. Schon vor der Herbstmesse war den westlichen Ausstellern bekannt, daß die „DDR" infolge der hohen Verschuldung von über zehn Milliarden Dollar besonders an Exporten und weniger an Importen interessiert ist.

Ein Blick in die Handelsbilanz der „DDR" mit westlichen Ländern macht dies deutlicher als Erklärungen auf der Messe. Schon 1982 hat Ost-Berlin seine Importe aus westlichen Ländern mit Ausnahme der Bundesrepublik um nahezu ein Drittel gekürzt, die Exporte aber um rund zehn Prozent ausgeweitet. Besonders betroffen von dieser restriktiven Außenhandelspolitik waren Länder wie die USA, Frankreich, Großbritannien, Schweden, die Niederlande und Italien, aber auch Belgien, die Schweiz, Griechenland und Spanien. Hier lagen die Importkürzungen zwischen fünf und 69 Prozent.

Ausnahmen waren hingegen Österreich, Kanada und besonders Japan. Aus Kanada importierte Ost-Berlin freilich vor allem Futtergetreide, das es früher aus den USA bezogen hat. Mit Japan strebt Ost-Berlin eine Zusammenarbeit in der Mikroelektronik und Technologie an. Im vergangenen Jahr importierte die „DDR" aus Japan Waren im Wert von 196 Millionen Dollar, die Exporte betrugen aber nur 36 Millionen Dollar.

Ein besonderer Schwerpunkt der Herbstmesse ist wie im Frühjahr die Mikroelektronik. Seit über zwei Jahren plant die „DDR" eine raschere Entwicklung dieser zukunftsträchtigen Technologie. Hier konzentriert sich auch ein Teil ihrer Investitionsmittel. Allerdings benötigt sie hierzu einen längeren Zeitraum, der schon erforderlich ist, um die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen. In ihrem Halbjahresbericht nennt die „DDR" zwar den Einsatz von rund 27 000 neuen Produktionsrobotern. Damit hätte sie den Stand von Japan und den USA zusammen übertroffen. In Wirklichkeit sind nach Aussagen der Experten weniger als 300 vollausgereifte Produktionsroboter eingesetzt. Fortschritte hat die „DDR" jedoch in der Intensivierung ihrer Industrieproduktion zu verzeichnen. Auf der Herbstmesse sind 550 Aussteller aus der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin vertreten.

US-AKTIENMÄRKTE

Nach dem Schock Erholung der Kurse auf breiter Front

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Rasch erholt haben sich die US-Aktienmärkte von dem Schock, den der Abschuß des südkoreanischen Jumbo-Jets durch einen sowjetischen Abfangjäger am Donnerstag ausgelöst hatte. Weitgehend wettgemacht wurden am Freitag die Kursverluste: Der Dow-Jones-Industrie-Index stieg um 8,64 und über die Woche um 23,38 auf 1215,45 Punkte – das stärkste Plus seit Juli. Der 1511 Werte umfassende Nyse-Index zog um 0,45 und 1,48 auf 95,28 Punkte an. Die Bahn ist frei für eine Fortsetzung der am Mittwoch wiederaufgenommenen Hausse. Um durchschnittlich ein Prozent schnellten die Notierungen an den US-Rentenmärkten in die Höhe.

Ruhe kehrte auch an den amerikanischen Devisen- und Warenbörsen ein. Am New Yorker Platz sackte der Dollar nach der Vortagspanik von 2,7010 auf 2,6675 Mark, verglichen mit 2,6803 Mark in Europa. Hierzu trug aber auch der unerwartete Rückgang der Geldmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen) um 1,4 Milliarden Dollar bei, der vom Federal Reserve Board nach der Schlußglocke in Wall Street mitgeteilt wurde. Das Aggregat liegt nun unter der Zielgröße von sieben Prozent für das dritte Quartal. Theoretisch kann es in den kommenden Wochen jeweils um 690 Millionen Dollar wachsen, ohne erneut die Zinsfurcht zu schüren.

An der Getreidebörse in Chicago herrschte schnell Klarheit darüber, daß die Reagan-Administration auf den Abschuß nicht mit einer Streichung des vorletzte Woche unterzeichneten Lieferabkommens, das Moskau den Einkauf von neun bis zwölf Millionen Tonnen Getreide im Jahr gestattet, antworten würde. Auch andere Wirtschaftssanktionen waren von Anfang an nicht im Gespräch. Bei Weizen und Sojabohnen zogen alle Terminpreise an; nach Aufnahme des Handels wurden die erlaubten Limite erreicht. Die Ironie will es, daß die Sowjetunion am Donnerstag und Freitag in den USA die ersten 900 000 und 940 000 Tonnen Weizen, Mais und Sojabohnen im Rahmen des neuen Vertrages orderte.

Bestimmt wird das Klima an den US-Aktienmärkten jetzt durch die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstempos, die sich an der stark gebremsten Zunahme der führenden Konjunkturindikatoren, dem Auftragsrückgang für langlebige Verbrauchsgüter und den nach wie vor extrem niedrigen Lagerbeständen ablesen läßt. Zu Einbrüchen kam es zudem im Wohnungsbau, und die Arbeitslosenrate stagnierte im August bei 9,5 Prozent. Obwohl 300 000 Jobs geschaffen wurden, blieb die Zahl der Arbeitslosen mit 10,7 Millionen konstant. Die Wall Street zieht aus dieser Entwicklung den Schluß, daß die Gefahr einer Überhitzung mit neuen Preis- und Zinsschüben zunächst gebannt ist. Diese Einschätzung signalisiert steigende Kurse. So glauben Broker, daß der „Dow" schon bald den am 16. Juni mit 1248,30 Punkten aufgestellten Rekord bricht.

Zwischen Hoffen und Bangen

Von ERWIN SCHNEIDER

Die Bullen haben sich zwar weitgehend durchgesetzt an den internationalen Rohstoffmärkten, aber die Zahlen der Fragezeichen zur weiteren Entwicklung sind noch zahlreich. Im August erreichten beide Indices – der in Dollar notierende Moody's und der auf dem Pfund basierende Reuter's – mit 1097,9 und 1945,0 ein neues Jahreshoch, zum Ultimo aber wurden sie nur um jeweils 0,6 Prozent höher notiert als im Vormonat. Dennoch gilt allgemein: Das Sommerloch blieb im Hoffnungsjahr 1983 aus.

Zwar wird das weitere Entwicklungspotential an den Rohstoffmärkten bei den Experten durchweg positiv gesehen, doch wird die Stimmung auch von einigen Unsicherheitsfaktoren beeinflußt: Neben der noch nicht ausgestandenen Schuldenproblematik der Dritten Welt ist es die konjunkturelle Situation in den USA, die für das zweite Quartal mit einem Wachstum des Bruttosozialprodukts um 8,7 Prozent glänzte, für die jedoch im zweiten Halbjahr wieder eine Abflachung erwartet wird.

Ungewiß ist auch der Weg der Zinsen, die Bandbreite der Prognosen für die nächsten zwölf Monate liegt bei einer Prime Rate von minimal zehn und maximal 20 Prozent. Und weiter drückt das hohe Haushaltsdefizit, das in den ersten neun Monaten des laufenden Finanzjahres mehr als verdoppelt wurde – von 74,4 auf 158,4 Milliarden Dollar. Dazu kommt als ernste Gefahr des Aufschwungs das hohe amerikanische Handelsdefizit – in diesem Jahr werden an die 70 Milliarden Dollar erwartet und im nächsten sogar über 100 Milliarden.

Trotz aller Fragezeichen jedoch sehen die Experten die Erholung an den Rohstoffmärkten für zumindest das nächste Jahr als gesichert an, wobei allerdings gleichzeitig immer darauf hingewiesen wird, daß die Preise nur das wieder aufholen würden, was in der langen Abschwungsphase verlorengegangen war.

Für die Metallmärkte sieht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin sogar einige Gefahren, weil das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage der letzten Jahre bestehen bleibt. Immer noch drücken hohe Überkapazitäten auf die Ertragslage der Produzenten, und teilweise sind schon spontane Reaktivierungen von Reservekapazitäten beobachtet worden, kritisiert das Institut.

Zum Metall des Monats wurde das Aluminium, das im August erstmals in der Geschichte den Kupferpreis übertroffen hat. Die Stimmung an den Märkten wird als unverändert gut bezeichnet. Kein Wunder angesichts der Meldungen, daß der Auftragseingang der amerikanischen Aluminiumverarbeiter in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um knapp 35 Prozent gestiegen ist – bei weiter ansteigender Tendenz. Und nichts weist auf eine spekulative Erhitzung beim Aluminium hin. Die Spekulation hat dagegen den Zinkpreis auf den höchsten Stand seit 1974 getrieben.

Die Schwäche des Kupfers, dessen Preis sich erwartungsgemäß nach dem Anstieg des Dollar nach unten bewegte, liegt vor allem in der Angebots-/Nachfrage-Problematik: Einer unter den Erwartungen liegenden industriellen Kaufbereitschaft steht eine wachsende Produktion gegenüber. Für dieses Jahr werden nach Marktmeinung die Preise auch kaum nennenswert steigen. Zumal die Kupferbestände an der London Metal Exchange fast wieder auf der Rekordhöhe von 345 000 Tonnen angelangt sind.

Eine solch ausgeprägte „Silly Season", die Zeit, in der alle Marktteilnehmer begierig auf Nachrichten aus den Ernteländern warten, hat es beim Kakao schon lange nicht mehr gegeben. Hektisch, undurchsichtig, nervös – so wurde das Preisgeschehen der letzten sechs Wochen charakterisiert. Heftige Kursschwankungen nach oben und unten waren und sind noch an der Tagesordnung. Denn vieles deutet darauf hin, daß es nach sechs Überschußjahren zum zweiten Mal zu einer Ernte kommen wird, die unter den Verbrauchserwartungen liegt.

Feste Preise bestimmen den Kaffeemarkt vor der Sitzung des Internationalen Kaffeerates in London. Allgemein wird mit einem reibungslosen Übergang in das nächste Abkommensjahr zum 1. Oktober gerechnet. Wahrscheinlich wird sich an den Konditionen nur sehr wenig ändern.

Seite 14: Rohstofftabelle

AUF EIN WORT

„Pleiten gibt es in der Flaute auch im privaten Bereich – bei den Investitionen vom Sparbuch. So mancher Häuslebauer hat seine Pläne aufgesteckt, weil er seine Einkommensentwicklung nicht mehr kalkulieren kann, oder er hat gar in die Mietwohnung zurückkehren müssen, weil ihn die gestiegenen Lasten erdrückten. Wirtschaft heißt nicht nur produzieren und dienstleisten und konsumieren. Ohne den Motor, Erspartes privat anzulegen, lahmt die Konjunktur."

Rudolf Hübenthal, Präsident des Rings Deutscher Makler, Hamburg.
FOTO: DIE WELT

Wohnungsbau wird weiter gefördert

AP, **Stuttgart**

Bundesbauminister Oscar Schneider erwartet im kommenden Jahr die Fertigstellung von über 400 000 Wohnungen. In einem Rundfunkinterview kündigte der Minister weiter an, daß nach dem Auslaufen der verschiedenen Förderungsmaßnahmen im Jahre 1985 andere Erleichterungen für den Wohnungsbau vorgesehen seien. So soll der Schuldzinsenabzug für Eigenheimbesitzer ins Steuerrecht eingebaut werden. Dann könnten 10 000 Mark jährlich von der Steuer abgesetzt werden.

INNERDEUTSCHER HANDEL

Günstige Entwicklung aus Konjunkturgründen begrüßt

GISELA REINERS, **Bonn**

Zwei Tage vor seiner Begegnung mit dem Außenhandelsminister der „DDR", Horst Sölle, auf der Messe in Leipzig sagte Dieter von Würzen, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, man sei aus „Konjunkturgründen" nicht unglücklich über den enorm gestiegenen innerdeutschen Handel. Im Deutschlandfunk meinte er gestern, die „außergewöhnliche Boomentwicklung" sei nur durch Sondereinflüsse zu erklären: aus Devisenmangel weite die „DDR" ihren Handel mit der Bundesrepublik aus auf Kosten ihres Warenaustauschs mit dem westlichen Ausland. Die Lieferungen in die „DDR" sind im ersten Halbjahr 1983 um 33 Prozent gestiegen, die Bezüge um zwei Prozent.

Von Würzen verteidigte die Zollfreiheit und die Mehrwertsteuervergütung für Lieferungen aus der „DDR" als ein Ergebnis der Sonderbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR". Vor allem die Steuervergünstigung sei „ein wichtiges Element zur Stabilisierung des innerdeutschen Handels".

Der Staatssekretär betonte noch einmal, daß die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Milliarden-Kredit für Ost-Berlin eine Garantie gegenüber dem deutschen Bankenkonsortium übernommen und die „DDR" ausreichende Sicherheiten gestellt habe. Ein Konsolidierungskredit angesichts der „DDR"-Verbindlichkeiten im innerdeutschen Handel sei „von den Zahlen her" nicht zwingend. Auch der Abschluß eines langfristigen Wirtschaftsabkommens sei nicht nötig. Ein Rahmenabkommen hätte wohl „politische Bedeutung", für den Handel sei jedoch das Berliner Abkommen von 1951 eine „ausreichende vertragliche Grundlage".

MITTELSTANDSPOLITIK

Regierung will Markt für Risikokapital fördern

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

In der Förderung eines funktionsfähigen Marktes für Risikokapital sieht die Bundesregierung einen Schwerpunkt ihrer wachstums- und mittelstandspolitischen Arbeit in dieser Legislaturperiode. Denn es habe sich gezeigt, so der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner (FDP), in einem Vortrag in Gütersloh, das Innovationshemmnis Nummer eins sei oft die Finanzierung. Während an deutschen Börsen die Einführung neuer Aktien, vor allem von jungen Unternehmen, bisher die krasse Ausnahme geblieben sei, erlebten die US-Börsianer einen Boom mit Rekordabsatzzahlen.

Grüner gab zu bedenken, daß sich im Hinblick auf Flexibilität, Marktorientierung, Mobilität und Motivation der Mitarbeiter ein gut geführtes mittelständisches Unternehmen selbst für die Großen ein Vorbild sein könne. Weite Teile der Wachstumsindustrie – Maschinenbau, elektrotechnische, feinmechanische und optische Industrie – seien mittelständisch strukturiert. Diese Unternehmen würden durch den Zug zur Spezialisierung und Individualisierung begünstigt. Mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen verschiebe sich die Konsumstruktur zu Lasten der in Serie gefertigten Güter.

Sicherlich seien die Aktivitäten von Großunternehmen bei der Forschung nicht zu übertreffen. Auch gemessen am Umsatz gäben sie mehr dafür aus. Die Umsetzung erfolge jedoch rascher bei mittelständischen Firmen. Firmen mit Jahresumsätzen von zehn bis 50 Millionen Mark nutzten 70 Prozent aller Erfindungen nach zwei Jahren wirtschaftlich. Bei Großunternehmen liege die Quote bei 33 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EIB: Anhaltend hohe Nachfrage nach Darlehen

Luxemburg (dpa/VWD) – Die Europäische Investitionsbank (EIB), Luxemburg, dürfte nach eigenen Angaben 1983 den Vorjahresrekord ihrer Finanzierungen von 4,24 Milliarden Ecu (9,62 Milliarden Mark) übertreffen. Im 1. Halbjahr 1983 hat die EIB für Industrie-, Energie- und Infrastrukturvorhaben in der EG 2,32 Milliarden Ecu (5,27 Milliarden Mark) bereitgestellt, verglichen mit 1,71 Milliarden Ecu in der entsprechenden Vorjahresperiode. Kennzeichnend für das 1. Halbjahr 1981 waren das anhaltend hohe Finanzierungsvolumen für Regionalprojekte in Gebieten mit hoher Arbeitsloskigkeit, die starke Nachfrage nach Darlehen für Energieprojekte zur Verringerung der Erdölabhängigkeit sowie der Anstieg der Darlehen für Umweltschutz-Projekte. Auch die Nachfrage nach Finanzierungsmitteln für kleine und mittlere Unternehmen hat zugenommen.

EG-Agrarminister in Athen

Athen (dpa/VWD) – Regionale Besonderheiten und eine neue Orientierung der landwirtschaftlichen Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft sind die Themen der EG-Agrarminister während ihres informellen Treffens heute und morgen in Athen. Der griechische Landwirtschaftsminister Kostas Simitis, gegenwärtig Ratspräsident in der Agrarministerrunde, betonte, daß die bisherige EG-Strukturpolitik unausgewogen gewesen sei. Die Bauern ärmerer Regionen, darunter Griechenland und der italienische Süden, seien nicht genügend unterstützt worden.

Börsenumsatz steigt

Frankfurt (VWD) – An der Frankfurter Wertpapierbörse stieg der Umsatz im August gegenüber dem Vormonat um 14 Prozent auf 7,74 Milliarden Mark. In den ersten acht Monaten betrug das Umsatzvolumen nach Mitteilung des Börsenvorstands 66,7 (39,3) Milliarden Mark. Damit wurde von Januar bis August bereits der Gesamtumsatz des Vorjahres erreicht. Die Aktienumsätze erhöhten sich im Berichtsmonat um 2,8 Prozent auf 3,72 Milliarden Mark. Im Achtmonatszeitraum ergab sich ein Umsatzvolumen von 32,7 (10,5) Milliarden Mark. Mit 4,018 Milliarden Mark stieg der Umsatz in festverzinslichen Wertpapieren im August um 26,9 Prozent. In der Zeit von Januar bis einschließlich August wurden Wertpapiere im Wert von 34,0 (28,8) Milliarden Mark umgesetzt.

Gatt-konform bei Edelstahl

Alpbach (VWD) – Die USA werden sich bei Edelstahl vollständig Gatt-konform verhalten, sagte der Staatssekretär im US-Handelsministerium, Lionel H. Olmer, gegenüber VWD in Alpbach. Laut Olmer wird sich die US-Regierung „guten Gewissens" dem Verfahren von Artikel 19 des Gatt-Vertrages unterwerfen. Dies bedeute, daß sie sich den Konsultationen, die dieser Artikel bei der Einführung von Schutzmaßnahmen in schwer betroffenen Krisensektoren vorsieht, in vollem Umfang stellen wird. Interessierte Regierungen könnten solche Konsultationen beantragen. Olmer bestätigte, daß sich die US-Regierung auch einer Entscheidung über eventuelle Kompensationen für die eingeführten Zusatzzölle auf Edelstahl unterwerfen würde.

Weg der Kurse

	2. 9. 83	26. 8. 83
Boeing	40,00	37,25
Chrysler	29,25	26,125
Citicorp	35,25	38,875
Coca-Cola	51,50	51
Exxon	37,50	37,625
Ford Motors	59,50	54,875
IBM	119	118
PanAm	7,625	7,625
US Steel	27,125	27
Woolworth	37,50	35

Handelsschranken abbauen

Warrenton (VWD) – US-Außenminister George Shultz hat Japan dazu gedrängt, noch mehr von den Handelshemmnissen des Landes abzubauen, und er versicherte gleichzeitig, Präsident Reagan werde sich protektionistischen Maßnahmen im Kongreß widersetzen. Er sprach am Freitag auf einer Konferenz japanischer und amerikanischer Geschäftsleute und Politiker. Japan solle vor allem die kürzlich in ein Gesetz gefaßte Lockerung von Normen-Vorschriften schnell in Gang setzen.

FRANKREICH

Ertragslage verschlechtert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Unter dem Druck der von der sozialistischen Regierung beträchtlich verstärkten sozialen Lasten hat sich die Ertragslage der französischen Industrieunternehmen 1982 noch mehr verschlechtert als 1981. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Banque de France auf Grund der Bilanzen von 3544 Unternehmen, die 31 Prozent der Industriebelegschaft beschäftigen.

Obwohl die französische Industrieproduktion 1982 real um zwei Prozent zunahm, hat sich der steuerpflichtige „Mehrwert" nur um 0,2 Prozent erhöht, nachdem er 1981 um 1,9 Prozent zurückgegangen war. Gleichzeitig aber verschlechterte sich die Selbstkostenrechnung, nachdem die Personalausgaben um 14,3 (11,2) Prozent und die Sozialabgaben um 15,5 (12,5) Prozent gestiegen waren.

Dieser Kostenanstieg und die Belastungen, die sich infolge der Franc-Abwertung bei den Rohstoffkosten und den importierten Halbfabrikaten ergaben, konnte aber wegen der behördlichen Preisreglementierung sowie wegen der verstärkten internationalen Konkurrenz nicht voll an die Kunden weitergegeben werden.

Außerdem wurden kaum Produktivitätsfortschritte erzielt. Dies lag auch an der schwachen Investitionstätigkeit. Die produktiven Investitionen der Industrie gingen nach den Feststellungen der Notenbank 1982 um real 5,3 Prozent zurück, nachdem sie 1981 um zwei Prozent geschrumpft waren. Trotzdem verminderte sich der Selbstfinanzierungsanteil an den Investitionen um vier Prozent.

BRASILIEN / Der Rücktritt von Notenbankpräsident Carlos Langoni führt an der Wall Street zu Besorgnis

IWF hat die Daumenschrauben zu stark angezogen

H.-A. SIEBERT, Washington

Der Rücktritt des brasilianischen Notenbankpräsidenten Carlos Geraldo Langoni wird von US-Bankern, die an den bisherigen Umschuldungsverhandlungen teilgenommen haben, als ein „schlechtes Omen" bezeichnet. Viele befürchten, daß auch das mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) überarbeitete *Gesundungsprogramm nicht hält,* was es verspricht und schon in wenigen Monaten neue Umschuldungsverhandlungen beginnen müssen.

Langoni warf das Handtuch, weil er die Verpflichtungserklärung Brasiliens gegenüber den wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF nicht unterschreiben wollte. Sie sind nach seiner *Auffassung* „völlig unrealistisch, weil unser Land niemals derartige Austerity-Maßnahmen verkraften kann". Es sei unmöglich, die vereinbarten Zielgrößen in der vorgesehenen Frist zu erreichen, schon der Versuch sei sozial unverantwortlich.

Folgt man Langoni, dann soll Brasilien seine Inflationsrate von zur Zeit 143 Prozent auf Jahresbasis bis 1984 auf 55 Prozent drücken. Außerdem verlangt der Fonds einen Abbau des Defizits im öffentlichen Bereich auf Null bis Ende nächsten Jahres. Für Langoni wäre eine Reduzierung der Teuerung auf 70 bis 80 und des Defizits auf 0,5 Prozent des Bruttosozialprodukts (280 Milliarden Dollar) sinnvoller, weil glaubwürdiger gewesen.

Das zwischen dem IWF und Brasi*lien in den vergangenen drei Mona*ten ausgehandelte Stabilisierungspaket enthält noch andere Punkte, die jedoch nicht bekannt sind. In Washington verweigerte der Sprecher des Fonds jede Auskunft. Es sickerte jedoch durch, daß die Einzelheiten in einer Woche bis zehn Tagen veröffentlicht werden sollen. Unter amerikanischen Bankern herrscht Übereinstimmung, daß Brasilien weichere Konditionen und mehr Zeit benötigt, um sein Haus in Ordnung zu bringen.

Nach dem Urteil, das an der Wall Street zu hören ist, haben sich die brasilianische Regierung und der IWF gleichermaßen falsch verhalten: die multilaterale Organisation, weil sie die Daumenschrauben zu stark angezogen hat. Erinnert wird an Henry Kissingers Warnung vor dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg, die Schuldnerländer bei ihrem Heilprozeß nicht zu überfordern.

Kritisiert wird andererseits Brasilien, weil es zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit ein nicht realistisches Rettungsprogramm akzeptiert hat. Das im Februar zusammen mit dem Fonds geknüpfte Netz riß schon bald *nach Ankündigung der* volkswirtschaftlichen Zieldaten: Weil nicht durchsetzbar, verweigerten die Privatbanken die Überweisung zugesagter Darlehen; der Fonds stoppte daraufhin die Auszahlung des dreijährigen Bereitschaftskredits über 4,9 Milliarden Dollar.

Befürchtet wird in New York, daß sich in Brasilien die Stimmung gegen den Währungsfonds noch verschärft und lauter nach einem Moratorium gerufen wird. Heftig attackiert wird in dem südamerikanischen Land der Planungsminister Antonio Delfim Netto, dem ein zu leichtes Nachgeben gegenüber dem IWF vorgeworfen wird. Langonis Nachfolger als Notenbankchef ist Delfims Freund Afonso Celso Pastore, ein 44jähriger Wirtschaftsprofessor an der Universität São Paulo.

Einer der wenigen Optimisten unter den US-Bankern ist William Rhodes, Senior-Vizepräsident der Citibank und Vorsitzender des Beratungsausschusses der internationalen Geschäftsbanken, der die Umschuldung bestimmter brasilianischer Verpflichtungen überwacht. Er begrüßt die Wahl von Pastore und sagt eine schnelle Fortsetzung der Verhandlungen mit Brasilien voraus.

Brasiliens Auslandsverschuldung hat 92 Milliarden Dollar überschritten. Offen sprechen die US-Banker von „wachsender Unsicherheit und Nervosität". Brasilien muß viele Milliarden Dollar, die in diesem und im nächsten Jahr fällig werden, umschulden. Überdies braucht das Land weitere zehn Milliarden Dollar an neuen Krediten. Sie können nur von anderen Regierungen und in der *Masse* von den Privatbanken kommen. Es sieht so aus, daß sich der IWF nicht von Langonis Rücktritt beeindrucken läßt. Ihm kommt es auf die Unterschrift an.

ÖLMARKT / Saudi-Arabien sorgt für Aufregung

Neue Handelsgesellschaft

dpa/VWD, New York

Geschockt sind die vier US-Ölmultis *Exxon, Mobil,* Texaco und Standard Oil of California nach Angaben New Yorker Ölhändler über die heimliche Gründung einer saudiarabischen Ölhandelsgesellschaft, die Norbec Ltd. Diese macht den Partnern in der Arabian American Oil Co. (Aramco) plötzlich nach 50jähriger Quasi-Monopolstellung beim Vertrieb von *Saudi-Öl im Weltmarkt* Konkurrenz.

Norbec hat nach Darstellung von US-Ölmarktexperten seit dem Frühsommer dieses Jahres täglich bis zu 500 000 Barrel Öl (ein Barrel gleich 159 Liter) oder rund zehn Prozent der derzeitigen saudiarabischen Gesamtförderung auf dem Spotmarkt direkt an *Endabnehmer* wie Raffinerien verkauft, statt über die Aramco zu gehen.

Die Saudis schweigen sich ebenso wie die vier Aramco-Partner über die Auswirkungen und Ziele der neuen Ölhandelsgesellschaft aus, die in Zug in der Schweiz ihren Sitz hat. In der Ölbranche spekuliert man jedoch, daß sich die Saudis durch die Norbec mehr Spielraum gegenüber den Aramco-Firmen verschaffen wollen, von denen sich der größte Ölexporteur der Welt während der Ölschwemme im Winter und Frühjahr 1982/83 verschaukelt fühlte.

Als die Weltölnachfrage aufgrund der schweren Rezession 1982 scharf fiel, unterliefen viele der 13 Opec-Mitglieder durch Verkäufe auf dem Spotmarkt den Kartellpreis von 34 Dollar. Damit wollten Länder wie Libyen, Iran, Algerien und Irak noch weitergehende Förderkürzungen vermeiden.

Saudi-Arabien mußte hilflos zusehen, wie die vier US-Firmen ihre Rohölbezüge drastisch drosselten, weil das Land keine offenen oder heimlichen Abschläge gegenüber dem offiziellen Opec-Preis geben wollte. Dadurch wurde die saudische Ölförderung von über zehn auf drei Millionen Barrel pro Tag gedrosselt. *Die Saudis* setzten schließlich Mitte März eine Opec-Ölpreissenkung um fünf auf 29 Dollar durch. Seither ist die globale Ölnachfrage wieder leicht gestiegen, und die Opec produziert rund 18 Millionen Barrel pro Tag. Die Saudi-Förderung ist auf fünf Millionen Barrel pro Tag gestiegen.

Die neue Ölhandelsgesellschaft bietet den Saudis nach Darstellung von New Yorker Ölhandelskreisen aber einen zweiten direkten Absatzweg neben der staatlichen Ölgesellschaft Petromin, die bisher rund 20 Prozent des Saudi-Öls in Direktgeschäften exportierte. Mit Hilfe von Spotmarkt-Transaktionen, die praktisch nicht überschaubar sind, haben die Saudis die Möglichkeit, auch die Opec-Preispolitik zu beeinflussen, ohne daß man es beweisen kann.

Die Saudis verübeln den amerikanischen Aramco-Partnern offensichtlich, daß sie 1981, als das Öl auf dem Spotmarkt bis zu 41 Dollar je Barrel kostete und sie Saudi-Öl unverändert zu 34 Dollar bezogen, große Gewinne machten. Dann aber hielten sie im letzten Jahr ihrem Hauptöllieferanten nicht die Stange, als er auf Beibehaltung des Opec-Normalpreises bestand.

VERSCHULDUNGSKRISE / Konferenz amerikanischer Staaten in Caracas

Keine großen Fortschritte erwartet

HERBERT KLAR, Bonn

Mit gemischten Gefühlen sieht die internationale Finanzwelt der Konferenz amerikanischer Staaten entgegen, die heute in Caracas beginnt. Gegenstand der Konferenz sind die Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage und die hohe Verschul*dung Lateinamerikas. Die Auslands*schulden der in Caracas versammelten Länder betragen insgesamt rund 300 Milliarden Dollar. Veranstaltet wird die Konferenz von der Organisation amerikanischer Staaten (OAS).

Fünf Tage, vom 5. bis 9. September, versuchen die Vertreter lateinamerikanischer Staaten und der USA einen Weg aus der Verschuldungsmisere zu finden. Dies ist der bislang erste Versuch, die Schuldenprobleme eines ganzen Kontinents in den Griff zu bekommen. Wie ernst das Problem ist, wurde kürzlich durch die Schwierigkeiten Brasiliens und Venezuelas, eine Einigung mit ihren Gläubigern zu erzielen, unterstrichen.

In Washington steht man der Konferenz skeptisch gegenüber und bezweifelt, daß große Fortschritte erreicht werden. Dennoch senden die USA eine relativ hochgestellte Delegation unter Führung von Unterstaatssekretär Beryl Sprinkel vom Schatzamt nach Caracas. Es wird er*wartet, daß die Reagan-Regierung* eine Position einnimmt, die eine individuelle Lösung für jedes einzelne Schuldnerland vorsieht. Die Möglichkeit globaler Vereinbarungen wird nicht gesehen.

Eine große Mitverantwortung an der Schuldenkrise der Region geben viele lateinamerikanische Wirtschaftsexperten den internationalen Banken. Sie vertreten die Ansicht, daß die Banken, vollgestopft mit den Mitte der siebziger Jahre reichlich fließenden Geldern der ölproduzierenden Staaten, sich förmlich darum rissen, ihr Geld auszuleihen. Jetzt aber sehe die Situation vollkommen anders aus. Die Banken würden nun enorme Zinsen und Gebühren verlangen, um diese Verbindlichkeiten umzuschulden. Die Schuldnerländer trügen eine doppelte Last, denn die wirtschaftlichen Folgen der vom IWF verordneten Stabilisierungsmaßnahmen kämen noch hinzu.

Die OAS kommt in einem für die Konferenz erstellten Bericht zu dem Ergebnis, daß diese Bedingungen die Wirtschaft lähmen und soziale und politische Unruhen auslösen könnten. Erste Anzeichen für derartige Reaktionen gibt es bereits in Venezuela, Ecuador, Bolivien und Brasilien. Dort wird bereits der Ruf nach einem Bruch mit dem IWF laut.

Dem OAS-Bericht zufolge benötigen die lateinamerikanischen Staaten 20 Milliarden Dollar ausländisches Kaptial, um überhaupt ein Wachstum zu erzielen. Der Schuldendienst für *Verbindlichkeiten des öffentlichen* und des privaten Sektors erreicht nach Schätzungen der OAS in diesem Jahr 47,9 Milliarden Dollar.

Altana-Entwicklung zufriedenstellend

VWD, Bad Homburg

Bisher zufriedenstellend verlief bei der zum Quandt-Bereich gehörenden Altana Industrie-Aktien und Anlagen AG (Bad Homburg) das Geschäftsjahr 1983. Nach einem Zwischenbericht rechnet der Vorstand damit, wieder einen Abschluß vorlegen zu können, der eine angemessene Dotierung der Rücklagen und eine zufriedenstellende Dividende ermöglicht. Für 1982 war eine um 0,50 auf 9,50 DM erhöhte Dividende je 50-DM-Aktie auf 132 Mill. DM Grundkapital gezahlt worden.

Im ersten Halbjahr 1983 stieg der Altana-Weltumsatz um 3 Prozent auf 648 Mill. DM, das internationale Geschäft erhöhte sich um 2 Prozent auf 303 Mill. DM. Ohne die wechselkursbedingten Einflüsse aus dem Kursverfall der mittel- und südamerikanischen Währungen wäre die Steigerungsrate deutlich höher ausgefallen, heißt es. Der Inlandskonzern setzte mit 435 Mill. DM 5 Prozent mehr um als zur gleichen Vorjahreszeit.

Der Pharmazeutik-Umsatz stieg weltweit um 5 Prozent auf 329 Mill. DM, darunter der Inlandsumsatz um *12 Prozent auf 165 Mill. DM, vornehm*lich durch neue Produkte. Im internationalen Geschäft verminderte sich der Umsatz um 2 Prozent auf 164 Mill. DM. Der Kursverfall der mittel- und südamerikanischen Währungen hätte nicht durch das Wachstum der Gesellschaften in Europa und Nordamerika ausgeglichen werden können. Die *Sparte Diätetik konnte ihren* Weltumsatz um 1 Prozent auf 303 Mill. DM erhöhen. Im Inland wirkten sich die schwache Konsumneigung der privaten Haushalte und die rückläufigen Geburtenzahlen in einem um 2 Prozent auf 169 Mill. DM zurückgegangenen Umsatz aus. Das internationale Geschäft erhöhte sich dagegen um 6 *Prozent auf 134 Mill. DM.*

Reorganisation bei Jacobs-Suchard

IRENE ZÜCKER, Zürich

Der Nettoumsatz der Schweizer Jacobs-Suchard-Gruppe, deren Hauptsitz von Lausanne nach Zürich verlegt wird, hat sich im 1. Halbjahr 1983 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 9 Prozent erhöht. Der konsolidierte Gewinn nach Steuern stieg gar um 30 Prozent. Für das Geschäftsjahr wird ein um 20 Prozent verbesserter Gewinn erwartet, der sich in einer höheren Dividende niederschlagen soll. Im vergangenen Jahr wies der Genußmittelkonzern einen Umsatz von 5,01 Mrd. DM aus. Der Cash-flow stellte sich auf 209,1 Mill. DM und der Gewinn wurde mit 112,7 Mill. DM ausgewiesen.

Die Konzernleitung der Jacobs-Suchard AG in Lausanne, hervorgegangen aus der Fusion des Kaffee-Konzerns der Jacobs AG in Zürich mit der *Süßwarengruppe der Interfood* S. A. in Lausanne, hat für die Jahre 1984 und 1985 Strukturänderungen vorgesehen. Ziele der zweiten Etappe dieser Fusion sind eine Positions- und Ertragsstärkung durch Sortimentskonzentration, Entwicklung neuer Produkte, Expansion (vor allem nach Nordamerika und dem Fernen Osten) mit Verstärkung des Lizenzgeschäftes und Firmenakquisitionen. Zudem wurde der Konzern neu strukturiert und in fünf Regionen gegliedert. Anfang 1984 wird das internationale Management in Zürich zentralisiert, während die Expansionsaktivitäten, die Betreuung der Lizenznehmer weltweit, das Management des Schweizer Geschäfts sowie die Forschung im Schokoladenbereich (bisher Lausanne) in Neuenburg zusammengefaßt werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Detmold: Hans-Joachim Otto, Inh. d. Fa. H.-J. Otto, Drahtzäune und Metallbau, Bad Salzuflen; **Kiel:** Nachl. d. Olga Janke geb. Kjhg; **Meppen:** Herrenkommode Textilvertriebsges. mbH; **Nürnberg:** Nachl. d. Vera Ruth Wuzer, Feucht, **Pforzheim:** Nachl. d. Karl Helmut Schäfer, Fabrikant, Salzgitter; Rauch & Störig GmbH.

RENTENMARKT / Zinsen wieder gestiegen

Neue Hoffnung keimt auf

Nach dem Wiederanstieg der Zinsen auf einen neuen Jahreshöchststand eröffnen sich dem Rentenmarkt zu Beginn dieser Woche günstigere Perspektiven, wenn die deutschen Rentenhändler ihren amerikanischen Kollegen folgen. Denn der unerwartete Geldmengenrückgang in den USA weckte neue Zinssenkungshoffnungen. Darüber wird sich die Bundespost ganz besonders freuen, weil sie für ihre Anleihe, deren Konditionen morgen festgesetzt wer*den, einen etwas günstigeren* Verkaufskurs bekommen wird. Im Gespräch ist ein 8¼-Prozenter. Wenn sich die Zinssenkungserwartungen verstärken, werden vermutlich auch bald Bundesobligationen teurer. Ein Fragezeichen hinter den Optimismus setzt freilich die Sitzung des Zentralbankrats am Donnerstag. (cd.)

Emissionen	2.9. 83	26.8. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,94	7,84	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,86	7,75	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,09	8,00	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,15	8,04	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,08	7,90	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,80	7,62	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,52	8,38	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,07	7,91	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,33	8,33	8,45	10,32	8,32

BILLERUD / Papierhersteller besteht hundert Jahre

Zuversichtlicher Ausblick

PETER ZERBE, Hamburg

„Wir werden alles daransetzen, in Europa größter Hersteller von Verpackungspapier zu bleiben." Das ver*sicherte Generaldirektor Gunnar* Engman aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des schwedischen Papierriesen Billerud in Hamburg.

Über das 1960 gegründete Verkaufskontor Hamburg wird in diesem Jahr voraussichtlich ein Umsatz von rund 260 Millionen Mark getätigt. Hauptabnehmer ist die Bundesrepu*blik Deutschland. In kleineren* Mengen werden über Hamburg die Schweiz, Österreich und die „DDR" beliefert. Im vergangenen Jahr wurden 100 000 Tonnen Zellstoff und 100 000 Tonnen Papier über Hamburg verkauft.

Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr beurteilt Engman positiv. Ob sich die für die *zweite* Jahreshälfte angekündigten Preiserhöhungen allerdings am Markt durchsetzen lassen werden, sei noch offen. „Noch sind die Läger unserer Abnehmer gut gefüllt. Erst wenn sie geräumt werden, können wir unsere Preisvorstellungen realisieren", betonte der Billerud-Chef.

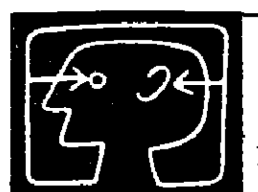
Zur Herstellung seiner *Produkte* verfügt das Unternehmen in Schweden über 600 000 Hektar Wirtschaftswald. In Portugal arbeitet eine Tochterfirma, die über 25 000 Hektar Wald verfügt. Hier werden 190 000 Jahrestonnen gebleichter Eukalyptus-Sulfat-Zellstoff gewonnen. In Brasilien half der Konzern beim Aufbau einer *Zellstoffabrik. Die Anlage gilt mit* 420 000 Jahrestonnen als die größte Eukalyptus-Sulfat-Zellstoff-Fabrik der Welt.

Jüngste Tochter von Billerud ist die Sackfabrik Drübeck in Lauterbach bei Fulda. Die Schweden erwarben erst vor einigen Tagen 49 Prozent des Familienunternehmens. Seit *mehr als zehn Jahren hält* Billerud eine Beteiligung von 50 Prozent an dem Wellpappen-Hersteller Panther-Well mit Betrieben in Hamburg, Berlin, Bottrop und Illingen.

Zwischen Hoffen und Bangen

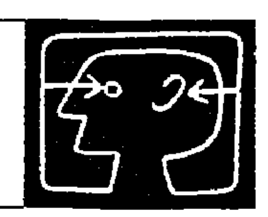
Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende August 1983	Ende Juli 1983	Hoch 1983	Tief 1983
Küpfer	L	£/t	1059,50	1120,50	1152,75	932,25
Zink	L	£/t	579,50	513,00	579,50	419,75
Zinn	L	£/t	8565,50	8560,50	8907,50	7392,50
Blei	L	£/t	263,25	259,75	312,75	257,75
Gold	L	$/Unze	414,50	422,25	511,50	402,25
Silber	L	p/Unze	803,35	797,95	948,65	680,30
Platin	L	£/Unze	292,70	287,45	322,00	244,55
Weizen	C	Cts/bu	388,75	372,62	402,50	306,25
Mais	C	Cts/bu	356,25	320,25	367,62	242,62
Kakao [1])	L	£/t	1440,50	1667,00	1728,00	1108,00
Kaffee [1])	L	£/t	1729,00	1652,00	2122,50	1569,00
Zucker	L	£/t	163,50	177,00	193,50	95,00
Sojaöl	C	Cts/lb	33,45	23,32	35,55	15,99
Baumwolle [2])	Li	Cts/kg	92,15	79,30	92,15	70,35
Schweißwolle	S	Cts/kg	561,50	566,00	576,50	527,50
Kautschuk	L	p/kg	80,00	81,00	82,25	50,00
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			1083,10	1077,10	1097,90	1005,80
Reuter's (18. 9.31=100) London			1911,20	1899,70	1945,00	1527,70

[1]) Zweite Abladung [2]) A-Index-Preis L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG



WELT-Korrespondenten berichten von der Funkausstellung in Berlin

Sennheiser – Mitsubishi – Digitaltechnik für Fernsehgeräte



Mehr noch als früher hat sich die Internationale Funkausstellung in Berlin zu einem Startplatz der Innovationen, zu einem Wettlauf der modernsten Produkte in der Unterhaltungselektronik entwickelt. Es geht nicht nur um die vieldiskutierten neuen Medien wie Bildschirmtext, Satelliten-Fernsehen und Bigfon (Breitbandiges, Integriertes Glasfaser-Fernmelde-Ortsnetz), das erst Kabelfernsehen, Fernmeldedienste und Bildtelefon ermöglicht. Vieles ist hier noch ungeklärt. In der Diskussion sind darüber hinaus ein Viedeorecorder-System mit einer standardisierten Cassette von 8 mm, Kamerarecorder, Heimcomputer, Videospiele, mit Laserstrahl ausgerüstete Compact-Disc-Plattenspieler und digital ausgerüsteten Geräte. Im Farbfernsehen werden die Geräte allmählich auf Stereo umgerüstet. Hinzu kommen die Turbulenzen auf dem Markt für die Cassetten der Videorecorder. Daneben läuft das normale Geschäft. Der Fernseh- und HiFi-Markt ist freilich weitgehend gesättigt, die Bildplatte vermutlich ohne Chancen. Was zählt, ist der Vorsprung in der Technologie. (Wz.)

SEL: Bedeutende Innovation gelungen

In der Fernsehtechnik wird ein neuer und wichtiger Technologie-Schritt eingeleitet. Die zum ITT-Konzern gehörende Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, startet mit der Produktion („zunächst in bescheidenen Stückzahlen") einer Colorgeräte-Generation, die mit einem digitalen Chassis ausgerüstet ist. Für den Rest dieses Jahres beabsichtigt das Unternehmen (es ist eine Frage der Chip-Produktion) die Herstellung von insgesamt 30 000 bis 40 000 Geräten mit der neuen Technik („Digivision"). Insgesamt wird bei SEL in diesem Jahr die Fernsehgeräte-Produktion ein Volumen von 1,3 Millionen Stück erreichen, davon ist in etwa jedes dritte Gerät mit Stereoton ausgerüstet. Bei SEL geht man davon aus, in etwa drei Jahren die Gesamtproduktion auf digitale Chassis umgestellt zu haben.

Dieser in der Branche bedeutende Innovationsschritt, dem sich andere Hersteller (zu hören ist dies von Sony, Philips, Grundig, Blaupunkt, Telefunken und anderen) – wenn auch mit gewissen Modifikationen – anschließen werden, ist dem Fernsehgerät nicht unbedingt auf den ersten Blick anzusehen. Beim Betrieb des Geräts ergeben sich deutliche Pluspunkte: Die Bildqualität ist besser und läßt vor allem über die Jahre hinweg nicht nach (das Bild justiert sich selbständig nach), darüber hinaus bleibt auch die Ton- und Sprachwiedergabe unbeeinträchtigt von Verzerrungen und Rauscheffekten.

Für die Herstellung der Geräte ist es ein äußerst wichtiges Kriterium, daß von den heute in einem Fernseh-Chassis herkömmlicher Provenienz enthaltenen 450 bis 500 Bauelementen rund 300 mit Hilfe dieses weiteren Integrationsschrittes fortfallen.

Überdies bedeutet die neue Technologie auch für den Gerätedesigner andere Gestaltungsmöglichkeiten. Das vorgegebene Ziel, einen Stereo-Fernseher ähnlich schmal wie ein Monogerät zu bauen, wurde erreicht.

Basis für den Markstein in der Fernsehtechnologie bietet ein von der ITT-Tochter Intermetall GmbH, Freiburg, entwickelter hochintegrierter Bausatz (Kit), der anstelle der bisher analogen eine digitale Signalverarbeitung im Fernsehgerät erlaubt.

Es werden also nicht Schwingungen entsprechend (analog) dem Auf und Ab ihrer Spannungsveränderung als Signal übertragen (was Störungen und Verzerrungen ermöglicht), sondern die Schwingungen werden in Zahlenwerte (digital) in hoher Meßwertfolge übertragen und entschlüsselt. Auch wenn das Signal undeutlich empfangen wird, kann so die übertragene Schwingung einwandfrei wiedergegeben werden.

Intermetall begann bereits vor neun Jahren mit entsprechenden Projektstudien und stieg vor vier Jahren intensiv in die Entwicklung ein. Der Entwicklungsaufwand wird in der Branche auf 40 bis 50 Millionen DM geschätzt. Für das kommende Jahr hat das Unternehmen, das auf diesem Gebiet gegenüber anderen Entwicklungen (Philips, Toshiba und andere) seinen zeitlichen Vorsprung auf etwa zwei Jahre veranschlagt, die Produktion von zwei Millionen Kits geplant. Kunden und zugleich Kaufinteressenten sind seit einer Reihe von Jahren 18 Firmen der Unterhaltungselektronik aus der ganzen Welt.

WERNER NEITZEL

MAN-NUTZFAHRZEUGE / Umstrukturierungen bringen „erhebliche Entlastung"

Mühsame Fahrt aus der Talsohle

DANKWARD SEITZ, München

Das Aufatmen ist nicht zu überhören. Nach einer rasanten, fast ungebremsten Talfahrt zeichnet sich für die deutschen Lkw-Hersteller zumindest am Inlandsmarkt 1983 eine Besserung der Lage ab. Wilfried Lochte, Leiter des Unternehmensbereichs Nutzfahrzeuge bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN), hält eine Zuwachsrate von 20 Prozent für realistisch, woran MAN selbst „voll, wenn nicht vielleicht sogar etwas mehr" teilhaben wird. In dieser Größenordnung soll auch der Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) auf rund 3,3 Mrd. DM wieder ansteigen, nachdem er 1982/83 auf 2,8 (3,8) Mrd. DM zurückgefallen war.

Seine Zuversicht begründete Lochte mit einem gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 25 Prozent auf 1,1 Mrd. DM gestiegenen Auftragsbestand. Getragen wurde diese Entwicklung ausschließlich vom Inland mit einem Plus von 75 Prozent; im Auslandsgeschäft sank das Volumen um 30 Prozent. Skeptisch ist Lochte allerdings, ob sich die Belebung am Inlandsmarkt im ersten Halbjahr 1984 fortsetzen wird. Es zeichne sich ab, daß als Folge der bis Ende 1983 gewährten staatlichen Investitionshilfe vorgezogene Bestellungen noch abgewickelt werden müssen, die dann ab Anfang nächsten Jahres aber fehlen. Eine Verlängerung der Frist bis Ende März oder Ende Juni 1984 sollte daher in Betracht gezogen werden, um eine größere Kontinuität in der Beschäftigung der Betriebe auch im Hinblick auf die noch unsichere Konjunktur zu gewährleisten.

Eine baldige Besserung des Auslandsgeschäfts sowohl für MAN als auch die gesamte Branche ist nach Ansicht von Lochte gegenwärtig noch nicht zu erkennen. Lediglich in den Nordsee-Ländern zeichne sich eine Trendwende ab. Mit großer Sorge beobachte man die Entwicklung in Frankreich und Italien. Irak, lange ein Schwerpunktmarkt für MAN, und auch andere Länder des Nahen Ostens seien vorerst ausgefallen.

„Niemals zuvor hat es", so Lochte, „eine derartig schnelle und schwerwiegende Schrumpfung der Nutzfahrzeugmärkte gegeben wie in den letzten Jahren." Bei MAN gingen 1981 noch 74 Prozent der Lkw-Lieferungen ins Ausland. 1982 waren es 67 Prozent, und im ersten Halbjahr 1983 sank diese Quote auf 38 Prozent. Hinter diesen Veränderungen verbergen sich bemerkenswerte Marktentwicklungen, wie Lochte ausführte: Lieferte MAN 1980 in die Länder des Nahen Ostens 1050 Lkw und 1981 rund 5600, so waren es 1982 noch knapp 3000 und im ersten Halbjahr 1983 nur noch ganze 47 Einheiten.

Ähnlich verlief die Entwicklung im Omnibusbau. Auch hier blieben die Lieferungen ins Ausland 1982 trotz der bisher höchsten Exportquote von nahezu 70 Prozent um etwa 11 Prozent hinter denen von 1981 zurück; im ersten Halbjahr 1983 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit sogar um 38 Prozent.

Ob der Nutzfahrzeugbereich 1983/84 wieder die Gewinnzone erreicht, ließ Lochte offen. 1982/83 hatte er bei einem von 53 auf 45 Prozent gesunkenen Anteil am Gesamtumsatz von MAN in Höhe von 8,76 (9,62) Mrd. DM „überproportional" zum Konzernverlust von rund 300 Mill. DM beigetragen. Die bereits durchgeführten oder geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen dürften aber eine „erhebliche Entlastung" bringen. Seit Oktober 1981 wurde die Mitarbeiterzahl um rund 3500 auf etwa 17 700 abgebaut. Bis auf „Detail-Anpassungen" sei damit, so Lochte, der „größte Teil" des Personalabbaus bewältigt. Die Kurzarbeit von vier Tagen pro Monat müsse einstweilen noch beibehalten werden.

Pläne zur Erweiterung

Für die Zukunft hat die Sennheiser Electronic KG, Wedemark bei Hannover, Erweiterungspläne. Mit Erfolg ist das Familienunternehmen seit langem auf die Herstellung von Kopfhörern in vielfältiger Form spezialisiert. Außerdem werden drahtlose Infrarot- und HF-Übertragungsanlagen, Mikrofone, Meßgeräte sowie Ausrüstungen für die Rundfunk- und Fernsehstudios produziert.

Was den Geschäftsführer des Unternehmens, E. F. Warnke, jedoch stört, ist die Abhängigkeit von der „Jubelelektronik", wie er auf der Funkausstellung respektlos verkündete. Als Neuheiten und Verbesserungen stellte das Unternehmen daher auf der Funkausstellung eine Lautsprecheranlage (TSL 66 aktiv) vor, die drahtlos gespeist wird. Mit den Mikroempfängern EM 1001 und EM 1003 sowie dem neuen Infrarotempfänger E 1002 ausgestattet, können diese drahtlos empfangenen akustischen Signale in Hochfrequenz- und Infrarot-Technik wiedergegeben werden. Verbessert wurden auch die drahtlosen Kopfhörer zum Empfang des Fernsehtons.

Vorgestellt hat das Unternehmen außerdem eine Werksführungsanlage für zehn Personen, die die geschlossene Werksbegehung einer Gruppe ermöglicht. Sennheiser will zwar keine Hörgeräte herstellen, hat aber dennoch einen Kinnbügelhörer ohne Kabel entwickelt, der als Hörhilfe bei Vorträgen, Fernsehempfang oder im Theater und Kino gedacht ist. Voraussetzung ist allerdings, daß in den Räumen oder dem Fernsehgerät ein flacher Sender eingebaut wird.

Für 1983 erwartet Sennheiser eine stabile Umsatzentwicklung. Im vergangenen Jahr betrug der Umsatz rund 70 Mill. DM und die Mitarbeiterzahl 980. Der Export ist am Umsatz mit 55 Prozent beteiligt. (Wz.)

Nur mit Spitzenprodukten

Die Mitsubishi Electric Europe GmbH, Ratingen, ist die Vertriebsgesellschaft des japanischen Mutterkonzerns für ganz Europa. Sie ist erst wenige Jahre in der Bundesrepublik tätig. Aufgrund ihrer Marktstrategie beschränkt sich das japanische Unternehmen, wie Geschäftsführer F. J. Stubert erläuterte, auf Produkte der Spitzenklasse.

Der Großhandel wird von der Mitsubishi Europe nicht beliefert. Tochtergesellschaften hat die Mitsubishi Europe in der Schweiz und in Schweden. In diesem Jahr will das Unternehmen nach eigenen Angaben einen Jahresumsatz von fast 200 Mill. DM erreichen. 1979 betrug der Umsatz erst 29 Mill. DM. Exportiert werden zur Zeit fast 60 Prozent. Außer Unterhaltungselektronik liefert das Unternehmen Bauteile, Bildröhren und Zubehör.

Die Mitsubishi Electric Corp., die Muttergesellschaft der Tochter in Europa, ist Teil des weitverzweigten Mitsubishi Konzerns in Japan. Im vergangenen Jahr hatte die Mitsubishi Corp. umgerechnet einen Umsatz von 15,73 Mrd. DM (plus 8 Prozent). Rund fünf Prozent des Umsatzes werden für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Außer Konsumgüter der Unterhaltungselektronik werden Anlagen und Investitionsgüter wie Generatoren, Kraftwerke, Fahrstühle, Turbinen sowie Satelliten- und Weltraumtechnik produziert.

Besonderen Wert legt das Unternehmen auf eine enge Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den Forschungsabteilungen und den Produktionszweigen. Zur Unternehmensphilosophie gehört außerdem eine rasche unternehmerische Verwertung der Forschungsergebnisse. Modernste Technologie gehört nach Angaben des Unternehmens zur Basis für ein stetiges Wachstum.

PETER WEERTZ

NAMEN

Bernd Axel Brandt, bisher Executive Director der S.G. Warburg + Co. Ltd., London, wurde per 1. September zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main, bestellt.

Piet-Jochen Etzel, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, wurde anstelle des ausgeschiedenen **Rolf Diel** in den Aufsichtsrat der Deutschen Länderbank, Frankfurt, gewählt und zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bestellt.

Karl Mündl, bisher Filialleiter des Valvo Unternehmensbereichs Bauelemente der Philips GmbH, Stuttgart, wird zum 1. Juni 1984 Geschäftsführer der Dr. Bernhard Beyschlag Apparatebau GmbH, Heide. Er ist Nachfolger von **Gerhard Merz**, der in den Ruhestand tritt.

VEREINIGTE HAFTPFLICHT VERSICHERUNG

Beiträge leicht gestiegen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Obwohl die Beitragseinnahmen der Vereinigten Haftpflicht Versicherung V.a.G. (VHV), Hannover, im Geschäftsjahr 1982 nur leicht um 3 Prozent auf 566 (549) Mill. DM gestiegen sind, zeigt sich der Vorstand mit dem Jahresabschluß zufrieden. Mit 46 (42) Mill. DM stellt der Spezialversicherer der deutschen Bauwirtschaft das bislang höchste Volumen an Beitragsrückvergütungen bereit.

Auch für 1983 rechnet die VHV mit wiederum befriedigendem Ergebnissen und hohen Rückvergütungen. Vor der Hauptversammlung verwies der Vorstand auf das kräftig belebte Autogeschäft. Für das gesamte Jahr rechnet die VHV mit deutlich über dem Branchendurchschnitt liegenden Zuwachsraten bei den Beitragseinnahmen in der Autoversicherung. In der Betriebshaftpflicht und der technischen Versicherung werde sich die Wende am Bau allerdings erst im Abschluß 1984 niederschlagen. Gemessen am Beitragsaufkommen, entfallen etwa zwei Drittel des Geschäfts auf die Kraftfahrt- und ein Drittel auf die Haftpflicht- und technische Versicherungen.

Für 1982 weist die VHV nach Steuern von 20,5 (18,1) Mill. DM einen Jahresüberschuß von 29,4 (32,5) Mill. DM aus. Der offenen Rücklage wurden wieder 11 Mill. DM zugeführt. Der Bilanzgewinn von 18,4 (21,5) Mill. DM kam voll der Rückstellung für Beitragsrückvergütung zugute. Während das technische Ergebnis (27,1 nach 32,5 Mill. DM) etwas geringer ausfiel, nahm das nichttechnische Ergebnis auf 49,7 (46,6) Mill. DM zu, obwohl die Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen auf 8,9 (9,1) Prozent zurückging. Die Schadenquote verbesserte sich auf 79,4 (81) Prozent.

Immobilien-Leasing

Eine leistungsstarke Immobilien-Leasing-Gesellschaft verfügt über ein spezielles Know-how bei der Konzeption, der Planung, der Vergabe und Abwicklung von gewerblichen Bauobjekten. Während Großunternehmen mit eigenen Fachabteilungen in der Lage sind, die für ihre Zwecke erforderlichen Betriebsneubauten optimal zu planen und zu günstigen Kosten erstellen zu lassen, treten mittelständische Unternehmen über lange Perioden nur *einmal als Bauherr* auf und sind ausschließlich auf fremde Berater angewiesen. Ein Nachteil ergibt sich allein schon daraus, daß sie oft nur Einmalkunden der Baufirmen sind.

Dieses „Handicap" kann durch die Investitionsnutzung im Immobilien-Leasing-Verfahren vermieden werden. Namhafte Leasingunternehmen setzen für die Abwicklung der Leasingobjekte besondere Tochtergesellschaften, die als qualifizierte Baumanager auftreten, ein.

Dabei wird im einzelnen dazu beigetragen, daß Bauprogramme gelenkt, Bautermine gesichert, Baukosten reduziert, Bauabläufe *optimiert, die zur Vermietung* bestimmten Objekte drittverwendungsfähig und damit langfristig wertbeständig gestaltet werden. Dies liegt insbesondere auch im Interesse des Mieters, weil zum Beispiel aufgrund der schnellen strukturellen Veränderungen auch ein handeltreibendes Unternehmen vielleicht in wenigen Jahren ein Raumprogramm einer Umstrukturierung unterziehen muß. In diesem Fall ist es günstig, auch bei einem angemieteten Objekt hierfür zusätzliche Kosten vermeiden zu können.

Immobilien-Leasing-Gesellschaften sind als professionelle Dauerauftraggeber der Bauwirtschaft in der Lage, Risiken und Zufälligkeiten im Zusammenhang mit den Bauinvestitionen weitgehend auszuschalten. Die ständige Marktübersicht verschafft einem sachverständigen Team von Bauspezialisten aktuelle Kenntnisse nicht nur über die Preis- und Kostenverhältnisse des Baumarktes, sondern auch über die Entwicklung neuer Technologien, Baustoffe oder Energieeinsparungen.

Trotzdem kann der Leasingnehmer aktiv bei der Objektabwicklung mitwirken. Hierbei entscheidet er selbst, inwieweit er sich entlasten möchte. Beispielsweise kann der Baumanager der Leasing-Gesellschaft die Zielsetzung definieren und gemeinsam mit dem Leasingnehmer festlegen, welche Architekten und Ingenieure herangezogen werden sollen. In diesem Zusammenhang ist darauf zu achten, daß das Baumanagement der Leasing-Gesellschaft bereits vor Unterzeichnung eines Leasingvertrages zur Überprüfung von Planungsgrundlagen und Ansiedlungsstandort eingeschaltet wird.

Die hierfür anfallenden Kosten sind im Verhältnis zu den zu erwartenden Ergebnissen minimal. Ferner ist noch von seiten des Leasingunternehmers zu berücksichtigen, daß die Leasing-Gesellschaft als Baumanager eine ausführliche Stellungnahme mit klaren Hinweisen und Vorschlägen für Verbesserungen, Veränderungen und Kosteneingrenzungen des Objektes vorlegt. Mit Hilfe eines zunächst zu erstellenden Vorentwurfes können die Kosten eingegrenzt und das Bauprogramm festgeschrieben werden.

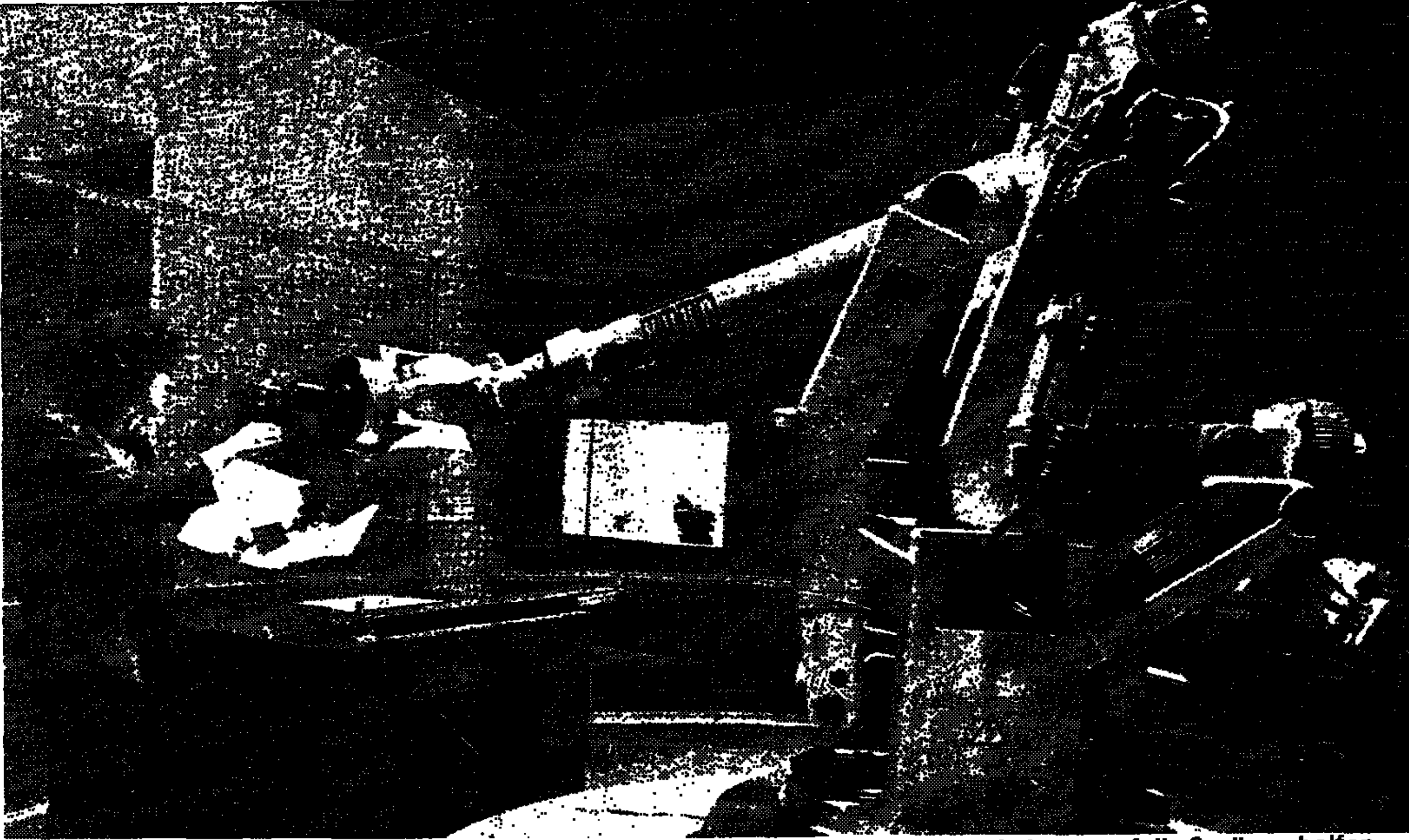
Unter Einbeziehung der Bedingungen des Standortes läßt sich dann ein Kostengerüst erarbeiten, das einem durchschnittlichen Qualitäts- und Baustandard entspricht. Zweckmäßigerweise werden Einzelwerte für das konkrete Objekt mit der Folge ausgearbeitet, daß eine spätere Gesamtkorrektur durch Veränderung von Einzelansätzen für jeden transparent und überprüfbar ist.

Hierbei kommt selbstverständlich wiederum der überregional tätigen Immobilien-Leasing-Gesellschaft zugute, daß sie beinahe einen lückenlosen Informationsstand über den Baumarkt hat. Hierin einbezogen ist auch die Einschätzung der Leistungsstärke von Baufirmen, unabhängig, ob örtlich, regional oder überregional tätig. In *jedem Falle wird ermöglicht, daß* der Leasingnehmer über alle getroffenen Maßnahmen, die zu Kostenfaktoren für die vereinbarte Bemessungsgrundlage der Miete führen, informiert ist und danach seine Anmietungswünsche ausrichten kann.

Der umfangreiche Katalog von Dienstleistungen, die für den Mieter beim Immobilien-Leasing nutzbar werden, setzt sich fort, in*dem die folgenden kaufmänni*schen und verwaltungstechnischen Leistungen im Unterschied zur Eigeninvestition von fremden Dritten, nämlich der Leasing-Gesellschaft als Vermieter, übernommen werden.

1. Abschluß von Grundstückskauf- und Erbbaurechtsverträgen sowie deren Durchführung gemeinsam mit dem Notar einschließlich Vermessung des Grundstücks.
2. Beschaffung der Teilungsgenehmigung und der Bodenverkehrsgenehmigung.
3. Beschaffung des Veränderungsnachweises und sonstiger Katasterunterlagen.
4. Beschaffung der Bescheinigung nach § 1026 BGB zur Beseitigung von Belastungen.
5. Wahrung der gebührenfreien Eintragung von Vereinigungen und Zuschreiben von Grundstükken nach § 69 Kostenordnung.
6. Sammeln und Anfertigen von Unterlagen für Einheitsbewertung der Grundstücke und Erbbaurechte.
7. Prüfung der Steuerbescheide.
8. Abschluß aller notwendigen Versicherungen.
9. Regelmäßige Prüfung und Überwachung der Versicherungspolicen und Prämienanforderungen.
10. Ermittlung des Wertes der Jahresbruttomieten für die Haftpflichtversicherung.
11. Prüfung von Wertgutachten der Monopolversicherungsanstalten.

KLAUS FEINEN



Zur neuen Technik paßt eine moderne Finanzierungsform – Leasing wird dem Roboter auf die Sprünge helfen
FOTO: KLAUS MEHNERT

Der Roboter – ein ideales Mietobjekt

Die WELT sprach mit Max Kühner, Geschäftsführer der Lease Trend in München

WELT: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Einsatz moderner Technologien einerseits und deren gleichzeitige Finanzierung durch Leasing andererseits?

Kühner: Hier besteht sicherlich eine Verbindung. Dies mag daher rühren, daß der Unternehmer, der sich mit technologischen Innovationen beschäftigt, auch aufgeschlossener gegenüber modernen Finanzierungsfor*men ist. Am deutlichsten ist dies in* der EDV-Anwendung zu sehen, wo sich Leasing (und Miete) weitgehend durchgesetzt haben. Vielleicht kann man sogar sagen, daß der Siegeszug des Computers zum großen Teil erst durch Leasing und Miete möglich wurde.

Genauso wie in den letzten Jahren der Durchbruch des Computers zur Selbstverständlichkeit in der Verwaltung stattgefunden hat, findet zur Zeit der Durchbruch des Roboters in der Industriepraxis statt. Außerdem wissen erfolgreiche Unternehmer um die Wichtigkeit, in neue Märkte und Technologien zu investieren, um in der Zukunft bestehen zu können. Für diese Bereiche sind aber nicht ohne *weiteres Bankkredite erhältlich. Also* ist der Unternehmer gezwungen, sein oft knappes Eigenkapital einzusetzen. Mit Hilfe des Leasing hat er nun eine Möglichkeit, Eigenkapital und Kreditlinien zu entlasten und die knappen eigenen Mittel zur Verwirklichung anderer, sonst nicht finanzierbarer Vorhaben zu verwenden.

WELT: Wie ist der Roboter als Leasingobjekt aus der Sicht der Leasingfirma zu beurteilen?

Kühner: Ich halte den Roboter für ein – fast möchte ich sagen – ideales Leasingobjekt. Erstens von der Größenordnung des Einzelobjekts: Bei einem Betrag von 50 000 bis 300 000 Mark kann sich eine Leasingfirma schon mal anstrengen. Zweitens von der technischen Lebensdauer, die in der Regel weit über der steuerlichen Abschreibungsfrist liegt. Dies macht es für den Anwender interessant, im Anschluß an eine Kostenverteilung *auf beispielsweise vier Jahre* (in denen sich der Robotereinsatz meist längst amortisiert hat), das Objekt noch jahrelang fast ohne Kosten nutzen zu können. Drittens vom technologischen Fortschritt: Trotz neuer Entwicklungen unterliegen Handhabungsautomaten generell keiner zu schnellen Veralterung. Sollte er jedoch zum Beispiel an seinem Einsatzstandort in den nächsten Jahren durch ein umfassenderes Bearbeitungssystem ersetzt werden, so kann er dann immer noch anderweitig im Werk eingesetzt werden.

Diese anhaltende, wirtschaftliche Einsetzbarkeit des Roboters bietet für die Leasingfirma eine erheblich bessere Objektsicherheit als – nun nehmen wir mal Computer-Zentraleinheiten – die unter Umständen in zwei bis drei Jahren technisch überholt und damit fast wertlos sein können.

WELT: Welche Vertragskonstruktion empfehlen Sie für Roboter-Leasingverträge?

Kühner: Wir empfehlen aufgrund der steuerlichen Vorschriften nur Leasingverträge mit einer unkündbaren Grundmietzeit, die zwischen 40 und 90 Prozent der sogenannten betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer (Afa-Zeit) liegt. In den Afa-Tabellen der Finanzämter sind Industrieroboter noch nicht erfaßt. Wir behelfen uns daher mit einer – im Vergleich zu Werkzeugmaschinen – aufgrund des technischen Fortschritts etwas kürzeren Laufzeit, also etwa viereinhalb bis sieben Jahre Grundmietzeit.

In dieser Grundmietzeit werden mit der monatlichen Miete nicht die gesamten Anschaffungskosten des Roboters gedeckt. Ein Teil dieser Kosten wird deshalb als Restwert auf die Zeit nach Ablauf der Grundmietzeit verlagert. Dies bietet den Vorteil entsprechend niedrigerer Mieten während der Grundmietzeit. Danach kann der Kunde den Vertrag verlängern und zahlt eine erheblich niedrigere Anschlußmiete, oder er kann das Objekt zum vorher vereinbarten Restwert erwerben.

WELT: Man spricht heute schon von einer Überbesetzung des Marktes für Robotertechnik. Was kann ein Anbieter tun, um mit seinem Produkt einen Konkurrenzvorsprung zu erhalten?

Kühner: Abgesehen von den technischen Voraussetzungen liegt für den Hersteller ein entscheidender Vorteil darin, wenn er sein Produkt gleichzeitig mit der Finanzierung aus einer Hand anbieten kann, indem er selbst an seinen Kunden vermietet oder verleast. Damit er aber den Verkaufserlös verbuchen kann und die volle Liquidität erhält, wird die Leasingfirma als „third party lessor" eingeschaltet, ohne daß der Kunde hiervon erfährt.

Konstruktionen dieser Art sind be*sonders in der amerikanischen EDV*-Branche üblich. In Zusammenarbeit mit unserem amerikanischen Partner haben wir eine Reihe von Modellen für verschiedene Branchen und den Kundenwünschen entsprechend entwickelt. Aufgrund der daraus zu beobachtenden Verkaufserfolge wird die Herstellermiete auch im Robotermarkt ihren Platz finden.

WELT: Roboter-Anwender sind bisher im wesentlichen die großen Automobil-Hersteller und Hersteller anderer Großserien. Werden diese auf eine Herstellermiete eingehen?

Kühner: Bei Einzelstücken wohl weniger. Aber bei der Einrichtung von großen Transferstraßen mit Dutzenden von Robotern ist das schon möglich. Außerdem werden in Zukunft auch die mittleren Hersteller von Serienprodukten die Vorteile des Roboters – höhere Präzision, Qualität und Kostenersparnis – zu schätzen wissen. Und dann hat der Roboterverkäufer, der statt des Kaufs die Miete anbieten kann, natürlich einen Konkurrenzvorsprung.

Hinzu kommt, daß der Roboterhersteller seinem Kunden einen Austausch gegen ein neueres Modell während der Mietdauer zusagen kann – der Benutzer zahlt dann nur eine entsprechend höhere Miete, der Hersteller erhält von der „third-party"-Leasingfirma den Aufpreis erstat*tet und kann im Falle* eines Austausches das ursprüngliche Gerät anderswo einsetzen.

WELT: Kann mit Hilfe der Herstellermiete die Marktposition der deutschen Roboter-Hersteller gegen die Konkurrenz aus dem Ausland verbessert werden?

Kühner: In Japan hat ein von der Regierung gefördertes Roboter-Leasingsystem für die weite Verbreitung in Groß- und Kleinbetrieben gesorgt. So kann auch ein Kleinbetrieb zum Beispiel einen Schweißautomaten für etwa 150 000 Yen im Monat mieten. Der Durchschnittslohn eines Schweißers einschließlich Zulagen liegt bei etwa 300 000 Yen pro Monat. Wenn der Automat rund um die Uhr arbeitet, ersetzt er drei Schweißer die 900 000 Yen kosten würden.

Die deutschen Unternehmen sehen eine Marktchance gegen die japanische Konkurrenz vor allem auch im verstärkten Einsatz von Montagerobotern zunehmend auch bei Mittelbetrieben. Es liegt auf der Hand, daß hier das Anbieten von kompletten System-Lösungen – Roboter plus Einsatztechnologie plus Finanzierung durch Leasing oder Miete – einen Konkurrenzvorsprung sichert.

Nicht jeder Schätzer ist ein Schatz

Bm. – Die renommierten Immobilien-Gesellschaften haben es sich längst abgewöhnt, auf Fremdgutachter zu setzen. Sie gehen mit Lupe und spitzem Bleistift selbst an die Objekte heran, die ihnen in den Verfahren Buy *and lease oder Sale and lease* back angeboten werden. Das geschieht nicht selten, weil Firmen etwa ihr Verwaltungshaus aus der Bilanz heraus haben wollen, oder weil es ihnen darum geht, ihre Liquidität aufzubessern. Dann verkaufen sie ihr Objekt und leasen es von der Leasing-Gesellschaft zurück.

Doch wer bestimmt den Kaufwert? Früher begnügte man sich mit der Prüfung der Bausubstanz *– und mancher Schätzer soll* auch heute noch nicht über diese antiquierte Methode hinausgekommen sein. Natürlich ist auch die Bausubstanz ein Kriterium für den Objektwert. Weit bedeutender für die Lebensdauer eines Objektes sind aber auch die Bonität des Leasing-Nehmers, die Art seines Geschäftes, das er mit dem Objekt betreibt; hat es Zukunft, wird es optimal geführt? Der Leasinggeber ist gut beraten, der Er*tragswertschätzungen anstellt* und die Arbeitsökonomie unter die Lupe nimmt.

Objekt ist längst nicht Objekt. Wo liegt es, wie ist seine Infrastruktur? Man kann gar nicht genug fragen *und nie ausreichende*

KOMMENTAR

Antworten bekommen, wenn man seine Unterschrift unter einen Leasing-Vertrag setzt, der über 20 oder gar 30 Jahre läuft. Niemand kann ökonomisch solche Horizonte abschätzen. Also steckt automatisch in solchen Verträgen ein nicht kalkulierbares Risiko.

Und das ist der Grund dafür, daß die Leasing-Geber im Bereich der Immobilie lieber einen Neubau errichten und verleasen, statt im Sale and lease back ein Objekt zu erwerben. Tun sie es dennoch, so legen sie sehr strenges Maß an die Möglichkeit der Drittverwertung.

Diese Drittverwertung kann in Ausnahmefällen bereits beginnen, bevor der Leasing-Nehmer sein Unternehmen einstellen muß. Denn die Leasing-Raten werden in Fällen der Insolvenz immer sehr lange gezahlt, selbst dann noch, wenn ein bankrotter *Unternehmer andere Fälligkeiten* schon nicht mehr erfüllt. Denn wenn er die Leasing-Raten nicht mehr zahlt, legt der Leasing-Geber sofort die Hand auf das Objekt, dann werden Verwaltung und Produktion über Nacht gestoppt – Auslauffristen, die bei Insolvenzen gern genutzt werden, um doch noch Teile von Kosten abzudecken, gibt es dann nicht mehr.

Vom Kraftwerk bis zur Pipeline

Immobilien-Leasing erweist sich als eine ideale Finanzierungsmethode für den sogenannten Big-Ticket-Sektor. Das Eigentum an Immobilien bietet dem Vermieter Sicherheit und Steuervergünstigungen, und der Mieter braucht sein Kapital nicht auf lange Sicht festzulegen.

Von HEINZ KUNZER

In den zurückliegenden zehn Jahren hat sich das Immobilien-Leasing in Europa in einer so vielfältigen Weise ausgedehnt, daß es zunehmend schwieriger wird, alle speziellen Arten unter einen Begriff zusammenzufassen.

In der Bundesrepublik Deutschland, wo man wahrscheinlich mit derartigen Entwicklungsvorhaben am weitesten fortgeschritten ist, kommt die am weitesten gefaßte Auslegung des Begriffes Immobilien-Leasing zur Anwendung. Entsprechende Objekte finden sich in der Industrie und im Handel, wobei die Palette von Bürohäusern und Einkaufszentren bis zu Lagerhäusern und Industrieanlagen reicht – in jüngster Zeit sogar bis zu Kraftwerken und Pipelines.

Unterschiedlich von Land zu Land verhält es sich auch mit dem Stellenwert des Immobilien-Leasing in dem gesamten Geschäftszweig. In der Bundesrepublik Deutschland kam Immobilien-Leasing schon zu einem frühen Zeitpunkt auf. Lange bevor Leasing im Jahre 1962 eine rechtliche Grundlage erhielt, gab es schon in den fünfziger Jahren einige Modelle für Immobilien-Leasing. Dabei kamen bereits alle Wesensmerkmale des Leasing zum Tragen: langfristige Vermietung, langfristige Finanzierung und, bei Ablauf der Vertragsdauer, eine Option auf den Kauf des Objektes.

In den Jahren zwischen 1965 und 1975 setzte sich Immobilien-Leasing nachdrücklich durch. In jener Zeit entstanden zahlreiche Firmen, die sich auf Immobilien-Leasing spezialisieren. Gegenwärtig haben schätzungsweise 42 der insgesamt 569 eingetragenen Leasing-Firmen einen nennenswerten Marktanteil auch im Immobilien-Geschäft, während nur zehn Unternehmen als hauptsächlich in dieser Sparte tätige Firmen anzusehen sind. Die beiden größten Firmen im Immobilien-Leasing sind die Deutsche Anlagen-Leasing (DAL) und die KG Allgemeine und Deutsche Gesellschaft für Immobilien und Anlagen Leasing GmbH.

Zwar machen die auf Immobilien-Leasing spezialisierten Firmen nur einen relativ kleinen Anteil an der Gesamtzahl der Unternehmen aus, sie übertreffen jedoch bei weitem das Volumen im Anlagen-Leasing. In den zurückliegenden sieben Jahren summierten sich die Abschlüsse im Immobilien-Leasing auf mehr als die Hälfte der gesamten Investitionen. Am Ende des vergangenen Jahres wurden weitere 5,5 Milliarden Mark in Immobilien angelegt.

Der Grund für die wachsende Bedeutung des Immobilien-Leasing in der Bundesrepublik Deutschland ist in der knappen Ausstattung deutscher Unternehmen mit Eigenkapital zu suchen. Die meisten Unternehmen bringen im Durchschnitt weniger als 20 Prozent ihres Geschäftskapitals selbst auf, wohingegen in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten der entsprechende Prozentsatz über 40 Prozent liegt.

Frankreich: Sicomi unter Aufsicht der Regierung

In Frankreich stellt der „Credit bail immobilier", der im Jahre 1967 durch einen Erlaß der Regierung geschaffen wurde, einen wesentlichen Sektor der Leasing-Branche dar. Zur Zeit gibt es mehr als 60 Firmen, kurz Sicomi (Société Immobilière pour le Commerce et l'Industrie) genannt, die Immobilien als Leasing-Objekte vermieten. Ende 1981 beliefen sich die Abschlüsse aller eingetragenen Sicomi auf 20,2 Milliarden Franc. Im selben Jahr betrug der Buchwert aller vermieteten Objekte 19 Milliarden Franc. Sicomi ist strikten Auflagen der Regierung unterworfen, und ihre Geschäftsbedingungen müssen von den Behörden genehmigt werden. Allerdings ist sie von der Körperschaftssteuer befreit, sofern sie wenigstens 85 Prozent ihres Gewinnes an Anteilseigener ausschüttet.

Die Mehrzahl der Sicomi ist nicht auf einen speziellen Bereich des Immobilien-Leasing festgelegt, doch 15 Firmen beschränken ihre Geschäftstätigkeit auf festumrissene Gebiete, wie beispielsweise die Hotellerie.

Auch in Spanien deckt Immobilien-Leasing ein weites Feld ab: mit Ausnahme von Wohnungen und Wohnhäusern sind hier alle Immobilien eingeschlossen. Im Gegensatz dazu werden von der französischen Leasing-Branche, die den striktesten Kontrollen der Welt unterliegt, unter Immobilien-Leasing nur Gebäude für gewerbliche oder Büro-Nutzung verstanden, die weder mit Anlagen ausgerüstet noch mit Inventar ausgestattet sind.

Obwohl in Spanien das Immobilien-Leasing noch in den Kinderschuhen steckt (es wurde erst im Jahre 1965 eingeführt), läßt sich dieser Markt vielversprechend an. Die meisten Firmen sind zugleich im Immobilien- und im Anlagen-Leasing tätig; vier Unternehmen betätigen sich ausschließlich auf dem Felde der Immobilien. Diese vier sind: Alquiber, Arrendamientos Financieros Immobiliarios SA, GDS de Immuebles en Leasing SA und Leasing Immobilisario. Alle Firmen, wie auch die Unternehmen für Anlagen-Leasing, sind auf die Großstädte Madrid und Barcelona konzentriert.

Im vergangenen Jahr machten die Immobilien-Abschlüsse insgesamt fünf Milliarden Pesetas bei einem Gesamtaufkommen von 53 Milliarden Pesetas im Leasing-Geschäft aus. In letzter Zeit sind nur vereinzelte Kontrakte größeren Umfanges abgeschlossen worden. In Zukunft könnte es dazu kommen, daß die sogenannten „Big-Ticket-Verträge" von einem Pool offeriert werden, der aus spanischen Leasing-Firmen in Verbindung mit ausländischem Kapital gebildet wird. Der Königliche Erlaß aus dem Jahre 1982, der Steuervergünstigungen auch für Immobilien einräumte, dürfte zu einer weiteren Belebung des Immobilien-Leasing beitragen.

Die großen Leasing-Firmen sind in der Mehrzahl Tochterunternehmen der führenden Banken, auf deren finanziellen Rückhalt sie angewiesen sind. Alquiber und Arrendamientos Financieros Immobiliarios SA gehören beide zur Banco Hispano Amerocano.

In Frankreich verfügt fast jede Handelsbank über eine Abteilung für Immobilien-Leasing; die anderen Firmen in diesem Bereich sind mit Unternehmen des Anlagen-Leasing liiert. Ähnliches trifft auf die deutschen Vermieter zu, wo nahezu durchweg Banken die Mehrheit am Aktienkapital der Immobilien-Leasing-Firmen halten.

Spanien: Zunahme auf dem Markt für Büroraum

Es ist nicht weiter überraschend, daß die Ausrichtung auf dem Felde des Immobilien-Leasing nach den jeweiligen Erfordernissen der einzelnen Länder geschehen ist. In Spanien hat es in den letzten Jahren eine Zunahme auf dem Markt für Büroraum gegeben. Der Anteil dieser Sparte ist auch in der Bundesrepublik Deutschland ständig gestiegen, von 18 Prozent Anteil am gesamten investierten Kapital in Immobilien auf 33 Prozent im vergangenen Jahr. An der Spitze im Bereich Immobilien-Leasing liegen in Deutschland jedoch Fabriken und Lagerhäuser mit 51 Prozent.

Ein noch unerschlossener, aber möglicherweise wichtiger Bereich könnte die Vermietung von Gebäuden für Behörden sein. Im Jahre 1982 lag der Anteil dieser Sparte erst bei drei Prozent. KG Allgemeine ist in diesen Bereich ganz groß eingestiegen, indem sie die Finanzierung des Baues einer Stadthalle in München in Höhe von 300 Millionen Mark beschafft hat.

In Frankreich sind die Investitionen stärker im Handelswesen konzentriert. In dieser Kategorie flossen die meisten Mittel in Läden und Supermärkten (1980 rund 5,4 Millionen Franc), an zweiter Stelle folgten Hotels und Restaurants (1980 knapp zwei Millionen Franc). Von den 1980 getätigten Investitionen entfielen auf industrielle Objekte insgesamt 5,9 Millionen Franc.

Trotz erschwerter wirtschaftlicher Bedingungen hält der Aufwärtstrend im Immobilien-Leasing in den meisten europäischen Ländern an. Der Grund dafür ist einleuchtend: diese Finanzierungsmethode bietet dem Mieter ausreichend Flexibilität hinsichtlich der Finanzierung und der Zahlungsbedingungen.

Nach zwei guten Jahren: Die Immobilie lief der Mobilie davon

Leasing-Unternehmen spüren die Flaute weniger stark als andere Branchen

HANS BAUMANN, Essen

Als vor Jahren noch zahlreiche Leasinggesellschaften dem immobilen Leasing nur geringe Chancen einräumten, waren Klaus Feinen und Hans-Joachim Hahn schon sicher, daß das immobile Leasing das Leasen beweglicher Wirtschaftsgüter ein- und überholen werde.

Schon 1981 ging diese Voraussage in Erfüllung. Die Immobilie lief der Mobilie davon. Feinen und Hahn, Geschäftsführer der dil Deutsche Gesellschaft für Immobilien- und Anlagen-Leasing, Düsseldorf, fügen jedoch an, daß 1981 ein ungewöhnlich gutes Jahr für die Immobilie war.

Aber auch 1982 kann sich sehen lassen. Ohne Herstellervermietung erreichten die im Deutschen Leasing-Verband zusammengeschlossenen Gesellschaften, die rund 80 Prozent des Marktes repräsentieren, bei Mobilien einen Zuwachs des Geschäftes um 4,2 Milliarden Mark und bei Immobilien einen solchen von 5,05 Milliarden Mark. Der Vertragsbestand belief sich 1981 bei Mobilien auf 14,7 Milliarden Mark und bei Immobilien auf 20,8 Milliarden Mark. 1982 erhöhten sich die Bestände bei Mobilien auf 15,6 und bei Immobilien auf 24,9 Milliarden Mark.

Es wird weniger gebaut

Es ist fast unmöglich, den Umfang des bevorstehenden Immobiliengeschäfts abzuschätzen. Das Volumen kann sich schlagartig aufblähen, wenn – zum Beispiel – der Auftrag zum Bau eines Kraftwerkes im Leasing-Verfahren ins Haus kommt. Zu solchen Geschäften gerade mit gemischtwirtschaftlichen Unternehmen kommt es häufiger, weil die kommunalen Anteilseigner in der Regel nicht über die erforderlichen Investitionsmittel verfügen und daher auf das Leasing zurückgreifen.

Erklären können Feinen und Hahn auch das Phänomen nicht, daß Immobilien-Leasing vornehmlich in der zweiten Jahreshälfte Saison hat. Die Annahme, daß der Leasing-Nehmer das Objekt gern noch vor Jahresschluß abwickeln möchte, ist unzureichend, da es sich bei Immobilien-Objekten in der Regel (bei dil 80 Prozent) um Neubauten handelt, die sich kaum in sechs Monaten erstellen lassen.

Spürt das Immobilien-Leasing die Flaute? „Nicht so sehr wie andere Branchen", meint Hans-Joachim Hahn. Ergänzt Klaus Feinen: „Wenn das Bruttosozialprodukt nur noch um ein Prozent wächst, wird automatisch weniger gebaut." Solche Aussagen werden aber von der Tatsache relativiert, daß die dil 1982 immerhin noch ein Plus von zwölf Prozent erzielte.

Jeder erdenkliche Service

„Tot" ist das Geschäft mit Cash-and-carry-Läden, nachdem die Genehmigungen durch die Baubehörden kaum noch erteilt werden. Diese Supermärkte wurden in aller Regel bis hin zur Kasse geleast. Derartige Objekte haben die Immobilien-Geber gern in ihrem Fundus; weil sie nicht mehr genehmigt werden, haben die vorhandenen an Attraktivität gewonnen.

Welche Struktur hat der Markt für Immobilien? 60 Prozent der Aufträge entfallen auf Produktions- und Lagerhäuser, 30 Prozent auf Verwaltungen und die restlichen zehn Prozent auf Kaufhäuser und Märkte. Muß man in der Zeit grassierender Insolvenzen seine Kunden nicht noch vorsichtiger betrachten? Die Geschäftsführer der dil bejahen ohne zu zögern. Insgesamt, so sagen sie, sei auch der ökonomische Horizont kleiner geworden. Ein Blick auf die nächsten fünf Jahre sei in manchen Fällen schon kühn.

Es kommt auch bei der dil schon einmal vor, daß man ein Objekt „verwerten" muß, also verkaufen, obwohl Leasen der Geschäftszweck des Hauses ist. „Aber wir haben bisher noch keine Verluste zu beklagen gehabt", sagt Hans-Joachim Hahn, der sich jedoch sehr bewußt ist, daß dies auch seinem Haus durchaus einmal passieren kann.

Jahr für Jahr baut die dil für „wenigstens" 500 bis 600 Millionen Mark. „Und wir bauen billiger", sagt Hahn, „weil wir ständig bauen." Die dil hat eine eigene dil-Bauplanung, die bereits 25 Fachleute beschäftigt. Diese Truppe bietet den Leasing-Nehmern jeden erdenklichen Service. Hier wird Maßarbeit für jeden Kunden geleistet.

Insgesamt beschäftigt die dil inzwischen 110 Mitarbeiter. dil entstand vor sieben Jahren aus der Fusion der Leasing-Interessen der Deutschen Bank und der Commerzbank. Zwischen dil und den Banken besteht eine Mehrmütterorganschaft mit Gewinnabführvertrag. Ist seit der Fusion Gewinn gemacht worden? „Jahr für Jahr", erklärt Klaus Feinen, und detailliert: „Jahr für Jahr steigend."

Das Stammkapital hat dil von 20 auf 45 Millionen Mark erhöht. Die Stärkung der Basis spricht für sich. Doch Vorsicht bei der Interpretation solcher Zahlen. Leasing-Gesellschaften leben von der Fremdfinanzierung. Ihr Eigenkapitalanteil liegt in der Regel bei nur ein bis zwei Prozent.

Seit drei Jahren liegt die durchschnittliche Objektgröße bei dil über zehn Millionen Mark. Wie kommt man an die Kunden? „Wenigstens einmal im Jahr sprechen wir die für uns relevanten Firmen an, das sind 60 000 bis 70 000", sagt Hahn. Sechs Geschäftsstellen stehen zur Beratung und natürlich auch für die Akquisition zur Verfügung. Hinzu kommen über 2 000 Geschäftsstellen der Mutter-Banken, die der dil auch Kunden zuführen.

Drei Firmen dominieren

Enthalten die Verträge für Immobilien-Objekte Kaufoptionen für den Leasingnehmer? „In der Regel sind in den Verträgen solche Optionen enthalten, die aber erst wahrgenommen werden können, wenn 40 Prozent der Nutzungsdauer verstrichen sind."

Drei Unternehmen dominieren am Markt für Immobilien-Leasing: Die DAL (Dresdner Bank zehn Prozent, Westdeutsche Landesbank, Hessische, Bayerische und Mainzer LB), die dil (je 50 Prozent Deutsche und Commerzbank) und die KG Allgemeine, München, (Dresdner Bank, Bayernhypo und Hamburger Sparcasse von 1861).

Wo refinanzieren Sie sich? „Wo wir die besten Konditionen bekommen", lautet die Antwort. Das heißt also, daß neben den Mutterhäusern auch andere Finanzinstitute herangezogen werden.

So wird ein Objekt leasingfähig

Fungibilität, lang anhaltende Wertkonstanz und Drittverwendungsfähigkeit sind die Voraussetzungen

Von KLAUS FEINEN

Die Gebrauchsüberlassung eines Wirtschaftsgutes an einen Dritten setzt voraus, daß die Nutzungsleistung für den Mieter beziehungsweise Leasingnehmer für eine bestimmte Periode einen Wert darstellt. *Wünscht der Anwender* eines Produktionsmittels eine Benutzung, die die gesamte Lebensdauer dieses Wirtschaftsgutes erfaßt, dann wäre der Kauf die einzig sinnvolle Investitionsentscheidung. Werden Produktionsmittel oder sonstige Gegenstände jedoch im Leasingverfahren genutzt, dann liegt ein Gebrauchsinteresse lediglich für eine ganz bestimmte Periode vor.

Die Leasing-Gesellschaft weiß also, daß sie für diesen Gegenstand in einer späteren Phase gegebenenfalls ein anderes Unternehmen als Nutzer benötigt, um ihr Kapital restlos amortisieren zu können. Grundsätzlich müssen insoweit Leasingobjekte fungibel sein.

Eine Leasing-Gesellschaft kann risikomäßig nicht vertreten, einem Unternehmen Objekte zur Gebrauchsüberlassung zur Verfügung zu stellen, die ausschließlich von diesem Unternehmen für ganz bestimmte Zwecke genutzt werden können. Im Falle der Insolvenz eines solchen Leasingnehmers ist mangels eines Drittverwendungswertes des Leasinggegenstandes keine wirtschaftliche Anschlußnutzung möglich. Deswegen hat das für eine fiskalische Betrachtung definierte Spezial-Leasing in der Praxis keine Relevanz.

Fungibilität bedeutet auch, daß der Mietgegenstand einen Markt hat. Dieser Markt wird je nach Art des Objektes weit oder eng sein und von Fall zu Fall sehr schwankende Preisverhältnisse auslösen. Dabei ist zu beachten, ob sich überhaupt ein Second-hand-Markt entwickeln kann. Leasing-Gesellschaften tätigen ihre Investitionen erst dann, wenn auch ein Leasingnehmer vertraglich zur Gebrauchsnutzung verpflichtet wurde. Die Bedingungen eines Second-hand-Marktes *sind naturgemäß* für viele Produkte oft kompliziert, und nicht in jedem Falle lassen sich Preisentwicklungen für gebrauchte Objekte vorhersehen.

Um so wichtiger ist es, daß bereits bei der Anschaffung beziehungsweise Herstellung des einzelnen Leasingobjektes die Leasing-Gesellschaft auf eine möglichst lang anhaltende Wertkonstanz des Objektes achtet. Aber auch diese Wertkonstanz bietet dann keine Gewähr, das Kapital langfristig amortisieren zu können, wenn im konkreten Anschlußmietfall oder Verkaufsfall entsprechende Marktverhältnisse einen ausreichenden Preis nicht zulassen. Gebrauchte Güter sind im übrigen auch nicht ohne weiteres und auf Dauer stapelbar.

Bei den zu vermietenden Mobilien ist auch zu prüfen, ob kein Einbau in ein Immobil mit der Konsequenz der Verbindung mit dem Grund und Boden erfolgt. Die rechtlich mögliche Demontage von aufgestellten Maschinen sollte auch wirtschaftlich, also ohne besonders hohe Aufwendungen, gewährleistet sein.

Im Unterschied zu den meisten beweglichen Wirtschaftsgütern, die recht differenzierten Marktverhältnissen unterliegen, hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß Betriebsgebäude in guten Standortlagen eine zufriedenstellende Wertentwicklung *für den Eigentümer und Vermieter* genommen haben.

Hierzu hat die Inflationsentwicklung bei unbebauten und bebauten Grundstücken beigetragen. Diese günstige Marktposition war jedoch in den Fällen nicht gegeben, wo die Drittverwendungsfähigkeit eingeschränkt war, beispielsweise bei Objekten, die ausschließlich für bestimmte Produktionen (chemische Industrie) geeignet waren.

Für andere Nutzungsanforderungen sind häufig aufgrund der geänderten rechtlichen Voraussetzungen im bedeutenden Umfange Umrüstungskosten aufzubringen. Hier sei auf die fortlaufenden Neuerungen des Arbeitsstättenrechts, der Feuerschutzbestimmungen sowie des allgemeinen Gewerbeaufsichtsrechts hingewiesen. Im Falle einer Nutzungsänderung geht der Bestandsschutz, der bei der Erstinbetriebnahme gewährleistet war, unter, und es gelten die aktuellen gesetzlichen *Anforderungen*.

Im Einzelfall kann das dazu führen, daß bei dem Umbau eines Gebäudes für eine neue Nutzungsart etwa 20 bis 30 Prozent Umbaukosten allein aufgrund zwischenzeitlich neu gefaßter gesetzlicher Vorschriften erforderlich sind.

Große Betriebsareale in ungünstig gelegenen Wirtschaftsregionen sind nur schwer veräußerlich, und sie dürften, sofern die Erstmiete nicht beachtliche Amortisationsteile eingespielt hat, in vielen Fällen nur mit Verlusten einer anderen Verwendung zugeführt werden können. Ist das Gebäude bereits bei der Herstellung auf eine grundsätzliche Drittverwendungsfähigkeit oder Multifunktionalität ausgerichtet, so ergeben sich wesentlich geringere Anschlußmieten, und im Einzelfall dürfte auch ein Verkauf in späteren Jahren problemloser vonstatten gehen.

Im folgenden seien einige Positionen bezüglich der Drittverwendungsfähigkeit von gewerblichen Immobilien näher beschrieben. So sind zum Beispiel bei der Erstellung eines Verwaltungsgebäudes erforderliche Parkflächen auszuweisen und herzustellen. Reicht das zur Verfügung stehende Areal nicht aus, so können andere Grundstücksflächen in der Nähe des zu errichtenden Gebäudes für die Erfüllung der Bauauflage herangezogen werden.

Für den Fall einer Nachbarbebauung sind die Probleme bei der Ver- und Entsorgung unbedingt duch die Eintragung von Dienstbarkeiten rechtlich einwandfrei und kostenoptimal zu lösen. Wenn die Nachbareigentümer diese Rechte nicht akzeptiern sollten, kann ein Investment nicht durchgeführt werden. Verwaltungsgebäude lassen sich auch heute so errichten, daß sie durch versetzbare Innentrennwände ohne weiteres in hochwertigen Lagerraum umfunktioniert werden können.

Besonderes Augenmerk ist auch auf die Energieversorgung der Objekte zu richten. In der Vergangenheit hat sich eine höchstmögliche Flexibilität bei der Nutzung alternativer Energiequellen ausgezahlt. Bei Objekten auf der grünen Wiese oder am Stadtrand ist es ebenfalls empfehlenswert, Reserveflächen am Grundstück zu haben, um späteren betrieblichen Erweiterungen oder zukunftigen Flächenanforderungen gerecht werden zu können.

Alle diese Punkte sind unter dem Begriff der Leasingfähigkeit einzuordnen.



Klaus Feinen ist seit 1969 Geschäftsführer der „Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mbH" in Köln (Konzern Deutsche Bank AG) und seit 1976 in gleicher Funktion bei der „Deutsche Gesellschaft für Immobilien- und Anlagen-Leasing mbH„ (dil) in Düsseldorf tätig. Der hier abgedruckte Beitrag steht in seinem neuen Buch „Das Leasinggeschäft", erschienen im Fritz Knapp Verlag.

Wann ist ein Bauwerk ein Gebäude?

K. F. Bonn

Die zwei bedeutenden Geschäftsbereiche im *Leasing – Mobilien* und Immobilien – haben sich historisch aufgrund der unterschiedlichen Besteuerung beider Objektarten im Vermietungsbereich entwickelt. Die Gebäudevermietung ist traditionell der privaten Einkunftsart Vermietung und Verpachtung zugeordnet. Sie wird üblicherweise als Vermögensverwaltung betrieben und unterliegt *damit nicht der Gewerbesteuer*.

Ganz anders ist die steuerliche Situation bei der Vermietung von Mobilien. Hier wird eine gewerbliche Betätigung schon dann vorgenommen, wenn *mehrere Objekte am* Markt zur Vermietung angeboten werden. Das Mobilien-Vermietungsgeschäft ist wie jede andere gewerbliche Tätigkeit nach den Regelungen des Gewerbesteuerrechts belastet.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Besteuerung der Vermietungsgeschäfte kann eine Leasing-Gesellschaft eine klare Abgrenzung der einzelnen Objektkategorien zur steuerlichen Optimierung vornehmen. Die Folge war, daß sich zwei unabhängige Geschäftssparten entwickelten.

Als Kriterium gelten die Erlasse zur Abgrenzung der Betriebsvorrichtungen von den Gebäuden und Außenanlagen eines Grundstückes. Dabei sind nach dem Bewertungsrecht die Betriebsvorrichtungen den Mobilien gleichzusetzen.

Im einzelnen ist es oft fraglich, ob Projekte oder Teile eines Projektes als Gebäude oder Betriebsvorrichtungen einzustufen sind. Das steuerliche Bewertungsgesetz gibt auf die Frage, was eine Betriebsvorrichtung ist, keine Auskunft. Aufgrund dieses Mangels mußte sich die steuerliche Rechtsprechung der Klärung des Sachverhaltes annehmen.

Betriebsvorrichtungen sind demnach alle Vorrichtungen einer Betriebsanlage, die in sehr enger Beziehung zu dem auf dem Grundstück ausgeübten Gewerbebetrieb stehen, daß dieser unmittelbar mit ihnen betrieben wird. Da eine buchmäßige Trennung von der eigentlichen Gebäudeinvestition erforderlich ist, gilt es, diese Betriebsvorrichtungen von der Definition des Gebäudebegriffes abgrenzen zu können.

Hier sagt das Gesetz, daß ein Bauwerk dann als Gebäude anzusehen ist, wenn es die folgenden fünf Merkmale sämtlich erfüllt: es muß Menschen und Sachen durch räumliche Umschließung Schutz gegen äußerliche Einflüsse gewähren, den Aufenthalt von Menschen gestatten, fest mit dem Grund und Boden verbunden sein, von einiger Beständigkeit und ausreichend standfest sein.

Insbesondere bei kompletten Werksanlagen, wie chemische Fabriken oder Kraftwerke, ergibt sich, daß sowohl ein erheblicher Anteil der Investitionen auf den Sektor der beweglichen Wirtschaftsgüter als auch auf den der unbeweglichen Wirtschaftsgüter entfällt. Die von der Finanzverwaltung entwickelten Beispielfälle anhand der veröffentlichten Erlasse sind neben der zwischenzeitlich fortgeschrittenen Rechtsprechung im Regelfalle so aussagefähig, daß in der Praxis die erforderliche Abgrenzung möglich ist.

Für das Leasinggeschäft ist darüber hinaus von Bedeutung, daß die Laufzeit der Leasingverträge sich an den sehr unterschiedlichen Abschreibungszeiten für bewegliche und unbewegliche Wirtschaftsgüter orientiert.

Software-Leasing – wie man fremdes Gedankengut zu festen Raten mieten kann

Eine Finanzierungsform von Projekten, die in den USA bereits einen festen Platz einnimmt

Seit *Jahren ist Leasing* ein bekannter Finanzierungsweg, den immer mehr Unternehmen aus gutem Grund beschreiten. Die Vorteile: hundertprozentige Fremdfinanzierung, *feste Monatsraten von* Anfang an, volle Absetzbarkeit der Raten als Aufwand und Vermeidung von Gewerbekapital- und Gewerbeertragssteuer. Bisher jedoch konnte *nur der in den Genuß dieser Verträge* kommen, der Immobilien oder Mobilien leasen wollte.

Jetzt hat die Branche eine neue Idee: Was für materielle Wirtschaftsgüter *(Mobilien und Immobilien) gut* ist, ist sicherlich auch gut für immaterielle Wirtschaftsgüter wie Software. Folglich hat die Leasetrend in München die Möglichkeit geschaffen, *auch Software zu leasen*.

Und das funktioniert so: Der Anwender schließt mit der Gesellschaft einen Software-Nutzungsvertrag. Die Leasing-Gesellschaft kauft das Nut*zungsrecht für die gewünschte Soft*ware oder läßt diese herstellen. Gleichzeitig wird die Software dem Anwender zur Verfügung gestellt. Der Anwender hat also wie beim sonstigen Leasing die Möglichkeit, sich genau das auszusuchen, was er haben möchte, zu dem vereinbarten Liefertermin und dem ausgehandelten Preis.

Der *Software-Nutzungsvertrag* kommt einem Lizenzvertrag sehr nahe. Der Anwender erhält das nicht ausschließliche und nicht übertragbare Recht, das von ihm gewünschte *Programm zu nutzen. Vertragsgrund*lage ist eine von allen Beteiligten genehmigte Leistungsbeschreibung, das heißt Anwender, Softwarehaus und Leasing-Gesellschaft haben sich *geeinigt. Die Laufzeit des Vertrages* kann beliebig gewählt werden, normalerweise liegt sie zwischen 36 und 54 Monaten. Eine weitere Nutzung des Programms über die ursprünglich vereinbarte Laufzeit *hinaus* ist jedoch möglich.

Die Erstellung individueller Anwender-Software erfolgt heute im Rahmen exakt geplanter Projekte in mehreren Phasen. *Jede Phase* endet mit einem definierten Meilenstein, dem wiederum Teilabnahmen zugrunde liegen, die dann Teilzahlungen an den Software-Ersteller zur *Folge haben. Ein Projekt-Leasingver*trag gestattet es dem Anwender in diesem Fall, sämtliche Teil- und Abschlußzahlungen durch die Leasinggesellschaft zu finanzieren, dergestalt, *daß der Software-Ersteller nach* Teilabnahme durch den Anwender seine Raten von der Leasinggesellschaft erhält.

Mit dem Anwender selbst schließt *die Leasingfirma einen Vertrag, der* Leasingraten über eine beliebige Laufzeit entweder von Abschluß des Leasingvertrages an, oder erst nach Projektabschluß, also mit Nutzungsbeginn der erstellten Software vorsieht. Im Grunde genommen handelt es sich hierbei um ähnliche Verträge, wie sie bei Erstellung und Leasing-Finanzierung von Bürogebäuden üblich sind – mit den Besonderheiten des Softwaregeschäftes. Bemerkenswert ist, daß sich der Finanzierungseffekt beim Projekt-Leasing parallel zum Rationalisierungseffekt der eingesetzten Software einstellt, Kosten und Nutzen finanztechnisch, also zeitgleich auftreten.

Durch den zusätzlichen Wartungsvertrag zwischen Software-Ersteller *und -Anwender ist die Pflege und* Weiterentwicklung der Software gewährleistet, so daß der Anwender während der Vertragslaufzeit ein funktionsfähiges Software-System *nutzen kann*.

Die Abwicklung eines Software-Leasinggeschäftes ist vom Grundsatz her mit dem normalen Mobilienleasing vergleichbar. Im einzelnen werden folgende Stadien durchlaufen:

1. Der Anwender bespricht mit dem Softwarehaus Art, Umfang und Preis des Programm-, System- oder Projektauftrages.
2. Der Anwender arrangiert sich mit der Leasingfirma über Vertrags- und Konditionsgestaltung.
3. Die Leasingfirma läßt die gewünschte Software herstellen beziehungsweise kauft die Rechte daran.
4. Der Softwarehersteller liefert an den Anwender, die Rechnung geht an die Leasingfirma.
5. Der Anwender bestätigt die ordnungsmäßige Lieferung.
6. Die Leasingfirma begleicht die Rechnung des Softwareherstellers.
7. Der Anwender erhält die Aufforderung zur ersten Mietzahlung.

Grundsätzlich bietet das Leasing von Software die gleichen Vorteile wie das Leasing von Hardware. Der Anwender braucht die Produktion der Software *nicht mehr vorzufinan*zieren, denn das übernimmt für ihn die Leasinggesellschaft. Bei dieser steht die Software auch in den Büchern, so daß der Anwender in keinem Falle eine *Aktivierungspflicht* hat, sondern nur laufenden Aufwand. Somit entfällt für den Anwender auch der Kostenfaktor Gewerbesteuer.

HORST KRAMER

Das Wachstumstempo ist ungebrochen

Die Leasings-Funktion als Investitions-, *Finanzierungs-* und Dienstleistungsinstrument

DW. Bonn

Das Leasinggeschäft hat seine Bedeutung vorwiegend im Bereich der gewerblichen Wirtschaft erlangt. Über den Abschluß von Leasingverträgen werden Jahr für Jahr zunehmend selbständig bewertbare Vermögensgegenstände zur Nutzung in vielen Betrieben angemietet. Dabei werden die Leasingprojekte als Betriebsmittel neben den im Eigentum stehenden Anlagen eingesetzt. Im Verbund mit den letzteren werden sie zur Erreichung der betrieblichen beziehungsweise unternehmerischen Zwecke genutzt.

Hieraus leiten sich die Funktionen des Leasings ab. Leasing tritt an die Stelle der Eigeninvestition und hat – mangels Einsatz eigener *Finanzierungsmittel* – die Wirkung einer hundertprozentigen Fremdfinanzierung. Indem die Leasing-Gesellschaft das Objekt bestellt oder als Bauherr auftritt, übernimmt sie die Funktion des Investors und Finanziers. Durch den Abschluß des Leasingvertrages entscheidet sich der Leasingnehmer für die zeitlich begrenzte Nutzung eines von ihm ausgewählten Betriebsmittels gegen Zahlung eines ganz bestimmten Entgelts.

Der Anteil der im Leasingverfahren gemieteten Anlagen an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen ist bisher kontinuierlich gewachsen. Einen Überblick verschaffen die Investitionserhebungen des IFO-Instituts München sowie die Untersuchungen des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Gesellschaften e. V. im Kreise seiner Mitgliedsunternehmen.

Bei den neuen Ausrüstungen und neuen *Bauten* sind Hersteller-Leasing und institutionelles Leasing zusammengefaßt. Während 1972 der Leasinganteil an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen bei 2,8 Prozent lag, erreichte er 1982 mehr als sieben Prozent. Im einzelnen zeigen die Daten der Jahre 1977 bis 1982 das Wachstumstempo des Leasing – gemessen an der Gesamtwirtschaft – auch in absoluten Beträgen auf. Eine besondere Entwicklung nahm dabei das institutionelle Leasinggeschäft.

Die Wachstumsraten *dürften auf*zeigen, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit der Anteil der Leasing-Investitionen an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen in den Folgejahren steigen wird. Vergleichsziffern aus dem Ausland (Quote in Frankreich zehn Prozent, in USA 18 Prozent), lassen – auch unter Beachtung der nationalen Besonderheiten – erwarten, daß ein Anteil von zehn Prozent Leasinginvestitionen an allen neuen Ausrüstungen und neuen Bauten mittelfristig in der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden wird.

	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Gesamtwirtschaftliche Investitionen in Millionen DM	176 420	194 300	220 300	242 080	242 800	263 300
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent	+ 7,2	+ 10,1	+ 13,4	+ 9,9	+ 0,7	− 3,0
Investitionen der Anlagevermietung in Millionen DM	7 690	9 780	11 770	13 170	16 380	16 900
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent	+ 22,6	+ 27,2	+ 20,3	+ 11,9	+ 24,4	+ 3,2
Anteil gemieteter Anlagen an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Prozent	4,4	5,0	5,3	5,4	6,8	7,1
Investitionen der institutionellen Leasinggeber	4 100	4 800	5 400	6 000	8 700	9 500
davon: Mobilien-Leasing	1 700	2 200	2 700	2 950	3 800	4 000
Immobilien-Leasing	2 400	2 600	2 700	3 050	4 900	5 500
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent – nur institutionelles Leasing –	20,5	17,0	12,5	11,1	45,0	9,2

Pankraz, die Barbaren und der Rat der Promis

Eine Nation von Barbaren", schrieb ein angesehener britischer Kommentator nach dem Abschuß der südkoreanischen Zivilmaschine über die Sowjets, angewidert nicht nur von der unzivilisierten Brutalität und Hinterhältigkeit der Tat selbst, sondern auch und vor allem von der dumm-dreisten Chuzpe, mit der die Täter auf das internationale Echo der Raketenschüsse reagierten. Da war ja auch wirklich nicht die Spur eines Verständnisses für die Mentalität des anständigen Durchschnittsbürgers. Die Verantwortlichen in Moskau hätten von „tragischem Irrtum" sprechen können, von einer „Verkettung unglückseliger Umstände" – damit hätten sie dem Zorn der Außenwelt schnell die Spitze abgebrochen. Aber nein, sie reagierten genau wie ertappte Barbaren: Zuerst freches Leugnen überhaupt, dann ein plumpes Umdrehen des Spießes, die Verleumdung der wehrlosen Opfer als „Spione", die weinerliche Attitüde der beleidigten Leberwurst.

Erfahrene Psychologen wissen, daß hinter solchen Rechtfertigungsversuchen in der Regel ein völlig unbeeindruckter Missetäter steht, eine Type, die sich ins Fäustchen lacht und bei sich denkt: „Ihr könnt mich mal." So ist also nicht auszuschließen, daß sich auch im Falle des abgeschossenen Verkehrs-Jumbos die Täter triumphierend auf die Schenkel schlagen. Wieder einmal hat man der Welt gezeigt, daß man nicht mit sich spaßen läßt, daß die Instrumente richtig reagiert haben und daß man den heiligen Boden des sozialistischen Vaterlands erfolgreich verteidigt hat. „Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten." Der Mordpilot bekommt Heimaturlaub und eine lobende Erwähnung im Tagesbefehl. Der Genosse Ustinow aber hat seine Stellung im Politbüro weiter gefestigt.

Der westliche „Gesprächspartner" seinerseits hat viel Ursache, das Instrumentarium seiner Umgangsformen mit der Sowjetunion neu zu überdenken. Mit Barbaren sind keine normativen Übereinkünfte möglich, weil sie keinerlei übergeordnete Normen anerkennen. Jede Regel ist für sie nur dazu da, um früher oder später gebrochen zu werden. Das einzige, was sie respektieren, ist die geballte Faust. Verträge werden von ihnen geschlossen, damit sich der „dumme" Vertragspartner freiwillig Fesseln anlege und man selbst um so ungenierter wirtschaften kann.

Insofern war die forcierte sowjetische Aufrüstung mit SS-20-Raketen genauso ein barbarischer Akt wie jetzt der Abschuß des unbewaffneten Verkehrs-Jumbos. Während sich der „dumme" US-Präsident Carter seinerzeit durch die SALT-II-Verhandlungen binden ließ, keine eurostrategischen Waffensysteme zu installieren, dachte sein barbarisches Gegenüber gar nicht daran, sich seinerseits zu binden. Wahrscheinlich ist damals im Kreml viel gelacht worden über Carter. Jedenfalls wurde eine hektische SS-20-Produktion in Gang gesetzt, wurden Mittelstreckenraketen am laufenden Band installiert und auf Europa gerichtet, ohne daß auch nur ein einziger unserer hochsensiblen westlichen Friedenskämpfer auch nur den kleinsten Mucks getan hätte.

Heute nun, da die Carterschen Versäumnisse um des puren Friedens willen ausgebügelt werden müssen, entblöden sich diese Friedenskämpfer nicht, ausgerechnet gegen diejenigen zu protestieren, die sich an die Verträge gehalten haben, und die „Promis" unter ihnen, beispielsweise Günter Grass, können sich nicht genug tun in der heuchlerischen Gleichsetzung von Amerikanern und Sowjets. Was da zutage tritt, ist nichts anderes als die alte Dialektik von Barbarentum und intellektueller Hochgestochenheit: Der in allzu dünne Regionen geratene Geist findet heimlich Geschmack an der Barbarei, preist ihre Geradheit und Frische und stellt sie der „dekadenten" Gesellschaft der Normen und der Verträge als Vorbild hin.

Dabei wird natürlich stillschweigend vorausgesetzt, daß die eigene werte Persönlichkeit weiterhin von den Normen und Verträgen geschützt werde. Wer in einer von Budapest kommenden Maschine zum Friedenskongreß nach Kuba eilt, will sicher sein, daß die Amerikaner nicht auf den Raketen-Abschußknopf drücken, wenn die Maschine aus Versehen das US-Hoheitsgebiet von Florida streift. Und wer in Mutlangen amerikanische Militäreinrichtungen blockiert, hofft zwar, daß er von der Polizei publicityträchtig weggetragen werde, aber er ist vollkommen sicher, daß die Amerikaner nicht schießen werden.

Was würde hingegen dem verlorenen Häuflein der östlichen Friedensfreunde in der „DDR" passieren, wenn sie auf die Idee kämen, sich in die brandenburgischen und mecklenburgischen Wälder aufzumachen, um dort sowjetische Militäreinrichtungen zu blockieren? Wenn sie es also wagten, jenen „hochsensiblen" Bereich anzutasten, in dem es um Waffen und Logistik geht? Das Regime würde mit der gleichen Brutalität reagieren, mit der es im Falle des südkoreanischen Jumbos reagiert hat. Es würde Schüsse geben, Blutbad, barbarische Strafen. Und Heimaturlaub für die erfolgreichen Schützen, goldene Taschenuhren für die unmittelbaren Befehlshaber und Prestigegewinn für die verantwortlichen Politbüromitglieder.

Eine barbarische Nation? Nein, ein barbarisches System, gegen das die von ihm unterworfenen Nationen aufstehen müssen, um wieder zu sich selbst zu finden, und dem die Noch-nicht-Unterworfenen mit völliger Illusionslosigkeit und gelassener Härte entgegentreten müssen, um ihre Identität und ihre Freiheit zu bewahren. Die „Promis" von Mutlangen aber sind hier die schlechtesten Ratgeber. Ihnen zu folgen hieße, der Barbarei Tür und Tor zu öffnen.

Pankraz

Triumph der Stille und der Strenge: Noelte inszeniert Hauptmanns „Michael Kramer" in Hamburg

Die Außenwelt schlägt um nach innen

Genauigkeit und Stille sind die Wunder dieser schönen Inszenierung im Hamburger Thalia Theater von Hauptmanns großem Künstlerdrama, das ja immer mehr war als nur das Drama eines Künstlers. Es ist eine Vater-Sohn-Geschichte. Es ist ein Reibungsspiel zwischen den Generationen. Es ist eine Wehklage über Wesen und Grausamkeit des Todes und schließlich eine Belobigung, eine schier tollkühne Rühmung des Todes auch.

Den letzten Akt läßt Noelte ganz still werden. Michael Kramer (Will Quadflieg) flüstert am Ende seinen großen Todesmonolog an der Bahre des Sohnes, diese schmerzliche Eruption des Abschieds und der Weisheit. Außenwelt schlägt um nach innen. Jargonrede wird hymnisch. Floskelsprache wird ergreifend. In scheinbarer Brasselrede rührt ein Vernichteter, ein scheinbar Geschlagener wie unversehens an die tiefsten Dinge. Er belobigt den Tod. Er ist einsichtig geworden. Er hat endlich verstanden. Er sagt es mit Hauptmanns großen, scheinbar schweigenden Worten. Der Vorhang fällt über der Todesbahre des Sohnes versöhnend. „Der Tod ist die mildeste Form des Lebens." Hauptmann heißt hoffen.

Noelte geht das schwere Drama wieder mit akribischer Kunst an. Hier ist er zu Hause. Dies kann er wie sonst heute kaum einer. Er entwickelt jede, auch die scheinbar nebensächlichste Figur mit inszenatorischer Zärtlichkeit und Strenge. Die drei Bühnenansichten läßt er sich wieder von Walter Dörfler bauen, Schluchten belebter Räumlichkeit. Einmal: die düstere Wohnstube des Kunstmalers Kramer in des Kunstmalers Kramers Hause; dann dessen vergammeltes Atelier in der Kunsthochschule, wieder seitlich von Sonne überstrahlt. Drittens (und dies Bild erhält spontanen Sonderbeifall): die bürgerlich verräucherte Honoratiorenkneipe in Breslau. Dort bringen die mörderisch fidelen Stammgäste in ihren Stehkragen den jungen Kramersohn zur Strecke. Jeder Raum atmet, spielt mit, gehört zum Drama deutlich.

Noelte besetzt, wie immer, hoch und genau. Er hat in Marcel Werner einen Mitleid erregenden, schlaksigen Arnold. Der kann auf eine beunruhigend ruhige Weise diesen Vertreter „zorniger junger Männer" um die Jahrhundertwende bezeichnen. Werner protzt nie mit der Genialität, die ihm am Ende auch der streng besorgte Vater testiert. Er wirkt aus hinhaltender Betroffenheit. Er spielt seine eigene Tragödie immer wie unter der



Zwei Maler in der Konfrontation: Will Quadflieg (l.) als Kramer und Peter Striebeck als Lachmann in der Hauptmann-Inszenierung des Hamburger Thalia Theaters FOTO MAGDALENA MÖNKEDIECK

Sordine mit einer wie tragisch verhinderten Sprache. Das ist vorzüglich.

Erika Wackernagel ist dieses verlorenen Sohnes Mutter. Sie dampft Wärme, aber sie atmet Verzagtheit. Sie erkennt das Ingenium ihres scheinbar verlorenen Kindes. Nur – sie kann sich gegen die Kunst- und Prinzipienstrenge des Familienoberhauptes nicht durchsetzen. Auch Frau Wackernagel ist ausgezeichnet.

Fast jede Figur auf dem Schachbrett dieser Tragödie stimmt, findet ihren eigenen Ton und Ausdruck. Angela Schmid als die resignierende Tochter. Genauso Peter Striebeck, der ihren Liebhaber liebt, und später, wenn der alte Kramer zum Hiob und fast nuschelnden Prediger des Vaterleids geworden ist, hat dieser fidele Resignierte, der selbsterkannte Halbbegabte, plötzlich Züge lauschender Intensität. Er kann, wenn's zu den Höhen des Stückschlusses geht, triftig zuhören. Das ist sehr schwer. Striebeck macht, schweigend, den Sprechenden wichtig. Das will gekonnt sein.

Selten sah man eine bessere Liese Bänsch, das tapfere Kneipenmädchen, der der unselige Kramer-Sohn anhängt. Heidi Mahler zeigt eine tragische Frische. Dies Mädchen ist vom Schicksal überfordert. An der Leiche steht sie wie eine ahnungslose Niobe, der endlich ein Licht schmerzlich aufging.

Oder wie Erika Skrotzki, als des resignierenden Kunstmenschen Lachmann falsch gewählte Gattin, plötzlich eine humoristische Helligkeit auf die Szene bringt, eine Art ahnungsloser Aufgeräumtheit, auch das ist erste Klasse. Ebenso wie Noelte den dummen, lauten Troß der Spießbürger (Werner Schwuchow, Henning Schlüter, Wolfgang Kaven und Christian Mey) zugleich ekelhaft und humoristisch bezeichnend sein läßt, ist sehenswert. Sehenswert schließlich auch, wie er nur die Nebenfigur eines alten Kellners (Benno Hattesen) wortlos und mit einer müden Emsigkeit sich diskret wichtig machen läßt – alles fügt sich folgerichtig und kunstvoll zu einer großen Präsentation eines großen Dramas, sicher Hauptmanns bestem.

Will Quadflieg ist Michael Kramer. Noelte dämpft all seine pathetischen Töne. Er hält ihn still. Er läßt ihn seine Irrtümer eher nuscheln. Er läßt ihn, was er auch zeitgemäß Irriges, oft Hochgestochenes schwadronieren muß, ständig in sozusagen ablenkender Bewegung bleiben. Das hilft sehr. Quadflieg gelingt es genau und immer wieder schön, die Figur eines grundsätzlichen Rechthabers (eines tragischen) nie komisch werden zu lassen oder ihn gar vollends ins Unrecht zu setzen.

Um so stiller, um so einsichtiger, um so ergreifender kann er zu seinem großen Monolog an der Bahre des Sohnes schließlich ausholen. Den spricht Quadflieg dann mit fast ersterbender Stimme. Einer hat seine Lektion gelernt. Er ist von Trauer und der Einsicht seines Lebensirrtums erschüttert – und lobt am Ende doch das Leben und gar die höhere Richtigkeit des Todes. Verkrustungen sind weggebrochen. Der Himmel zieht wieder auf. Hauptmann läßt hoffen. Und mit keinem falschen Ton ist ihm (und in dieser schönen Inszenierung) eine dramatische Unzulänglichkeit nachzuweisen.

Hauptmann wäre, sagen doch viele, heute gar nicht mehr zu spielen. Sie irren gründlich! Die Noelte-Inszenierung am Hamburger Thalia Theater hat triumphal das Gegenteil erwiesen. Der Beifall war dementsprechend laut, lang, herzlich und fast am Ende erlöst.

FRIEDRICH LUFT

JOURNAL

Sowjetischer Pianist bleibt in Spanien zurück

AFP, Madrid

Das sowjetische Rundfunk- und Fernsehorchester ist am Wochenende ohne seinen Pianisten Alexander Toradze nach einer Spanientournee in die Sowjetunion zurückgereist. Der 23jährige Toradze war seit dem 25. August verschwunden und fand sich auch nicht zur Abreise des Orchesters am Madrider Flughafen ein, wie der spanische Dirigent Jorge Rubio mitteilte. Ein Sprecher des sowjetischen Orchesters hatte, noch in Spanien, erklärt, Toradze unternehme eine Besichtigungsreise und treffe rechtzeitig zum Abflug wieder mit dem Ensemble zusammen. Der Violinist Boris Korsakow, der demselben Orchester angehörte, hatte am 29. August in der nordspanischen Stadt Gijon Selbstmord verübt.

Gonzalez-Ausstellung in der Berliner Akademie

PHG, Berlin

Die große Retrospektive auf das Werk des katalanischen Bildhauers Julio Gonzalez, die im Frühjahr im New Yorker Guggenheim-Museum begonnen hatte (vgl. WELT v. 7. 4.), ist am Sonntag in der Berliner Akademie der Künste eröffnet worden, von wo die Initiative für diese Schau ausgegangen war. In Berlin präsentieren sich die Werke des „Vaters aller Eisenskulptur dieses Jahrhunderts" (David Smith) bis 23. Oktober in einer äußerst geschickten und atmosphärisch eindringlichen Ausstellungsinszenierung noch reicher, schöner und sinnvoller als auf der New Yorker Museums-Spirale. Der deutsche Katalog kostet in der Akademie 24 Mark.

Vibach neuer Intendant in Bad Hersfeld

dpa, Bad Hersfeld

Karl Vibach, bis August 1984 noch Intendant des Theaters des Westens in Berlin, übernimmt für die nächsten drei Jahre die Leitung der Bad Hersfelder Festspiele und löst damit Hans Gerd Kübel ab. Dieser Entscheidung liegt ein einstimmiger Beschluß des Magistrats der Stadt zugrunde. Mit dem Wechsel der Intendanz in Bad Hersfeld soll zugleich die Krise in der abgelaufenen Festspielsaison beendet werden, in der es harte Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund eines SS-Treffens gegeben hatte.

„Szene Schweiz" in Köln, Bonn und Bielefeld

DW. Köln

Unter dem Titel „Szene Schweiz" begann in Köln, Bonn und Bielefeld eine Veranstaltungsreihe, die einen Eindruck von der gegenwärtigen Kunst in der Schweiz vermitteln soll. Bis Ende Dezember sind mehr als 250 Veranstaltungen geplant. Sie umfassen Kunstausstellungen, Dichterlesungen, Film- und Vortragsreihen sowie Musik- und Theaterabende. Auf eine repräsentative Ausstellung oder prominente Gastspiele wurde dabei – nicht zuletzt aus finanziellen Gründen – verzichtet. „Szene Schweiz" will eher mit Künstlern bekannt machen, denen in Deutschland noch keine große Popularität zuteil wurde. Bei der Eröffnungsveranstaltung im Kölner Kunstverein verweigerten die vier ausstellenden Schweizer Künstler ihren Landsleuten den Zutritt. Das sollte als „Solidaritätsaktion" für den vor einer Woche in Puttgarden verhafteten „Sprayer von Zürich" verstanden werden, der in seiner Heimat zu neun Monaten Haft ohne Bewährung wegen Sachbeschädigung verurteilt worden war.

Gielen Chefdirigent des SWF-Sinfonieorchesters

dpa, Baden-Baden

Der Verwaltungsrat des Südwestfunks (SWF) Baden-Baden hat den Frankfurter Operndirektor Michael Gielen vom 1. Juni 1986 an zum Chefdirigenten des SWF-Sinfonieorchesters berufen. Der Verwaltungsrat stimmte damit dem Vorschlag von Intendant Willibald Hilf und Hörfunkdirektor Hubert Locher zu. Die Berufung Gielens, der schon viele große europäische Orchester in England, Frankreich, Italien, der Bundesrepublik und Österreich dirigiert hat, gilt für die Dauer von fünf Jahren. Gielen wird damit Nachfolger von Kazimierz Kord.

Verleger Bläschke †

dpa, Bleiburg

Der Verleger Josef Gotthard Bläschke ist im 81. Lebensjahr auf seinem Alterssitz in Feistritz bei Bleiburg in Süd-Kärnten gestorben. Bläschke, 1903 in Breslau geboren, hatte dort 1927 seinen ersten Verlag gegründet. Über 56 Jahre war er als Verleger tätig, in Leipzig und Berlin, nach dem Krieg in Darmstadt und Reutlingen und zuletzt in Kärnten. Bläschke hat als Verleger vielen Autoren einen Start ermöglicht. Die Lyrikreihe „Das neueste Gedicht" brachte es auf 70 Bände. Ausländische Autoren, wie den Italiener Eugenio Montale und den Briten T. S. Eliot, hat er zuerst auf Deutsch verlegt. Die Weiterführung des Verlages ist auch über seinen Tod hinaus gesichert.

Enkheim: Günter Kunert neuer Stadtschreiber

Äppelwoi mit Apokalypse

Ein bißchen verloren wirkte er schon, der Dichter Günter Kunert, als er im Festzelt auf das Podium kletterte. Kurz zuvor hatte hier noch die Blaskapelle gespielt, dann waren einige Reden geschwungen worden, und nun sollte er passieren, der feierliche Akt: Dichterkollege Jurek Becker sollte Kunert einen Schlüssel aushändigen: den Schlüssel zum Stadtschreiberhaus von Bergen-Enkheim.

Es blieb beim symbolischen Händeschütteln, denn Becker hatte den Schlüssel steckenlassen, die Handwerker waren noch drin. Die Leute lachten, klatschten, pochten auf den Tischen schwepperte der Äppelwoi. Kunert strebte zum Pult, begann seinen Text zu lesen: „Meine sehr verehrten Damen und Herren!" So trat der zehnte Stadtschreiber von Bergen seinen „Dienst" an.

Für Günter Kunert nun plötzlich diese Versuchung, sich mit der süddeutschen Lebensfreude einzulassen! Den Bergen-Enkheimern, nach Frankfurt eingemeindeten Weinbauern und Schlafbürgern, hatte es gefallen, den bitterernsten Mann mit der Stadtschreiberwürde zu bedenken – dem „originellsten Literaturpreis der Bundesrepublik". Ausgestattet mit 24 000 Mark und freier Wohnung im „Stadtschreiberhaus", muß der Laureat den 16 000 Einwohnern für zwölf Monate den Tribut bringen, ein „Dichter zum Anfassen" zu sein, sich von Kameras verfolgen, von der Nachbarin mit Pflaumenkuchen beschenken und vom Kioskbesitzer beim Zeitungskauf nach der Weltlage befragen zu lassen.

Vor ihm haben es schon neun andere getan: Wolfgang Koeppen, Karl Krolow, Peter Rühmkorf, Peter Härtling, Nicolas Born, Helga Nowak, Dieter Kühn, Peter Bichsel und Jurek Becker. Sie haben allesamt der Einladung ins „Exil" humorig-ironische Seiten abzugewinnen gewußt. Weltschmerzler Kunert, noch ein wenig unsicher im überfüllten Zelt der 2500 klatschenden, bravorufenden Leute, ging erstmal auf Distanz. Schon 1947 sei er, damals noch in der „DDR", als Nihilist und Defaitist bezeichnet worden, er stehe „in der sicheren Erwartung" hier, sich seinen „Ruf als Unheilsprophet" auch in Frankfurt zu verdienen. Von draußen klang ein finsterer Sprechchor herein, doch die Worte blieben unverständlich.

Zuvor hatten Pastor Heinrich Albertz, zurückgekehrt von der „Prominentenblockade" in Mutlangen, und Kunerts „Amtsvorgänger" Jurek Becker das hier Übliche zum Thema Nachrüstung verlautbart. „Wirkt das Wort so wenig, daß sich Schriftsteller auf die Straße setzen müssen?" hatte Albertz gefragt. Und Becker hatte angekündigt, sich an den Protesten gegen neue Raketen zu beteiligen. Er fürchte sich davor: „Nach ihrer Zerschlagung wird dieses Land anders sein als zuvor."

Kunert seinerseits griff das Raketenthema nicht auf, ließ sogar ein bißchen Trutzgeist gegen die Apokalypse aufleuchten, sprach von der „Notwendigkeit der Hoffnung", vom „Vertrauen in die menschliche Vernunft", von der „Chance, mit den aktuellen Komplikationen fertigzuwerden". Das blieb die einzige „politische" Anspielung des schmächtigen Mannes. Wieder rauschte der Beifall auf, ganz so, wie in all den früheren Jahren. „Aber trinkfreudiger", bilanzierte hinterher der Festwirt, „waren sie in anderen Jahren doch."

DANKWART GURATZSCH

W. Woinowitsch über die Moskauer Buchmesse

Zwanzig Kilo Andropow

Zum vierten Mal wird die Moskauer Internationale Buchmesse veranstaltet; morgen geht es los. Ich war Teilnehmer der beiden ersten, und man kann mich darum als Messe-Veteranen bezeichnen. Als ich die Messe besuchte, begleiteten mich ungefähr zwei Dutzend Mitarbeiter des KGB, was mich dazu berechtigte, mich für eine sehr wichtige und gefährliche Persönlichkeit zu halten.

Die dritte Messe fand in Moskau und in New York statt, wohin damals nicht wenige russische Schriftsteller gereist sind. Auch ich war dort. Doch bemerkte ich in meinem Gefolge keinerlei „Schatten". Es kränkte mich, daß die amerikanischen Geheimdienste mich nicht ästimierten, daß sie nicht wußten, wie gefährlich ich war. Was ich mir natürlich sofort zunutze machte, indem ich bourgeoisen Verlegern meinen letzten, heimlich verfaßten Roman übergab, den ich auf Mikrofilm kopiert und im Stiefelabsatz versteckt hatte.

Die vierte Messe müßte man konsequenterweise in Moskau, New York und in den Lagern von Perm und Mordwinien abhalten, wo die Schriftsteller ebenfalls ordnungsgemäß versammelt sind. Dort fällen sie Holz und führen andere dem Staat nutzbringende Arbeiten aus.

Sie sitzen dort wegen der geflissentlichen Verbreitung erlogener Hirngespinste, wie die einen meinen, oder wegen ihrer Überzeugung, wie die anderen meinen. Es sind dort gute Arbeitsbedingungen für sie geschaffen worden, und gegen die bourgeoisen Verleger werden sie von kühnen Streitern des Innenministeriums der UdSSR abgeschirmt.

Wenn man jeden Menschen, der irgend etwas schreibt, zu den Schriftstellern rechnet (und so scheint es), ist auch der ehemalige Chef des Innenministeriums, Schtschelokow, ein Schriftsteller. Ich selbst habe sein Buch gesehen, das so ähnlich hieß wie „Auf Wache für Recht und Ordnung", oder auch irgendwie anders, ich erinnere mich nicht so genau. Es heißt, daß er jetzt auch sitzt, wegen der Verbreitung geflissentlich vereinnahmter ausländischer Automobile unter seiner Verwandtschaft.

Es braucht gar nicht erwähnt zu werden, daß die Bücher des schriftstellernden Ministers gegenwärtig ebenso verboten sind wie, sagen wir mal, die Bücher des Schriftstellers Mikola Rudenko. Man sagt, Mikola Rudenko sitze nur deshalb, weil er die Wahrheit hat sagen wollen. Was heißt hier nur! Schtschelokow wollte gar nicht die Wahrheit sagen, er sitzt nur deshalb, weil er in vier „Mercedessen" gleichzeitig fahren wollte.

Man sagt, daß in der Sowjetunion die besten Schriftsteller verfolgt werden. Leider kommt so etwas manchmal vor. Da ist, zum Beispiel, der Schriftsteller Breschnew. Noch vor kurzem lasen Millionen Menschen, vom Vorschul- bis zum Pensionsalter, seine Bücher, studierten sie, machten Zusammenfassungen, diskutierten darüber auf zahlreichen Leser-Konferenzen. Die ehrwürdigsten Kritiker waren der Ansicht, daß Breschnew nicht schlechter schreibe als Leo Tolstoi, oder sogar noch ein bißchen besser. Deshalb, weil Tolstoi einige Fehler hatte, Breschnew aber nicht mal einige. Und nicht ohne Grund hat ein anderer großer Schriftsteller, Georgi Markow, dem Schriftsteller Breschnew für höchste Leistungen auf dem Gebiet der Literatur den Leninpreis überreicht.

Aber jetzt? Die Bücher des Schriftstellers Breschnew werden nicht mehr aufgelegt, werden nicht mehr studiert und werden, denke ich, bald verboten, ebenso wie, sagen wir mal, meine. Aber dennoch kann man sie verwerten. Wenn man zwanzig Kilogramm der Werke Breschnews als Makulatur abliefert, kann man einen Gutschein für ein Kilogramm der Werke Markows bekommen. Für vierhundert Kilogramm Breschnew kann man zwanzig Kilogramm Markow bekommen. Für zwanzig Kilogramm Markow kann man ein Buch von Mark Twain, George Simenon oder Julian Semenow bekommen. Für drei Bücher von Twain, Simenon und Semenow kann man auf dem schwarzen Markt ein Buch von Djilas bekommen. Für ein Buch von Djilas kann man sieben Jahre bekommen.

In sieben Jahren wiederum kann man einen ganzen Wald abholzen. Den abgeholzten Wald kann man zu Papier verarbeiten. Auf diesem Papier wird man Bücher von Juri Andropow drucken können, der dann die Chance hat, ein Schriftsteller, nicht schlechter als Tolstoi, zu werden. Wenn dann sogar in späterer Zukunft seine Bücher verboten werden – keine Sorge. Vierhundert Kilogramm dieser Bücher kann man gegen zwanzig Kilogramm Bücher von Markow eintauschen. Für zwanzig Kilogramm Markow bekommt man ... Aber das habe ich, wie es scheint, schon erwähnt.

Die allerfortschrittlichste Literatur der Welt, die sowjetische, entwickelt sich demnach stetig und originell.

WLADIMIR WOINOWITSCH

Oberhausen: Sammlung Ludwig zeigt Willi Sitte

Protzende Parteilichkeit

Willi Sitte ist kein Unbekannter in der Bundesrepublik. Man kennt ihn als Funktionär, der – nicht nur in seiner Eigenschaft als Präsident des „Verbandes bildender Künstler der DDR" – getreu der Leninschen These als „Transmissionsriemen" zwischen SED und Künstlern funktioniert. Und man kennt ihn als einen Maler, der wie kaum ein anderer Künstler uns wieder und wieder präsentiert wird. Die jüngste Ausstellung findet derzeit in der Städtischen Galerie Schloß Oberhausen statt. Sie will als Beispiel – wenn auch noch nicht als Ergebnis – der Arbeit des gerade gegründeten „Ludwig-Institutes für Kunst der DDR", das in dieser Galerie beheimatet ist, verstanden werden.

Als sich Peter Ludwig und die Oberhausener Kulturverwalter vor einem Vierteljahr der Presse stellten, um die Gründung dieser Institution bekanntzugeben, war von einer kritischen Aufarbeitung der Kunst der „DDR" die Rede. Angesichts der gegenwärtigen Ausstellung erweist sich das jedoch als bloßes Gerede. Denn wie Sitte hier präsentiert wird, das ist nichts anderes als ein Triumph der Kritiklosigkeit.

Mit 256 Gemälden und Graphiken wird in Oberhausen ein Bilderbuch des Eklektizismus aufgeblättert. Das beginnt bei Zeichnungen im Stile der Renaissance und führt über Picasso-, Léger-, Guttuso-, Hofer- und vor allem Corinth-Adaptionen bis zur gegenwärtigen Produktion, die diesen Vorbildern ein wenig Modernismus untermischt. Das geschieht, indem Bewegungen durch eine recht krampfhafte Vervielfachung der Gliedmaßen und Gesichter angedeutet werden oder sich verschiedene Motive in gemalten Collagen à la Rauschenberg überlagern.

Sitte, das ist seine Begabung, erkennt immer ein bißchen eher als die anderen, was gefragt ist, und er lernt schnell. Das war schon so, als er 1940 in die von Werner Peiner geleitete „Hermann-Göring-Meisterschule für Malerei" in Kronenberg/Eifel aufgenommen wurde. So wie Peiner in seinen „Schicksalsschlachten deutscher Geschichte" überlieferte Bild- und Darstellungsformen aufgriff, um der Ideologie des Nationalsozialismus mit Hilfe der Kunst seinen Tribut zu zollen, so versteht auch Sitte, sich die Kunstgeschichte für seine Agitationsbilder nutzbar zu machen.

Sittes Gemälde, das wird vor den Originalen besonders deutlich, besitzen keine unmittelbare Ausdruckskraft. Sie spielen sich nur vor dem Betrachter auf. Sie protzen vor den Parteileuten mit ihrer Linientreue, schmeicheln den Prüden, die ihre Prüderie zu kaschieren trachten, mit scheinbarer Libertinage und nutzen technische Kunststücke, um den Unpolitischen die politische Botschaft der Bilder zu verzuckern.

Das alles und noch manches andere einmal zu analysieren wäre gewiß der Mühe eines „Instituts für Kunst der DDR" wert. Aber das „kritische" Verständnis der Oberhausener begnügt sich mit der systemkonformen Kritik der „DDR". In der Ausstellung und im Katalog, der von der Staatlichen Kunsthalle Berlin übernommen wurde, kommen allein Kunstwissenschaftler aus der „DDR" zu Worte. Dabei wird eine Schönfärberei betrieben, die inzwischen selbst in der „DDR" auf vehementen Widerspruch stieß (Bernhard Heisig und Karl Max Kober in der „Bildenden Kunst" vom September 1982).

Aber um Kunst geht es der Oberhausener Galerie wohl nur am Rande. Die Ausstellung versteht sich – wie das Katalogvorwort verrät – ganz im Sinne der Kommunisten als ein Agitationsstück unter Einschluß der Kunst. Und deshalb darf man sich auch der Hilfsbereitschaft Sittes und verschiedener „DDR"-Institutionen rühmen – während das Geld vom Land Nordrhein-Westfalen kam (bis 2. Oktober, Katalog 29,80 Mark).

PETER DITTMAR



Gelernt, was gefragt ist: „Großes Thälmann-Bild" (1983) von Willi Sitte, aus der Oberhausener Ausstellung FOTO: KATALOG

„Datenknacken" – Dumme-Jungen-Streiche kluger Knaben?

Von ERNST HAUBROCK

Die jungen Leute, die es über Nacht zu trauriger Berühmtheit brachten, sahen nicht aus wie Verbrecher: Unschuldige, noch weiche, aber wache, intelligente Gesichter, Typ Tüftler, besessener Wissenschaftler. Und als solche wurden sie von den noch einmal gnädigen Strafverfolgungsbehörden auch eingestuft, die dem mildernden Umstand der mangelnden Reife besonderes Gewicht gaben: Die Angehörigen der „4-1-4-Bande" von Milwaukee, Michigan, die sich nach der Telefonvorwahlnummer ihrer Heimatstadt benannt und auf genial erscheinende, aber eindeutig illegale Weise Zugang zum landesweiten Verbundsystem der elektronischen Datenspeicherung verschafft hatten. Mit billigen handelsüblichen Heimcomputern hatte das halbe Dutzend Jugendlicher die geheimen Codes und damit die Datenbanken von Großunternehmen, Geldinstituten, Universitäten, Regierungsbehörden und eines Atomforschungszentrums geknackt.

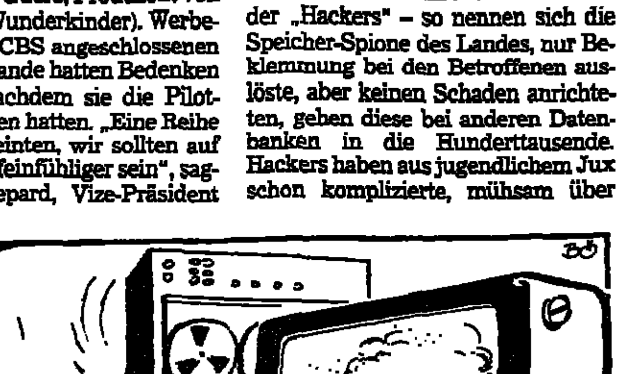
Die Geschichte sorgte kürzlich für Schlagzeilen in der ganzen Welt, aber die Mehrheit der erwachsenen Zeitungsleser und Fernsehzuschauer konnte sich darauf keinen rechten Reim machen. Elektronische Manipulation, Computerverbrechen – diese neuen Delikte, die nach Ansicht von Fachleuten epidemische Ausmaße anzunehmen drohen, faszinieren zwar das Publikum, aber wie es wirklich funktioniert, das verstehen nur Fachleute.

Den Vier-Eins-Vierern konnten keine kriminellen Absichten nachgewiesen werden, und die Ermittler vom FBI erkannten schnell, daß die Computer-Spielerei mit dem so durchschlagenden wie erschreckenden Ergebnis eine Herausforderung an ihre Intelligenz gewesen war, ein Dummer-Jungen-Streich von klugen Knaben. Sie wurden verwarnt, zwei von ihnen haben inzwischen gutdotierte Beraterposten der Computer-Industrie.

„Datenbankenknacken" ist für eine bestimmte Sorte junger Leute in Amerika, wo in Hunderttausenden von Highschools, Colleges und Universitäten „Computerscience" intensiv als Lehrfach betrieben wird, zu einem Denksport geworden, der bis in die Freizeit hinein faszinierender ist als alles andere. Um Anerkennung auf einem Gebiet zu finden, das von so wenigen verstanden wird, schließt sich die Elite jungen Wissenden zu einer elektronischen Verschwörung zusammen. Aus schlichter Prahlerei werden Einzelerfolge beim verbotenen Anzapfen inklusive der Zugangskennkodes per Bildschirmbulletin verbreitet, so daß illegales Eindringen in die Speicher des Landes ständig größere Kreise zieht.

Als jüngste Reaktion darauf erklärte jetzt die US-Fernsehgesellschaft CBS, man werde eine für die Herbstsaison vorgesehene Fernsehserie über Computer-„Whiz Kids" einer strengen Überprüfung unterziehen. „Wir wollen uns nicht dem Vorwurf aussetzen, daß wir mit unseren jugendlichen Schauspielern unerwünschte Rollenmodelle schaffen", sagte Philip de Guere, Produzent von „Whiz Kids" (Wunderkinder). Werbeträger und die CBS angeschlossenen Stationen im Lande hatten Bedenken angemeldet, nachdem sie die Pilotsendung gesehen hatten. „Eine Reihe von Leuten meinten, wir sollten auf diesem Gebiet feinfühliger sein", sagte Harvey Shepard, Vize-Präsident für Unterhaltung. „Wir mußten ihnen zustimmen."

Während die von Milwaukee aus verübten elektronischen Einbrüche der „Hackers" – so nennen sich die Speicher-Spione des Landes, nur Beklemmung bei den Betroffenen auslöste, aber keinen Schaden anrichteten, gehen diese bei anderen Datenbanken in die Hunderttausende. Hackers haben aus jugendlichem Jux schon komplizierte, mühsam über Jahre zusammengetragene Datenprogramme gestört, mit Obszönitäten angereichert und unbrauchbar gemacht. Die meisten Täter wurden gefaßt.



„... Daddy – es hat funktioniert!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Während bei Minderjährigen eine Strafverfolgung ohnehin schon schwierig ist, bisher nur 22 Bundesstaaten überhaupt Gesetze gegen die Computer-Manipulation erlassen haben und auf Bundesebene über Vorlagen noch im Kongreß diskutiert wird, haben sich die viel zu wenigen Ermittlungsspezialisten vom FBI auf Delikte mit eindeutig krimineller Absicht des Betruges konzentriert. Nur wenige Fälle werden hier bekannt, denn immer handelt es sich dabei um Profis aus der Branche, die das in sie gesetzte Vertrauen und ihre besonderen Kenntnisse zum persönlichen Vorteil mißbrauchen und dabei mit größter Raffinesse zu Werke gehen. Die Dunkelziffer wird auf ein Vielfaches der aufgeklärten Delikte geschätzt. Der bekannteste Fall: Stanley Mark Rifkin aus Kalifornien, der einen Computer-Code benutzte, um 10,2 Millionen Dollar von einer Bank in Los Angeles abzuziehen und auf sein privates Nummernkonto in der Schweiz zu transferieren. Rifkin wurde durch eine für die Polizei glückliche Fügung gefaßt und büßt zur Zeit die eher milde Haftstrafe von drei Jahren ab.

Erst die publicityträchtigen Taten der Jung-Elektroniker, nicht die täglichen Computer-Betrugsdelikte, die von den Opfern mit Rücksicht auf ihre Kunden gern verschwiegen werden, haben das Land wachgerüttelt und Experten auf den Plan gerufen, die grundlegende neue Sicherheitsvorkehrungen fordern. Erst die Fachleute waren es auch, die darauf hinwiesen, daß elektronische Datengeheimnisse häufig ausgesprochen nachlässig gehütet wurden.

Kann es wie in dem neuen Spielfilm „War Games", der auf jugendliche Zuschauer eine besondere Faszination ausübt, durch die Intelligenzspielerei von Dunkelmännern auf den Gebieten nationale Sicherheit und Verteidigung zur Katastrophe kommen? Donald Latham, leitender Beamter im US-Verteidigungsministerium: „Mit Sicherheit nicht. Computer-Systeme beim nordatlantischen Luftverteidigungszentrum, von denen ein feindlicher Raketenangriff gemeldet und über die der Befehl zum atomaren Gegenschlag gehen würde, sind durch doppelte und dreifache Sicherheitsschleusen vor einer Penetration durch Unbefugte geschützt. Hackers haben nicht die geringste Chance."

Lathams Wort wünschten sich Dutzende von Kommentatoren „in Gottes Ohr", und eine unterschwellige im Land verbreitete Skepsis kam wegen der nicht verstandenen, für Laien nicht erfaßbaren Materie nicht zur Ruhe. Aber das hat nur Vorteile. Die Hackers Amerikas und insbesondere die Vier-Eins-Vierer haben eine große produktive Nachdenklichkeit ausgelöst. (SAD)

Dioxin-Alarm bei der Bundesbahn

AP, Frankfurt

Bei zwei Verpuffungen in Frankfurt sind am Samstag größere Mengen der Dioxinverbindung Chlophen ins Erdreich eingesickert. Zu dem ersten Zwischenfall kam es im Bundesbahnumspannwerk Rödelheim, als ein Marder auf den Isolierkopf eines Sicherungskastens geriet, und dann bei der Verpuffung Kühlflüssigkeit austrat. Nach Angaben des Frankfurter Oberbranddirektors Ernst Achilles besteht sie aus einer Dioxinverbindung, die bei etwa 300 Grad gefährlich werde. Am Abend kam es auf dem Gelände der Bundesbahn im Stadtteil Höchst erneut zu einem Kurzschluß in drei Kondensatoren einer Kompensationsbatterie, durch den die Kondensatoren zerstört wurden und 30 Kilogramm Chlophen-Kühlflüssigkeit ins Erdreich liefen.

Bis gestern war in beiden Fällen das Erdreich noch nicht abgetragen. Achilles sah eine ernste Gefahr für die Umwelt. Er hatte sich nach eigener Darstellung vergeblich darum bemüht, einen Spurenanalytiker der Herstellerfirma Bayer AG an den Ort des Geschehens zu bringen. Er habe jedoch nur „beruhigende Erklärungen" erhalten. Gewißheit habe er aber immer noch nicht. Offensichtlich seien sich die Verantwortlichen nicht darüber klar, daß die Berufsfeuerwehr auf den Umgang mit solchen Giften nicht vorbereitet sei. Achilles führte Klage darüber, daß die „Zuständigkeiten hin- und hergeschoben" würden. Er müsse sich fragen, was eigentlich geschehen solle, wenn wirklich einmal ein größerer Unfall mit Chlophen passiere.

Challenger: Nach reibungslosem Flug fertig zur Landung

dpa, Houston

Nach bislang problemlosem Flug bereiteten sich die fünf Astronauten des Space Shuttle „Challenger" gestern auf die erste Nachtlandung einer wiederverwendbaren US-Weltraumfähre vor. Zur Landung auf dem kalifornischen Luftwaffenstützpunkt Edwards um 00.42 Uhr Ortszeit (9.42 Uhr heute morgen) sind erstmals keine Zuschauer zugelassen. Das Flugfeld soll allerdings von sechs Super-Strahlern – jeder mit der Leuchtkraft von 800 Millionen Watt – taghell erleuchtet werden.

Bereits am Samstag hatten die Astronauten die Hauptaufgaben des achten Shuttle-Fluges erledigt. Sie setzten einen indischen Kommunikationssatelliten im All ab, testeten den Weltraum-Greifarm der Fähre und machten Tests mit dem im April stationierten Hochleistungssatelliten TDRS. Die Fähre wurde schon vor dem Wochenende von ihrer ursprünglichen Erdumlaufbahn um 54 Meilen (86,4 Kilometer) auf eine Umlaufbahn in 139 Meilen (222,4 Kilometer) Höhe abgesenkt. Dabei sollten die Auswirkungen von Teilchen, die in der oberen Atmosphäre herumschwirren, auf das Isolier- und Baumaterial der Fähre untersucht werden.

In der Nacht zum Samstag stellten sich die fünf Astronauten in der ersten Weltraum-Pressekonferenz seit acht Jahren den Fragen von sechs Journalisten. Kommandant Richard Truly nannte den bisherigen Verlauf des Fluges „äußerst erfolgreich". Der Arzt William Thornton berichtete von Fortschritten bei der Untersuchung der „Raumkrankheit", die bislang die Hälfte aller Shuttle-Astronauten befallen hatte. Auch die sechs weißen „Weltraum-Ratten", die in einem Spezialkäfig mitfliegen, sind nach *Thorntons Worten* wohlauf. „Am ersten Tage schienen sie alle ihre Flugkarten zurückgeben zu wollen, aber jetzt fühlen sie sich offenbar ziemlich wohl."

Bis zum Freitag abend Washingtoner Zeit hatten 220 000 Menschen aus aller Welt – davon 37 257 aus Übersee – die Telefonnummer angerufen, unter der der Funkverkehr zwischen der Fähre und der Bodenkontrollstation in Houston zu hören ist.

Dem Drama im Ekofisk-Feld folgt eine Bergungs-Aktion ohne Beispiel

Am Wochenende begann die Aufrichtung der Hotel-Plattform „Alexander Kielland"

REINER GATERMANN, Oslo

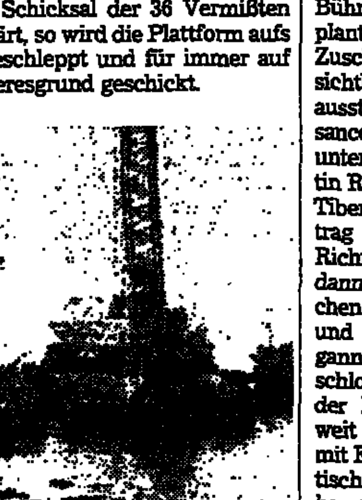
Norwegen hält den Atem an. Seit dem Wochenende läuft ein in der Geschichte bisher einmaliges Unternehmen. Im Gandsfjord bei Stavanger wird versucht, die am 27. März 1980 gekenterte Wohnplattform „Alexander Kielland" wiederaufzurichten. Bei dem Unglück wurden 89 „Inselbewohner" gerettet, 87 konnten nur noch tot geborgen werden und 36 sind vermißt – vermutlich wurden sie *im Kinosaal eingeschlossen*. Ihnen gilt in erster Linie die dramatische Wendeaktion. Die Aussichten, daß sie gelingt, stehen nach Ansicht von Experten bei „50 zu 50".

Am 27. März 1980 um 18.33 Uhr sendete die Wohnplattform „Alexander Kielland", die bei der Öl- und Gasproduktion im Ekofisk-Feld im norwegischen Teil der Nordsee dem Personal als Unterkunft und Aufenthaltsraum diente, SOS. Im Kino lief der Film „Jeremiah Johnson – der Indianerschreck" mit Robert Redford. In wenigen Minuten kippte der rund 10 000 Tonnen schwere Gigant – einer seiner fünf Pfeiler war abgeknickt. Während später eine norwegische Untersuchungskommission Schweißfehler als Unglücksursache feststellte und dafür die französische Werft, die die Plattform gebaut hatte, verantwortlich machen wollte, schieben die Franzosen norwegischen Besitzern der Insel und der amerikanischen Phillips Petroleum, die für die Produktion im Ekofisk-Feld verantwortlich ist, die Schuld zu. Sie hätten die Plattform zweckentfremdet und dadurch die statischen Bedingungen verändert. Über diesen Streit wird ein französisches Gericht entscheiden.

In Norwegen gehen die Meinungen, *ob die „Alexander Kielland" aufgerichtet* oder ein für allemal versenkt werden soll, weit auseinander. Die größte derzeitige Regierungspartei, die Konservativen, tendierte immer zur Versenkung, mußte sich im Parlament jedoch einer Mehrheit beugen. Diese fühlt sich an das 1980 abgegebene Versprechen gebunden, ohne Rücksicht auf Kosten alles zu unternehmen, um sich Gewißheit über das Verbleiben der 36 Vermißten zu verschaffen.

Das nun eingeleitete Wendemanöver basiert auf derselben Methode wie 1980. Mit Hilfe von Luftkissen und Wasserballast sollen die 108 Wohncontainer über die Wasseroberfläche gebracht werden. Zusätzlich werden vier schwere Ketten – Metergewicht: 345 Kilogramm –, zwei auf dem Meeresboden verankert, zwei auf dem Festland befestigt, versuchen, die Plattform in Position zu halten. Schwierigkeiten hat es bis zur letzten Minute gegeben. Unter anderem stellte man plötzlich fest, daß der Wohnteil der Plattform erheblich schwerer ist als bisher angenommen. Das Gesamtgewicht dieser Sektion wird nunmehr mit 763 Tonnen angegeben, eine Veränderung um 143 Tonnen. Dies im trockenen Zustand. Jetzt, wo die Plattform dreieinhalb Jahre im Wasser gelegen hat, müssen je Container weitere 4,4 Tonnen hinzugerechnet werden.

Der kritische Moment bei der Aufrichtung tritt ein, wenn die Wohnsektion die *Wasseroberfläche durchbricht*. Hier besteht die große Gefahr, daß sie sich von ihrer Verankerung auf dem Stahluntergestell losreißt und in die Tiefe rutscht. Die Kosten für dieses Vorhaben sind auf umgerechnet rund 80 Millionen Mark veranschlagt. Wahrscheinlich werden sie jedoch höher liegen. War beim ersten Wendeversuch noch beabsichtigt, die „Alexander Kielland" anschließend zu reparieren oder zu verschrotten, so gibt es diesmal nur eine Alternative: Ist das Schicksal der 36 Vermißten aufgeklärt, so wird die Plattform aufs Meer geschleppt und für immer auf den Meeresgrund geschickt.



Noch ragen nur die vier riesigen „Füße" der „Alexander Kielland" aus dem Wasser. Am Wochenende begannen die Vorbereitungen für die Wende der Wohn-Plattform. FOTO: AP

Rom wurde zur Bühne für Jedermann

Salzburger Festspielensemble diesmal „außer Haus"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Jedermann in Rom! Die Hauptstadtpresse hatte das kulturelle Heiligjahrereignis im Feuilletonteil ausführlich angekündigt. Ein straßenüberspannendes Band am Eingang des Korso hatte es dem breiten Publikum nahegebracht. Das Ensemble der Salzburger Festspiele hatte keine Mühen, das kommunistische Kulturreferat der Ewigen Stadt nicht die Kosten, das „Zentralkomitee des heiligen Jahres der Erlösung" nicht den Kontakt mit den nichtig-weltlichen Spielen des „Estate Romano" gescheut, um möglich zu machen, was bisher noch nie gewagt worden war: *die Verlegung der Salzburger Jedermann-Aufführung* in ein anderes Ambiente.

Zum Schluß hatte auch Petrus noch seine Zustimmung gegeben. Nach einem Tag mit wolkenbruchartigen Regenfällen konnte in der Abenddämmerung des 2. September unter dem nur noch leicht bewölkten Sommerhimmel der Tiberstadt das mittelalterliche Mysterienspiel von Eitelkeit, Buße und Tod auf dem Kapitolsplatz über die improvisierte Bühne gehen. Eine gelungene Transplantation? Am Anfang kamen dem Zuschauer einige Zweifel, als der unsichtbare Herrgott dem „gotisch" ausstaffierten Tod vor der Renaissancekulisse des Senatorenpalastes, unter den Augen der klassischen Göttin Roma und der Flußgötter Nil und Tiber, mit sonorer Stimme den Auftrag erteilte, Jedermann vor seinen Richterstuhl zu bringen. Und als dann der *Gerufene im mittelalterlichen* Wams auf der Bühne erschien und seine Verse zu deklamieren begann, mag mancher die Augen geschlossen haben, um im Geiste ein – der *Handlung* und den Kostümen weit eher angemessenes – Ambiente mit Fachwerkfassaden und einem gotischen Dom im Hintergrund entstehen zu lassen. Vielleicht, so war man geneigt zu glauben, wäre das ursprünglich für die römische Aufführung gewählte Szenario der Piazza del Popolo mit seinen flankierenden Barockkirchen doch noch besser geeignet gewesen.

Aber je mehr sich das Spiel auf dem Michelangelo-Platz des kapitolinischen Hügels zum Drama steigerte, um so stärker schien es dann auch das Ambiente mit einzubeziehen. Und als während des Festmahls mahnend die Glocke zu läuten begann, gingen die Blicke spontan hoch zum Glockenturm mit der berühmten „Patarina", jener Glocke, die nur bei Gelegenheiten geläutet wird, die für das Leben Roms ganz besondere Bedeutung haben. Obwohl sie diesmal lautlos blieb, war es, als ob sie plötzlich mitschwinge.

Daß Ambiente und Drama schließlich miteinander verschmolzen und die Aufführung zu einem unbestreitbaren Erfolg wurde, ist das Verdienst eines außergewöhnlichen Ensembles und der in der Tradition Max Reinhardts stehenden Regie Ernst Häußermanns, der wegen einer schweren Erkrankung nicht mit nach Rom kommen konnte. Ungeachtet der sprachlichen Barriere, die zwischen Bühne und großen Teilen des Auditoriums bestand, ging das Publikum von Szene zu Szene mehr mit und spendete am Schluß begeistert Beifall.

Der Beifall für den Jedermann-Darsteller Klaus Maria Brandauer, für Marthe Keller (die Buhlschaft), Rolf Hoppe (Mammon), Helmut Lohner (Teufel) und das gesamte Ensemble wäre sicherlich noch weit stärker gewesen, wenn die Schauspieler nicht – gemäß der Salzburger Tradition – darauf verzichtet hätten, ihn am Schluß auf der Bühne entgegenzunehmen. Das römische Publikum, das daran gewöhnt ist, auch bei rein sakralen Anlässen in den Kirchen zu applaudieren, hatte für diese von Max Reinhardt begründete und *mit* dem sakralen Charakter des Stückes motivierte Tradition wenig Verständnis.

Für die römische Aufführung, die am Samstagabend wiederholt wurde, hatte das gesamte Ensemble auf die Gagen verzichtet. Die mehr als 100 Ensemblemitglieder erhielten für den Rom-Aufenthalt nur Tagesgelder.

In Telefonzelle überrascht

AP, Pöcking

Der mutmaßliche Polizistenmörder von Pöcking ist gefaßt. Laut Polizei wurde der 27jährige Tankstellenpächter Horst M. in einer Telefonzelle in Planegg festgenommen. Der Polizei*beamte Bartholomäus Schönewald* war mit einem Kopfschuß in der Wohnung des Tankstellenpächters gefunden worden.

Deutscher verurteilt

AP, Bangkok

Von einem Strafgericht in Bangkok ist Gert Hanpeter (28) aus München zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Anklage warf ihm den Besitz und den versuchten Schmuggel von Heroin vor.

Eröffnung mit Dalai Lama

dpa, Bregenz

Im Beisein des Dalai Lama ist am Wochenende in Österreich eine buddhistische Klosterschule eröffnet worden. Die *in einem alten Bauernhof* bei Feldkirch in Vorarlberg eingerichtete Schule soll interessierten Menschen in Seminaren die Lehre Buddhas näherbringen.

Unwetter: 9 Tote

dpa, Hamburg

Der erste schwere Herbststurm dieses Jahres hat in Großbritannien und Irland mindestens neun Menschen das Leben gekostet. Viele Schiffe gerieten in Seenot. Ausläufer des Sturmes tobten auch über Hessen und Rheinland-Pfalz, wo der Sturm Geschwindigkeiten bis zu 100 Kilometer pro Stunde erreichte und teilweise schwere Schäden anrichtete. Nach Ansicht der Meteorologen ist in der Bundesrepublik Deutschland der Sommer nun endgültig zu Ende. Für den Wochenanfang erwarten sie weiterhin wechselhaftes Wetter mit leichten Schauern.

ZU GUTER LETZT

„Teilen Sie mich nach Gutdünken für einen Kurs ein, an dem möglichst viele unverheiratete Damen teilnehmen, da ich auf Brautsuche bin." – Ein Nürnberger bei seiner Anmeldung zu einer mehrtägigen Bergwanderung in Reit im Winkl.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Die Ausläufer eines von Schottland nach Norwegen ziehenden Tiefs überqueren heute Deutschland von West nach Ost, im Süden zeigen sie nur geringe Wetterwirksamkeit.

Vorhersage für Montag:

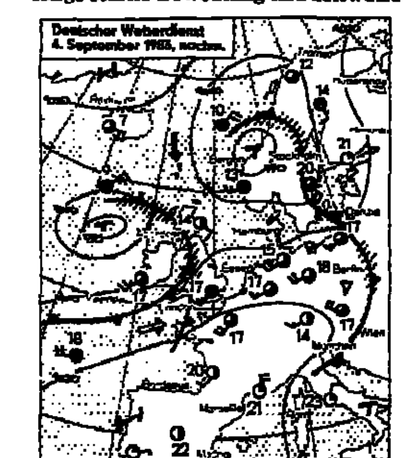
Nordwestliches Deutschland: Anfangs starke Bewölkung und zeitweise Regen, vormittags Übergang zu auflockernder Bewölkung und nur vereinzelt Schauer. Anstieg der Temperaturen bis 19 Grad, nachts um 12 Grad.

Mittleres Deutschland und Raum Berlin: Vormittags bedeckt und zeitweise Regen. Nachmittags Übergang zu aufgelockerter Bewölkung. Höchsttemperaturen um 17 bis 20 Grad.

Südliches Deutschland: Heiter bis wolkig und kein nennenswerter Niederschlag.

Weitere Aussichten:

Am Dienstag nach kurzer Wetterberuhigung ab mittag von Nordwest nach Südost fortschreitende Bewölkungszunahme und nachfolgend Regen.



Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	29°
Bonn	18°	Kopenh.	18°
Dresden	17°	Las Palmas	23°
Essen	17°	London	17°
Frankfurt	16°	Madrid	22°
Hamburg	15°	Mailand	23°
List/Sylt	16°	Mallorca	24°
München	14°	Moskau	24°
Stuttgart	14°	Nizza	27°
Algier	25°	Oslo	16°
Amsterdam	17°	Paris	17°
Athen	27°	Prag	16°
Barcelona	22°	Rom	23°
Brüssel	17°	Stockholm	20°
Budapest	18°	Tel Aviv	30°
Bukarest	26°	Tunis	27°
Helsinki	21°	Wien	17°
Istanbul	24°	Zürich	15°

* **Sonnenaufgang am Dienstag:** 6.42 Uhr, Untergang: 19.59 Uhr; **Mondaufgang:** 5.11 Uhr, Untergang: 20.14 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Dorf ist seine Talsperre leid

RENE GRALLA, Vöhrenbach

In diesem Sommer war ein eigener Pool die Attraktion. Wer für die Sai*son 1984 gerüstet sein will, für den* steht im Schwarzwald ein passendes Planschbecken zum Verkauf – mit 1,1 Millionen Kubikmetern Rauminhalt. Die Gemeinde Vöhrenbach sucht ka*pitalkräftige Interessenten, die die* stadteigene Linach-Talsperre kaufen oder pachten wollen.

Der 4500-Seelen-Ort sitzt finanziell auf dem Trockenen. Im Stadt-Säckel *klafft ein Loch von zwölf Millionen* Mark. Da ist kein Geld mehr übrig für die Unterhaltung der Talsperre, die 1925 fertiggestellt wurde und deswegen dringend renovierungsbedürftig ist.

Der Gußbeton ist mittlerweile porös

Der für das Bauwerk verwendete Gußbeton ist mittlerweile porös geworden: Die Talsperre leckt. Außer*dem bezweifeln Statiker die Standfe*stigkeit der Staumauer. Das Wasserwirtschaftsamt in Rottweil hat deswegen verfügt, daß die Linach nicht mehr auf 25 Meter, sondern nur noch auf die halbe Höhe aufgestaut werden darf.

Am liebsten hätte die Gemeinde daher das undichte Ding abgerissen. Energie liefert das Kraftwerk schließ*lich schon lange nicht mehr:* Vor zehn Jahren beschloß der Gemeinderat, aus Kostengründen die eigene Stromerzeugung einzustellen und das Ortsnetz vom benachbarten *Kraftwerk Laufenberg versorgen* zu lassen.

Doch der forsche Griff zur Spitzhacke scheiterte daran, daß die Talsperre unter Denkmalsschutz gestellt wurde. Das Bauwerk sucht nämlich seinesgleichen in Europa: Es gehört zum Typ der Vielfachbogen-Sperrmauern und besteht aus dreizehn Gewölben in Halbkreisform, die sich an die 142 Meter lange und 30 Meter hohe Stützmauer mit einer Neigung von 50 Prozent anlehnen.

Also dachten sich die Vöhrenbacher einen anderen Weg aus, um den Riesenklotz am Bein loszuwerden. Auf einer Gemeinderatssitzung im April wurde die Idee geboren, das Betonkuckucksei zu verscherbeln. Tatsächlich haben inzwischen mehr als zwanzig Interessenten bei Bürgermeister Karl-Heinz Schneider (CDU) angeklopft. Die einen wollen aus dem Stausee ein Freizeitparadies mit Campingplatz und Badebetrieb machen, die anderen wollen die Stromerzeugung auf privater Basis wiederaufnehmen und rechnen sich wegen *der seit 1973* gestiegenen Energiepreise reelle Gewinnchancen aus.

„Momentan hängt alles in der Luft"

Den Zuschlag hat aber noch niemand bekommen: „Momentan hängt alles in der Luft", sagt Stadtbaumeister Ernst Kolb. Zuerst muß der Gemeinderat im September einen förmlichen Beschluß über ein Verkaufsangebot fassen. Der Kämmerer weiß außerdem *noch gar nicht*, wieviel *er* für die rissige Mauer verlangen will. Die Zahl dürfte irgendwo zwischen 150 000 und 800 000 Mark liegen. --

Angesichts solcher Beträge dämpft der stellvertretende Bürgermeister Erich Rissler (Bürger- und Wählerverein) die Verkaufsstrategie seines CDU-Partners: „Bei den Interessenten sind viele *Phantasten darunter*. Wenn man nicht aufpaßt, kaufen die das Ding und lassen es dann verlottern, so daß die Stadt es dann doch wieder am Hals hat. Die ganze Sache müssen wir deswegen mit äußerster Vorsicht angehen."

LEUTE HEUTE

Diana Dors operiert

Die 51jährige britische Filmschauspielerin **Diana Dors**, in den 50er und 60er Jahren als superblonde Sexbombe gefeiert, hat sich am Wochenende in einer Privatklinik in Windsor bei London einer Krebs-Operation unterzogen. Die Schauspielerin, die sich in den vergangenen Jahren ernsthaften Rollen zugewandt hat, war bereits vor einem Jahr nach einer Routine-Untersuchung operiert worden. Sie gab gestern morgen im kommerziellen Fern*sehen* TV-am bereits *ihr* erstes Interview.



Supershow

Stars wie **Eric Clapton, Jimmy Page, Steve Winwood, Mick Jagger** zusammen auf einer Bühne – das ist der Traum eines jeden Rock-Fans. **Ronnie Lane** will ihn wahrmachen. Der einstige Gitarrist der „Small Faces", heute 38 Jahre alt und nach einer Erkrankung an Multipler Sklerose teilweise gelähmt, plant eine Supershow: Lane hat all seine einstigen Kollegen und Freunde aus dem Musikgeschäft gebeten, bei drei Galakonzerten in der Londoner Albert Hall aufzutreten und auf die Gage zu verzichten – zugunsten von Gesellschaften, die gegen die Multiple Sklerose kämpfen. Die meisten Kollegen sagten bisher zu.

Frieden in Venedig

Gregory Peck (66) schloß Frieden mit seiner ehemaligen Geliebten **Audrey Hepburn** (54). Auf einer Gala-Veranstaltung in Venedig zu Ehren Ingrid Bergmanns sahen sich die beiden nach 30 Jahren wieder. Damals hatte sich Peck bei den Dreharbeiten zu „Ein Herz und eine Krone" in seine Partnerin Audrey verliebt und ihretwegen seine Frau und seine drei Kinder verlassen. Audrey ermunterte ihn anfangs, ließ ihn dann aber sitzen. Peck zog sich gekränkt an die Costa Azzurra zurück und heiratete wenig später **Veronique Passani**.